Herausgeber:
Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung
Universität zu Köln

Das Zentralarchiv ist Mitglied der GESIS

Direktor: Prof. Dr. W. Jagodzinski
Geschäftsführer: E. Mochmann

**Postanschrift:**
Postfach 410 960
50869 Köln

**Hausanschrift:**
Bachemer Straße 40
50931 Köln

**Telefon:**
Zentrale 0221 / 4 76 94 - 0
Telefax - 44
Redaktion - 50

Redaktion:
Franz Bauske

E-mail: *name*@za.uni-koeln.de
Internet: http://www.gesis.org
http://www.gesis.org/za

ISSN: 0723-5607

© Zentralarchiv

Die ZA-Information erscheint jeweils im Mai und November eines Jahres.

Sie wird kostenlos an Interessenten und Benutzer des Zentralarchivs abgegeben.

# Inhaltsverzeichnis

Mitteilungen der Redaktion ..... 5

**Forschungsnotizen**

Online-Erhebungen in der empirischen Sozialforschung:
Erfahrungen mit einer Umfrage unter Sozial-, Markt- und Meinungsforschern
von ***Manuela Pötschke*** und ***Julia Simonson*** ..... 6

Adressenscreening über Schulen: Erfahrungen beim IKG-Jugendpanel
von ***Christian Babka von Gostomski*** ..... 29

Ist einer von drei gleich jedem Dritten?
Der Einfluss numerischer Äquivalente auf die Wahrnehmung und Bewertung identischer Sachverhalte
von ***Erich Lamp*** ..... 49

Das Doppelgesicht der Nichterwerbstätigkeit.
Opportunitätsbilanz und Situationsdefinition als Determinanten der Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit in einer Kohorte ehemaliger Gymnasiasten zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr
von ***Heiner Meulemann*** und ***Jörg Otto Hellwig*** ..... 69

Der Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl 1998:
Politikwechsel oder Kanzlerwechsel? Methodische Probleme bei der Separierung der Einflüsse von Kandidatenbewertung und Parteienkompetenz
von ***Dieter Ohr*** und ***Markus Klein*** ..... 92

**Berichte aus dem Archiv**

Die GESIS im Urteil der Profession:
Ergebnisse einer Befragung von Soziologieprofessorinnen und -professoren
von ***Gisbert Binder, Markus Klein, Rolf Porst*** und ***Matthias Stahl*** ..... 103

CESSDA Expertenseminar 2001
von ***Rolf Uher*** und ***Meinhard Moschner*** ..... 109

ZHSF-Herbstseminar 2002
Methoden der Historischen Sozialforschung..... 115

Scaling and Cluster Analysis
31st Spring Seminar at the Zentralarchiv, 18 February - 8 March 2002 ..... 118

Weiterbildung in statistischer Datenanalyse beim ICPSR Summer Program 2002 ..... 123

Announcements from the ZA-EUROLAB
EU Research Grants In Comparative Social Research Available
by ***Ingvill C. Mochmann*** ..... 124

Erweiterungen im Datenangebot des Zentralarchivs ..... 128

Die Benutzungs- und Gebührenordnung des ZA ..... 133

Election Studies from Eastern Europe 1989 - 1998:
Data and Documentation ..... 137

The East European Data Archives Mailing List ..... 138

**Mitteilungen und Ankündigungen**

ZUMA-/ZA-Workshop: Eine Einführung in Datenmanagement und Datenrecodierung 139

ALLBUS 2000-CAPI: Dokumentation in Buchform ..... 139

Neuer Internet-Auftritt des Zentrums für Psychologische Information und Dokumentation
(ZPID), Universität Trier ..... 140

Qualitätsstandards für Online-Befragungen als Broschüre erschienen ..... 141

**Buchhinweise**

***Götz Rohwer*** und ***Ulrich Pötter***:
Grundzüge der sozialwissenschaftlichen Statistik
Ein Buchhinweis von ***Jörg Blasius*** ..... 142

***Robert W. Weinbach*** und ***Richard M. Grinnel:***
Statistik für soziale Berufe
Übersetzt und bearbeitet von ***Alberto Godenzi*** und ***Roger Stadler***, ..... 143

Bei Beiträgen, die nicht von Mitarbeitern des Zentralarchivs verfasst wurden, ist die Anschrift der Autoren beim jeweiligen Artikel angegeben. Die Inhalte der Beiträge entsprechen der Meinung der Autoren und geben nicht unbedingt die Ansicht der Redaktion wieder.
Alle inhaltlichen Beiträge sind Gegenstand einer Beurteilung durch externe Gutachter.

**Mitteilungen der Redaktion**

Befragungen bei jugendlichen Migranten weisen häufig geringe Fallzahlen auf. ***Christian Babka von Gostomski*** hat versucht, Schüler der zehnten Klasse für die Teilnahme an einer Befragung zu gewinnen. Er konnte Adressen von jungen Leuten türkischer Herkunft, von Aussiedler-Jugendlichen und Schülern deutscher Herkunft identifizieren. Der Autor stellt fest, dass Jugendliche türkischer Herkunft und Aussiedler-Jugendliche nicht schlechter erreichbar waren als solche deutscher Herkunft. Das Verfahren des Adressenscreenings und Probleme hinsichtlich der Teilnahmebereitschaft auf der Schul-, Klassen- und Individualebene werden dargestellt.

Online-Befragungen haben in der Sozialforschung derzeit noch geringe Bedeutung, erleben aber einen Aufschwung, ohne dass die methodischen Probleme ausreichend reflektiert werden. ***Manuela Pötschke*** und ***Julia Simonson*** stellen in ihrem Beitrag Fehlerquellen und Lösungsstrategien in Online-Erhebungen am Beispiel einer Online-Umfrage zur Praxisrelevanz sozialwissenschaftlicher Methoden dar. Daraus werden erste Schlussfolgerungen für die Verwendung netzbasierter Datenerhebungsinstrumente in der empirischen Sozialforschung gezogen.

***Erich Lamp*** beschäftigt sich mit den Effekten von logisch äquivalenten Begriffsverwendungen in der Frageformulierung auf das Antwortverhalten von Befragten. In Feldexperimenten wird anhand systematischer Variationen von Fragemodell, Frageformulierung, Frageinhalt und statistischer Größenordnung geprüft, ob die Verwendung verschiedener Mengenbezeichnungen zu unterschiedlichen Einschätzungen der mit diesen Bezeichnungen verbundenen Sachverhalte führt.

***Dieter Ohr und Markus Klein*** diskutieren methodische Probleme bei der Analyse politischer Wahlen. Zur adäquaten Berücksichtigung der Einflüsse einzelner Wählermotive auf Wahlentscheidung und Wahlausgang schlagen sie eine verstärkte Anwendung von Längsschnittanalysen vor.

Unterschiedliche Definitionen der gleichen Situation führen zu unterschiedlichen Konsequenzen. ***Heiner Meulemann*** und ***Jörg Otto Hellwig*** gehen der Frage nach, was die Zufriedenheit mit der eigenen Nichterwerbstätigkeit determiniert: Ist es die Tatsache an sich oder die individuelle Definition durch die Person. Sie prüfen die Hypothese der Opportunitätsbilanz gegen die Situationsdefinitionshypothese und kontrollieren dabei u.a. die Geschlechtseffekte. Analysegrundlage ist ein Panel-Datensatz aus dem Zentralarchiv, dessen erste Welle auf das Jahr 1969 zurückgeht. Unter der Leitung von ***Heiner Meulemann*** wurden die ehemaligen Gymnasiasten in den Jahren 1984 und 1996 wiederholt befragt.

***Franz Bauske***

# Online-Erhebungen in der empirischen Sozialforschung: Erfahrungen mit einer Umfrage unter Sozial-, Markt- und Meinungsforschern [1]

**von Manuela Pötschke [2] und Julia Simonson [3]**


## *Zusammenfassung*

*Online-Befragungen erleben derzeit einen Aufschwung, ohne dass die in der Regel damit verbundenen methodischen Probleme genügend ausführlich reflektiert würden. In diesem Beitrag sollen deshalb bereits diskutierte Fehlerquellen und Lösungsstrategien in Online-Erhebungen am Beispiel einer Online-Umfrage zur Praxisrelevanz sozialwissenschaftlicher Methoden dargestellt werden. Daraus werden erste Schlussfolgerungen für die Verwendung netzbasierter Datenerhebungsinstrumente in der empirischen Sozialforschung gezogen.*

## *Abstract*

*Online surveys are becoming more and more popular and widespread, but their methodological problems are not documented sufficiently. In this article we use an internet survey about the practical relevance of social science methods to exemplify potential sources of errors and corresponding methodological strategies for problem solution discussed in the relevant literature about online-research. At the end of the article some conclusions about the applicability of online surveys in empirical social research are drawn.*


---

1 Wir bedanken uns bei ***Dr. Markus Klein*** für wertvolle Hinweise und kritische Diskussionen.

2 Dr. ***Manuela Pötschke*** ist wissenschaftliche Assistentin am Institut für Soziologie, Arbeitsgebiet Statistik und Methoden der empirischen Sozialforschung an der Universität Bremen; EMPAS, Celsiusstraße, 28359 Bremen; e-mail: mpoetschke@sfb186.uni-bremen.de

3 ***Julia Simonson,*** Dipl.-Soz. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie, Arbeitsgebiet Statistik und Methoden der empirischen Sozialforschung an der Universität Bremen; EMPAS, Celsiusstraße, 28359 Bremen; e-mail: jsim@sfb186.uni-bremen.de

## 1. Einleitung: Befragungen mit dem Internet

Die Datenerhebung über das Internet gewinnt zunehmend an Bedeutung. Ausdruck dieser Ausweitung ist die Etablierung der Online-Forschung als spezifische, fachübergreifende Disziplin, die einerseits das Netz zum Gegenstand der Analyse wählt und andererseits die Potentiale des Internets als Instrument der wissenschaftlichen Forschung untersucht (vgl. ***Batinic/ Bosnjak*** 1997: 287). Den Kern dieser Anwendungen bilden derzeit noch psychologische Untersuchungen und Marktstudien. Eine explizite Auseinandersetzung mit dem Medium Internet und seinen Möglichkeiten als Befragungsinstrument für die empirische Sozialforschung steht noch aus. Einen Beitrag zur Diskussion in diesem Bereich soll die vorliegende Forschungsnotiz leisten. Dabei geht es in erster Linie darum, die in der Onlineforschung bereits gesammelten methodischen Erkenntnisse und Erfahrungen systematisch so darzustellen, dass Schlussfolgerungen für die Anwendbarkeit netzbasierter Umfragen in der empirischen Sozialforschung gezogen werden können.

Als „Online-Befragungen“ werden in der Regel Erhebungen verstanden, „bei denen die Teilnehmer den auf einem Server abgelegten Fragebogen im Internet online ausfüllen, Fragebogen von einem Server herunterladen und per E-Mail zurücksenden, Fragebogen per E-Mail zugeschickt bekommen und zurücksenden“ (***ADM et al***. 2001). Nach dieser Definition handelt es sich bei „Online-Befragungen“ also nicht um eine komplett neue Methode der Sozialforschung, sondern vielmehr um eine neuartige Technik der Übertragung des Fragebogens zum Befragten. In der Ausbreitung des Internets und Überlegungen zu seiner Verwendung zur Erhebung von Daten sind zwei Trends zu beobachten: einerseits eine gewisse, unkritische Euphorie bei der Einführung und Durchsetzung dieses neuen Mediums, zum anderen aber auch eine pragmatische Anwendung, die mit einer methodischen Diskussion einhergeht. Beide Diskussionsstränge können in der Mailingliste der deutschen Onlineforscher gir-l nachgezeichnet werden (vgl. ***Pötschke*** 2001).

Neben den erwarteten Potentialen eines Verfahrens ist für die Einschätzung seiner Bedeutung die Anwendungsverbreitung in der Praxis maßgeblich. In den Veröffentlichungen des ADM zeigt sich, dass immer noch nur ein sehr geringer Anteil der Umsätze der beteiligten Firmen durch Onlinebefragungen erwirtschaftet werden. Insgesamt 2% der quantitativen Untersuchungen der Institute wurden im Jahr 2000 demnach online durchgeführt. Gleichzeitig stieg die Bedeutung schriftlicher Befragungen und der Telefoninterviews.

**Tabelle 1:** Bedeutung von standardisierten Online-Erhebungen in der Marktforschung im Vergleich zu anderen Datenerhebungsverfahren

Quantitative Interviews der Mitgliedsinstitute des ADM nach Befragungsart

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| persönliche Interviews | 65% | 60% | 58% | 59% | 61% | 60% | 45% | 44% | 39% | 37% | 30% |
| *darunter: paper and pencil* | | | | | | | 40% | 38% | 34% | 31% | 24% |
| *darunter: mit Laptop/ Pentop* | | | | | | | 5% | 6% | 5% | 6% | 6% |
| Telefoninterviews | 22% | 30% | 32% | 32% | 29% | 30% | 44% | 40% | 41% | 40% | 45% |
| schriftliche Interviews | 13% | 10% | 10% | 9% | 10% | 10% | 11% | 16% | 19% | 22% | 23% |
| Online-Interviews | | | | | | | | | 1% | 1% | 2% |

Zumindest im Bereich der kommerziellen Marktforschung scheint sich also die Online-Erhebung noch nicht durchgesetzt zu haben. Dieses Fazit zieht auch ***Korff*** (2000) in einer Studie von Marktforschungsabteilungen in Großunternehmen, obwohl Online-Erhebungen dort bereits einen Anteil am Marktforschungsumsatz von 10% bis 20% ausmachen.[4] Nichtsdestotrotz wird hier ein großes Wachstumspotential – besonders im Bereich sogenannter Online-Access-Pools (vgl. III.2) – vermutet (vgl. ***Dialego AG*** o.J.; ***Korff*** 2000; ***Zimmermann/ Gadeib/ Lürken*** 2001).

Wie jedoch sieht die Perzeption der neu entstehenden Datenerhebungsmöglichkeiten in der empirischen Sozialforschung aus? ***Dillman*** und ***Bowker*** (2001: 159) konstatieren, dass „leadership for the development of Web survey procedures has come in large part from computer programmers, many of whom have little or no training in survey methodology". Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass die methodische Diskussion darüber, ob mit der weltweiten Vernetzung eine Erhebungsvariante entsteht, die ähnlich wie das Telefon die empirische Sozialforschung nachhaltig beeinflussen wird, noch völlig in den Kinderschuhen steckt.[5] Dieser Befund wäre nicht so bedauerlich, wenn nicht gerade in der Sozio-

4 Die Fallzahl ist mit insgesamt 26 Interviews in fünf Branchen allerdings sehr gering. Für die einzelnen Branchen haben Online-Erhebungen eine unterschiedliche Bedeutung. So wird im Reise- und Tourismus Sektor von einem 20prozentigen Marktanteil für Online-Erhebungen im Jahre 2000 und einer erwarteten Steigerung um mehr als das Doppelte in den folgenden fünf Jahren gesprochen (vgl. Korff 2000).

5 Die Recherche in FORIS fördert zwar auch für die Soziologie eine erkleckliche Anzahl onlinebasierter Studien auf. Diese sind zu großen Teilen in der Schweiz angesiedelt. Die meisten dieser Projekte thematisieren das Internet als Untersuchungsgegenstand und nicht als Erhebungsinstrument oder aber Befragungen werden ohne weitere methodische Reflexion netzbasiert realisiert.

logie das methodologische und methodische Know-how der Umfrageforschung vermutet werden würde und trotzdem andere Wissenschaften bzw. die Befragungspraxis in den Marktforschungsinstituten unbemerkt Maßstäbe setzen und Entwicklungen vorantreiben, die an den Fachverbänden der universitären Soziologie vorbei zu gehen scheinen.[6] Die entscheidenden methodischen Arbeiten im Online-Bereich wurden von relativ wenigen engagierten Psychologen und Soziologen (vgl. beispielhaft und mit weiteren Nachweisen ***Batinic et al***. 1999; ***Batinic*** 2000; ***Döring*** 1999) erbracht.

Die Richtlinien, die für die Durchführung von Online-Erhebungen existieren, gründen über diese Untersuchungen der Onlineforscher hinaus auf den praktischen Erfahrungen der Markt- und Meinungsforschung und ihren Diskussionen um die Güte kommerzieller Datenerhebungen (vgl. ***ADM et al.*** 2001). Der Ausgangsgedanke dabei ist, dass die Regeln und Qualitätsansprüche, die für schriftliche oder telefonische Befragungen gelten, ebenso für Online-Befragungen zugrunde gelegt werden können und müssen. Die adäquate Umsetzung dieser Ansprüche in Erhebungsinstrumente befindet sich gegenwärtig jedoch noch in der Diskussion. Einhelligkeit besteht darüber, dass die netzbasierte Befragung medienangepasst und orientiert am Medienverhalten der Befragten konzipiert werden muss. Die Besonderheiten beziehen sich dabei sowohl auf die zu untersuchenden Fragestellungen, als auch auf die Konzeption des Fragebogens selbst.

Eine Untersuchung, die einerseits netzbasiert realisiert wurde und andererseits die Bedeutung der Onlineerhebung für die sozialwissenschaftliche Praxis zu einem ihrer Forschungsgegenstände hatte, war die Umfrage „Zur Relevanz sozialwissenschaftlicher Methoden“ des Arbeitsgebietes Statistik und empirische Sozialforschung an der Universität Bremen. Die empirischen Befunde dieser Umfrage sollten in die Diskussion um die Methodenausbildung in den sozialwissenschaftlichen Studiengängen der deutschen Universitäten einfließen. Eine erste größere Aussprache dazu wurde im Rahmen einer Tagung „Zur Praxisrelevanz der Methodenausbildung“ am 7. und 8. Juli 2001 in Bremen geführt. Diese Tagung ging auf eine Initiative von ADM, ASI, BDS, BVM und der Methodensektion in der DGS zurück und wurde unter der Leitung von Prof. ***Uwe Engel*** organisiert. Im Zentrum der Debatte stand die generelle Frage, welche Methoden und statistischen Verfahren für unterschiedliche soziologische und sozialwissenschaftliche Arbeitsgebiete in der Praxis relevant sind und wie die universitäre Ausbildung an den Bedarf der Praxis adäquat angepasst werden kann.

6 Diese Diagnose lässt sich sehr gut an der Durchsetzung von Begriffen in der Onlineforschung zeigen, die in der Soziologie bereits über eine spezifische andere Bedeutung verfügen. Dazu zählt z.B. der Begriff „Panel“. Während in der soziologischen Sozialforschung eine Paneluntersuchung bedeutet, dass die selben Personen wiederholt mit dem gleichen Fragebogen konfrontiert werden, bedeuten Panels in der Onlineforschung Pools von Befragten, die bereit sind, an Umfragen teilzunehmen (vgl. III.2).

Die empirischen Informationen sollten möglichst zeitnah zur Tagung erhoben werden, was für die Durchführung einer Online-Befragung sprach. Darüber hinaus sollte die Akzeptanz dieser Erhebungsform in einem Umfeld getestet werden, in dem Methodeninteresse und -aufgeschlossenheit erwartet werden durften. In der Zeit vom 20. bis 29. Juni 2001 wurde die Online-Umfrage durchgeführt.

In der Umfrage wurde nach der Bedeutung von Datenerhebungs-, Auswahl- und Datenanalyseverfahren gefragt. Darunter bezog sich ein Fragenkomplex auf die Bedeutung der Onlinebefragung als Datenerhebungsquelle. Wie für die anderen methodischen und statistischen Verfahren auch wurde in vier inhaltliche Schwerpunkte unterschieden. Ein erster Hinweis auf die allgemeine Bedeutung sollte durch die Abbildung der Verbreitung von Kenntnissen in dem jeweiligen Verfahren erbracht werden. Weiter wurde vermutet, dass die Tatsache, dass die Befragten über Kenntnisse in den Verfahren verfügen auch die Einschätzung der Wichtigkeit dieser Kenntnisse beeinflussen könnte. Getrennt davon wurde die persönliche Anwendungshäufigkeit des Verfahrens erfragt. Schließlich ist es gut möglich, dass Kenntnisse in einzelnen Verfahren zwar vorhanden sind, sie aber nicht zur Anwendung kommen. Die letzte Frage bezog sich dann darauf, ob die Befragten der Meinung sind, dass das entsprechende Verfahren – hier die Online-Befragung – obligatorisch oder fakultativ in das universitäre Methodencurriculum aufgenommen werden sollte. Alle vier Teilfragen sollen gemeinsam einen Eindruck darüber geben, welche Bedeutung der Online-Erhebung zugesprochen wird.

Insgesamt konnten 101 ausgefüllte Fragebögen in die Analysen einbezogen werden (zur Stichprobe vgl. III.2). In Tabelle 2 zeigt sich generell, dass Kenntnisse in der Online-Erhebung bei den befragten Personen relativ weit verbreitet sind und auch als wichtig bewertet werden.[7] Dies gilt, obwohl die Anwendung dieser Erhebungsmethoden noch nicht derart verbreitet ist, wie beispielsweise die Telefonumfrage, bei der 42,4% angeben, das Verfahren häufig und 40,4% es gelegentlich zu nutzen. Trotzdem erwarten fast zwei Drittel der Befragten die Aufnahme der Online-Erhebung in einen allgemein verbindlichen Methodenkanon. Dieser Befund wird dahingehend interpretiert, dass die Potentiale der Online-Erhebung bereits von einer großen Mehrheit wahrgenommen werden, obwohl sie als Verfahren noch keine relevante Verbreitung findet. Das würde sich auch in Übereinstimmung mit den berichteten Ergebnissen aus anderen Akzeptanzstudien decken (vgl. ***Korff*** 2000).

7 Die folgende Ergebnisdarstellung muss um den Hinweis ergänzt werden, dass die spezifischen Probleme der Stichprobenziehung (vgl. III.2) in dieser Befragung keine Repräsentativität zulässt und deshalb Schlussfolgerungen auf den gesamten Bereich der universitären, außeruniversitären und Markt- und Meinungsforschung nicht erlaubt sind.

Betrachtet man jedoch die Befunde für die drei in die Befragung einbezogenen Branchen, entsteht ein differenzierteres Bild.[8] Dann wird nämlich deutlich, dass spezifische Kenntnisse viel stärker in kommerziellen Forschungseinrichtungen angesiedelt sind als in den Universitäten oder – noch weniger – in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. In den zuletzt genannten Einrichtungen verfügte fast die Hälfte der Befragten über keine Kenntnisse im Online-Bereich. Im Vergleich von Universitäten und Markt- und Meinungsforschung zeigt sich eine stärkere Verbindlichkeit oder Intensität der Bedeutungszuschreibung. Befragte aus Universitäten schätzen die Wichtigkeit der Kenntnisse viel häufiger als zwar hilfreich, aber eben nicht als unabdingbar ein. In der kommerziellen Forschung liegt der Schwerpunkt zwar auch auf der Einschätzung als hilfreich, ein Drittel der Befragten meint aber, Kenntnisse seien unabdingbar. Auch in der Forderung der Aufnahme des Verfahrens in ein verbindliches Methodencurriculum zeigen sich diese Intensitätsdifferenzen. Während in der Markt- und Meinungsforschung fast drei Viertel der Befragten der Meinung sind, die Online-Erhebung sollte obligatorisch gelehrt werden, sieht das an Universitäten weniger als die Hälfte so. Über die Hälfte der Befragten befürwortet eher eine fakultative Lehre dieses Verfahrens.

8 Die Unterscheidung nach Branchen folgt der Überlegung, dass unterschiedliche Arbeitsfelder für Soziologen und Sozialwissenschaftler unterschiedliche Methodenkompetenzen erfordern. Diese These hat sich in der Untersuchung deutlich für die Datenerhebungs- und die Datenanalyseverfahren bestätigt. Die Auswahlverfahren haben dagegen eine generelle Bedeutung über alle Branchen hinweg.

**Tabelle 2:** Online-Datenerhebung im Spiegel einer Online-Umfrage

| | | *Universitäten* | *außeruniversitäre Forschung* | *Markt- und Meinungsforschung* | *Gesamt* |
|---|---|---|---|---|---|
| Kenntnisse | Expertenwissen | 16,7% | 16% | 23,3% | 18,9% |
| | fortgeschrittenen Kenntnisse | 12,5% | 8% | 41,9% | 25,3% |
| | Grundkenntnisse | 50% | 28% | 23,3% | 32,6% |
| | keine Kenntnisse | 20,8% | 48% | 11,6% | 23,2% |
| | Gesamt | 100% | 100% | 100% | 100% |
| Wichtigkeit der Kenntnisse | unabdingbar | 15,4% | 21,7% | 31% | 25,5% |
| | hilfreich | 65,4% | 17,4% | 47,6% | 43,6% |
| | weniger wichtig | 11,5% | 30,4% | 14,3% | 18,1% |
| | nicht erforderlich | 7,7% | 30,4% | 7,1% | 12,8% |
| | Gesamt | 100% | 100% | 100% | 100% |
| eigene Anwendung | häufig | 11,1% | 11,1% | 20,9% | 15% |
| | gelegentlich | 51,9% | 29,6% | 44,2% | 43% |
| | nie | 37% | 59,3% | 34,9% | 42% |
| | Gesamt | 100% | 100% | 100% | 100% |
| Bestandteil der Lehre | obligatorisch | 46,4% | 51,9% | 74,4% | 60,4% |
| | fakultativ | 53,6% | 33,3% | 25,6% | 35,6% |
| | weiß nicht | | 14,8% | | 4% |
| | Gesamt | 100% | 100% | 100% | 100% |

## 2. Vorteile von Interneterhebungen

Gängigerweise werden als einer der Vorteile von Internetbefragungen die geringen Erhebungskosten auf der Untersuchungsseite angeführt. Verbreitungs- oder Verbindungskosten wie in der schriftlichen oder telefonischen Befragung entstehen nicht. Interviewer und damit auch deren Schulung werden nicht benötigt und die Dateneingabe entfällt bei direktem Einlesen in eine Datenbank. Letzteres ist der computergestützten telefonischen Erhebung ähnlich.

Ein weiterer Vorteil liegt in der schnellen Verfügbarkeit der Daten. Im Grunde kann mit dem Abschluss der Feldphase die Datenauswertung beginnen. Für einfache Darstellungen

ist es sogar möglich, parallel zur Erhebung mit den bis dahin vorliegenden Daten Zwischenergebnisse an die Befragten selbst rückzumelden. Dieses Feedback hat den Vorteil, dass es neben der eigentlichen Auswertungsfunktion als Motivation für die Umfrageteilnahme dient (vgl. ***Gräf*** 1999).

Auch Anonymität ist im Netz leicht herstellbar. Da die Teilnehmer in der Mehrzahl selbstselektiv in die Stichprobe gelangen, benötigt der Forscher im Vorfeld keine personengebundenen Informationen über mögliche Auswahlpersonen. Die Ansprache der Umfrageteilnehmer erfolgt allgemein. Zwar wird möglicherweise zur Rekrutierung und Werbung auf Listen oder ähnliches zurück gegriffen. Daraus lassen sich in der Regel aber keine Schlüsse über die Personen ableiten, die tatsächlich an einer Befragung teilnahmen.

Diese Anonymität ist jedoch nicht in jedem Fall in vollem Umfang gewährleistet. So können permanente IP-Adressen, die zumindest Rechner identifizieren, genauso gespeichert werden, wie E-Mail-Adressen, wenn die Rücksendung des ausgefüllten Fragebogens wie in der hier beispielhaft vorgestellten Befragung nicht an eine Datenbank sondern eine E-Mail-Adresse erfolgt. ***Sassenberg und Kreutz*** (1999: 73) weisen deshalb darauf hin, dass die Teilnahmequoten in Online-Umfragen stark vom Grad der Identifizierbarkeit abhängen. Dies ist aber keine Spezifik dieser Form der Datenerhebung, sondern gilt für jede Art der Ermittlung personengebundener Daten. Durch die getrennte Absendung personengebundener und inhaltlicher Informationen ist es in der netzbasierten Befragung gut möglich, die Bestrebungen des Forschers zur Anonymisierung zu unterstreichen.

Ein vierter Vorteil liegt in der Erreichbarkeit vieler Befragungspersonen in kurzer Zeit und darüber hinaus in der Möglichkeit der zielgruppenspezifischen Ansprache. In der Online-Umfrage zur Relevanz der Methodenausbildung gab es neben einer Ankündigungsmail ein Rundschreiben mit der Zugangsinformation zum Fragebogen und der Aufforderung, im Interesse einer sachbezogenen erfolgreichen Tagung an der Umfrage teilzunehmen.

Das größte Potential computergestützter Befragungen generell liegt jedoch in der variablen Darstellungsmöglichkeit von Fragen und Sachverhalten. Dazu gehören die Möglichkeit der Verknüpfung von Audio- und Videosequenzen mit Text und animierten oder statischen Bildern. Eine solche multimediale Präsentation – wie sie auch in anderen computergestützten Befragungsformen realisiert werden kann – erleichtert die Verständlichkeit komplexer Sachverhalte und erhöht die Interessantheit der Befragung.

Eine besonders positive Auswirkung der Variabilität computergestützter Fragepräsentation liegt in der flexiblen und automatisierten Filterführung. Die technischen Möglichkeiten verhindern hier Fehler, indem dem jeweiligen Befragten auch wirklich nur die Fragen präsentiert werden, die für ihn zutreffend sind. Dadurch erscheint der Fragebogen subjektiv kürzer und fehlerhafte, unlogische Antworten werden vermieden.

## 3. Probleme in Internetbefragungen

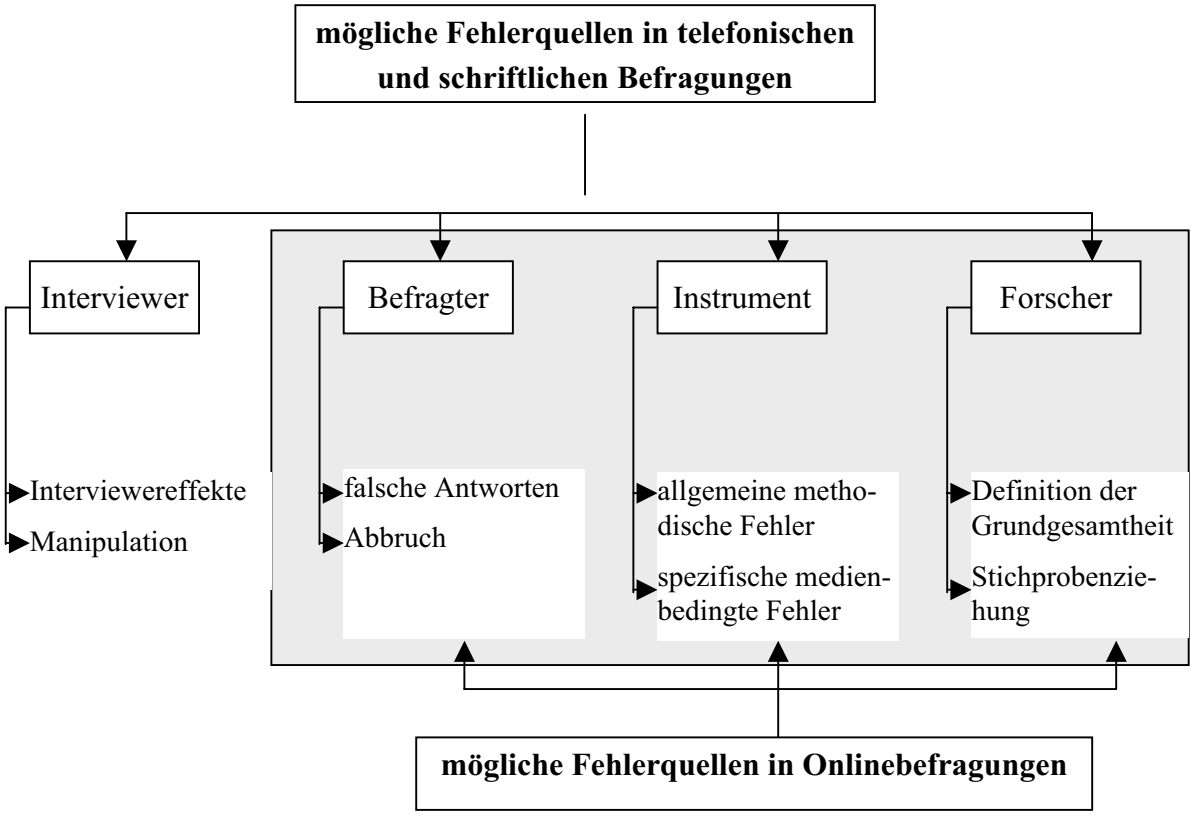
Einige der Vorteile von Online-Befragungen erweisen sich bei genauerer Betrachtung als janusköpfig. Beispielsweise gilt das Argument der geringen Kosten nur auf der Untersuchungsseite. Für die Befragten selbst hingegen entstehen durchaus Kosten, die über die einer face-to-face oder telefonischen Befragung hinaus gehen. Neben der Aufwendung von Zeit, muss der Befragte über das Medium der Befragung – den Computer – in irgendeiner Art verfügen und Verbindungskosten zum Netz tragen. Das bedeutet, dass er nicht nur bereit sein muss, sich inhaltlich mit der Befragung zu beschäftigen, sondern er soll dafür auch noch bezahlen (vgl. ***Hauptmanns*** 1999: 25). Es kann also insgesamt nicht von einer Kosten*einsparung* die Rede sein, es ist vielmehr eine Kosten*verlagerung* zu beobachten. In unserem Fall wurde von den Befragten in den meisten Fällen kein privater Internetzugang gewählt, sondern ein verfügbarer dienstlicher. Dadurch entstanden den Befragten selbst zwar keine Kosten, diese mussten von den Einrichtungen und Firmen getragen werden.

Eine weitere Zweischneidigkeit ist im Bereich der Anonymität zu konstatieren. Die Möglichkeiten des Netzes erlauben nämlich keine Kontrolle darüber, ob überhaupt die Personen in der Befragung sind, die angesprochen werden sollten. Auch Paneluntersuchungen werden erschwert, da zusätzlich zur Befragung ein Codesystem zur Identifizierung der Befragten entwickelt werden muss. ***Gräf und Heidingsfelder*** (1999: 120) konnten darüber hinaus feststellen, dass ein höherer Grad an Anonymität die Unaufrichtigkeit der Befragten begünstige. Hier sind jedoch weitere – insbesondere zur schriftlichen Befragung – vergleichende empirische Untersuchungen von Nöten.

Außerdem ist die Zusicherung der Anonymität der Angaben in Onlineumgebungen viel schwieriger glaubhaft zu machen. Das kann darauf zurückgeführt werden, dass selbst die Befragten, die sich häufiger im Netz aufhalten, über zu wenig technische Kenntnisse verfügen und gleichzeitig Warnmeldungen vor Missbrauch im Netz wahrnehmen. Durch diesen Zwiespalt wird es für die Befragten schwer, wirkliche datenschutzrechtliche Risiken, die mit einer Befragung verbunden sein können, realistisch abzuschätzen.

Neben diesen einmal als Vor- und dann wieder als Nachteil vorgestellten Bedingungen für Onlinebefragungen sind die allgemeinen Fehlerquellen für empirische Untersuchungen anzuführen, die in Online-Erhebungen teilweise in einem spezifischen Gewand auftreten.

**Abbildung 1:** Fehlerquellen in Befragungen




Für die Onlineerhebungen sind insbesondere drei Fehlerquellen von Bedeutung: der Befragte, das Befragungsinstrument und der Forscher, der eine Stichprobe zieht. Die Fehler, die in anderen Erhebungsformen auf den Interviewer zurück gehen, werden hier ausgeschlossen, weil die Befragung nicht über einen Interviewer vermittelt stattfindet. In der Vermeidung von Fälschungen und Einflüssen des Interviewerverhaltens auf die Antworten der Befragten ist denn auch ein entscheidender Vorteil netzbasierter Befragungen im Vergleich zu mündlichen und telefonischen Interviews gesehen worden. In den anderen drei Fehlerquellen sind die Unterschiede zu den herkömmlichen Formen der Datenerhebung nicht derart gravierend. Allerdings gewinnen die mediengerechte Konzipierung des Fragebogens (vgl. Abschnitt III.1) und die Stichprobenziehung eine besondere Bedeutung (vgl. Abschnitt III.2).

Einer anderen Systematik der Fehlerquellen folgen ***Dillman und Bowker*** (2001: 160), die in Anlehnung an ***Groves*** (1989) „coverage error [...], sampling error [...], mesurement error [...] und nonrepsonse error [...]“ anführen. Ihrer Meinung nach unterscheiden sich die webbasierten Surveys in diesen Fehlerquellen nicht von anderen Erhebungsarten, die Fehler haben jedoch im Rahmen einer Online-Befragung spezifische Ursachen und Auswirkungen. Daran schließen sich spezielle Strategien zur Vermeidung der Fehler durch die Forscher an.

Aus den möglichen Messfehlern und den bisher empirisch noch ungenügend erforschten Phänomenen wie soziale Erwünschtheit oder die Auswirkung von Frageplatzierung und Antwortkategorienwahl ergibt sich insgesamt in der Onlineforschung eine eher schlechte Einschätzbarkeit der Datengüte (vgl. ***Vogt*** 1999: 127). Hier sind jedoch zunehmend Verbesserungen zu erwarten.[9]

Ein größeres Problem der Online-Erhebung bezieht sich auf die mangelnde Kontrolle der Interviewsituation durch die Forscher, sowie über die Verbreitung des Befragungsinstruments. Sofern nicht explizit danach gefragt wird, bleibt unklar, welche und wie viele Personen am Computer einen Fragebogen ausgefüllt haben und welche Umfeldbedingungen dabei die Beantwortung möglicherweise beeinflusst haben können. Das heißt, es gibt weder Informationen zu Nonresponseverhalten, noch verlässliche Angaben zu Mehrfachantwortern. ***Hauptmanns*** (1999: 28) fasst diesen Sachverhalt zusammen, indem er feststellt: „Im Extremfall kann dies bedeuten: wir haben neben denjenigen, die ganz normal an einer Befragung teilnehmen, eine Gruppe von Desinteressierten oder Unwissenden (über die Befragung), die nicht daran teilnehmen, und eine Gruppe von ‚Aktivisten', die gleich mehrfach daran teilnehmen." Die Brisanz dieser Diagnose zeigt sich im Zusammenspiel mit den Schwierigkeiten, eine den Qualitätsstandards empirischer Sozialforschung angemessenen Stichprobe zu ziehen (vgl. III.2).

Betrachtet man den Fragebogen selbst, so kann generell in allgemeine methodische Fehler und spezifische, medienbedingte Fehler unterschieden werden. Allgemeine methodische Fehler wie die Frageformulierung und Anforderungen an Antwortkategorien unterscheiden sich nicht von anderen Befragungsarten und sollen daher an dieser Stelle nicht ausführlich behandelt werden, auch wenn die Mehrzahl der Onlinebefragungen in dieser Hinsicht nicht korrekt konzipiert ist. Zentraler für die Ausführungen hier sind medienbedingte Fehler und Empfehlungen, diese durch eine angepasste Fragebogenkonzeption zu vermeiden.

### 3.1. Die Konzeption des Onlinefragebogens

Zu den zentralen Problemen der mediengerechten Fragebogenkonzeption gehören insbesondere das Layout des Fragebogens und seine Länge. In der Online-Forschungsliteratur wird diskutiert, dass ein Onlinefragebogen nicht mehr als 25 Entscheidungen oder Stellungnahmen vom Befragten erwarten soll (vgl. ***Gräf*** 1999: 161, 172). Es wird dabei von Entscheidung und nicht von Fragen gesprochen, weil jede Zustimmung oder Ablehnung zu einem einzelnen Item bereits als eigenständige zählbare Leistung gewertet wird. Die meisten tatsächlichen Umfragen gehen über diese Länge jedoch hinaus. Wir nehmen an, dass

9 Erste vergleichende Untersuchungen zur Datengüte von Online- und Telefonbefragungen liegen beispielsweise von ***Lanninger und Schäfer*** (2001) vor.

ähnlich wie für Telefoninterviews generelle Richtlinien über die Länge eines Fragebogens nicht sinnvoll sind. Vielmehr wird die Teilnahme trotz Länge z. B. von der eigenen Betroffenheit des Befragten, dem Thema, der Präsentation und der Zielstellung der Befragung abhängen. Auch scheinen unterschiedliche Bewertungen der Schwierigkeit von Fragen angebracht zu sein. Wenn gefragt wird „Wie häufig verwenden Sie persönlich das Telefoninterview zur Datenerhebung?“ dann ist die Beantwortung einfacher zu beantworten als die Frage nach komplexen Einstellungen.

Die Wirkungen der *Präsentation* von Fragebögen und einzelnen Fragen ist bereits empirisch untersucht worden, so dass sich einige allgemeine Hinweise ableiten lassen. Grundsätzlich soll die Fragebogenentwicklung nach dem Prinzip „eine Frage - ein Bildschirm“ erfolgen (vgl. ***Gräf/ Heidingsfelder*** 1999: 116; ***Gräf*** 1999: 163, 172). Das bedeutet insbesondere, dass die aus der schriftlichen Befragung bekannten Matrixfragen aufgelöst werden und jedes Item einzeln als Frage erscheint. Abbildung 2 stellt die beiden Varianten gegenüber. Dabei wird deutlich, dass die itembezogenen Fragen auch von den Befragten mit kleineren Bildschirmauflösungen noch auf einen Blick gesehen werden können während die Matrixform die Übersichtlichkeit erschwert und ein Scrollen zurück zur Frage und den Antwortkategorien möglicherweise nicht vermieden werden kann.

Insbesondere die permanente Kategorienbeschriftung ist in der Online-Befragung sehr wichtig. Am Bildschirm ist es für den Leser sehr viel schwerer, gleichzeitig auf einen Blick in einer Zeile zu lesen und dann die richtige Spalte auszuwählen, um seine Antwort zu geben.

Die Forderung nach der Auflösung von Matrixfragen in netzbasierten Erhebungen wird in der Literatur zur Onlineforschung immer wieder formuliert (vgl. ***Gräf*** 1999: 164, 172) und gleichzeitig in der Praxis immer wieder missachtet. Das hat vor allem praktische Gründe. Würde man der idealen Gestaltungsvorschrift folgen, dann nähme einerseits die Fragebogenlänge erheblich zu. Das führt dazu, dass entweder die Netzseiten länger werden und gescrollt werden müssen oder dass sehr viele Seiten zur gleichen Frage hintereinander geschaltet werden. Dies erhöht den subjektiv wahrgenommenen Befragungsumfang für den Interviewten noch stärker. Ein Richtwert aus der angewandten Informationsforschung ist, dass eine Internetseite nicht mehr als eine halbe Scrollseite beinhalten sollte, also nicht mehr als anderthalb Bildschirmseiten aufweisen darf (vgl. ***Nielsen*** 1997 zitiert nach ***Gräf*** 1999: 171).

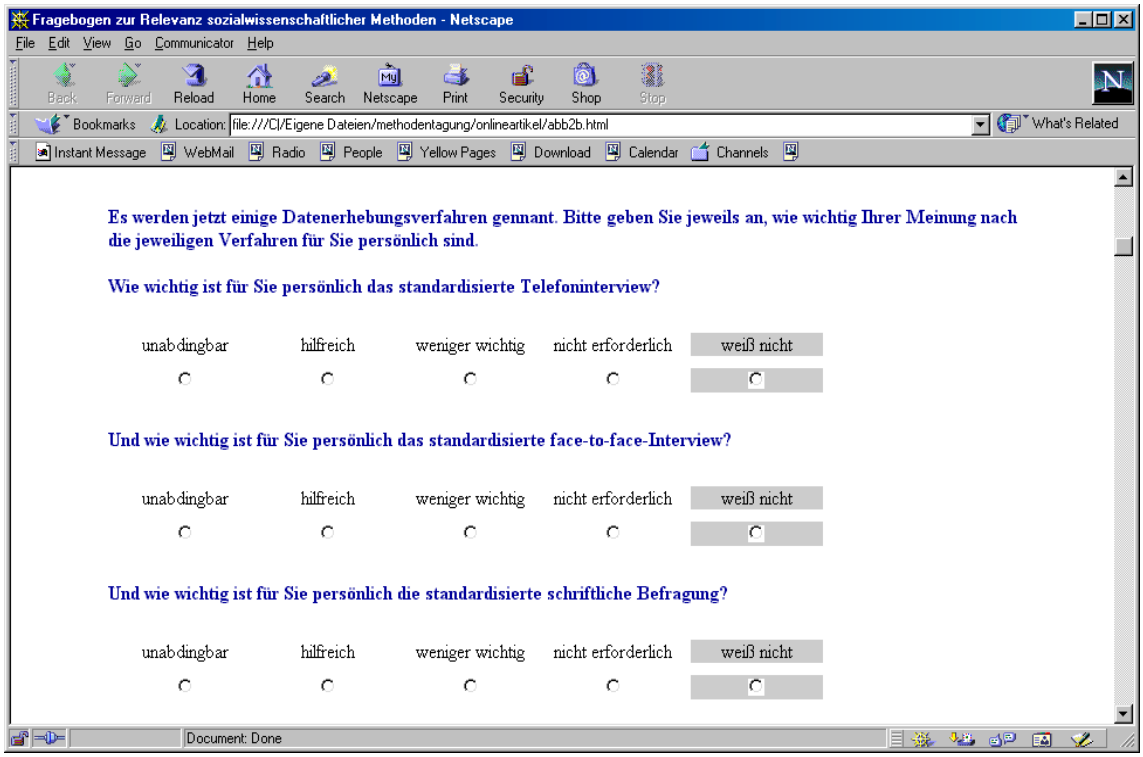
**Abbildung 2:** Fragepräsentation in einer schriftlichen und einer webbasierten Umfrage

*Fragestellung in einer schriftlichen Befragung:*

Wie wichtig sind Ihrer Meinung nach Kenntnisse in den folgenden Verfahren für Sie ganz persönlich?

| | *Kenntnisse sind ...* | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | *unab-dingbar* | *hilf-reich* | *weniger wichtig* | *nicht er-forderlich* | *weiß nicht* |
| standardisiertes Telefoninterview | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| standardisiertes face-to-face-Interview | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| standardisierte schriftliche Befragung | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| standardisierte Online-Befragung | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| nicht-standardisiertes Interview | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Beobachtung | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Gruppendiskussion | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Experiment | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Sonstiges | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |

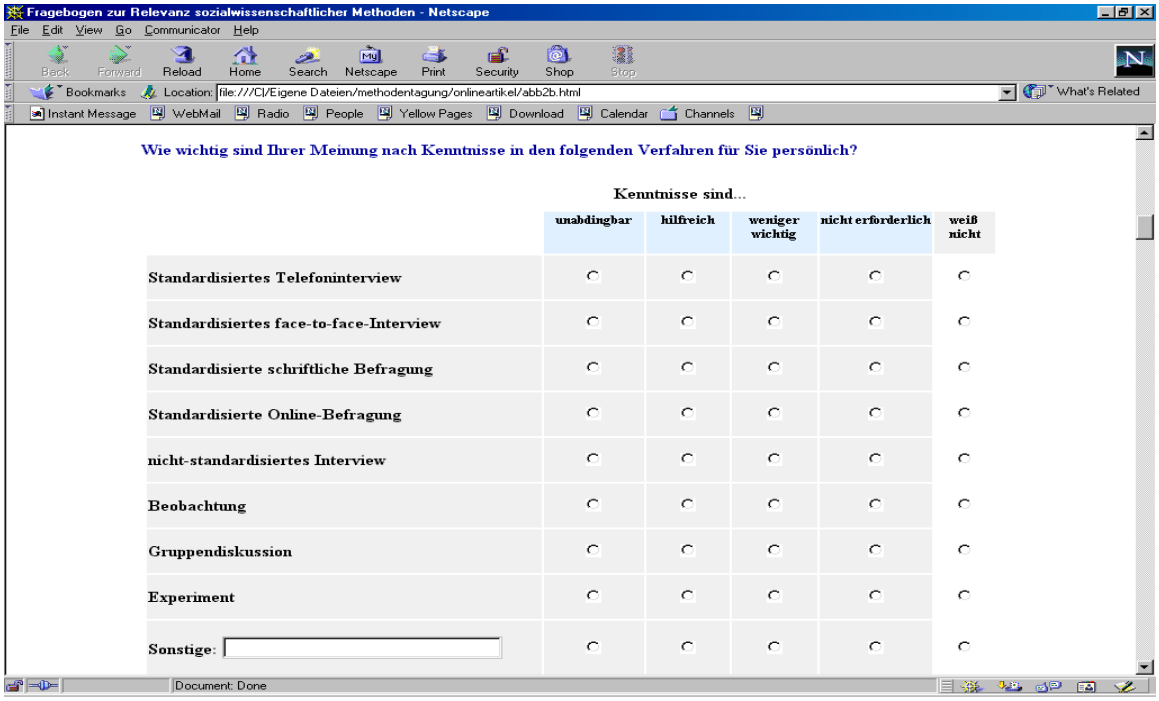
*Fragestellung in einer webbasierten Umfrage:*



Ein weiterer Nachteil der Auflösung von Matrixfragen liegt darin, dass durch die permanente Wiederholung der selben Frage ein Ermüdungseffekt beim Befragten erwartet werden kann. Dies steht dann im Widerspruch zur Forderung danach, dass Umfragen interessant sein sollen und den Interviewten nicht langweilen dürfen[10]. Unterschiedliche Frageformulierungen, die sich auf Items einer Frage beziehen, könnten aber wieder eine unerwünschte Antwortverzerrung hervorrufen.

Es ist also in der Fragebogengestaltung ein Kompromiss zu schließen zwischen unterschiedlichen, entgegengesetzten Anforderungen an ein optimales webbasiertes Fragebogenlayout. In der Umfrage zur Relevanz sozialwissenschaftlicher Methoden wurde deshalb nicht generell auf die Integration von Matrixfragen verzichtet. Sie wurden jedoch so geteilt, dass auch mit kleinen Bildschirmauflösungen die Fragestellung und alle Kategorienbezeichnungen zu lesen waren. Die maximale Zahl von Antwortkategorien, die spaltenweise angeordnet waren, betrug fünf. Davon waren vier Kategorien inhaltliche Angaben, die fünfte Kategorie umfasste die „weiß nicht“ - Antwort. Dabei wurde zum einen davon ausgegangen, dass bis zu sieben Sachverhalte durch den Menschen in ihrer Gesamtheit noch wahrzunehmen sind und zum anderen waren die Fragestellungen besonders einfach und daher auch zügig zu beantworten. Zur besseren Übersicht waren die inhaltlich relevanten Spalten von den „Fehlwerten“ und die Items von den Antwortkategorien farblich abgehoben (vgl. Abbildung 3).

**Abbildung 3:** Fragelayout in webbasierten Umfragen als Kompromiss

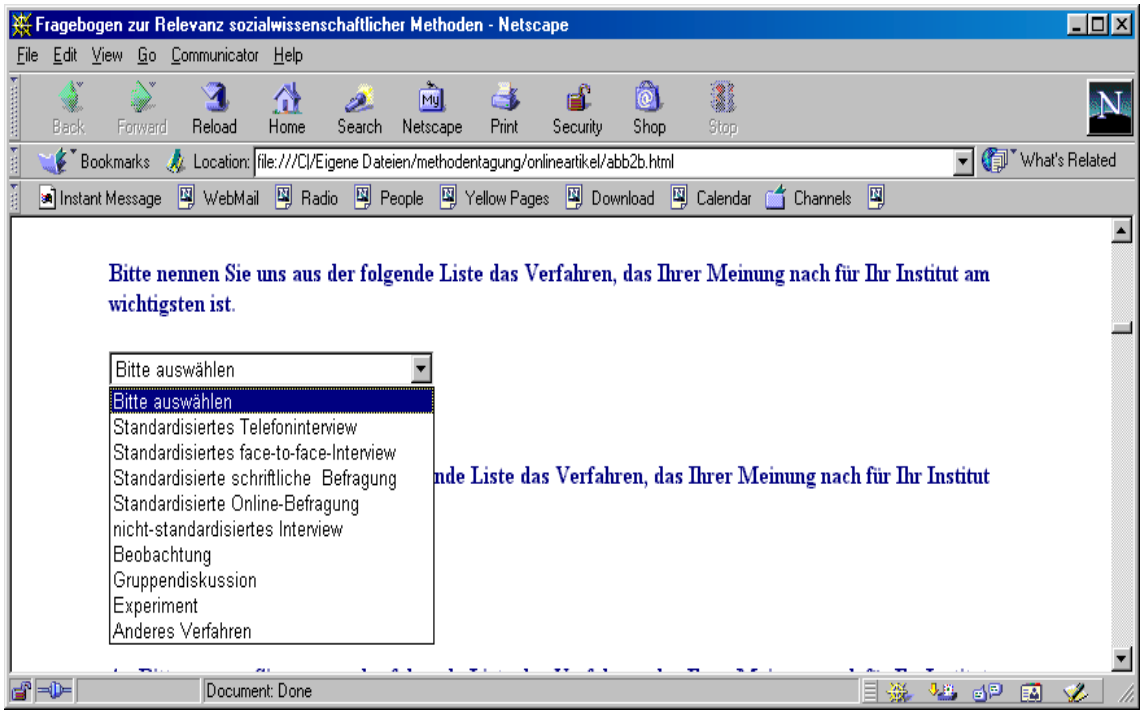



10 Einige Autoren berichten empirische Evidenz für die Abhängigkeit der Teilnahmemotivation bei den Befragten von der Interessantheit der jeweiligen Umfrage. Dieser Aspekt wirkt dabei stärker als etwaige Gewinnanreize (vgl. ***Bosnjak/ Batinic*** 1999: 146; ***Gräf/ Heidingsfelder*** 1999: 122; ***Gräf*** 1999: 163).

Über die Darstellungsform hinaus zeigt Abbildung 3 noch eine Besonderheit der webbasierten Umfrage. Die hier gewählten Antwortkreise, sogenannte „radio buttons“, haben die Eigenschaft, dass jeweils nur einer der Kreise pro Zeile ausgewählt werden kann.[11] Dadurch werden fehlerhafte Eingaben verhindert, während in schriftlichen Fragebögen der Befragte beispielweise sowohl „unabdingbar“ als auch „weniger wichtig“ ankreuzen kann.

In der Programmierung der anzukreuzenden Buttons oder von Auswahlfeldern ist darauf zu achten, dass keine Kategorie im Vorfeld bereits ausgewählt ist. Alle radio buttons für eine itembezogene Fragestellung sollen deshalb immer leer sein, für Auswahlfelder wird ein default-Feld vorgesehen (vgl. Abbildung 4). Dadurch wird vermieden, dass dem Befragten ein inhaltlicher Wert zugewiesen wird, den er nicht selbst aktiv gewählt hat.

**Abbildung 4:** Vermeidung von Vorselektion von Antwortkategorien




Um einem vorzeitigen Abbruch der Befragung zu begegnen wird in der Literatur empfohlen, dass der Befragte Informationen über den Fortschritt der Umfrage erhält. Die entsprechende Gestaltung ist dabei sehr vielfältig: neben Fortschrittsbalken sind Angaben über die aktuelle und die Gesamtseitenzahl oder die entsprechenden Fragenummern denkbar.

In der Umfrage zur Relevanz der Methodenausbildung wurde auf die Fortschrittsdokumentation verzichtet, weil für die Befragten aus der Befragungsbeschreibung hervorging, dass zu den drei Schwerpunkten Datenerhebung-, Auswahl- und Datenanalyseverfahren befragt

11 Wenn Mehrfachantworten vorgesehen sind, dann werden quadratische „check boxes“ eingesetzt. An der Form des Auswahlbuttons kann der Befragte also schon die Wahlmöglichkeiten erkennen.

werden sollte. Außerdem ließ die Kürze der Befragung – in der Regel dauerte die Beantwortung weniger als zehn Minuten – und die relativ leichte Beantwortbarkeit vermuten, dass diejenigen, die die Befragung begannen, sie auch fortsetzen würden.

### 3.2. Die Stichprobenziehung

Neben einer spezifischen Fragebogengestaltung wird in der einschlägigen Literatur insbesondere die Stichprobenziehung für Online-Erhebungen kritisch diskutiert (vgl. ***Bandilla*** 1999).

Das Problem besteht hierbei zuerst einmal darin, dass eine Beschreibung der Grundgesamtheit in der Regel nicht möglich ist (vgl. ***Hauptmanns*** 1999). Die Grundgesamtheit kann nicht die Gesamtbevölkerung sein, weil die Verbreitung von Computern und die Internetzugänge nach wie vor zu gering und darüber hinaus auch ungleich verteilt sind. Deshalb wird in der Online-Marktforschung von einer Grundgesamtheit der Internetnutzer ausgegangen, für die bei entsprechendem Vorgehen Aussagen getroffen werden könnten. Diese Grundgesamtheit wird durch telefongestützte Erhebungen ständig neu definiert. Die Schwierigkeit besteht nun darin, dass einerseits verschiedene Kriterien für die Definition von Internetnutzern verwendet werden und dass zweitens die Veränderungen auf dem Gebiet der Informationstechnologien so schnell vor sich gehen, dass wirklich eine permanente Anpassung erfolgen müsste. Eine dritte Schwierigkeit in diesem Zusammenhang ergibt sich daraus, dass die Grundgesamtheit mit einem Vorgehen – also einer Befragung - eruiert wird, für das auch methodische Probleme bekannt sind. Möglicherweise gibt es Zusammenhänge zwischen der Teilnahme an telefonischen Befragungen und der Internetnutzung bzw. des -zugangs, die deshalb nicht entdeckt werden können.

Im allgemeinen wird trotz der angesprochenen Schwierigkeiten aus Mangel an Alternativen auf die Daten aus den umfragegenerierten Angaben zur Grundgesamtheit der Internetnutzer zurückgegriffen. Im Anwendungsfall der Umfrage zur Relevanz sozialwissenschaftlicher Methoden war die Definition einer Grundgesamtheit jedoch weniger schwierig: In einem weiten Sinne bestand sie aus den empirisch arbeitenden Sozial-, Markt- und Meinungsforschern im deutschsprachigen Raum. Diese Definition führte aber zu keiner genauen Abgrenzbarkeit, sie wurde deshalb auf diejenigen eingeschränkt, die in einem der die Tagung zur Relevanz der Methodenausbildung tragenden Verbände Mitglied waren. Dabei konnten Einzelpersonen selbst Mitglieder beispielsweise der Methodensektion sein, oder aber die befragten Personen waren Angehörige eines Instituts oder einer anderen Einrichtung, die als juristische Personen als Mitglieder in einem Verband auftraten. Zur allgemeinen Definition der interessierenden Gruppe reicht das Kriterium der Mitgliedschaft aus, für die konkrete Beschreibung der Grundgesamtheit jedoch nicht mehr. Mitgliedslisten sind zum Teil nicht öffentlich und zum Teil nicht vollständig oder korrekt geführt, so dass in

den Analysen zur Relevanz der sozialwissenschaftlichen Methoden (vgl. ***Simonson; Pötschke*** 2001; ***Pötschke; Simonson*** 2001) immer darauf hingewiesen werden musste, dass keine Informationen über die genaue Größe der Grundgesamtheit vorlagen und dass deshalb keine Angaben zu Ausschöpfungsquoten oder der Güte der Gruppe letztlich analysierter Fragebogen gemacht werden konnten. Deshalb waren Rückschlüsse von den Ergebnisse dieser Online-Umfrage auf die Gruppe aller empirisch arbeitenden Markt-, Meinungs- und Sozialforscher nicht erlaubt. Repräsentativität konnte (und sollte) mit der Studie nicht angestrebt werden. Damit unterliegt diese Beispielstudie einer Restriktion, die für die meisten der durchgeführten Online-Studien zutrifft, auch wenn nicht oft darauf verwiesen wird. Die Unbestimmbarkeit der Grundgesamtheit wurde darüber hinaus durch den gewählten Verteilungsweg der Informationen über den Fragebogen befördert. Eine Verbreitung dieser Information unter kompetenten und relevanten Dritten war nämlich ausdrücklich gewünscht. Dieses Vorgehen hatte den positiven Effekt, dass eine relativ große Zahl von Personen angesprochen werden konnte.

Kann man, wie im Fall der Umfrage zur Relevanz der Methodenausbildung die Grundgesamtheit recht gut durch ein formales Kriterium beschreiben, ist eine Strategie zur Ziehung der Stichprobe zu entwickeln. In unserem Fall sollte eine Vollerhebung angestrebt werden, um ein möglichst differenziertes Bild über den Methodeneinsatz in der Praxis zu erhalten. Außerdem erschien die Grundgesamtheit klein genug, um eine computergestützte Umfrage unter allen Mitgliedern realisieren zu können.

Über die E-Mail-Verteiler von ADM, ASI, BDS, BVM und der Methodensektion der DGS wurde deshalb auf die Befragung hingewiesen und die Mitglieder zur Beantwortung des Fragebogens aufgefordert. Der Fragebogen selbst war als HTML-Formular über das Internet zugänglich. Dabei wurde auf eine Verknüpfung mit bestehenden Internetseiten verzichtet, so dass nur diejenigen einen Zugriff auf den Bogen hatten, die die genaue URL des Fragebogens kannten.[12]

Diese Vorgehen schloss solche Mitglieder von vornherein aus, die über keinen E-Mail-Account oder Internetzugang verfügen bzw. ihre Adresse in den Verbänden nicht bekannt gegeben hatten. Andererseits wurden einzelne Personen möglicherweise mehrmals angeschrieben, wenn sie in mehreren Verbänden organisiert sind. Die daraus resultierenden Verzerrungen mussten hingenommen werden. Informationen über deren Stärke sind nicht erhältlich, da die E-Mail-Verfügbarkeit im Verhältnis zu allen Mitgliedern nur für ausgewählte Verbände bekannt ist.

12 Theoretisch ist es natürlich auch möglich, dass Unbeteiligte zufällig die Adresse des Fragebogens in ihren Browser eingaben. In Anbetracht der spezifischen Adresse ist das aber sehr unwahrscheinlich.

Mailinglisten sind den Fehlern, die für Telefonlisten bekannt sind, ebenfalls unterworfen. Neben dem völligen Fehlen einer Adresse kann es vorkommen, dass eine Person mehrere Accounts nutzt. Darüber hinaus können die Accounts personen- oder gruppenbezogen sein (vgl. das Mehrebenenproblem in III.3). In unserem Fall ist jedoch davon auszugehen, dass die beschriebenen Probleme der Mailinglisten eher marginal sind. ***Dillmann und Bowker*** (2001: 164) schreiben dazu, „when nearly all members of a population have computers and Internet access, as is already the case for many such groups [groups with high level of education] coverage is less of a problem".

Eine empirisch zu testende Frage ist also die Güte der verwendeten Mailinglisten, über die Informationsverbreitung in Verbänden und Organisationen zunehmend organisiert werden. Sie geben dem Sozialforscher die Möglichkeit, einige der generellen Probleme der Stichprobenziehung im Internet zu vermeiden. Mailinglisten können nämlich eine interessierende Grundgesamtheit dann abbilden, wenn der Eintrag in dieses Verzeichnis obligatorisch für die Mitglieder ist und wenn genaue Informationen über die tatsächliche Mitglieder vorliegen. Aber diese Listen unterliegen – wie oben beschrieben - auch den Fehlerquellen, die für herkömmliche Adresslisten zu beachten sind. Über die Güte von Mailinglisten als Adressverwaltungsersatz in Verbänden gibt es bisher nur unzureichende und eher sporadische Erkenntnisse. Am Beispiel der Methodensektion in der DGS lassen sich insbesondere zwei Problembereiche aufzeigen. Erstens erfordert die Pflege von Mailinglisten nicht weniger Aufwand als die sonst übliche Kontrolle von Mitgliederverzeichnissen und Adresslisten. Zwar treten Falschsendungen durch Meldungen des Mailinglistenverwaltungsservers eher zu Tage; die Recherche einer gültigen Adresse kann aber auch im Internet sehr aufwendig sein. Andererseits ist zu konstatieren, dass trotz umfangreicher Aufklärung und Information noch nicht davon ausgegangen werden kann, dass in Verbänden und Organisationen, die nicht originär netzspezifische Interessen haben, die Informationsverbreitung nach wie vor in Einzelfällen auch postalisch erfolgen muss. Es gibt in der Regel keine Möglichkeit, die Kommunikation verbindlich für alle netzbasiert zu realisieren. In der Methodensektion der DGS sind derzeit etwa 9% der Mitglieder nicht über das Internet zu erreichen.

Die Auswirkungen einer solchen – von vorn herein in die Untersuchung integrierten – Nichterreichbarkeitsquote müssen jedoch noch genauer und in separaten vergleichenden Methodenstudien untersucht werden. Hier sollen die Ausführungen nur einen Hinweis auf die im Zuge einer Online-Erhebung zu erwartenden Probleme geben.

Die Lösung des Stichprobenproblems wird in der kommerziellen Markt- und Meinungsforschung in sogenannten Access-Panels gesehen. Darunter werden Adressenpools von Befragten verstanden, die sich einmal generell zur Beteiligung an Umfragen bereit erklärt haben und für die zahlreiche soziodemographische und allgemeine Verhaltensinformationen vorliegen. Der jeweilige Pool wird dann als Grundgesamtheit definiert, aus dem die

Stichproben entsprechend gezogen werden können. Das besondere Augenmerk wird dabei darauf gelegt, dass der Adressenpool in wesentlichen Merkmalen mit den Internetnutzern generell übereinstimmt (vgl. ***Zimmermann/ Gadeib/ Lürken*** 2001).

### 3.3. Weitere Probleme von Internetbefragungen

Prinzipiell ist bei der Konzeption einer Online-Erhebung zu berücksichtigen, dass auf das Internet über ganz unterschiedliche Wege zugegriffen wird, die unterschiedliche Download- und Ladezeiten implizieren, welche zu spezifischen Abbruchquoten und Ausfällen führen können. Während zu erwarten ist, dass Personen, die über einen beruflichen Internetzugang verfügen, häufig über Standleitungen mit kurzen Downloadzeiten auf das Netz zugreifen können, ist dies bei privaten Internetnutzern deutlich seltener zu erwarten. Dies ist vor allem bei aufwendigen Fragebogengestaltungen mit Bild-, Video- oder Audiosequenzen zu berücksichtigen. In der Online-Umfrage zur Praxisrelevanz der Methodenausbildung wurde der Fragebogen möglichst einfach gehalten, um lange Downloadzeiten zu vermeiden. Darüber hinaus konnte davon ausgegangen werden, dass der überwiegende Teil der Befragten den Fragebogen über einen beruflichen und daher in der Regel schnelleren Internetzugang aufrufen und ausfüllen konnte.

Eine weitere Problemquelle liegt in der auf der Befragtenseite auftretenden Nutzung unterschiedlicher Softwareprodukte. So können unter Umständen bereits abweichende Darstellungsformen in verschiedenen Browsertypen zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen. Die Befragungen sollten daher so konzipiert sein, dass in den gängigen Browsern keine relevanten Darstellungsunterschiede auftauchen. Der Online-Fragebogen zur Praxisrelevanz der Methodenausbildung war so gestaltet, dass die Darstellung in den am häufigsten genutzten Browsern Netscape Navigator und Microsoft Internet Explorer nahezu identisch war. Dabei haben 60% der Befragten den Netscape Navigator verwendet, 40% den Microsoft Internet Explorer.

Doch auch bei Nutzung gleicher Software kann es durch unterschiedliche individuell vorgenommene Einstellungen in den Programmen zu Fehlern und Inkompatibilitäten kommen. Ein Beispiel dafür ist die fehlende Konfigurierung einer Absenderadresse im Browser. Bei Online-Erhebungen existieren nämlich prinzipiell zwei Wege, die vom Befragten produzierten Daten in Form des ausgefüllten Fragebogens zurückzuerhalten: Zum einen ist es möglich, dass die Daten per E-Mail an eine vom Forscher spezifizierte E-Mail-Adresse zurückgesandt werden, zum anderen besteht die Möglichkeit, dass die Rücksendung der Daten direkt in eine Datenbank erfolgt. Diese zweite Methode bietet den Vorteil, dass der Arbeitsschritt der Dateneingabe entfällt bzw. automatisiert und nahezu zeitgleich mit der Absendung des ausgefüllten Fragebogens vollzogen wird. Bei der Rücksendung per E-Mail ist zu beachten, dass es befragtenseitig notwendig ist, im Browser eine E-Mail-

Adresse spezifiziert zu haben. Ist diese fehlerhaft bzw. fehlt sie, kann dies dazu führen, dass sich der Fragebogen nicht absenden lässt. Dieses Problem trat auch in der Befragung zur Praxisrelevanz der Methodenausbildung auf, bei der die Methode der E-Mail-Übertragung gewählt wurde.[13] Insgesamt wurde von fünf Personen eine Rückmeldung gegeben, den Fragebogen nicht abschicken zu können. Wie groß der Anteil derjenigen ist, die ähnliche Probleme hatten, dieses aber nicht kommunizierten, bleibt allerdings unklar. Schon zur Vermeidung dieser Probleme sollte bei Online-Erhebungen daher in der Regel der Datenübertragung durch ein Script direkt in eine Datenbank der Vorzug geben werden.

Eine spezifische Problematik bei der Umfrage zur Praxisrelevanz der Methodenausbildung lag in den unterschiedlichen Bezugsebenen, für die Befragten antworten konnten. Da der Zugang über die E-Mail-Listen der Verbände und Organisationen gesucht wurde, wurden einerseits Institute/ Firmen angesprochen, wenn Institute als Mitglieder von Verbänden aufscheinen. Andererseits wurden natürliche Personen durch die Listen angesprochen, in denen persönliche Mitgliedschaft die Regel ist. Daraus ergibt sich die Besonderheit, dass die Befragten in zwei Funktionen auftreten konnten: entweder beantworteten sie den Fragebogen für sich selbst und die eigenen Tätigkeit, oder sie antworteten in der Funktion eines Abteilungs- oder Institutsleiters und gaben Auskünfte über die gesamte Institution bzw. einen Teilbereich von dieser. Diesem Mehrebenenproblem wurde mit einer Splittung in drei separate, inhaltlich jedoch äquivalente Fragebögen Rechnung getragen, die sich auf die unterschiedliche Ebenen beziehen. Die Entscheidung darüber, für welche Ebene die Befragten antworten wollten, oblag ihnen selbst. Die Beachtung des Mehrebenenproblems selbst ist nicht medienspezifisch. Die Möglichkeiten, ihm zu begegnen erweisen sich im Netz im Vergleich zu schriftlichen Befragungen allerdings als günstiger. Nach einer Einstiegsfrage zur jeweiligen Funktion wird dem Befragten nur der für ihn zutreffende Fragebogen angezeigt. Die anderen beiden Varianten bleiben unsichtbar. In einer schriftlichen Befragung hätten dem Befragten alle Fragebogenvarianten vorgelegt werden müssen oder die Frageformulierungen hätten jeweils drei unterschiedliche Bezüge gleichzeitig beinhalten müssen. Mit den computerbasierten Möglichkeiten konnte der Fragebogen also weniger komplex und übersichtlicher präsentiert werden, was die Beantwortbarkeit und die Stringenz der Bezüge erhöhte.

13 Das damit verbundene Problem vergrößert sich noch durch die unkonkreten Fehlermeldungen des Browsers, die dazu führen können, dass der Befragte annimmt, der Fehler läge auf der Seite der Forscher.

**4. Fazit**

Online-Erhebungen werden in der empirischen Sozialforschung bisher eher vereinzelt eingesetzt. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass netzbasierte Umfragen auch hier zunehmend an Bedeutung gewinnen. Als hemmend für diese Ausbreitung erweisen sich zur Zeit noch die Schwierigkeiten bei der Ziehung einer Stichprobe von geeigneten Interviewpersonen, die den gängigen Qualitätsstandards entspricht. ***Hauptmanns*** (1999: 28) zieht dem entsprechend als Fazit: „meiner Meinung nach ist heute bei Befragungen im World Wide Web Repräsentativität für mehr als eine ehr eingeschränkte Teilpopulation (z.B. Mitarbeiter einer Firma) prinzipiell nicht zu erreichen.“ Darin ist ihm nach wie vor zuzustimmen.

Trotzdem kann im Zuge der Ausbreitung von Internetzugängen und der zunehmenden Selbstverständlichkeit der Internetnutzung aber auch erwartet werden, dass Befragungen über das Internet zu einem alltäglichen Instrument der Sozialforschung werden. Das Internet selbst bietet dann sehr gute Möglichkeiten, insbesondere animierte und multimediale Befragungssequenzen zu nutzen. Aber auch die schnelle und problemlose Datenübertragung und Datenverfügbarkeit sowie die flexible Filterführung wird dem Medium Netz in der empirischen Sozialforschung zum Durchbruch verhelfen.

Mögliche Lösungswege für das Stichprobenproblem sind in der zukünftig zu erwartenden stärkeren Formalisierung der Internetnutzung zu sehen. Erste, freiwillige E-Mail-Verzeichnisse bestehen bereits. Darüber hinaus werden in der kommerziellen Marktforschung spezifische Befragtenpools – sogenannte Access-Panels – organisiert, die Repräsentativität zumindest für Internetnutzer sichern sollen.

Die Umsetzung der formalen Regeln für die Fragebogengestaltung werden im Netz pragmatischen Anforderungen genügen müssen. Stärker als in anderen Erhebungsformen, gibt es für die Online-Umfrage sich widersprechende Hinweise, die jeweils genau abgewogen werden müssen.

Insgesamt ist mit der Online-Erhebung eine Methode gegeben, die – wie andere Methoden auch– ihre spezifischen Stärken und Schwächen aufweist, die es bei der Anwendung zu reflektieren gilt. Welcher Erhebungsmethode der Vorzug gegeben werden sollte, ist nicht pauschal zu beantworten. Die netzgestützte Erhebung wird sicherlich nicht in allen Fragestellungen und Anwendungsfällen die adäquate Methode darstellen; sie kann die bisher verbreiteten Methoden der Datengewinnung aber in sinnvoller Weise ergänzen. Es wäre bedauerlich, wenn in der empirischen Sozialforschung die Potentiale der Online-Forschung ungenutzt blieben und das Feld gänzlich anderen Disziplinen überlassen werden würde.

## Literatur

***ADM; ASI; BVM; D.G.O.F***. 2001:
Standards zur Qualitätssicherung für Online-Befragungen. Frankfurt/M.: ADM e.V.

***Bandilla, Wolfgang*** 1999:
WWW-Umfragen – Eine alternative Datenerhebungstechnik für die empirische Sozialforschung? In: ***Batinic, Bernad; Werner, Andreas; Gräf, Lorenz; Bandilla, Wolfgang*** (Hrsg.): Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse. Göttingen: Hogrefe, S. 9-19.

***Batinic, Bernad*** 2000:
Internet für Psychologen Göttingen: Hogrefe.

***Batinic, Bernad; Werner, Andreas; Gräf, Lorenz; Bandilla, Wolfgang*** (Hrsg.) 1999:
Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse. Göttingen: Hogrefe.

***Bosnjak, Michael; Batinic, Bernad*** 1999:
Determinanten der Teilnahmebereitschaft an internet-basierten Fragebogenuntersuchungen am Beispiel E-Mail. In: ***Batinic, Bernad; Werner, Andreas; Gräf, Lorenz; Bandilla, Wolfgang*** (Hrsg.): Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse. Göttingen: Hogrefe, S. 145-157.

***Dialego*** AG o.J.:
Prognose zur Entwicklung des deutschen Online-Marktforschungs-Marktes. http://www.dialego.de am 17. August 2001.

***Dillmann, Don A.; Bowker, Dennis K***. 2001:
The Web Questionnaire Challenge to Suervey Methodologists. In: REIPS, ULF-DIETRICH; BOSNJAK, MICHAEL (Hrsg.): Dimensions of Internet Science. Lengerich: Pabst, S. 159-178.

***Döring, Nicola*** 1999:
Sozialpsychologie des Internet. Die Bedeutung des Internet für Kommunikationsprozesse, Identitäten, soziale Beziehungen und Gruppen. Göttingen: Hogrefe.

***Gräf, Lorenz*** 1999:
Optimierung von WWW-Umfragen: Das Online Pretest-Studio. In: ***Batinic, Bernad; Werner, Andreas; Gräf, Lorenz; Bandilla, Wolfgang*** (Hrsg.): Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse. Göttingen: Hogrefe, S. 159-177.

***Gräf, Lorenz; Heidingsfelder, Martin*** 1999:
Bessere Datenqualität bei WWW-Umfragen – Erfahrungen aus einem Methodenexperiment mit dem Internet-Rogator. In: ***Batinic, Bernad; Werner, Andreas; Gräf, Lorenz; Bandilla, Wolfgang*** (Hrsg.): Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse. Göttingen: Hogrefe, S. 113-1126.

***Hauptmann, Peter*** 1999:
Grenzen und Chancen von quantitativen Befragungen mit Hilfe des Internet. In: ***Batinic, Bernad; Werner, Andreas; Gräf, Lorenz; Bandilla, Wolfgang*** (Hrsg.): Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse. Göttingen: Hogrefe, S. 21-38.

***Korff, Jörg*** 2000:
Managment Summary. Akzeptanzanalyse Online-Forschung. Köln: SKOPOS.

***Lanninger, Thomas; Schäfer, Thomas*** 2001:
Methoden im Vergleich. Stichprobe und Antwortverhalten ONLINE – CATI. Mölln: inra.

***Pötschke, Manuela*** 2001:
Inhaltsanalyse in Mailinglisten: Das Beispiel der Methodendiskussion in der Liste der deutschen Onlineforscher gir-l. Vortrag auf der Herbsttagung der Methodensektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, in Vorbereitung.

***Pötschke, Manuela; Simonson, Julia*** 2001:
Soziologie und Marktforschung: Ausbildung an einem Arbeitsmarkt vorbei? In: Planung & Analyse, im Erscheinen

***Sassenberg, Kai; Kreutz, Stefan*** 1999:
Online Research und Anonymität. In: ***Batinic, Bernad; Werner, Andreas; Gräf, Lorenz; Bandilla, Wolfgang*** (Hrsg.): Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse. Göttingen: Hogrefe, S. 61-75.

***Simonson, Julia; Pötschke, Manuela*** 2001:
Zur Praxisrelevanz der Methodenausbildung: Ergebnisse einer Online-Befragung. In: ENGEL, UWE (Hrsg.): Tagungsband „Praxisrelevanz der Methodenausbildung“, im Erscheinen.

***Vogt, Kersten*** 1999:
Verzerrungen in elektronischen Befragungen? In: ***Batinic, Bernad; Werner, Andreas; Gräf, Lorenz; Bandilla, Wolfgang*** (Hrsg.): Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse. Göttingen: Hogrefe, S. 127-143.

***Zimmermann, Matthias; Gadeib, Andera; Lürken, Alexander*** 2001:
Marktforschung Online – Schöne neue Welt? In: Planung & Analyse 2/2001, S. 38-43.

# Adressenscreening über Schulen: Erfahrungen beim IKG-Jugendpanel

**von Christian Babka von Gostomski** [1]


## *Zusammenfassung*

*Jugendbefragungen im Paneldesign weisen Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Regel nur mit geringen Fallzahlen auf. Beim IKG-Jugendpanel sollen von jeweils über 1.000 Jugendlichen türkischer Herkunft, Aussiedler-Jugendlichen und Jugendlichen deutscher Herkunft in sechs jährlichen Befragungen Daten über wechselseitige Wahrnehmungen, Kontakte untereinander, Vorurteile, Gewalterfahrungen und Integrationsprozesse im Zeitverlauf gesammelt werden. Zu diesem Zweck wurde in 14 Kreisen und zehn kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens in 1.057 Schulen versucht, Jugendliche der zehnten Klassen zur Teilnahme an einer Klassen- beziehungsweise postalischen Befragung zu gewinnen. Es konnten Adressen von etwa 2.000 Jugendlichen türkischer Herkunft, rund 4.700 Aussiedler-Jugendlichen, circa 22.500 Jugendlichen deutscher Herkunft und etwa 2.900 Jugendlichen anderer Herkunft gesammelt werden. Jugendliche türkischer Herkunft und Aussiedler-Jugendliche waren dabei nicht schlechter erreichbar als Jugendliche deutscher Herkunft. Das Verfahren des Adressenscreenings und Probleme auf der Schul-, Klassen- und Individualebene hinsichtlich der Einwilligung zur Teilnahme an der Untersuchung werden dargestellt. Vor dem Hintergrund des fast völligen Fehlens von Zufallsstichproben bei Panelbefragungen mit seltenen Populationen wie etwa Jugendlichen türkischer Herkunft oder jungen Aussiedlern/innen wird die Problematik eines adäquaten Auswahlverfahrens angesprochen.*

## *Abstract*

*Adolescents with a background in migration are rarely represented in longitudinal studies and if so, then only in small numbers. In contrast, the IKG-Youth-Survey aims at including more than 1.000 adolescents each of Turkish descent, German resettlers from Russia, Ro-*


1 ***Christian Babka von Gostomski*** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Universität Bielefeld, Postfach 100131, 33501 Bielefeld, Tel.: 0521 / 106-3131, e-mail: christan.babka@uni-bielefeld.de

*mania and Poland (Aussiedler), as well as adolescents of German descent. These participants will be asked annually, for 6 years in total, about their mutual prejudices, experiences in violent behaviour and their integration into the German host society. Aiming at this, we got in contact with 1.057 schools and tried to convince pupils to participate in a questionnaire survey. As a result, approximately 2.000 addresses from Turkish adolescents, 4.700 addresses from Aussiedler-adolescents, 22.500 addresses from German adolescents and 2.900 addresses from adolescents of a different origin were collected. This paper describes how these addresses were generated and what specific problems occurred during that process. Against the background of a nearly complete lack of random samples in longitudinal studies, which include rare populations like those of Turkish or former Russian descent, the paper discusses the problems of an adequate sampling procedure.*

## 1. Inhaltliche Zielsetzung beim IKG-Jugendpanel

Im Zentrum des Forschungsinteresses stehen beim IKG-Jugendpanel (***Babka von Gostomski et al***. 2000; ***Heitmeyer et al.*** 1998) die wechselseitigen Wahrnehmungen und Bewertungen von türkischen, deutschen und Aussiedler-Jugendlichen im Zeitverlauf, wobei die Fragestellung auf zwei Bereiche fokussiert: Vorurteile und Gewalt.[2] Eine zentrale Fragestellung ist, ob und wie die Bewältigung von Statuspassagen, insbesondere die Integration in den Arbeitsmarkt, die Vorurteilsausprägungen und das Gewaltverhalten bei Jugendlichen in der Zeitspanne zwischen dem 16. und 22. Lebensjahr beeinflussen. Als moderierende Variablen werden Faktoren wie die Kontakte zu Jugendlichen anderer Herkunft, die Gruppenidentifikation, die Fähigkeit zum Konfliktmanagement und das Systemvertrauen der Jugendlichen berücksichtigt. Insgesamt soll die Untersuchung Antworten auf die Frage geben: Unter welchen Rahmenbedingungen entwickeln, verfestigen beziehungsweise verringern sich Vorurteile gegenüber Jugendlichen der jeweils anderen Gruppe?

Um diese Fragestellungen zu bearbeiten, werden beim IKG-Jugendpanel jährliche Erhebungen vom Jahr 2001 bis zum Jahr 2006 durchgeführt. Die Ausgangsbefragung fand mit Jugendlichen aus zehnten Klassen von Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien in Nordrhein-Westfalen statt. Insgesamt sind sechs Erhebungswellen geplant. In der Ausgangserhebung sollten mindestens 4.000 deutsche Jugendliche, 1.000 Jugendliche türkischer Herkunft und 2.000 Aussiedler-Jugendliche befragt werden.[3] Mit Jugendlichen türkischer

2 Die Durchführung und Auswertung des IKG-Jugendpanels stehen im Mittelpunkt des Projektes „Wechselseitige Wahrnehmung, Integration und Interaktion Jugendlicher unterschiedlicher Herkunft“ unter der Leitung von Prof. Dr. ***Wilhelm Heitmeyer*** und Dr. ***Renate Möller***. Projektmitarbeiter/innen sind Dr. ***Joachim Brüß***, ***Gisela Wiebke*** und ***Christian Babka von Gostomski***. Das Forschungsvorhaben wird aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert.

3 Um in der sechsten und letzten Befragungswelle getrennte Analysen nach den Herkunftsgruppen vornehmen zu können, ist in der Ausgangserhebung aufgrund der erwartbaren Panelmortalität eine Größenordnung von mindestens 1.000 Jugendlichen je Herkunftsgruppe erstrebenswert.

Herkunft sind Jugendliche gemeint, die selber oder deren Familie aus der Türkei nach Deutschland kamen. Aussiedler-Jugendliche sind deutsche Jugendliche, die mit ihren deutschen Eltern aus der ehemaligen UdSSR oder aus anderen Ländern Osteuropas oder Südosteuropas nach Deutschland einwanderten.

Aus dieser Anlage der Untersuchung ergeben sich verschiedene Probleme. Erstens gehören Jugendliche türkischer Herkunft und Aussiedler-Jugendliche zu „seltenen Populationen" (***Schnell et al.*** 1999: 272): Sie sind unter Schülern/innen aus zehnten Klassen weit weniger häufig anzutreffen als Jugendliche, deren deutsche Eltern in Deutschland geboren wurden. Zweitens sind Jugendliche aus zehnten Klassen zum größten Teil minderjährig, so dass bei Befragungen besondere datenschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen sind. Drittens stellen auch Jugendliche aus zehnten Klassen innerhalb der Gesamtbevölkerung eine seltene Population dar. Man weiß zwar, über welche Institutionen sie am besten anzusprechen sind, nämlich über Schulen, aber mit der Ansprache über Schulen sind weitere Restriktionen und datenschutzrechtliche Auflagen verbunden. Viertens sind die zu erfragenden Themenbereiche Vorurteile und Gewalt als sensible Themen anzusehen, die eine Befragung nicht erleichtern. Fünftens wird eine Panelbefragung angestrebt. Damit ist die Notwendigkeit verbunden, die Einwilligung zur Speicherung der Adresse der Jugendlichen zu erlangen, um die weiteren jährlichen Befragungen durchführen zu können.

## 2. Zur Gewinnung einer Auswahl von Jugendlichen aus zehnten Klassen

Ideal zur Gewinnung einer Auswahl von Jugendlichen aus zehnten Klassen wäre eine vollständige Liste der Zielpopulation (***Schnell et al.*** 1999: 273), also für das IKG-Jugendpanel eine Liste aller Jugendlichen aus zehnten Klassen mit zusätzlichen Angaben über die Herkunft der Jugendlichen beziehungsweise deren Familie und den Adressen der Jugendlichen. Eine solche Liste existiert nicht. Für Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit und Jugendliche mit türkischer Staatsangehörigkeit ist es möglich, über Einwohnermeldeämter an die Adresse zu gelangen (zu Auswahlmerkmalen bei behördlichen Datenbeständen: ***Granato*** 1999: 46, ***Salentin*** 1999: 119). Allerdings müsste man dabei auf das Auswahlkriterium „zehnte Klasse" verzichten oder über ein nachgeschaltetes Screening-Verfahren (***Schnell et al.*** 1999: 273), die Schüler/innen aus zehnten Klassen suchen. Auch die Aussiedler-Jugendlichen müssten dabei aus der Gruppe der Jugendlichen mit deutschem Pass gesucht werden, da das Merkmal „Aussiedler/in" keine Staatsangehörigkeit bezeichnet und damit über Einwohnermeldeamtslisten nicht verfügbar ist. Zudem erreicht man bei der Kontaktaufnahme über Listen der Einwohnermeldeämter nur jene türkischen Jugendlichen, die eine türkische Staatsangehörigkeit haben. Interessant sind aber für die Untersuchung auch die Jugendlichen türkischer Herkunft, deren Eltern schon länger in der Bundesrepublik leben und die vielleicht schon die deutsche Staatsangehörigkeit angenom-

men haben. Auch diese müssten bei der Verwendung von Meldeamtslisten aus dem Kreis der Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit gesucht werden.

Da ein Verfahren über Einwohnermeldeämter mit erheblichen Kosten und anschließenden Screening-Arbeiten hinsichtlich den Kriterien „zehnte Klasse“ und „Herkunft“ verbunden gewesen wäre, wurde für die Ausgangserhebung ein anderes Verfahren zur Herstellung eines hinreichend großen Adressensatzes von Jugendlichen deutscher Herkunft, türkischer Herkunft und von Aussiedler-Jugendlichen aus zehnten Klassen gewählt.[4] Über Schulen wurde versucht, die betreffenden Schüler/innen zu erreichen und zur Angabe ihrer Adressen zu bewegen.

## 3. Adressenscreening über Schulen

Die Entwicklung des Verfahrens zum Adressenscreening fand in Absprache mit Datenschutzexperten statt.[5] Zunächst wurden die Schulleitungen angeschrieben. Das Anschreiben, eine achtseitige Projektskizze, ein Mustersatz der zu verteilenden Unterlagen an die Jugendlichen beziehungsweise an die Eltern und ein Musterfragebogen informierten dabei die Schulleitungen über das Projekt. In Telefongesprächen wurden weitere Einzelheiten mit den Schulleitern/innen besprochen und die Teilnahmeentscheidung der Schule eingeholt. Bei einer positiven Entscheidung zur Teilnahme teilte die Schulleitung der Projektgruppe die Schülerzahlen in den einzelnen zehnten Klassen mit.

Die Projektgruppe bereitete daraufhin Umschläge vor, in denen sich für jede Klasse die entsprechende Anzahl von Anschreiben an die Jugendlichen, Anschreiben an die Eltern (gegebenenfalls auch in türkischer oder russischer Sprache), Einwilligungserklärungen und ein freigemachter Rückumschlag befand. Zudem lag diesem Umschlag eine Projektskizze zur Information des/der Klassenlehrers/in bei.

Der/die Klassenlehrer/in verteilte die Anschreiben an die Schüler/innen beziehungsweise an die Eltern und die Einwilligungserklärungen zur Teilnahme und zur Adressenspeicherung. Wenn sich Jugendliche zur Teilnahme bereit erklärten, füllten sie die Einwilligungserklärung aus. Auf der Einwilligungserklärung war anzugeben, ob eine Fragebogenversion

---

4 Auch bei Verfahren basierend auf Namen (***Salentin*** 1999: 126f) wären diese anschließenden Screening-Arbeiten bezüglich der besuchten Schulklasse durchzuführen. Zudem weisen ***Humpert*** und ***Schneiderheinze*** (2000: 59) darauf hin, dass es sich bei Verfahren der Zuordnung von Sprachen zu Namen vorrangig um ein Konzept für Listenauswahlen handelt.

5 Wichtige Erfahrungen hinsichtlich des Verfahrens konnten durch einen Pretest gewonnen werden, der von Mai bis Oktober 2000 stattfand. Von 155 angesprochenen Schulen waren 108 Schulen zur Teilnahme bereit. Letztlich liegen Fragebögen von 1.551 Jugendlichen vor. Hinsichtlich des Datenschutzes werden dem Referatsleiter bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz in Nordrhein-Westfalen, Herrn ***Dressler*** und seiner Mitarbeiterin Frau ***Karternberg***, für die kooperative Zusammenarbeit bei der Berücksichtigung von Datenschutzbelangen gedankt.

für Jugendliche türkischer Herkunft (mit dem Zusatz „meine Familie ist aus der Türkei nach Deutschland gekommen“), für Aussiedler-Jugendliche („meine Eltern kommen aus der ehemaligen Sowjetunion oder anderen Ländern Osteuropas z.B. aus Rumänien, Polen“), für Jugendliche deutscher Herkunft („meine deutschen Eltern sind in Deutschland geboren und nicht eingewandert“) oder eine andere Version gewünscht wurde. Die Einwilligungserklärungen sammelte der/die Klassenlehrer/in ein und mit Hilfe des vorbereiteten Rückumschlags erfolgte der Versand zurück an die Projektgruppe.

Die Schulleiter/innen konnten bei den Vorgesprächen über zwei Verfahren, im Folgenden als postalisches Verfahren beziehungsweise als Schulbefragung bezeichnet, entscheiden. Das postalische Verfahren sah vor, dass der Fragebogen an die angegebene Adresse der zur Teilnahme bereiten Jugendlichen gesandt wurde. Bei dem zweiten Verfahren fand dagegen die Befragung in der Schule statt.

Hier war es nicht selten der Fall, dass nicht nur die Schüler/innen, die vorher eine Einwilligungserklärung ausgefüllt hatten, sondern weitere Schüler/innen am Befragungstag in den zehnten Klassen anwesend waren. In diesen Fällen informierten die geschulten Interviewer/innen diese über die Befragung und die datenschutzrechtlichen Belange. Wenn sie sich daraufhin bereit erklärten, an der Befragung teilzunehmen und auf einem gesonderten Blatt ihre Adresse angaben, erhielten sie vor Ort ebenfalls einen Fragebogen. Diese Variante soll im Folgenden als zusätzliche Schulbefragung bezeichnet werden.

Die Abstimmung mit der Datenschutzbeauftragten betraf nicht nur den Zugang über die Schulen, sondern auch die letztendlich verwendete Version des Fragebogens. Der Fragebogen wurde so konzipiert, dass von der „Einsichtsfähigkeit“ für Jugendliche aus zehnten Klassen ausgegangen werden kann. Damit war aus Sicht der Datenschutzbeauftragten keine explizite Einwilligung der Erziehungsberechtigten erforderlich. Da den an die Jugendlichen verteilten Unterlagen auch ein Schreiben an die Erziehungsberechtigten beilag, war nach Ansicht der Datenschutzbeauftragten eine hinreichende Information der Erziehungsberechtigten sichergestellt.

Die erste postalische Kontaktaufnahme mit den Schulen fand unmittelbar nach den Herbstferien 2000 statt. Darauf folgten bis eine Woche vor den Weihnachtsferien 2000 das Gros der telefonischen Absprachen sowie der Versand der Unterlagen für die Klassen. Anfang Februar 2001 erhielten die Schulen, deren Schüler/innen später mit dem postalischen Verfahren befragt wurden, ein Dankschreiben und eine Mitteilung über die Beteiligung auf der Ebene der Einwilligungserklärungen und über die weitere Vorgehensweise, mit der Bitte, diese Informationen an das beteiligte Lehrpersonal und die beteiligten Klassen weiterzugeben. Die Schulen mit Präferenz für eine Schulbefragung wurden Anfang des Jahres 2001 angeschrieben, um den Befragungstermin, die Vorgehensweise und den Raum- und Personalbedarf zu klären. Schulen, die keine Termine zur Befragung in der Schule vorschlugen,

bekamen daraufhin noch einmal Ende Februar 2001 beziehungsweise ein letztes Mal nach den Osterferien 2001 ein Schreiben mit der Bitte um Absprache eines möglichen Befragungstermins. Nach den Befragungen in den Schulen erhielten die Schulen ein Dankschreiben, das zudem Informationen über die Beteiligung und die weitere Vorgehensweise beinhaltete.

Der postalische Versand des Fragebogens an die Privatadresse der Jugendlichen startete Ende März 2001. Die erste Befragung in den Schulen fand Anfang Februar 2001 statt, die letzte Mitte Juni 2001.[6]

## 4. Grundgesamtheit und Teilnahmebereitschaft

Insgesamt wurde bei der Ausgangserhebung des IKG-Jugendpanels versucht, eine Vollerhebung (***Schumann*** 2000: 82) aller Schüler/innen in den ausgewählten Gebieten durchzuführen. Ziel war es dabei, von allen Schülern/innen in den zehnten Klassen in den Schulen der Auswahlgebiete die Einwilligung zur Teilnahme zu erreichen und ihre Adresse zu erhalten. Es ging also darum, eine Liste aller Elemente der Grundgesamtheit zu erstellen. Diese Liste soll hier als angestrebte Grundgesamtheit bezeichnet werden. Durch die verschiedenen Ausfallmöglichkeiten – etwa auf der Schulebene: Absage der Schulleitung, auf der Klassenebene: Nichtweitergabe der Unterlagen an die Schüler/innen beziehungsweise das Nichtzurücksenden ausgefüllter Einwilligungserklärungen sowie auf der Individualebene: Verweigerung der Teilnahme, Abwesenheit am Tag des Austeilens oder am Tag des Einsammelns der Unterlagen, – war es jedoch unwahrscheinlich, dass für alle Elemente der angestrebten Grundgesamtheit am Ende des Verfahrens eine Einwilligung vorlag. Somit muss zwischen angestrebter Grundgesamtheit und der Auswahlgesamtheit (zur Begrifflichkeit: ***Schnell et al.*** 1999: 253) unterschieden werden. Die Elemente der Auswahlgesamtheit sind alle Schüler/innen in den ausgewählten Gebieten aus zehnten Klassen, deren ausgefüllte Einwilligungserklärung der Projektgruppe vorliegt.

Anhand der Angaben zur Herkunft auf den Einwilligungserklärungen differenzierte sich die Auswahl. Erstens sollten aus der Auswahlgesamtheit alle Jugendlichen türkischer Herkunft und alle Aussiedler-Jugendlichen befragt werden. Es wurde also versucht, eine Vollerhebung dieser zwei Untergruppen vorzunehmen. Zweitens war es schon im Voraus wahrscheinlich, dass die Teilliste der zur Teilnahme bereiten Jugendlichen deutscher Herkunft (ohne Aussiedler/innen) eine solche Größe erreichte, dass für die Befragung mit einem

6 Die Durchführung des Pretests und der Ausgangserhebung beim IKG-Jugendpanel in Eigenregie erforderte ein hohes Maß an Engagement der daran Beteiligten. Den studentischen Mitarbeitern/innen ***Kristin Auer, Ursula Dalmis, Oliver Hachmeier, Nina Hartmann, Martin Isbruch, Timo Klöpping, Anna Klein, Sören Krach, Monika Näther, Christian Obrok*** und ***Igor Ossipov***, die zum Beispiel die Versandaktionen vorbereiteten, die Befragungen in den Schulen mit durchführten und einen Teil der Dateneingaben besorgten, gilt daher besonderer Dank.

Fragebogen eine Unterauswahl getroffen werden musste. Während bei einer Befragung im Klassenverband alle anwesenden Jugendlichen deutscher Herkunft einen Fragebogen erhielten, wurde für den postalischen Versand des Fragebogens eine disproportional geschichtete Auswahl unter Verwendung der Schichten „Geschlecht“ und „Schultyp“ vorgenommen.[7] Drittens fanden Jugendliche anderer Herkunft, also solche, die sich nicht einer der oben genannten drei Teilgruppen zuordneten, beim postalischen Verfahren keine Berücksichtigung. Bei den Befragungen in den Schulen nahmen sie hingegen teil.

Die Ausgangserhebung des IKG-Jugendpanels fand in Nordrhein-Westfalen statt. Zwar wäre es wünschenswert, eine solche vergleichende Untersuchung für ganz Deutschland durchzuführen, aber Fragen der Durchführbarkeit sprachen gegen eine Ausweitung der Untersuchung auf andere Bundesländer. Hier ist zum einen an unterschiedliche Bestimmungen der Bundesländer bei der Durchführung von Befragungen mit minderjährigen Jugendlichen in Zusammenarbeit mit Schulen zu denken (zur Kulturhoheit der Länder bei empirischen Untersuchungen an Schulen: ***Stein*** 1998: 17, beziehungsweise zu Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen: ***Dollase et al.*** 2000: 211). Zum anderen ist in nur wenigen Bundesländern, zumeist auf wenige Großstädte beschränkt, der Anteil an Jugendlichen türkischer Herkunft und / oder Aussiedlern/innen in zehnten Klassen groß genug, so dass sich das Auffinden dieser Jugendlichen mit einem vertretbaren Kosten- und Zeitaufwand rechtfertigen lässt.

Die Auswahl der Erhebungsgebiete in Nordrhein-Westfalen konzentrierte sich zum Großteil auf solche Kreise und kreisfreie Städte, in denen ein überproportionaler Anteil von Aussiedler- und / oder Jugendlichen türkischer Herkunft in zehnten Klassen anzutreffen ist.[8] Anhand der Zahlen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen wurden aus den 54 Kreisen beziehungsweise kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen insgesamt 14 Kreise und zehn kreisfreie Städte ausgewählt.[9]

Tabelle 1 zeigt die Grunddaten hinsichtlich der Schüler/innen aus zehnten Klassen im Schuljahr 2000 / 2001 für Nordrhein-Westfalen und in den ausgewählten Gebieten.[10]

---

7 In diesem Beitrag können die Auswahlverfahren hinsichtlich der eigentlichen Befragung nur angedeutet werden. Ebenso werden die Ergebnisse der Ausschöpfung der postalischen und der Klassen- / Schulbefragungen hier nicht dargestellt, um der Darstellung des Adressenscreenings einen breiten Raum zu geben.

8 Dank gilt dabei den Mitarbeitern/innen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen für die stets sehr schnelle Bereitstellung von Sonderauszählungen von Schülerzahlen und die Adressen- und Telefonliste der Schulen in Nordrhein-Westfalen.

9 Das sind die kreisfreien Städte Duisburg, Krefeld, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal, Köln, Gelsenkirchen, Dortmund und Essen sowie die Kreise Oberbergischer Kreis, Rhein-Sieg, Recklinghausen, Warendorf, Gütersloh, Herford, Lippe, Minden-Lübbecke, Paderborn, Märkischer Kreis, Soest, Mettmann, Wesel und Unna.

10 Auf Sonderschulen wurde verzichtet, da angenommen werden kann, dass bei einem Teil der Schüler/innen die Leseleistung nicht ausreicht, um einen etwa 30 Seiten langen Fragebogen mit einer durchschnittlichen

**Tabelle 1:** Schülerzahlen in zehnten Klassen in Nordrhein-Westfalen / in Auswahlgebieten

| | Nordrhein-Westfalen (23 kreisfreie Städte und 31 Kreise) | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Alle | | Hauptschule | | Realschule | | Gesamtschule | | Gymnasium | |
| | n | *%* | n | *%* | n | *%* | n | *%* | n | *%* |
| Türkisch | 8.106 | *4,9* | 3.838 | *9,4* | 1.377 | *3,0* | 2.256 | *8,4* | 638 | *1,2* |
| Aussiedler | 13.222 | *7,9* | 6.377 | *15,7* | 3.622 | *7,9* | 2.162 | *8,0* | 1.161 | *2,1* |
| Deutsch | 136.255 | *81,3* | 26.344 | *64,7* | 38.931 | *84,8* | 20.693 | *76,7* | 50.287 | *93,1* |
| Sonstige | 9.943 | *5,9* | 4.157 | *10,2* | 1.963 | *4,3* | 1.876 | *6,9* | 1.947 | *3,6* |
| Insgesamt | 167.626 | *100* | 40.716 | *100* | 45.890 | *100* | 26.987 | *100* | 54.033 | *100* |
| | Ausgewählte Gebiete (zehn kreisfreie Städte und 14 Kreise) | | | | | | | | | |
| Türkisch | 5.151 | *5,9* | 2.259 | *11,0* | 826 | *3,4* | 1.674 | *10,0* | 392 | *1,5* |
| Aussiedler | 8.385 | *9,5* | 3.906 | *19,0* | 2.248 | *9,4* | 1.526 | *9,1* | 705 | *2,6* |
| Deutsch | 69.192 | *78,5* | 12.198 | *59,3* | 19.829 | *82,8* | 12.371 | *74,1* | 24.794 | *92,1* |
| Sonstige | 5.415 | *6,1* | 2.207 | *10,7* | 1.058 | *4,4* | 1.132 | *6,8* | 1.018 | *3,8* |
| Insgesamt | 88.143 | *100* | 20.570 | *100* | 23.961 | *100* | 16.703 | *100* | 26.909 | *100* |

Quelle: Sonderauszählung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen für Schuljahr 2000/2001, zehnte Klassen, eigene Berechnungen.

Während insgesamt in Nordrhein-Westfalen 4,9 % aller Jugendlichen in zehnten Klassen die türkische Staatsangehörigkeit haben, waren es in den ausgewählten Gebieten 5,9 %. In den ausgewählten Gebieten waren zudem mehr Jugendliche mit dem Aussiedler-Status und

Bearbeitungsdauer von einer Stunde zu beantworten (zu einer alternativen Vorgehensweise, der Befragung von Sonderschülern/innen mit einem verkürzten Erhebungsinstrument: ***Boers / Kurz*** 2000: 13).

geringfügig mehr Schüler/innen mit einer anderen Staatsangehörigkeit als der deutschen und türkischen zu finden. Besonders Haupt- und Gesamtschulen besuchten türkische Jugendliche und Aussiedler-Jugendliche in den ausgewählten Kreisen und kreisfreien Städten im Schuljahr 2000/2001 überproportional.

Im Folgenden wird zunächst die Schulebene betrachtet, um dann auf die Klassenebene und auf die Teilnahmebereitschaft auf der Individualebene einzugehen. Tabelle 2 zeigt die Größenordnungen bei der Ausgangserhebung des IKG-Jugendpanels.

**Tabelle 2:** Schulen in Nordrhein-Westfalen und Teilnahmebereitschaft der Schulen

| Schulen in Nordrhein-Westfalen (in 23 kreisfreien Städten und 31 Kreisen) | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Alle | Haupt-schulen | Real-schulen | Gesamt-schulen | Gym-nasien |
| Insgesamt | n | 2.117 | 746 | 532 | 215 | 624 |
| Schulen in den ausgewählten Gebieten (in zehn kreisfreien Städten und 14 Kreisen) | | | | | | |
| Schulen mit Zusage zum postalischen Verfahren | | *66,5%* | *59,4%* | *71,0%* | *57,6%* | *74,7%* |
| Schulen mit Zusage zur Schulbefragung | | *9,9%* | *15,0%* | *7,6%* | *11,0%* | *5,2%* |
| Schulen mit Zusage zum postalischen Verfahren, aber ohne Zurücksendung von Einwilligungserklärungen | | *3,7%* | *5,1%* | *3,0%* | *1,7%* | *3,3%* |
| Schulen mit Zusage zur Schulbefragung, aber ohne Zurücksendung von Einwilligungserklärungen | | *1,8%* | *3,0%* | *1,5%* | *0%* | *1,3%* |
| Schulen ohne Kooperationsbereitschaft | | *18,1%* | *17,5%* | *16,7%* | *29,7%* | *15,5%* |
| Insgesamt (= *100%*) | n | 1.057 | 372 | 263 | 118 | 304 |

Quelle: IKG-Jugendpanel 2001, Schuldatei.

Wäre geplant gewesen, allen 167.626 Schülern/innen (siehe Tabelle 1) die Chance zur Teilnahme zu geben, dann wären 2.117 Schulen zu kontaktieren gewesen. Die Auswahl in den ausgewählten 24 Kreisen beziehungsweise kreisfreien Städten beschränkte sich hingegen auf 1.057 Schulen. Während insgesamt 81,9 % der Schulen ihre Teilnahmebereitschaft bekundeten, zeigt sich, differenziert man nach Schultypen, eine niedrigere Teilnahmebe-

reitschaft bei den Gesamtschulen. 35 der 118 kontaktierten Gesamtschulen lehnten eine Teilnahme ab (dazu siehe ausführlicher Abschnitt 5).

Aus Tabelle 2 wird auch ersichtlich, dass die Schulbefragung besonders in Hauptschulen zur Anwendung kam. Zum einen war dies intendiert, da in diesem Schultyp eher die türkischen und / oder Aussiedler-Jugendlichen anzutreffen sein würden. Zudem äußerten die Schulleitungen von Hauptschulen nicht selten, dass die Befragung in der Schule unter Aufsicht von Projektmitarbeitern/innen mit der Möglichkeit der unmittelbaren Hilfestellung einem Zusenden des Fragebogens nach Hause vorzuziehen wäre.

Ein Teil der Schulen sagte zwar zu und erhielt die Unterlagen zur Weitergabe an die Schüler/innen, aber sie sandten nichts zurück. Diese Schulen mit einer Zusage der Teilnahme (siehe Tabelle 2) sind eher bei Schulen anzutreffen, die für eine spätere postalische Befragung ihrer Schüler/innen votierten. Dies ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass diese Schulen nur einmal an die Zusage der Teilnahme erinnert wurden, während die zunächst „stillen“ Verweigerer-Schulen mit späterer Schulbefragung dreimal Anschreiben erhielten. Insgesamt ist der Trend zu sehen, dass die Gesprächspartner in Realschulen und Gymnasien zu über 70 % ihren Schüler/innen zutrauten, den Fragebogen zu Hause auszufüllen. Hingegen wählten weniger als 60 % der Schulleiter/innen der Hauptschulen die spätere postalische Befragungsvariante für ihre Schüler/innen.[11]

Betrachtet man die Klassenebene (ohne Tabelle), dann ist zunächst festzustellen, dass die Gesamtschulen sich mit durchschnittlich fünf Klassen der zehnten Jahrgangsstufe als recht groß erwiesen. Realschulen und Gymnasien waren mit durchschnittlich 3,3 Klassen von vergleichbarer Größe. Hauptschulen wiesen bei der Mehrzahl der zur Teilnahme bereiten Schulen etwa zwei bis drei zehnte Klassen auf. Insgesamt wurden 2.795 Klassen mit Unterlagen versorgt. Es zeigte sich eine niedrigere Rücklaufquote der Umschläge bei Klassen aus Schulen mit der Zusage zu einer Schulbefragung: Während etwa vier Fünftel der Schulen mit Präferenz für eine spätere postalische Befragung einen Umschlag mit Einwilligungserklärungen zurücksandten, waren es bei den Schulen mit Präferenz für eine Schulbefragung circa zwei Drittel. Eine Erklärung könnte darin liegen, dass die Lehrer/innen in den Schulen mit Präferenz für eine Schulbefragung nach den diversen Mahnaktionen davon ausgingen, dass sowieso Projektmitarbeiter/innen zur Durchführung der Befragung in die Schule kommen würden und daher ein vorheriges Ausfüllen der Einwilligungserklä-

11 16 der Schulen mit ursprünglicher Präferenz für eine Schulbefragung wechselten in Laufe der Gespräche zur Organisation der Befragung in der Schule auf das postalische Verfahren. Diese Schulen mit 44 Klassen und die daraus hervorgegangenen 341 Einwilligungserklärungen sind in den Tabellen bei den Schulen mit Präferenz für die postalische Variante eingruppiert worden. Die niedrige Rücklaufquote an Einwilligungserklärungen von 32,4 % (siehe im Vergleich dazu: Tabelle 3) lässt bei diesen 16 Schulen auf interne Probleme schon bei der Organisation des Austeilens, Einsammelns und Zurücksendens der Einwilligungserklärungen schließen. So wurde dann meist auch die geplante Befragung in der Schule mit Hinweisen auf Lehrermangel, einen hohen Krankenstand oder wegen der Überlastung des Schulbetriebs abgesagt.

rungen nicht nötig sei. Insgesamt zeigt sich, dass Klassenlehrer/innen aus Realschulen (78,3 %) und Gymnasien (84,4 %) überproportional häufig die Einwilligungserklärungen in den Umschlägen für die Klassen zurücksandten, während aus 73,1 % der Klassen in Hauptschulen und aus 72,0 % der Klassen in Gesamtschulen bei den zur Teilnahme bereiten Schulen ein Umschlag zurückgesandt wurde.

In den verschickten 2.795 Umschlägen an die Klassen befanden sich 71.216 Anschreiben und Einwilligungserklärungen zur Weitergabe an die Jugendlichen in den zehnten Klassen. Der Projektgruppe liegen insgesamt 45,7 % der verteilten Einwilligungserklärungen ausgefüllt vor. Dabei enthalten sind auch die Einwilligungserklärungen, die noch von zusätzlichen Jugendlichen, die bei den Besuchen in den Schulen anwesend waren, ausgefüllt wurden (siehe Tabelle 3).

**Tabelle 3:** Anzahl der Jugendlichen in zehnten Klassen und Einwilligung zur Teilnahme

| Verteilte Einwilligungserklärungen an Schüler/innen (n) und Rücklauf (*%*) | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Alle | | Hauptschule | | Realschule | | Gesamtschule | | Gymnasium | |
| Für Befragung | n | *%* | n | *%* | n | *%* | n | *%* | n | *%* |
| Postalisch | 61.836 | *42,6* | 12.905 | *40,6* | 17.982 | *40,9* | 10.017 | *36,3* | 20.932 | *48,3* |
| In Schule | 9.380 | *38,2* | 3.793 | *38,3* | 1.988 | *38,8* | 1.976 | *29,1* | 1.623 | *48,1* |
| Insgesamt | 71.216 | *45,7* | 16.698 | *48,1* | 19.970 | *44,9* | 11.993 | *36,4* | 22.555 | *49,5* |
| Zusätzliche zur Teilnahme bereite Schüler/innen in Schulen mit Schulbefragung | | | | | | | | | | |
| Zusätzlich | 2.607 | | 1.349 | | 841 | | 153 | | 264 | |

Quelle: IKG-Jugendpanel 2001, Schuldatei und Teilnehmerpool.

49,5 % aller Schüler/innen aus teilnehmenden Gymnasien waren einverstanden, sich einen Fragebogen zusenden zu lassen beziehungsweise ihn in der Schule auszufüllen. Die 48,1 % von ausgefüllten Teilnahmeerklärungen von Hauptschülern/innen insgesamt kommen durch den hohen Anteil der Schulen, die eine Schulbefragung präferierten, bei diesem Schultyp zustande. 1.349 Schüler/innen saßen zusätzlich in den Klassen der Hauptschulen, als die Befragung vor Ort stattfand. Auch in den Realschulen waren beim Befragungstermin sehr

oft zusätzliche Jugendliche anzutreffen, während in den Gesamtschulen und in Gymnasien verhältnismäßig wenige Schüler/innen anzutreffen waren, deren Einwilligungserklärung der Projektgruppe nicht im Voraus vorlag. Insgesamt scheint die oben angesprochene Vermutung der Zurückhaltung beim Zurücksenden der Umschläge hinsichtlich der Schulen mit Befragung in der Schule eher für Haupt- und Realschulen zuzutreffen. Gesamtschüler/innen erwiesen sich insgesamt als die am schwierigsten zu erreichenden Jugendlichen.

## 5. Anmerkungen zu besonderen Problemlagen beim Adressenscreening

Im Folgenden soll auf einige Probleme eingegangen werden, die im Laufe des Adressenscreenings über Schulen entstanden. Zunächst muss gesagt werden, dass der breit angelegte Pretest als ein unverzichtbarer Teil der Untersuchung anzusehen ist. Zum einen wurde dabei in den kreisfreien Städten Hamm, Bochum und Hagen sowie im Kreis Düren das Verfahren der Herangehensweise über Schulen und die postalische Befragungsvariante getestet, zum anderen sammelte die Projektgruppe bei Schulbefragungen in der Stadt Bielefeld wichtige Erfahrungen in Bezug auf das Befragungsinstrument und auf Befragungen im Klassenverband. Der Pretest ermöglichte es, viele Probleme vor der Ausgangserhebung zu erkennen und zu beheben beziehungsweise auf diese in der Hauptuntersuchung gefasst zu sein, um entsprechend gegenzusteuern.

Wie oben gezeigt, konnte zum Beispiel der geringeren Beteiligung bei Hauptschülern/innen durch ein Gegensteuern mittels des Hinweises auf die Schulbefragungen vor Ort entgegengewirkt werden.

Problematisch für eine zügige Durchführung der Datenerhebung war der Entscheidungsprozess bei etwa zwei Drittel der Gesamtschulen. Obwohl durch den Pretest das Problem bekannt war und daher die Gesamtschulen bei den telefonischen Kontakten zuerst angesprochen wurden, dauerten die Gespräche bis zu einer endgültigen Entscheidung für ein Zusenden der Unterlagen durch die Projektgruppe im Durchschnitt länger als bei den anderen drei Schultypen. An Gesamtschulen wurden oft viele Personen (zum Beispiel Sowi-/Politiklehrer/innen, didaktische Leiter/innen, Jahrgangsstufenleiter/in, Elternvertreter/innen) an der Entscheidung beteiligt. Häufig musste mehreren dieser Personen die Untersuchung in telefonischen Gesprächen erläutert werden, oder es wurden die vorher zugesandten Projektunterlagen mehrmals angefordert, da sie im Umlauf der an der Entscheidung Beteiligten nicht wieder auftauchten. Ein langer Entscheidungsprozess mit etwa ein bis zu drei Monaten zwischen erster telefonischer Kontaktaufnahme und der Entscheidung mündete dann aber nicht immer in ein positives Resultat. Mit 29,7 % Verweigerung der Teilnahme (siehe Tabelle 2) waren die Gesamtschulen der Schultyp, der am häufigsten nicht das Zusenden der Unterlagen für die Klassen erlaubte, damit die Schüler/innen selber entscheiden konnten, ob sie den Fragebogen beantworteten wollten oder nicht. Ein Hindernis zu einer

positiven Entscheidung scheint die Devise an einigen Gesamtschulen zu sein, dass die Entscheidung im Konsens fallen muss: Wenn auch nur eine der an der Entscheidung beteiligten Personen gegen die Teilnahme an der Studie votiert, dann wird diese nicht durchgeführt. Aber auch eine positive Entscheidung bedeutete, wie oben gezeigt, noch nicht, dass die Klassenlehrer/innen auch im gleichen Maße die Unterlagen verteilten und Umschläge pro Klasse zurücksandten, wie es die Lehrer/innen an Realschulen und Gymnasien taten. Mit beispielsweise 72 % Rücklauf der Rückumschläge mit Adressen für das spätere postalische Verfahren sind auch hier die Gesamtschulen Schlusslicht. Hier spielt wohl die Größe der Schulen mit durchschnittlich über fünf Klassen in der zehnten Jahrgangsstufe eine wichtige Rolle. Es bleibt die Frage, ob wirklich alle Umschläge an die Klassenlehrer/innen verteilt wurden. Damit einher geht dann auch der geringste Rücklauf an Einwilligungserklärungen auf der Individualebene (siehe Tabelle 3). Zumal auch bei den Gesamtschulen, die eine Schulbefragung präferierten, nur wenige zusätzliche Schüler/innen anzutreffen waren, die an der Untersuchung teilnehmen wollten.

Diese Ausführungen sollen nun nicht als genereller Kritikpunkt an Gesamtschulen missverstanden werden. Sie sollen aber Forschergruppen, die empirische Studien mit Gesamtschulen planen, einige Erfahrungswerte bezüglich eventuell auftauchender Probleme an die Hand geben, die durch die vorgegebenen Strukturen wie die Größe der Schulen und die Komplexität der Entscheidungsprozesse nur schwer vermeidbar sind. In wieweit auch ein Abschirmungsinteresse vorfindlich ist, um mögliche problematische Ergebnisse zu vermeiden, muss hier offen bleiben.

Zudem fiel bei den Gesprächen mit den Schulleitungen aller Schultypen auf, dass Schulen aus Universitätsstädten und aus Großstädten relativ oft auf eine Teilnahme an empirischen Studien angesprochen werden. Hingegen waren Schulen aus eher ländlichen Gebieten zum Teil geradezu erfreut, dass sie zum Gelingen einer wissenschaftlichen Studie beitragen konnten. Für die Projektmitarbeiter/innen bedeutete dies eine vergleichsweise höhere Motivationsarbeit in den Städten Duisburg, Wuppertal, Köln, Dortmund und Essen hinsichtlich der Entscheidung zur Teilnahme im Gegensatz zu den ländlicheren Regionen Nordrhein-Westfalens. So nahmen zum Beispiel im eher ländlich geprägten Kreis Warendorf alle 42 Schulen teil, während in Duisburg nur 30 der 52 Schulen zur Mitarbeit bereit waren. Insgesamt lehnten in den zehn kreisfreien Städten 26,3 % der Schulen eine Teilnahme ab, während dies in den 14 Kreisen nur 13,2 % der Schulen taten.

31 Schulen mit Präferenz für das spätere postalische Verfahren beziehungsweise vier Schulen mit Präferenz für eine Schulbefragung meinten bei den ersten Gesprächen zur Kontaktaufnahme, dass die Projektgruppe den Klassenlehrern/innen keine Umschläge für die einzelnen Klassen zusenden müssten, da sich schon jemand daran gemacht hatte, die Unterlagen selbst zu kopieren, an die Schüler/innen zu verteilen und dann an die Projekt-

gruppe zurückzusenden.[12] Die Rücklaufquote dieser „Selbstkopierer“ lag auf Individualebene bei 29,3 % für Schulen mit Präferenz für das spätere postalische Verfahren und 25,2 % für Schulen mit Präferenz für eine Schulbefragung. So sehr das Entgegenkommen dieser Schulen erfreulich ist: Betrachtet man den Rücklauf an Einwilligungserklärungen, dann ist er um über 10 % geringer als bei den Schulen insgesamt (siehe Tabelle 3). Im Nachhinein muss festgestellt werden, dass man versuchen sollte, von den vorgegebenen Verfahren nicht abzuweichen und die Schulen mit den Unterlagen zu versorgen. Die Eigeninitiative, so die Vermutung, bleibt wohl in einer Schule meist nur auf einige ausgewählte Klassen beschränkt und widerstrebt letztlich dem Forschungsinteresse, eine breite Streuung über alle Klassen einer Schule herzustellen.

## 6. Beteiligung von Jugendlichen verschiedener Herkunftsgruppen

Inwiefern ist es gelungen, an die seltenen Populationen Jugendliche türkischer Herkunft und Aussiedler-Jugendliche beim Adressenscreening heranzukommen? Um einen Vergleich der Daten der Einwilligungserklärungen mit denen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen vornehmen zu können, versuchte die Projektgruppe vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zu erfahren, welche Definition den Schulen an die Hand gegeben wird, damit die Schulen die jährlichen Bestandsaufnahmen nach der Staatsangehörigkeit beziehungsweise nach einer Zugehörigkeit zu den Aussiedlern vornehmen können. In der schriftlichen Mitteilung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen fand sich folgender Hinweis (Fett im Original): „Laut Eintragungshilfe für den Beleg „Klassendaten“ sind von der Schulleitung als „**Aussiedler**“ anzugeben: die Anzahl der ausgesiedelten Schülerinnen und Schüler (**nicht:** aus den neuen Bundesländern übergesiedelte Schülerinnen und Schüler), wobei der Status „Aussiedler“ vom ersten bis zum letzten besuchten Schuljahr erhalten bleibt. Des weiteren verweise ich auf das **Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG)**“.

Vermutlich werden Lehrer/innen weniger auf das Bundesvertriebenengesetz bei der Zählung in der Schule Rücksicht nehmen, sondern wahrscheinlich ist, dass augenscheinliche Merkmale wie etwa Namen oder das Sprechen anderer Sprachen oder das Sprechen von deutsch mit russischem Akzent zu einer Einordnung in die Aussiedler-Kategorie führt. Da die Beherrschung der Sprache vermutlich mit dem besuchten Schultyp korreliert, scheint es plausibel, dass in Gymnasien vermutlich nicht mehr nachgefragt wird, ob die Jugendlichen mit deutscher Herkunft aus der ehemaligen Sowjetunion oder anderen Ländern (Süd-) Osteuropas stammen. Wenn diese Vermutungen zutreffen sollten, dann wäre beim Adressen-

12 Alle Unterlagen waren in einfacher Ausfertigung schon in dem ersten Anschreiben an die Schulleitungen zur ersten Kontaktaufnahme beigefügt.

screening mit einer erhöhten Anzahl von Aussiedlern besonders in höheren Schultypen im Gegensatz zu den Zahlen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik zu rechnen.[13]

Wie man aus Tabelle 4 erkennen kann, liegen von 32.531 der 88.143 (siehe Tabelle 1) Schüler/innen aus zehnten Klassen der ausgewählten Gebiete Einwilligungserklärungen vor. Das entspricht einem Anteil von 36,9 %.

**Tabelle 4:** Einwilligungserklärungen zur Teilnahme nach Herkunftsgruppen

| Vorliegende Teilnahmeerklärungen (n) und Anteil an allen Schüler/innen (*%*) | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Alle | | Hauptschule | | Realschule | | Gesamtschule | | Gymnasium | |
| | n | *%* | N | *%* | n | *%* | n | *%* | n | *%* |
| Türkisch | 2.028 | *39,4* | 937 | *41,5* | 389 | *47,1* | 451 | *26,9* | 251 | *64,0* |
| Aussiedler | 4.726 | *56,4* | 1.846 | *47,3* | 1.341 | *59,7* | 582 | *38,1* | 957 | *135,7* |
| Deutsch | 22.799 | *33,0* | 4.154 | *34,1* | 6.594 | *33,3* | 2.872 | *23,2* | 9.179 | *37,0* |
| Sonstige | 2.978 | *55,0* | 1.101 | *49,9* | 641 | *60,6* | 462 | *40,8* | 774 | *76,0* |
| Insgesamt | 32.531 | *36,9* | 8.038 | *39,1* | 8.965 | *37,4* | 4.367 | *26,1* | 11.164 | *41,5* |

Quelle: IKG-Jugendpanel 2001, Schuldatei und Teilnehmerpool.

Mit 39,4 % liegt dieser Anteil bei Jugendlichen türkischer Herkunft über dem Anteil aller Jugendlichen, die eine Einwilligungserklärung ausfüllten. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass bei den 2.028 Jugendlichen, die auf der Teilnahmeerklärung angaben, ein Jugendlicher türkischer Herkunft zu sein, auch solche darunter sind, die die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Die 5.151 türkischen Jugendlichen, die es laut dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen in den ausgewählten Gebieten gibt (siehe Tabelle 1), sind aber nur solche mit türkischer Staatsbürgerschaft. Vermutlich kommt dadurch der relativ hohe Anteil von türkischen Jugendlichen aus Gymnasien zustande.

13 In der Praxis scheint es fraglich, ob ein Jugendlicher von etwa 16 Jahren genau über die verschiedenen rechtlichen Statusgruppen innerhalb der Aussiedler, die infolge des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes von 1993 geschaffen wurden, Bescheid weiß. „Differenziert wird seither zwischen Spätaussiedlern, „Abkömmlingen“, nichtdeutschen Ehepartnern und weiteren Familienmitgliedern, deren Aufnahme und Einreise von spezifischen Voraussetzungen abhängig ist“ (***Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*** 2000: 60, zu den sich in den letzten Jahren wandelnden Einwanderungsbedingungen für Aussiedler/innen auch: ***Strobl / Kühnel*** 2000: 28ff, ***Unabhängige Kommission „Zuwanderung“*** 2001: 179f).

Bei den Aussiedlern/innen wurde auf der Einwilligungserklärung ebenfalls eine eher breite Definition dieser Herkunftsgruppe (siehe Anschnitt 3) verwendet. Wie man aus der Zahl der zur Teilnahme bereiten Aussiedler-Jugendlichen aus Gymnasien erkennt, haben sich 957 Gymnasiasten als Aussiedler/innen eingestuft, obwohl es laut den Zahlen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen nur 705 Aussiedler-Jugendliche in diesem Schultyp gibt. So kommt eine nur rechnerisch mögliche Prozentzahl von 135,7 % zustande. Ein präziserer Vergleich hinsichtlich des Status „Aussiedler/in" beziehungsweise der Staatsangehörigkeit lässt sich erst anhand der Variablen im Fragebogen der Ausgangserhebung 2001 herstellen.[14]

Insofern sind die Zahlen in Tabelle 4 nur als Annäherungen zur Beschreibung des Rücklaufes von Einwilligungserklärungen der Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit, mit türkischer Staatsangehörigkeit oder mit Aussiedler-Status zu verstehen. Insgesamt scheint es aber so, dass es recht gut gelungen ist, Jugendliche türkischer Herkunft, Aussiedler-Jugendliche und Jugendliche anderer Herkunft die Einwilligung zur Teilnahme nahezubringen.

## 7. Zusammenfassung und Ausblick

In der empirischen Sozialforschung herrscht das Postulat, dass Zufallsauswahlen die zu präferierenden Auswahlverfahren sind (***Deutsche Forschungsgemeinschaft*** 1999: 47, ***Schumann*** 2000: 84). In der Jugendforschung sind in der Praxis hingegen Zufallsauswahlen eher eine Seltenheit. Ausnahmen sind etwa der DJI-Jugendsurvey von 1992 (***Hoffmann-Lange*** 1995) beziehungsweise von 1997 (***Rijke*** 2000: 438), wobei allerdings nicht nur Jugendliche, sondern insgesamt 4.426 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 29 Jahren befragt wurden.[15] Die Hauptstudie der 13. Shell-Jugendstudie ist hingegen eine Quotenauswahl (***Fritzsche*** 2000: 357), wobei das Alter der 4.546 Befragten zwischen 15 und 24 Jahren variiert. Bei Untersuchungen mit Schülern/innen herrschen in Deutschland Schulbefragungen vor, die zumeist regional oder auf Bundesländer begrenzt sind. Werden zudem Jugendliche mit Migrationshintergrund überproportional berücksichtigt, dann sind die Studien in der Regel nicht anhand von Zufallsstichproben zustande gekommen. So kam der DJI-Ausländersurvey von 1997 anhand einer „quotierten Stichprobe von 2504 griechischen, italienischen und türkischen jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren in Westdeutschland" (***Mittag / Weidacher*** 2000: 273) zustande. Bei der 13. Shell-

14 Beim Pretest aus dem Jahr 2000 etwa gaben 161 Jugendliche auf den Einwilligungserklärungen an, dass sie Aussiedler/innen seien. 83,2 % dieser Jugendlichen kamen aus den klassischen Aussiedlergebieten wie der ehemaligen Sowjetunion, Polen oder Rumänien. Bei 15,5 % liegt der Geburtsort in der Bundesrepublik Deutschland. Hier wurde also der Aussiedlerstatus auf die Eltern bezogen. Diese letztgenannten Schüler/innen werden in den Zahlen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalens, sofern sie eine deutsche Staatsangehörigkeit haben, unter den deutschen Jugendlichen, nicht aber unter den Aussiedler-Jugendlichen, subsummiert.

15 Etwa 30 % der Befragten beim DJI-Jugendsurvey 1997 sind zwischen 16 und 20 Jahre alt (***Rijke*** 2000: 446).

Jugendstudie wurde eine „Zusatzstichprobe „Ausländer““ (***Fritzsche*** 2000: 356) mit 633 italienischen, türkischen und deutschen Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren realisiert (***Fritzsche*** 2000: 353). Bei den regional zumeist beschränkten Befragungen über Schulen bei Schülern/innen mit Migrationshintergrund werden häufig räumliche Gesichtspunkte wie etwa die Einteilung in großstädtische, städtische und städtisch-ländliche Erhebungsgebiete beziehungsweise generell Gemeindegrößen und die Verteilung nach Schultypen zugrunde gelegt. Beispiele hierfür sind etwa eine Befragung von 1.221 türkischen Schülern/innen im Alter von 15 bis 21 Jahren aus dem Jahre 1995 (***Heitmeyer et al.*** 1997: 45f), eine Schulbefragung mit 1.196 Aussiedlern/innen und 989 Deutschen aus dem Jahre 1998/1999 (***Strobl / Kühnel*** 2000: 70ff) sowie eine Schulbefragung mit etwa 16.000 Schülern/innen neunter Klassen aus neun Städten aus dem Jahr 1998 (***Pfeiffer / Wetzels*** 2000: 14, ***Bundesministerium des Innern / Bundesministerium der Justiz*** 2001: 497). Dass das Wissen über Jugendliche mit Migrationshintergrund zudem auf einer relativ schmalen empirischen Basis steht, wird oft (zum Beispiel mit Blick auf Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund: ***Boos-Nünning et al.*** 2000: 13) betont. Diese schmale Basis besteht erstens aus qualitativen Untersuchungen mit naturgemäß geringen Fallzahlen, zweitens aus Zufallsstichproben, bei denen allerdings nur geringe Fallzahlen für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu finden sind und drittens aus wenigen Untersuchungen mit relativ großen Fallzahlen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die allerdings in der Regel nicht mit Zufallsstichproben zustande gekommen sind. Bei allen diesen Untersuchungstypen ist der Aussagewert eingeschränkt. Ähnliches, wie es ***Salentin*** (1999: 132f) in Bezug auf Zuwandererbefragungen formuliert, scheint also auch für die Auswahl von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu gelten: „Ein optimales Verfahren gibt es nicht: Wer Zuwanderer befragen will, wird sich für das kleinere Übel entscheiden müssen“.

Vor dem Hintergrund des fast völligen Fehlens von Paneluntersuchungen zu Jugendlichen mit großen Fallzahlen in einer vergleichenden Perspektive bei mehr als zwei Herkunftsgruppenzugehörigkeiten, wurde bei der Auswahl beim IKG-Jugendpanel deshalb das Verfahren des Adressenscreenings versucht, auch wenn man sich damit das „Übel“ von Ausfällen auf der Schul-, Klassen- und Individualebene einhandelt. Auf der Schulebene kam es zu einem verstärkten Ausfall von Gesamtschulen. Zudem erwies sich die Motivationsarbeit hinsichtlich der Teilnahme von Schulen in großstädtischen Regionen aufgrund der vielfältigen Anfragen seitens meist heimischer Universitäten als aufwendiger im Gegensatz zu Schulen in ländlichen Regionen. In Bezug auf die Klassenebene fällt das verringerte Zurücksenden der Einwilligungserklärungen aus Klassen von Haupt- und Gesamtschulen auf. Betrachtet man die Individualebene, dann waren es Schüler/innen aus Gymnasien, die die Einwilligungserklärungen überproportional häufig ausfüllten. Die stärkere Nutzung der Variante mit Schulbefragungen konnte einem größeren Ausfall bei der seltenen Population der Jugendlichen türkischer Herkunft entgegenwirken. Beim IKG-Jugendpanel sind allerdings nur über eine regional begrenzte Gruppe Aussagen möglich. Das alternative Verfahren hierzu, Zufallsstichproben für die drei Teilgruppen beim IKG-Jugendpanel zu ziehen, erwies sich unter Kostengesichtspunkten als nicht realisierbar.

Hinsichtlich der Größenordnung von rund 2.000 Einwilligungserklärungen Jugendlicher türkischer Herkunft und etwa 4.700 Jugendlicher, die sich als Aussiedler-Jugendliche einstufen, scheint sich aber das Adressenscreening über Schulen bewährt zu haben. Auch wenn der Rücklauf beim postalischen Verfahren beziehungsweise die Anzahl der verwertbaren Fragebögen aus den Schulbefragungen vor Ort noch nicht absehbar ist, so scheint doch die Vermutung realistisch, dass die Hälfte der Einwilligungserklärungen auch zu verwertbaren Fragebögen führt. Damit kämen Größenordnungen bei 15 bis 17 Jahre alten Jugendlichen türkischer Herkunft zustande, die über denen anderer vergleichbarer Jugendstudien liegen.[16]

***Wimmer*** (1999: 164) weist zudem auf den Handlungsbedarf bei komparativen Untersuchungen für Deutschland hin und meint: „Man stelle sich die Begeisterung in der internationalen Fachwelt vor, wenn eine Forschungstradition entstünde, in der Aussiedler und Flüchtlinge (und / oder Arbeitsmigranten) aus vergleichbaren Herkunftsgebieten mit ähnlichen Bildungs- und Sprachkapital ausgerüstet longitudinal in einer Kohortenstudie verglichen würden (...)“. Das IKG-Jugendpanel kann vielleicht einen kleinen Beitrag zu einer solchen Forschungstradition leisten, auch wenn nur bei Jugendlichen türkischer Herkunft, Aussieder-Jugendlichen und Jugendlichen deutscher Herkunft aus zehnten Klassen der Integrationsprozess in die bundesrepublikanische Gesellschaft über die Zeitspanne von ihrem etwa 16. bis zu ihrem etwa 22. Lebensalter begleitet werden soll.

16 Bei der Shell-Studie (***Fritzsche*** 2000: 356) etwa sind 142 Türken/innen im Alter von 15 bis 17 Jahren vertreten, beim DJI-Ausländersurvey wurden 419 Jugendliche türkischer Herkunft im Alter von 14 bis 17 Jahren befragt (***Weidacher et al.*** 2001: 107), bei der IKG-Fundamentalismusstudie waren 303 türkische Jugendliche aus zehnten Klassen beteiligt (***Heitmeyer et al.*** 1997: 45 und 244) und in der Schulbefragung mit neunten Klassen in Hamburg, Hannover, Leipzig und Stuttgart des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen liegen Daten von 657 Jugendlichen türkischer Herkunft vor (***Pfeiffer et al.*** 1998: 53; zur Ausweitung dieser Studie auf die Städte Kiel, Wunstorf, Lilienthal, Schwäbisch-Gmünd und München: ***Pfeiffer et al.*** 1999; ***Pfeiffer / Wetzels*** 2000: 15 und zur Wiederholung der Befragung im Jahr 2000 in Hamburg, Hannover, Leipzig, München und dem Landkreis Friesland: ***Bundesministerium des Innern / Bundesministerium der Justiz*** 2001: 497). Dies sind allerdings Querschnittuntersuchungen ohne Speicherung der Adresse.

## Literatur

***Babka von Gostomski, Christian; Brüß, Joachim; Möller, Renate; Wiebke, Gisela*** 2000: Wechselseitige Wahrnehmung, Integration und Interaktion Jugendlicher unterschiedlicher Herkunft. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung 2, Jg. 2: S. 245-249.

***Boers, Klaus; Kurz, Peter*** 2000: Schule, Familie, Einstellungen, Lebensstile, delinquentes und abweichendes Verhalten von Schülern. Erste Ergebnisse der Münsteraner Schulbefragung 2000. Unveröffentlicht. Westfälische Wilhelms Universität Münster, Institut für Kriminalwissenschaften, Abteilung Kriminologie.

***Boos-Nünning, Ursula; Otyakmaz, Berrin Özlem; Karakasoglu-Aydin, Yasemin*** 2000: Multikultiviert oder doppelt benachteiligt? Die Lebenslagen von Mädchen und jungen Frauen aus Arbeitsmigrationsfamilien in Nordrhein-Westfalen. Expertise zum 7. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

***Bundesministerium des Innern; Bundesministerium der Justiz*** (Hrsg.) 2001: Erster Periodischer Sicherheitsbericht. Unter der Mitarbeit von ***Seitz, Norbert; Kiel; Roger; Kiedrowski, Uta von; Lehmann, Christian; Blath, Richard; Eckart, Roland; Heinz, Wolfgang; Kerner, Hans-Jürgen; Pfeiffer, Christian; Schumann, Karl F.; Wetzels, Peter; Egg, Rudolf; Hahlen, Johann; Schuster, Leo; Mischkowitz, Robert; Brings, Stefan; Fehlings, Bettina; Kurze, Martin***: Berlin: Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz (im PDF-Format).

***Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*** 2000: Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht. Berlin.

***Deutsche Forschungsgemeinschaft*** 1999: Qualitätskriterien der Umfrageforschung. Denkschrift, herausgegeben von ***Max Kaase***. Berlin.

***Dollase, Rainer; Bieler, Ariel; Ridder, Arnd; Köhnemann, Ina; Woitowitz, Katharina*** 2000: Nachhall im Klassenzimmer. Zur relativen Unabhängigkeit der schulischen Integration vom Belastungsgrad der städtischen Umgebung. In: ***Heitmeyer, Wilhelm; Anhut, Reimund*** (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim, S. 199-255.

***Fritzsche, Yvonne*** 2000: Die quantitative Studie: Stichprobenstruktur und Feldarbeit. In: ***Deutsche Shell*** (Hrsg.): Jugend 2000. Band 1. Opladen, S. 349-378 .

***Granato, Nadia*** 1999: Die Befragung von Arbeitsmigranten: Einwohnermeldeamt-Stichprobe und telefonische Befragung? In: ZUMA-Nachrichten 45, Jg. 23: S. 44-60.

***Heitmeyer, Wilhelm; Möller, Renate; Brüß, Joachim*** 1998: Integration, Interaktion sowie die Entwicklung von Feindbildern und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen türkischer und deutscher Herkunft unter besonderer Berücksichtigung ethnisch-kultureller Konfliktkonstellationen durch fremdenfeindliche und islamisch-fundamentalistische Orientierungen (Längsschnittstudie). Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Neuantrag). Unveröffentlicht. Universität Bielefeld.

***Heitmeyer, Wilhelm; Müller, Joachim; Schröder, Helmut*** 1997: Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland. Frankfurt.

***Hoffmann-Lange, Ursula*** (Hrsg.) 1995: Jugend und Demokratie in Deutschland. DJI-Jugendsurvey 1. Opladen.

***Humpert, Andreas; Schneiderheinze, Klaus*** 2000: Stichprobenziehung für telefonische Zuwandererbefragungen. Einsatzmöglichkeiten der Namensforschung. In: ZUMA-Nachrichten 47, Jg. 24: S. 36-63.

***Mittag, Hartmut; Weidacher, Alois*** 2000: Methodische Aspekte der Untersuchung. In: ***Weidacher, Alois*** (Hrsg.): In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich. DJI-Ausländersurvey. Opladen, S. 273-281.

***Pfeiffer, Christian; Delzer, Ingo; Enzmann, Dirk; Wetzels, Peter*** 1998: Ausgrenzung, Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen. Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter. Sonderdruck zum 24.

Deutschen Jugendgerichtstag vom 18.-22. September 1998 in Hamburg. Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen. Hannover.

***Pfeiffer, Christian; Wetzels, Peter*** 2000: Siddetin Fail ve Kurbanlari Genc Türkler. Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt. KFN-Forschungsbericht Nummer 81 (im PDF-Format). Hannover.

***Pfeiffer, Christian; Wetzels, Peter; Enzmann, Dirk*** 1999: Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und ihre Auswirkungen. KFN-Forschungsbericht Nummer 80 (im PDF-Format). Hannover.

***Rijke, Johann de*** 2000: Anhang. In: ***Gille, Martina; Krüger, Winfried*** (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinten Deutschland. Opladen. S. 437-454.

***Salentin, Kurt*** 1999: Die Stichprobenziehung von Zuwandererbefragungen. In: ZUMA-Nachrichten 45, Jg. 23: S. 115-135.

***Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke*** 1999: Methoden der empirischen Sozialforschung. München.

***Schumann, Siegfried*** 2000: Repräsentative Umfrage. Praxisorientierte Einführung in empirische Methoden und statistische Analyseverfahren. München.

***Stein, Rolf*** 1998: Hauptschule als Herausforderung. Notwendigkeit und Integration im Bildungswesen. Neuwied.

***Strobl, Rainer; Kühnel, Wolfgang*** 2000: Dazugehörig und ausgegrenzt. Analysen zu Integrationschancen junger Aussiedler. Weinheim.

***Unabhängige Kommission „Zuwanderung“*** 2001: Zuwanderung gestalten. Integration fördern. Bericht. Unter der Mitarbeit von ***Süssmuth, Rita; Vogel, Hans-Jürgen; Eylmann, Horst; Fücks, Ralf; Hailbronner, Kay; Henkel, Hans-Olaf; Hoffmann, Hajo; Issen, Roland; Kannengießer, Christopf; Kohlwage, Karl Ludwig; Landsberg, Gerd; Münz, Rainer; Niethammer, Frank; Öger, Vural; Putzhammer, Heinz; Schilling, Roland; Schmalz-Jacobsen, Cornelia; Schmude, Jürgen; Schnoor, Herbert; Spiegel, Paul; Voß, Josef***. Berlin: Bundesministerium des Inneren (im PDF-Format).

***Weidacher, Alois; Mittag, Hartmut; Quellenberg, Holger; Brislinger, Evelyn*** 2001: Sozial und politisch „integriert“? Der Ausländersurvey 1997 auf CD-ROM. In: ZA-Information 48: S. 104-111.

***Wimmer, Andreas*** 1999: Migrationssoziologie: Migration und ethnische Minderheiten. In: ***Münch, Richard; Jauß, Claudia; Stark, Carsten*** (Hrsg.): Soziologie 2000. Kritische Bestandsaufnahmen zu einer Soziologie des 21. Jahrhunderts. Sonderheft 5 der Soziologischen Revue. München, S. 154-166.

# Ist einer von drei gleich jedem Dritten? Der Einfluss numerischer Äquivalente auf die Wahrnehmung und Bewertung identischer Sachverhalte

**von Erich Lamp**[1]


## *Zusammenfassung*

*Die Untersuchung knüpft an die in der Umfrageforschung und -praxis bekannte Tatsache an, dass logisch äquivalente Begriffsverwendungen in der Frageformulierung einen erheblichen Einfluss auf das Antwortverhalten der Befragten ausüben können. In einer Reihe von Feldexperimenten wird der Frage nachgegangen, inwieweit dies auch für numerische Äquivalente zutrifft. Anhand der systematischen Variation von Fragemodell, Frageformulierung, Frageinhalt und statistischer Größenordnung wird geprüft, ob die Verwendung verschiedener Mengenbezeichnungen zu verschiedenen Einschätzungen der mit den Mengenangaben verbundenen Sachverhalten führt.*

## *Abstract*

*The present investigation is connected to the well known fact in public opinion research that the use of logically equivalent terms in question phrasing can lead to a considerable impact on interviewees' answering behavior. In a series of split ballot experiments the question of whether this also holds true in the case of numerical equivalents is pursued. By means of systematic variations of question patterns, wording, content and dimensions of quantities, this article tests whether the application of different notations of amount (numerical equivalents) could lead to different assessments of facts or circumstances that are connected with these nomenclatures.*


1 Dr. habil. ***Erich Lamp*** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Publizistik, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Colonel-Kleinmann-Weg 2, D-55099 Mainz, erich.lamp@uni-mainz.de.

## 1. Einleitung

Von einem der Pioniere der amerikanischen Meinungsforschung, ***Elmo Roper***, stammt der Vorschlag, systematisch Schlüsselbegriffe zu identifizieren, die im Fragebogen die subjektive Wahrnehmung und Bewertung des Frageinhalts durch die Befragten beeinflussen. Er illustriert seinen Vorschlag am Beispiel zweier Frageformulierungen, mit denen die Einstellung der Bevölkerung zur Rolle Amerikas bei der Befestigung des Weltfriedens untersucht wurde. Die Frage: "Do you think the United States should do everything in its power to promote world peace?", wurde von der überwältigenden Mehrheit der Befragten mit "Ja" beantwortet. Lautete die Frage hingegen: "Do you think the United States should become involved in a plan to promote world peace?", gingen die Ja-Stimmen in beträchtlichem Umfang zurück. Ganz offenbar, so ***Roper***, handelt es sich bei dem Begriff "involved" um eines jener "danger words", von denen man kaum im Vorhinein wissen könne, wie sehr sie die Wahrnehmung und Bewertung eines Sachverhalts beeinflussen (***Roper*** 1940).

In einem der frühen Standardwerke zur Umfrageforschung, "The Art of Asking Questions" von ***Stanley Payne*** aus dem Jahr 1951, findet sich bereits eine "Verbrechergalerie von Problemwörtern", die aus einer Liste von tausend im amerikanischen Sprachgebrauch häufig benutzten Alltagsbegriffen zusammengestellt wurde. Beispiele hierfür sind Begriffe wie "people", "government", "public", "any", "much" oder "few", die je nach Kontext oder Verständnis ganz verschiedene Bedeutungen annehmen können (***Payne*** 1965). Am zuletzt genannten Begriff "few" lässt sich die Problematik sehr gut auch für den deutschen Sprachgebrauch veranschaulichen. In einer empirischen Untersuchung hat ***Hörmann*** nachgewiesen, dass mit dem Begriff "ein paar" ganz unterschiedliche Vorstellungen verbunden werden, je nachdem, ob die dadurch bezeichneten Objekte groß oder klein sind oder in welcher räumlichen Situation sie vorgestellt werden (***Hörmann*** 1983).[2]

Zur Demonstration der Ergebnisverzerrungen, die durch die Wahl bestimmter Begriffe in der Frageformulierung entstehen können, wird in der Methodenliteratur häufig ein von ***Rugg*** berichtetes Fragebogenexperiment zitiert, in dem es um die Verwendung der Begriffe "erlauben" und "verbieten" geht (***Rugg*** 1941; vgl. u.a. ***Bradburn, Sudman*** 1989; ***Clark, Schober*** 1992; ***Friedrichs*** 1973; ***Noelle-Neumann, Petersen*** 1996; ***Reuband*** 2001; ***Schuman, Presser*** 1981; ***Sudman, Bradburn*** 1982). Auf die Frage: "Do you think the United States should allow public speeches against democracy?", meinten 21 Prozent der Befragten, öffentliches Reden gegen die Demokratie sollte erlaubt sein, 62 Prozent vertraten

2 Versuchspersonen bezifferten beispielsweise die Anzahl von "ein paar Büroklammern" als deutlich mehr als die Anzahl von "ein paar Menschen". Diese wiederum wurden als deutlich mehr eingeschätzt, wenn sie statt "vor der Hütte" stehend als "vor dem Gebäude" stehend vorgestellt wurden. Auch änderte sich die geschätzte Anzahl von "ein paar" je nach der vorgestellten Größe des Blickfelds des Betrachters (Guckloch = weniger, Fenster = mehr) oder nach der Art des eingeführten Verbs: ein paar sich streitende Menschen sind weniger als lediglich ein paar Menschen.

die Ansicht, dies sollte nicht erlaubt sein. In der zweiten Version wurde der Begriff "erlauben" durch den Begriff "verbieten" ersetzt. Die Frage lautete: "Do you think the United States should forbid public speeches against democracy?" Auf diese Frageversion hin meinten 46 Prozent der Befragten, öffentliches Reden gegen die Demokratie sollte verboten sein, 39 Prozent plädierten dafür, dies nicht zu verbieten. Obwohl es sich, logisch gesehen, um identische Fragen handelt, sprechen sich einmal 62 Prozent für ein Verbot aus, das andere Mal 46 Prozent. ***Rugg*** zufolge liegt der Schlüssel für diesen Unterschied im Begriff "verbieten" (***Rugg*** 1941), der offenbar eine viel schärfere Formulierung darstellt als das Gegenstück "nicht erlauben" (***Bradburn, Sudman*** 1989). Nach ***Noelle-Neumann*** und ***Petersen*** (1996) vermeidet es ein Teil der Befragten, besonders scharf formulierten Positionen zuzustimmen, ebenso wie bei vielen eine Abneigung bestehe, auf eine Frage mit "Nein" zu antworten.

Ebenso können aber auch Fragen, deren Formulierungen keinerlei Schärfe besitzen, bei verschiedener Begriffsverwendung für identische Sachverhalte zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, wie am Beispiel der Begriffe "aufwachen" und "durchschlafen" deutlich wird.[3] Befragte antworten auf die Frage "Wachen Sie nachts schon mal auf?" deutlich häufiger mit "Wache manchmal auf" als auf die – alternativ formulierte – Frage "Schlafen Sie nachts in der Regel durch?". Sie geben deutlich seltener an, "nie" aufzuwachen als "immer" durchzuschlafen (Tabelle 1). Offensichtlich entscheiden sich die Befragten hier häufiger für Antwortalternativen, deren Formulierung derjenigen der Testfrage ähnelt als für Alternativen, die sich sprachlich davon unterscheiden – obwohl die semantische Bedeutung nach allgemeinem Sprachgefühl dieselbe ist.

3 Das Beispiel stammt, ebenso wie die unten berichteten Ergebnisse, aus gegabelten face-to-face-Befragungen der Mainzer Bevölkerung, die im Methodenabschnitt näher erläutert werden.

**Tabelle 1:** Der Einfluss logischer Äquivalente auf das Antwortverhalten

Fragen: *"Wachen Sie nachts schon mal auf? Würden Sie sagen, das kommt häufiger vor oder nur manchmal, oder kommt das nie vor?"*

*"Schlafen Sie nachts in der Regel durch? Würden Sie sagen, Sie schlafen immer durch, oder wachen Sie manchmal oder auch häufiger in der Nacht auf?"*

| | "Wachen Sie nachts schon mal auf?" % | "Schlafen Sie nachts in der Regel durch?" % |
|---|---|---|
| Wache nachts häufiger auf | 23 | 24 |
| Wache nachts manchmal auf | 51 | 37 |
| Wache nachts nie auf / Schlafe nachts immer durch | 26 | 39 |
| | 100 | 100 |
| n = | 90 | 88 |

IfP-MP WS 98/99

Einer zweiten Gruppe von Befragten wurde der identische Sachverhalt von der anderen Seite her vorgestellt, nicht der Gewinn ("Leben retten") stand im Vordergrund, sondern der Verlust ("Leben verlieren"). Der Verlust des Lebens wurde bei Anwendung des einen Programms als unvermeidbar und sicher gegeben dargestellt ("400 Menschen werden sterben"), bei Anwendung des anderen Programms wiederum als mit einem Risiko behaftet ("mit ein-Drittel-Wahrscheinlichkeit wird niemand sterben, mit zwei-Drittel-Wahrscheinlichkeit werden alle ihr Leben verlieren"). In dieser Version der Fragestellung kehrten sich die Ergebnisse hinsichtlich der Risikobereitschaft der Befragten geradezu um. Die klare Mehrheit (78 Prozent) nahm nun lieber das Risiko in Kauf, um alle 600 Menschen zu retten, und nur jeder Fünfte (22 Prozent) entschied sich für das Programm, das den sicheren Tod von 400 Personen bedeutete (***Kahnemann, Tversky*** 1984).

Logische Äquivalente sind ein beliebtes Stilmittel der Rhetorik, wenn es darum geht, Sachverhalte positiv oder negativ zu konnotieren. Beispiele dieser Art – nach dem Muster: das Glas ist halb voll / halb leer – sind jedem geläufig. In der Umfrageforschung ist bei Verwendung solcher Formulierungen mithin höchste Vorsicht geboten, nicht zuletzt wegen der (möglichen) Unterstellung manipulativer Absichten. So unabdingbar ein ausgeprägtes Sprachgefühl hierbei sein mag, so wenig reicht es hin, die Vielfalt der auf die Sprachverwendung zurückgehenden Einflüsse auf die subjektive Wahrnehmung und Bewertung des Frageinhalts zu ermessen. In vielen Fällen kann eine Ergebnisverzerrung durch Verwendung äquivalenter Ausdrücke und Formulierungen zwar vermutet werden. In mindestens

ebenso vielen Fällen, wenn nicht in den meisten, entzieht sich ein solcher Einfluss aber selbst sogar der Vorstellung. Dies ist insbesondere bei numerischen Äquivalenten der Fall.

Der Gedanke, dass die sprachliche Variation bei der Beschreibung von Mengenverteilungen nicht nur Abwechslung schafft und eine bessere Lesbarkeit des Textes bedeutet, sondern je nach Verwendung der numerischen Äquivalente auch ganz unterschiedliche Vorstellungen über die Größenordnung der beschriebenen Sachverhalte hervorruft, dürfte selbst geübten Autoren fernliegen. Wie selbstverständlich werden bei der Darstellung statistischer Sachverhalte, Ergebnissen von Meinungsumfragen etwa, Prozentwerte mit solchen Mengenbezeichnungen umschrieben: jeder Zweite, ein Drittel, einer von vier, jeder Fünfte usw., und kaum jemand setzt sie beim Lesen oder Hören wohl in nackte Prozentzahlen um. Welche Mengenmuster werden dabei im Vorstellungsraum abgerufen? Was trägt sich vor dem geistigen Auge zu, wenn von "jedem Dritten" die Rede ist, von "33 Prozent", von "einem Drittel" oder "einem von dreien"? Macht es für die Wahrnehmung und Bewertung eines Sachverhalts einen Unterschied, ob ein Bevölkerungsanteil unpersönlich abstrakt oder anschaulich konkret beschrieben wird? Dieser Problemstellung soll im Folgenden nachgegangen werden.

## 2. Methodisches Vorgehen

Die berichteten Ergebnisse stammen sämtlich aus gegabelten face-to-face-Befragungen der Mainzer Bevölkerung, die nach ihrer Logik dem kontrollierten Experiment folgen. Alle Umstände im Ablauf der Untersuchung sind gleich, bis auf einen, den experimentellen Faktor, der im Fragebogen variiert wird. Ziel einer solchen Anlage ist es, für Unterschiede, die nach Einwirkung des experimentellen Faktors gemessen werden, alle Erklärungen bis auf eine auszuschließen. Bei den regelmäßig jedes Semester durchgeführten Umfragen stehen insbesondere methodische Aspekte des Fragebogens und der Frageformulierung im Vordergrund des Interesses, um das Entdeckungspotential der Umfrageforschung durch Anwendung der Technik der gegabelten Befragung systematisch zu nutzen.

Die Fragebögen enthalten in der Regel Fragen zu ganz unterschiedlichen Themen und Sachverhalten und decken in ihrer Konstruktion die ganze Bandbreite der verschiedenartigen Fragemodelle und Hilfsmittel einschließlich Listen, Kartenspielen und Bildblattvorlagen ab. Die besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei vor allem drei Gruppen von Einflussgrößen, die sich erstens auf die Anordnung und Abfolge der Fragen im Fragebogen beziehen, zweitens auf den Einsatz verschiedener Fragemodelle und -instrumente sowie drittens auf die Art der Frageformulierung. Die Interviews wurden von Studenten der Publizistikwissenschaft der Universität Mainz durchgeführt. Die Stichproben wurden nach dem Quotenverfahren gebildet, wobei die Merkmale Geschlecht und Alter (in der Verteilung 16-29, 30-44, 45-59, 60+ Jahre) vorgegeben waren.

Die Antworten der befragten Mainzer Bürger sind im statistischen Sinne nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik. Dies ist für die vorliegende Untersuchung unerheblich, da es nicht um die Meinungen aller Deutschen geht sondern darum, die Antworten von Befragten, denen unterschiedliche Fragevariationen vorgegeben wurden, systematisch miteinander zu vergleichen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass Unterschiede, die sich in den Antworten der Mainzer Bürger zeigen, nicht auch für die Gesamtbevölkerung gelten.

**3. Ergebnisse**

Zur Überprüfung der Frage, ob die Wahl bestimmter Mengenbezeichnungen die Wahrnehmung und Bewertung eines Sachverhalts, der eine Quantifizierung enthält, beeinflusst, wurde folgende Testfrage entwickelt: "*Wenn Sie hören, ein Drittel der Arbeitnehmer meldet sich schon mal krank, ohne wirklich krank zu sein. Würden Sie sagen, das stellt eine Bedrohung für unsere Wirtschaft dar, oder sehen Sie darin keine ernste Gefahr?*" Im split ballot-Verfahren wurde diese Testfrage vierfach variiert: Der ansonsten gleiche Fragetext unterschied sich lediglich in der Mengenbezeichnung. Der Anteil der Arbeitnehmer wurde dabei vorgestellt als "ein Drittel", "jeder dritte", "etwa 33 Prozent" und "einer von drei". Die Einschätzung der Bedrohung der Wirtschaft erfolgte anhand einer vierstufigen Skala, die den Befragten zur optischen Unterstützung als Bildblatt mit vier unterschiedlich großen Quadraten vorgelegt wurde. Zur Erläuterung hieß es dazu im Fragetext weiter: "*Wenn Sie es mir bitte nach diesem Bildblatt hier sagen, es geht so: Der obere große Kasten würde bedeuten, Sie empfinden das als äußerst bedrohlich, der unterste kleine Kasten würde bedeuten, Sie sehen darin keine große Gefahr.*"

Die Antworten der Befragten unterscheiden sich deutlich, je nachdem welche Mengenbezeichnung ihnen vorgelegt wurde. Fasst man die beiden oberen Skalenpunkte (außerordentlich große Gefahr / große Gefahr) und die beiden unteren Skalenpunkte (eher geringe Gefahr / geringe Gefahr) zusammen, unterscheiden sich die Ergebnisse um bis zu 11 Prozentpunkte. Die Befragten schätzten die Bedrohung für die Wirtschaft bei der Mengenangabe "jeder dritte Arbeitnehmer" als am größten ein, gefolgt von der Angabe "ein Drittel der Arbeitnehmer" und "einer von drei Arbeitnehmern". Den Eindruck der geringsten Gefährdung machte die Mengenangabe "etwa 33 Prozent der Arbeitnehmer", bei der sich die Mehrheitsverhältnisse sogar umkehren (Tabelle 2).

**Tabelle 2:** Der Einfluss numerischer Äquivalente auf das Antwortverhalten:
Variation der Mengenbezeichnung "ein Drittel"
(Viererskala mit optischer Bildblatt-Unterstützung)

Frage: *"Wenn Sie hören, ein Drittel der Arbeitnehmer meldet sich schon mal krank, ohne wirklich krank zu sein. Würden Sie sagen, das stellt eine Bedrohung für unsere Wirtschaft dar, oder sehen Sie darin keine ernste Gefahr? Wenn Sie es mir bitte nach diesem Bildblatt hier sagen, es geht so: Der obere große Kasten würde bedeuten, Sie empfinden das als äußerst bedrohlich, der unterste kleine Kasten würde bedeuten, Sie sehen darin keine große Gefahr?"* (Vorlage eines Bildblatts)

In Parallelbefragungen hieß es: *"jeder dritte Arbeitnehmer" / "etwa 33 Prozent der Arbeitnehmer" / "einer von drei Arbeitnehmern".*

| | Anteil der Arbeitnehmer vorgestellt als - | | | |
|---|---|---|---|---|
| | jeder Dritte | ein Drittel | einer von drei | etwa 33 Prozent |
| | % | % | % | % |
| Bedrohung (Stufen 4 und 3) | 56 | 54 | 50 | 45 |
| Keine große Gefahr (Stufen 2 und 1) | 44 | 46 | 47 | 49 |
| Unentschieden | --- | --- | 3 | 6 |
| | 100 | 100 | 100 | 100 |
| n = | 59 | 61 | 60 | 51 |

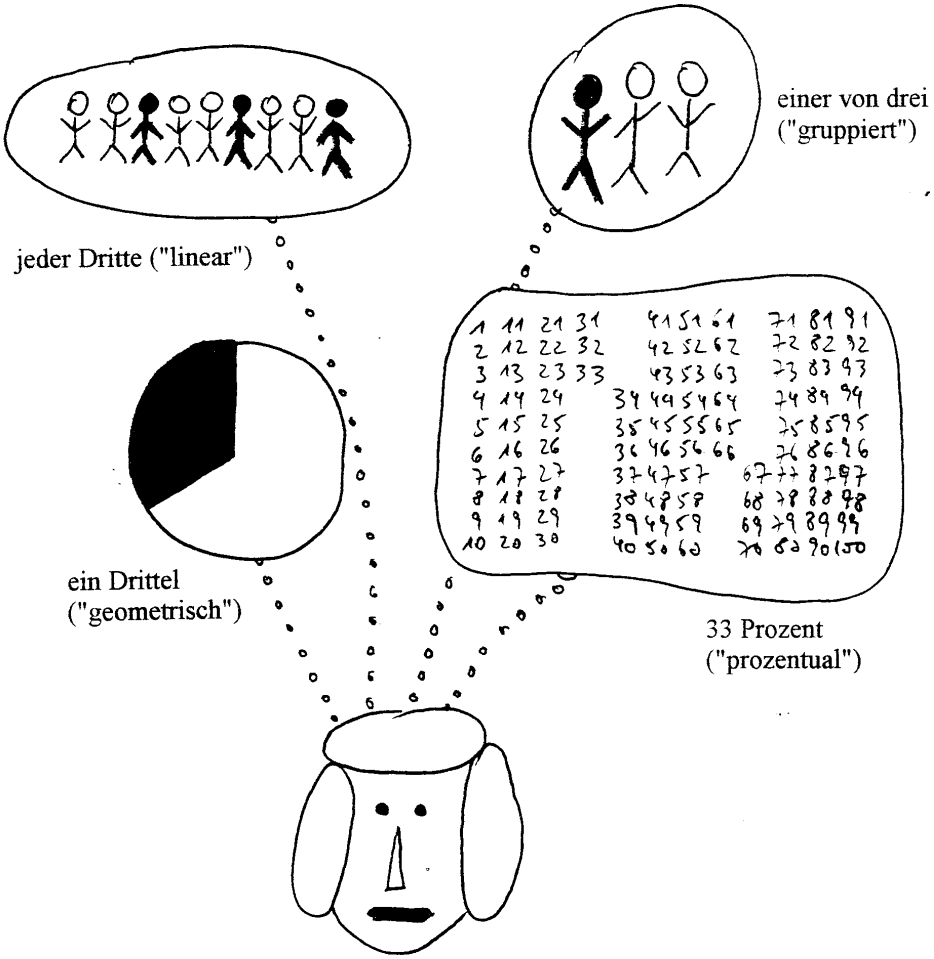
IfP-MP WS 95/96

Handelt es sich bei diesem Ergebnis um einen Zufallsbefund oder gibt es systematische Unterschiede in der Vorstellung von Mengen, die mit verschiedenen Bezeichnungen umschrieben werden? Neuere Untersuchungen aus dem Forschungsbereich der sogenannten "mental arithmetics" (***Besner, Coltheart*** 1979; ***Campbell, Clark*** 1988, 1992; ***Clark, Campbell*** 1991; ***Dehaene*** 1999; ***Dehaene, Cohen*** 1991; ***Gonzales, Kolers*** 1982, 1987; ***Hinrichs, Yurko, Hu*** 1981; ***Hinrichs, Berie, Mosell*** 1982; ***Vorberg, Blankenberger*** 1993) haben gezeigt, dass Zahlen nicht kognitiv abstrakt sind, d.h. eine einheitliche mentale Repräsentation besitzen, sondern je nach Darstellungsform in verschiedene mentale Repräsentationen überführt werden können. So stellten ***Besner*** und ***Coltheart*** (1979) fest, dass Größenvergleiche von Zahlen in arabischer Darstellung nicht denselben Gesetzmäßigkeiten folgen wie Größenvergleiche von Zahlwörtern. Entsprechende Befunde werden für das Addieren von Zahlen, die in arabischen oder in römischen Ziffern dargeboten wurden, berichtet (***Gonzales, Kolers*** 1982, 1987). Experimente mit Zahlen von 1 bis 6, die als arabische Ziffer, als Wort, als Augenmuster auf einem Würfel oder als zufälliges Punktmuster

dargeboten wurden, belegen ebenfalls eine mehrfache mentale Repräsentation von Zahlen (***Vorberg, Blankenberger*** 1993).

Informelle Ermittlungen des Verfassers, die im Zusammenhang mit der hier behandelten Problemstellung bei zahlreichen Personen durchgeführt wurden, weisen in eine ähnliche Richtung. Nach Auskunft der Befragten stellen sich vor dem geistigen Auge je nach verwendeter Mengenbezeichnung durchaus verschiedene "Bilder" ein. Die mit den Mengenbezeichnungen spontan verknüpften Vorstellungen einer Vielzahl von Befragten lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Mengenbezeichnung "jeder Dritte" wird als eine Reihung von Personen oder Objekten gesehen, in der jedes dritte Element hervorgehoben ist. Demgegenüber erscheint die Mengenbezeichnung "einer von drei" als eine Gruppe von Personen oder Objekten, in der ein Element hervorgehoben ist. Mit der Mengenbezeichnung "ein Drittel" wiederum wird eher eine geometrische Figur verbunden, aus der ein Teilstück hervorsticht. Die Mengenbezeichnung "33 Prozent" verbleibt dagegen weitgehend im Bereich der Abstraktion und wird als zahlenmäßiger Anteil gesehen. Diese im Vorstellungsraum aktivierten Mengenmuster treffen auch auf die numerischen Äquivalente anderer Größenordnungen zu. Zum Zweck der sprachlichen Abgrenzung der Mengenbezeichnungen über alle Größenordnungen hinweg können sie – im Rückgriff auf die mentalen Repräsentationen – auch als "lineare" (jeder Dritte, jeder Vierte, jeder Fünfte usw.), "gruppierte" (einer von drei, einer von vier, einer von fünf usw.), "geometrische" (ein Drittel, ein Viertel, ein Fünftel usw.) und "prozentuale" (33 Prozent, 25 Prozent, 20 Prozent usw.) Mengenangaben bezeichnet werden (Schaubild).

**Schaubild:** Welche Mengenmuster werden bei Verwendung numerischer Äquivalente für identische Größenordnungen im Vorstellungsraum abgerufen?




**Anmerkung:** Die dargestellten Mengenmuster gehen auf informelle Ermittlungen des Verfassers zurück, die bei zahlreichen Personen durchgeführt wurden. Dargestellt sind die zumeist genannten "Bilder", die sich vor dem geistigen Auge der Befragten bei den o.g. Mengenbezeichnungen einstellten. Die im Vorstellungsraum aktivierten Mengenmuster treffen auch für die numerischen Äquivalente anderer Größenordnungen, z.B. ein Viertel, einer von vier usw. oder ein Fünftel, einer von fünf usw., zu.

Wenngleich den informellen Ermittlungen der im Vorstellungsraum abgerufenen Mengenmuster der numerischen Äquivalente keine Beweiskraft im Sinne der klassischen Testtheorie zukommt (vgl. dazu ***Lienert, Raatz*** 1994), helfen sie doch, den bis hierhin erst vage erkennbaren vermuteten Sachverhalt weiter auszuleuchten. Könnte es sein, dass die verschiedenen Mengenbezeichnungen aufgrund unterschiedlicher mentaler Repräsentationen voneinander abweichende semantische (arithmetische) und andere Informationen enthalten, die bei den Befragten unterschiedliche kognitive Prozesse auslösen (vgl. ***Vorberg,***

***Blankenberger*** 1993)? In diesem Fall sollten sich die Antworten der Befragten auch bei einem anderen Fragemodell je nach vorgelegter Mengenbezeichnung unterscheiden.

Die modifizierte Testfrage entspricht im Wortlaut exakt dem ersten Teil der oben vorgestellten Testfrage für die Größenordnung "ein Drittel". In Abänderung des Fragemodells erfolgte die Einschätzung der Bedrohung für die Wirtschaft (durch Krankheit simulierende Arbeitnehmer) nicht anhand einer vierstufigen Skala, die den Befragten zur optischen Unterstützung als Bildblatt vorgelegt wurde, sondern – entsprechend der Fragestellung – in Form dichotomisierter Antwortkategorien. Unabhängig von den vier Mengenbezeichnungen sehen die Befragten den Sachverhalt insgesamt häufiger als eine Bedrohung für die Wirtschaft an als dass sie ihn für gefahrlos halten. Bei den Mengenangaben "ein Drittel" und "einer von drei" fallen die Einschätzungen einer Bedrohung für die Wirtschaft jedoch deutlich höher aus als bei den Mengenbezeichnungen "33 Prozent" und "jeder dritte". Je nachdem, welche Mengenbezeichnung den Befragten vorgelegt wurde, unterscheiden sich die Einschätzungen um bis zu 12 Prozentpunkte (Tabelle 3). Die Tatsache, dass die Ergebnisverteilung bei Verwendung dichotomisierter Antwortkategorien in den Versuchsgruppen stärker polarisiert als bei Verwendung skalierter Antwortkategorien (vgl. Tabelle 2), ist hierbei unerheblich. Dies kann neben dem Einfluss des anderen Fragemodells[4] ebenso auf eine zum zweiten Messzeitpunkt tatsächlich veränderte Einstellung der Bevölkerung dem erfragten Sachverhalt gegenüber zurückzuführen sein.[5]

4 Wie ***Tennstädt*** und ***Hansen*** (1982) zeigen konnten, hat eine geringfügige Änderung des Fragemodells eine zehnmal größere Veränderung der Ergebnisse zur Folge als ein Wechsel der Stichproben-Technik.

5 Keineswegs unerheblich ist dieser Sachverhalt unter einem anderen methodischen Gesichtspunkt. Sollen die Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung zu einer Frage als Trendanalyse im Zeitverlauf untersucht werden, ist die Beibehaltung des Fragemodells wie auch des Frage-Umfelds im Fragebogen unabdingbar, da sonst gleiche oder andere Ergebnisse zu verschiedenen Messzeitpunkten nichts mehr über Stabilität oder Wandel der Bevölkerungsmeinung aussagen.

**Tabelle 3:** Der Einfluss numerischer Äquivalente auf das Antwortverhalten:
Variation der Mengenbezeichnung "ein Drittel"
(Dichotomisierte Antwortkategorien ohne Bildblatt-Unterstützung)

Frage: *"Wenn Sie hören, ein Drittel der Arbeitnehmer meldet sich schon mal krank, ohne wirklich krank zu sein. Würden Sie sagen, das stellt eine Bedrohung für unsere Wirtschaft dar, oder sehen Sie darin keine ernste Gefahr?"*

In Parallelbefragungen hieß es: *"jeder dritte Arbeitnehmer" / "etwa 33 Prozent der Arbeitnehmer" / "einer von drei Arbeitnehmern".*

| | Anteil der Arbeitnehmer vorgestellt als - | | | |
|---|---|---|---|---|
| | ein Drittel ("geometrisch") % | einer von drei ("gruppiert") % | etwa 33 Prozent ("prozentual") % | jeder dritte ("linear") % |
| Bedrohung | 63 | 60 | 53 | 52 |
| Keine große Gefahr | 34 | 28 | 39 | 40 |
| Unentschieden | 3 | 12 | 8 | 8 |
| | 100 | 100 | 100 | 100 |
| n = | 71 | 50 | 57 | 60 |

IfP-MP WS 99/00

Das Ergebnis macht deutlich, dass die verschiedenen Mengenbezeichnungen offenbar unabhängig vom Fragemodell differenzieren. Dies spricht für die Vermutung, dass die numerischen Äquivalente für die Größenordnung "ein Drittel" unterschiedliche mentale Repräsentationen ("geometrisch", "gruppiert", "prozentual", "linear") besitzen, die bei den Befragten – aufgrund der verschiedenen hiermit verknüpften Informationen – unterschiedliche kognitive Prozesse (Einschätzung der Bedrohung) auslösen. Über Art und Bedeutung der mit den mentalen Repräsentationen verbundenen semantischen (mengenmäßigen) und anderen Informationen (z.B. benachbarte Größenordnungen) kann an dieser Stelle noch keine Aussage getroffen werden.[6] Vielmehr soll zunächst dem Effekt "an sich" nachgegangen und geprüft werden, ob er auch für andere Größenordnungen und bei anderen Fragestellungen Geltung besitzt.

Zu diesem Zweck wird das zuletzt verwendete (vereinfachte) Fragemodell beibehalten und – für den Test der Mengenbezeichnungen einer anderen Größenordnung – auch der im

6 Dies betrifft die Frage, warum die getesteten Mengenbezeichnungen unabhängig vom Fragemodell differenzieren, ihre Differenzierung aber nicht einheitlich in der Weise erfolgt, dass z.B. mit der "linearen" Mengenbezeichnung hier wie da die Einschätzung der größten Bedrohung für die Wirtschaft verbunden ist.

Fragetext bisher angesprochene Sachverhalt. Lediglich der Anteil der in Frage stehenden Arbeitnehmer wurde variiert und in den vier Versuchsgruppen vorgestellt als "jeder zweite", "die Hälfte", "50 Prozent" sowie "einer von zwei". Die Ergebnisse untermauern die bisherigen Befunde. Die Wahrnehmung und Bewertung des identischen Sachverhalts durch die Befragten fällt je nach vorgelegter Mengenbeschreibung ganz verschieden aus. Bei den Mengenangaben "die Hälfte" und "jeder zweite" schätzen die Befragten die Bedrohung für die Wirtschaft deutlich größer ein als bei den Mengenbezeichnungen "50 Prozent" und "einer von zwei". Insgesamt unterscheiden sich die Einschätzungen der Versuchspersonen bei der Variation dieser Mengenbezeichnungen um bis zu 21 Prozentpunkte (Tabelle 4).

**Tabelle 4:** Der Einfluss numerischer Äquivalente auf das Antwortverhalten: Variation der Mengenbezeichnung "die Hälfte"

Frage: *"Wenn Sie hören, die Hälfte der Arbeitnehmer meldet sich schon mal krank, ohne wirklich krank zu sein. Würden Sie sagen, das stellt eine Bedrohung für unsere Wirtschaft dar, oder sehen Sie darin keine ernste Gefahr?"*

In Parallelbefragungen hieß es: *"jeder zweite Arbeitnehmer" / "50 Prozent der Arbeitnehmer" / "einer von zwei Arbeitnehmern".*

| | Anteil der Arbeitnehmer vorgestellt als - | | | |
|---|---|---|---|---|
| | die Hälfte ("geometrisch") % | jeder zweite ("linear") % | 50 Prozent ("prozentual") % | einer von zwei ("gruppiert") % |
| Bedrohung | 58 | 53 | 40 | 37 |
| Keine große Gefahr | 35 | 45 | 42 | 52 |
| Unentschieden | 7 | 2 | 18 | 11 |
| | 100 | 100 | 100 | 100 |
| n = | 40 | 40 | 38 | 35 |

IfP-MP SS 2000

Unabhängig vom Fragemodell scheinen die verschiedenen Mengenbezeichnungen nach diesem Ergebnis offenbar auch unabhängig von der vorgestellten Größenordnung zu differenzieren. Handelt es sich bei den numerischen Äquivalenten mithin um eine konstante Einflussgröße, die aufgrund der verschiedenen mentalen Repräsentationen die Urteile und Antworten der Befragten auch unabhängig vom Frageinhalt beeinflusst? In diesem Fall sollten die beobachteten Ergebnisverzerrungen auch bei anderen Frageformulierungen für andere Sachverhalte bei anderen als den bisher getesteten Größenordnungen auftreten. Zur Überprüfung dieser Annahmen wurde eine neue Testfrage entwickelt. Die Frage lautete:

"*Kürzlich war zu lesen, jeder vierte Deutsche hätte zu wenig Selbstvertrauen. Finden Sie, das ist viel, oder ist das nicht so viel?*" In den Parallelbefragungen wurde der Anteil der Deutschen entsprechend als "25 Prozent", "einer von vier" sowie "ein Viertel" vorgestellt. Die Testfrage wurde überdies unverändert in vier Befragungen mit unterschiedlichem Frageumfeld aufgenommen, um einen möglichen Kontexteffekt auszuschließen. Erneut zeigt sich auch bei veränderter Fragestellung und anderer Größenordnung der gleiche Effekt. In allen vier Befragungen unterscheiden sich die Antworten der Befragten deutlich je nach vorgelegter Mengenbezeichnung. Die zusammengefassten Daten zeigen, dass insbesondere die Mengenangabe "jeder vierte" bei den Befragten zu dem Eindruck führt, dies sei viel, wohingegen bei den Mengenangaben "einer von vier" und "25 Prozent" der Eindruck überwiegt, dies sei nicht so viel. Insgesamt fallen die Einschätzungen der Befragten bei der Variation dieser Mengenbezeichnung um bis zu 15 Prozentpunkte auseinander (Tabelle 5).

**Tabelle 5**: Der Einfluss numerischer Äquivalente auf das Antwortverhalten: Variation der Mengenbezeichnung "ein Viertel"

Frage: *"Kürzlich war zu lesen, jeder vierte Deutsche hätte zu wenig Selbstvertrauen. Finden Sie, das ist viel, oder ist das nicht so viel?"*

In Parallelbefragungen hieß es: *"ein Viertel der Deutschen" / "25 Prozent der Deutschen" / "einer von vier Deutschen".*

| | Anteil der Deutschen vorgestellt als - | | | |
|---|---|---|---|---|
| | jeder vierte ("linear") % | ein Viertel ("geometrisch") % | einer von vier ("gruppiert") % | 25 Prozent ("prozentual") % |
| Finde ich viel | 49 | 45 | 38 | 34 |
| Nicht so viel | 40 | 47 | 53 | 54 |
| Unentschieden | 11 | 8 | 9 | 12 |
| | 100 | 100 | 100 | 100 |
| n = | 232 | 224 | 261 | 238 |

IfP-MP, Umfragen SS 1999, WS 99/00, SS 2000, WS 00/01 (zusammengefasste Daten)

Alle bisher vorgestellten Ergebnisse weisen in dieselbe Richtung: Numerische Äquivalente führen je nach Art der Mengenbezeichnung zu einer unterschiedlichen Wahrnehmung und Bewertung identischer Sachverhalte durch die Befragten, und zwar unabhängig von Fragemodell und -formulierung, Frageinhalt und statistischer Größenordnung. Lassen sich die Befunde an einer weiteren Größenordnung und einem wiederum anderen Sachverhalt erhärten? Die hierzu entwickelte Testfrage lautete: "*Kürzlich war zu lesen, dass bei uns in*

*Deutschland jede fünfte Frau raucht. Finden Sie, das ist viel, oder ist das nicht so viel?*". In den Parallelumfragen wurde der Anteil der Frauen vorgestellt als "ein Fünftel", "eine von fünf" sowie "20 Prozent". Wie erwartet unterscheiden sich die Urteile und Antworten der Befragten auch in dieser Frageversion trotz des identischen Frageinhalts je nach vorgestellter Mengenbezeichnung. Auf die Mengenangaben "jede fünfte" und "20 Prozent" antworten die Befragten deutlich häufiger mit "Finde ich viel" als mit "Nicht so viel", wohingegen sich die Einschätzungen bei den Mengenangaben "ein Fünftel" und "eine von fünf" die Waage halten. Die maximale Differenz der Angaben in den einzelnen Versuchsgruppen beträgt 10 Prozentpunkte (Tabelle 6).

**Tabelle 6**: Der Einfluss numerischer Äquivalente auf das Antwortverhalten: Variation der Mengenbezeichnung "ein Fünftel"

Frage: *"Kürzlich war zu lesen, dass bei uns in Deutschland jede fünfte Frau raucht. Finden Sie, das ist viel, oder ist das nicht so viel?"*

In Parallelbefragungen hieß es: *"ein Fünftel der Frauen" / "20 Prozent der Frauen" / "eine von fünf Frauen".*

| | Anteil der Frauen vorgestellt als - | | | |
|---|---|---|---|---|
| | jede fünfte ("linear") % | 20 Prozent ("prozentual") % | ein Fünftel ("geometrisch") % | eine von fünf ("gruppiert") % |
| Finde ich viel | 55 | 55 | 50 | 48 |
| Nicht so viel | 39 | 41 | 47 | 49 |
| Unentschieden | 6 | 4 | 3 | 3 |
| | 100 | 100 | 100 | 100 |
| n = | 161 | 145 | 170 | 161 |

IfP-MP SS 2001

Aufgrund der vorliegenden Befunde kann als Zwischenergebnis festgehalten werden, dass die Verwendung numerischer Äquivalente bei der Beschreibung quantifizierter Sachverhalte einen erheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung dieser Sachverhalte ausübt. Bei identischen Größenordnungen führen verschiedene Mengenbezeichnungen zu verschiedenen Einschätzungen der mit den Mengenbezeichnungen verbundenen Sachverhalte, was sich letztlich auch in der Bewertung dieser Sachverhalte niederschlagen dürfte.

Die getroffene Feststellung gründet sich auf eine Frageserie, in der die Befragten aufgrund des Eindrucks, den ihnen eine vorgestellte Größenordnung vermittelte, ein Urteil abgaben. Damit stellt sich die Frage, ob die Ergebnisse nur für solche Problemstellungen Gültigkeit

besitzen, oder ob sie auch bei vollkommen anders gelagerten Problemstellungen stabil sind. Zur Überprüfung dieser Frage wurde eine logisch anders aufgebaute Testfrage entwickelt, in der die Befragten ihre Vorstellungen von den - zuvor getrennt untersuchten - Größenordnungen klassifizieren sollten. Die Testfrage lautete: "*Was glauben Sie, wie viele Deutsche haben schon einmal Steuern hinterzogen? Würden Sie sagen ...*" Als Antwortkategorien, die ebenfalls vorgelesen wurden, standen die vier Größenordnungen "ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel oder die Hälfte der Deutschen" zur Auswahl. In den Parallelbefragungen wurden entsprechend die Mengenbezeichnungen der Größenordnungen variiert: "jeder fünfte, jeder vierte, jeder dritte oder jeder zweite Deutsche" usw.

**Tabelle 7:** Der Einfluss numerischer Äquivalente auf das Antwortverhalten: Variation von Größenordnungen und Mengenbezeichnungen in einer einzigen Testfrage

Frage: *"Was glauben Sie, wie viele Deutsche haben schon einmal Steuern hinterzogen? Würden Sie sagen ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel oder die Hälfte der Deutschen?"*

In Parallelbefragungen hieß es: *"jeder fünfte, jeder vierte, jeder dritte oder jeder zweite Deutsche" / "20 Prozent, 25 Prozent, 33 Prozent oder 50 Prozent der Deutschen" / "einer von fünf, einer von vier, einer von drei oder einer von zwei Deutschen".*

| Größen-ordnung | Mengenbezeichnung | | | |
|---|---|---|---|---|
| | "linear" % | "geometrisch" % | "gruppiert" % | "prozentual" % |
| Teiler 5 | 15 | 10 | 16 | 10 |
| Teiler 4 | 18 | 20 | 17 | 17 |
| Teiler 3 | 27 | 20 | 37 | 28 |
| Teiler 2 | 40 | 50 | 30 | 45 |
| | 100 | 100 | 100 | 100 |
| n = | 143 | 157 | 157 | 158 |

"linear" = jeder fünfte, jeder vierte, jeder dritte, jeder zweite;
"geometrisch" = ein Fünftel, ein Viertel, ein Drittel, die Hälfte;
"gruppiert" = einer von fünf, einer von vier, einer von drei, einer von zwei;
"prozentual" = 20 Prozent, 25 Prozent, 33 Prozent, 50 Prozent.

IfP-MP SS 2001

Das Ergebnis ist eindeutig: die Vermutungen der Befragten über den Anteil der Deutschen, die schon einmal Steuern hinterzogen haben, fallen je nach den verwendeten Mengenbeschreibungen ganz verschieden aus. Insbesondere bei den Größenordnungen mit dem Teiler 2 (einer von zwei, die Hälfte, jeder zweite, 50 Prozent) und dem Teiler 3 (einer von drei, ein Drittel, jeder dritte, 33 Prozent) unterscheiden sich die Ergebnisse in den einzelnen

Versuchsgruppen um bis zu 20 bzw. 17 Prozentpunkte (Tabelle 7). Dies deutet darauf hin, dass der Einfluss unterschiedlicher Mengenangaben auf die Wahrnehmung und Bewertung quantifizierter oder zu quantifizierender Sachverhalte nicht auf bestimmte Problemstellungen beschränkt bleibt, sondern allgemeine Bedeutung besitzt.

## 4. Diskussion

Zahlen sind nicht kognitiv abstrakt, sondern besitzen je nach Darstellungsform verschiedene mentale Repräsentationen. Die mentalen Repräsentationen enthalten oder verzweigen auf semantische (arithmetische) und andere Informationen (z.B. Nachfolger von xy, Vorgänger von xy, gerade, ungerade usw.), mit denen kognitive Prozesse arbeiten (***Vorberg, Blankenberger*** 1993). Dies trifft offenbar auch auf numerische Äquivalente zu, deren mentale Repräsentationen vermutlich unterschiedliche Mengenmuster enthalten (vgl. Schaubild). Möglicherweise sind diese Mengenmuster der Grund dafür, dass verschiedene Mengenbezeichnungen – unabhängig von Fragemodell und -formulierung, Frageinhalt, statistischer Größenordnung und Problemstellung – zu verschiedenen Einschätzungen der mit den Mengenbezeichnungen verbundenen Sachverhalten führen. Über alle Testfragen hinweg differenzieren die Ergebnisse in den verschiedenen Versuchsgruppen zwischen 10 und 21 Prozentpunkten.

Allerdings erfolgen die Einschätzungen der Befragten nicht einheitlich in der Weise, dass eine bestimmte Äquivalentform immer auch eine bestimmte Position innerhalb der – auf den jeweiligen Fragetext bezogenen – Rangfolge der Mengenbezeichnungen einnimmt. Beispielsweise ist mit der "linearen" Mengenbezeichnung (jeder Zweite, jeder Dritte, jeder Vierte usw.) nicht durchgehend der Eindruck eines größeren quantitativen Umfangs verbunden als mit der "gruppierten" Mengenbezeichnung (einer von zwei, einer von drei, einer von vier usw.). Dies ist offenbar eine Funktion der mit den mentalen Repräsentationen der numerischen Äquivalente verknüpften Informationen, über deren spezifische Einflussnahmen hier keine Aussagen getroffen werden können. Dennoch scheinen nach den vorliegenden Ergebnissen die numerischen Äquivalente nicht gleichwertig zu sein. Aus der Häufigkeit der Antworten, die anzeigen, dass ein gegebener Anteil als groß bzw. bedrohlich empfunden wird[7], geht hervor, dass Mengenbezeichnungen, die im Vorstellungsraum als "lineare" und "geometrische" Mengenmuster abgerufen werden, die Quantität von Größenordnungen eher zu unterstreichen scheinen als Mengenbezeichnungen, die im Vorstellungsraum als "gruppierte" und "prozentuale" Mengenmuster abgerufen werden (Tabelle 8). Dies könnte bedeuten, dass sich mit bestimmten Mengenbezeichnungen Sachverhalte stärker oder schwächer konturieren lassen, was sich letztlich auch in der Bewertung dieser Sachverhalte niederschlägt.

7 Bezogen auf die Gesamtheit der logisch gleich aufgebauten Testfragen (Tabellen 2 bis 6).

**Tabelle 8:** Gibt es eine "Hierarchie" der Mengenbezeichnungen?
Häufigkeit der Antworten, die anzeigen, dass ein gegebener Anteil als groß bzw. bedrohlich empfunden wird (Tabellen 2 bis 6)

| | | Mengenbezeichnung | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | "linear" % | "geometrisch" % | "gruppiert" % | "prozentual" % |
| Es empfinden als bedrohlich, dass [...] der Arbeitnehmer sich schon mal krank meldet, ohne wirklich krank zu sein | | | | | |
| Teiler 2 | (Tabelle 4) | 53 | 58 | 37 | 40 |
| Teiler 3 | (Tabelle 2) | 56 | 54 | 50 | 45 |
| Teiler 3 | (Tabelle 3) | 52 | 63 | 60 | 53 |
| Es empfinden als viel, dass [...] der Deutschen zu wenig Selbstvertrauen besitzt | | | | | |
| Teiler 4 | (Tabelle 5) | 49 | 45 | 38 | 34 |
| Es empfinden als viel, dass [...] der Frauen in Deutschland raucht | | | | | |
| Teiler 5 | (Tabelle 6) | 55 | 50 | 48 | 55 |
| Gesamt | | 265 | 270 | 233 | 227 |
| Durchschnitt | | 53 | 54 | 47 | 45 |

Die Konsequenzen einer konturierenden Wirkung numerischer Äquivalente liegen auf der Hand. Ähnlich wie im Fall logischer Äquivalente könnte durch die – beabsichtigte oder unbeabsichtigte – Verwendung bestimmter Mengenbezeichnungen bei der Beschreibung statistischer Sachverhalte deren Bedeutung in den Augen der Adressaten herauf- oder heruntergespielt werden. Eine solche Verzerrung, die lediglich auf der Art der Mengenbeschreibung beruht, ist im Bereich der Umfrageforschung doppelt relevant. Sie betrifft einerseits die Befragten, die auf den Fragestimulus entsprechend der verwendeten Mengenbezeichnung reagieren, und sie betrifft andererseits die Adressaten der Berichterstattung der Umfrageergebnisse, die durch die Verwendung numerischer Äquivalente bei der Darstellung der Ergebnisverteilung bestimmte Vorstellungen über die angesprochenen Größenverhältnisse entwickeln. Während die Bedeutung logischer Äquivalente in der Umfrageforschung seit den Methodenexperimenten von ***Rugg*** (1941) bekannt ist, blieb dieser Einfluss der numerischen Äquivalente bis heute verborgen.

## 5. Zusammenfassung

Ausgangspunkt der Untersuchung bildet die in der Umfrageforschung bekannte Tatsache, dass logisch äquivalente Begriffsverwendungen in der Frageformulierung einen erheblichen Einfluss auf die Wahrnehmung und Bewertung identischer Sachverhalte ausüben können. Ergebnisverzerrungen, die von der Verwendung numerischer Äquivalente in der Frageformulierung ausgehen, wurde hingegen trotz der gleich gelagerten Problematik bisher keine Aufmerksamkeit geschenkt. Im Sinne des von ***Roper*** (1940) vorgeschlagenen Forschungsprogramms zur systematischen Identifizierung von Schlüsselbegriffen, die im Fragebogen die subjektive Wahrnehmung und Bewertung des Frageinhalts durch die Befragten beeinflussen, wurde dieser Problemstellung anhand verschiedener Mengenbezeichnungen nachgegangen.

Mit Hilfe der Methode der gegabelten Befragung wurden für die Größenordnungen mit den Teilern 2, 3, 4 und 5 die entsprechenden Mengenangaben vierfach variiert. Im Falle der Größenordnung mit dem Teiler 2 lauteteten die Mengenbezeichnungen "die Hälfte", "einer von zwei", "50 Prozent" sowie "jeder zweite", im Falle der Größenordnung mit dem Teiler 3 entsprechend "ein Drittel", "einer von drei", "33 Prozent" sowie "jeder dritte", usf. Ungeachtet der jeweiligen Größenordnung weichen die Ergebnisse je nach verwendeter Mengenbezeichnung deutlich voneinander ab. Die in mehreren Befragungen gefundenen Einzelergebnisse für die verschiedenen Größenordnungen wurden mit einer weiteren Testfrage überprüft, in die alle zuvor getrennt untersuchten Größenordnungen eingeschlossen waren. Der hochsignifikante Sammelbefund unterstreicht die anhand der Einzelbeobachtungen getroffenen Feststellungen. Unabhängig von der Größenordnung führt die Verwendung verschiedener Mengenbezeichnungen zu verschiedenen Einschätzungen der mit den Mengenangaben verbundenen Sachverhalte.

Die Einschätzungen erfolgen nicht einheitlich in dem Sinne, dass eine bestimmte Äquivalentform immer auch eine bestimmte Position innerhalb der – auf den jeweiligen Fragetext bezogenen – Rangfolge der Mengenbezeichnungen einnimmt. Über die getesteten Größenordnungen hinweg zeigt sich jedoch ein Übergewicht der "linearen" und "geometrischen" Mengenbezeichnungen auf den beiden vorderen Rangplätzen, wohingegen die "gruppierten" und "prozentualen" Mengenbezeichnungen überwiegend die beiden hinteren Rangplätze belegen. Vorbehaltlich weiterer Überprüfungen könnte dies darauf hindeuten, dass sich mit bestimmten Mengenbezeichnungen Sachverhalte stärker oder schwächer konturieren lassen, was sich über die unterschiedliche Wahrnehmung dieser Sachverhalte letztlich auch in ihrer Bewertung niederschlägt.

An einem der Medienberichterstattung entnommenen Beispiel lässt sich die Relevanz und zugleich die Problematik der Verwendung verschiedener Mengenbezeichnungen gut illustrieren. Bei der Darstellung der Situation der katholischen Kirche in Deutschland

(***FAZ*** vom 24.11.1998) bedient sich der Verfasser im Bemühen um sprachliche Abwechslung aller Varianten von Mengenbezeichnungen. In dem Bericht heißt es: "Der Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung in Deutschland beträgt nach der neuesten Statistik etwas mehr als ein Drittel (33,4 Prozent). In den alten Bundesländern ist zur Zeit noch etwa jeder vierte Mitglied der katholischen Kirche (40,7 Prozent) [sic!], in den neuen Ländern einschließlich Berlins einer von siebzehn (6,2 Prozent)." Die offenkundigen Schwierigkeiten bei der Verwendung der numerischen Äquivalente müssen nicht betont werden. Auch soll an dieser Stelle nicht darüber spekuliert werden, ob die "geometrische" (ein Drittel) und die "lineare" (jeder vierte) Mengenbezeichnung die tatsächliche Größenordnung stärker erscheinen lassen, während die "gruppierte" Mengenbezeichnung (einer von siebzehn) sie eher schwächer erscheinen lässt, zumal die Prozentwerte in Klammern stehen.

Das Beispiel wirft indessen eine Frage auf, die der weiteren Überprüfung bedarf. Treten die für die Größenordnungen mit den Teilern 2 bis 5 aufgezeigten Effekte auch bei anderen Größenordnungen auf, oder bleiben sie auf kleinere Teiler beschränkt? Sowohl die Einzelfragen zu den getesteten Größenordnungen als auch die Sammelfrage mit allen vier eingeschlossenen Größenordnungen deuten darauf hin, dass die Unterschiede zwischen den Mengenbezeichnungen bei kleineren Teilern größer ausfallen als bei größeren Teilern. Gibt es mithin eine "Grenze", ab der sich der Einfluss numerischer Äquivalente auf die Wahrnehmung und Bewertung identischer Sachverhalte nicht mehr oder aber anders auswirkt? Die "gruppierte" Mengenbezeichnung "einer von siebzehn" ist sicherlich nicht gerade anschaulich.

Die vorgestellten Ergebnisse entstammen der "Suchphase" in der Umfrageforschung, in der das Entdeckungspotential der Methode systematisch genutzt und Fährten aufgedeckt werden (***Noelle-Neumann, Petersen*** 1996). Der Einfluss numerischer Äquivalente auf die Wahrnehmung und Bewertung identischer Sachverhalte ist sicherlich eine solche Fährte. Sie weist den Weg zu einem ganzen Forschungsprogramm, da die hiermit verknüpften Fragestellungen zu zahlreich sind, um in einem einzigen Wurf beantwortet zu werden.

**Literatur**

***Besner, D., M. Coltheart*** 1979: Ideographic and alphabetic processing in skilled reading of English. In: Neuropsychologia 1 , S. 467-472.

***Bradburn, Norman M., Seymour Sudman*** 1989: Polls and Surveys. Understanding What They Tell Us. San Francisco, London.

***Campbell, J.I.D., J.M. Clark*** 1988: An encoding-complex view of cognitive number processing: Comment on McCloskey, Sokol, and Goodman. In: Journal of Experimental Psychology: General 117, S. 204-214.

***Campbell, J.I.D., J.M. Clark*** 1992: Cognitive number processing: An encoding complex perspective. In: ***J.I.D. Campbell*** (Hrsg.): The nature and origin of mathematical skills. Amsterdam, S. 457-492.

***Clark, J.M., J.I.D. Campbell*** 1991: Integrated versus modular theories of number skills and acalculia. In: Brain and Cognition 17, S. 204-239.

***Clark, H.H., M.F. Schober*** 1992: Asking questions and influencing answers. In: ***J.M. Tanur*** (Hrsg.): Questions about questions. Inquiries into the cognitive bases of surveys. New York, S. 15-48.

***Dehaene, Stanislas*** 1999: Der Zahlensinn oder Warum wir rechnen können. Basel, Boston, Berlin.

***Dehaene, S., L. Cohen*** 1991: Two mental calculation systems: A case study of severe acalculia with preserved approximation. In: Neuropsychologia 29, S. 1045-1074.

***Frankfurter Allgemeine Zeitung*** (Nr. 273, 24.11.1998, S.6): [D.D.] Weniger Austritte, mehr Rückkehrer. Die katholische Kirche stellt einen neuen Trend fest.

***Friedrichs, Jürgen*** 1973: Methoden empirischer Sozialforschung. Reinbek bei Hamburg.

***Gonzales, E.G., P.A. Kolers*** 1982: Mental manipulation of arithmetic symbols.
In: Journal of Experimental Psychology: Learning, Memory, and Cognition 8, S. 308- 319.

***Gonzales, E.G., P.A. Kolers*** 1987: Notational constraints on mental operations. In: ***G. Deloche, X. Seron*** (Hrsg.): Mathematical disabilities: A cognitive neuropsychological perspective. Hillsdale, S. 27-42.

***Hinrichs, J.V., D.S. Yurko, Jing-Mei Hu*** 1981: Two-digit number comparison: Use of place information.
In: Journal of Experimental Psychology: Human Perception and Performance 7, S. 890-901.

***Hinrichs, J.V., J.L. Berie, M.K. Mosell*** 1982: Place information in multidigit number comparison.
In: Memory and Cognition 10, S. 487-495.

***Hörmann, Hans*** 1983: The Calculating Listener, or How Many are *einige*, *mehrere* and *ein paar* (Some, Several, and a Few)? In: ***Rainer Bäuerle, Christoph Schwarze, Arnim von Stechow*** (Hrsg.): Meaning, Use, and Interpretation of Language. Berlin, New York, S. 221- 234.

***Kahnemann, Daniel, Amos Tversky*** 1984: Choices, Values, and Frames. In: American Psychologist 39, S. 341-350.

***Lienert, G.A., U. Raatz*** 1994: Testaufbau und Testanalyse. Weinheim.

***Noelle-Neumann, Elisabeth, Thomas Petersen*** 1996: Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie. München.

***Payne, Stanley L.*** 1965: The Art of Asking Questions. Princeton, New Jersey.

***Reuband, Karl-Heinz*** 2001: "Erlauben" vs. "nicht erlauben" oder "verbieten"? Wie sich unterschiedliche Frage-Alternativen auf das Antwortverhalten auswirken. In: ZA-Information 48, S. 42-55.

***Roper, Elmo*** 1940: Wording Questions for the Polls. In: Public Opinion Quarterly 4, S. 129-130.

***Rugg, D.*** 1941: Experiments in wording questions: II. In: Public Opinion Quarterly 5, S. 91-92.

***Schumann, H., S. Presser*** 1981: Questions and answers in attitude surveys. Experiments in question form, wording and context. New York.

***Sudman, Seymour, Norman M. Bradburn*** 1982: Asking Questions. A Practical Guide to Questionnaire Design. San Francisco, Washington, London.

***Tennstädt, Friedrich, Jochen Hansen*** 1982: Validating the recency and through-the-book techniques. In: ***Harry Henry*** (Hrsg.): Readership Research: Theory and Practice. Proceedings of the first International Symposium, New Orleans, London, S. 106-121.

***Vorberg, Dirk, Sven Blankenberger*** 1993: Mentale Repräsentationen von Zahlen. In: Sprache und Kognition 12, S. 98-114.

# Das Doppelgesicht der Nichterwerbstätigkeit. Opportunitätsbilanz und Situationsdefinition als Determinanten der Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit in einer Kohorte ehemaliger Gymnasiasten zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr

**von Heiner Meulemann und Jörg Otto Hellwig** [1]


## *Zusammenfassung*

*Dass unterschiedliche Definitionen der gleichen Situation zu unterschiedlichen Konsequenzen führen, wird an der Frage untersucht, ob die Tatsache und die Definition der Nichterwerbstätigkeit die Zufriedenheit mit ihr bei Kontrolle der Opportunität und des Geschlechts beeinflussen. Nach der* Opportunitätsbilanzhypothese *sollten Opportunitätsverluste die Zufriedenheit senken und Opportunitätsgewinne steigern; nach der* Situationsdefinitionshypothese *sollten positive Definitionen die Zufriedenheit steigern und negative senken. Nach der* Programmhypothese der Geschlechtstypik *sollte die Zufriedenheit der Frauen größer sein als die der Männer, was nach der* Regimehypothese der Geschlechtstypik *nur für Frauen mit Kindern oder mit der Situationsdefinition Familienarbeit gelten sollte.*

*Diese Hypothesen werden in einer Kohorte ehemaliger Gymnasiasten im 30. und im 43. Lebensjahr auf zwei Weisen überprüft: die Zufriedenheit mit dem beruflichen Leben überhaupt wird zwischen Erwerbs- und Nichterwerbstätigen in der ganzen Kohorte verglichen; und die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit wird zwischen Personen mit unterschiedlichem früheren beruflichen und gegenwärtigen Familienstatus und mit einer positiven oder negativen Situationsdefinition verglichen. Die Opportunitätsbilanzhypothese und die Programmhypothese der Geschlechtstypik werden nicht, aber die Situationsdefinitionshypothese und die Regimehypothese der Geschlechtstypik werden bestätigt. In multiva-*


1 Dr. ***Heiner Meulemann*** ist Professor am Institut für angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln; Dr. ***Jörg Otto Hellwig*** ist Mitarbeiter bei Speedfacts in Frankfurt.

*riaten Regressionen hat die Definition der Situation stärkere Effekte als die Opportunitätsbilanz. Unterschiedliche Situationsdefinitionen führen also zu unterschiedlichen Konsequenzen. Zudem werden die Wirkungen der Situation durch den Lebenslauf modifiziert.*

## *Abstract*

*That different definitions of the same situation lead to different consequences is examined specifically with regard to the question of whether alternative definitions of non-employment affect an individual's satisfaction with it when controls for opportunities and gender are applied. According to the* opportunity balance hypothesis*, losses of opportunities should lower satisfaction, while gains heighten it; according to the* definition of the situation hypothesis*, positive definitions should increase satisfaction while negative definitions have the adverse effect. According to the* program hypothesis of gender specific life planning*, the satisfaction of women should be higher than the satisfaction of men, which, according to the alternative* regime hypothesis of gender specific life planning, *should apply only to women with children or women who define their biographical situation as work for the family.*

*These hypotheses are examined in a cohort of German former high school students at age 30 and 43 in two ways: the satisfaction with occupational life in general is compared between employed and non-employed persons in the total group, and the satisfaction with non-employment is compared between persons with different former occupational and current family status and with a positive or negative definition of the situation. The opportunity balance hypothesis and the program hypothesis of gender specific life planning fail to be supported; yet the definition of the situation hypothesis and the regime hypothesis of gender specific life planning are confirmed. In multivariate regressions, the definition of the situation has stronger effects than the opportunity balance. Different definitions of the same situation, therefore, do lead to different consequences. Furthermore, the effect of the definition of the situation is modified by the stage of life history.*

### 1. Situationsdefinitionen der Nichterwerbstätigkeit und ihre Folgen

„Wenn Menschen Situationen als real definieren, sind sie real in ihren Konsequenzen" (***Thomas*** 1965: 114, ***Esser*** 1999: 59-71, 161-175, ***Hitzler*** 1999). Die Reichweite dieses sog. ***Thomas***-Theorems wird oft auf idiosynkratische oder fiktive Definitionen eingeschränkt; aber sie bezieht sich zunächst auf das soziale Angebot von Alternativen. So gesehen, impliziert es, dass unterschiedliche Definitionen der gleichen Situation zu unterschiedlichen Konsequenzen führen. Im folgenden soll diese Implikation am Beispiel der Nichterwerbstätigkeit untersucht werden.

### 1.1 Untersuchungsfrage

Situationen variieren nach der Notwendigkeit, mit der „definiert“ werden muß. Wenn, gemessen an einer Vorstellung von Normalität, etwas fehlt, ist eine Definition dringlicher gefordert, als wenn alles stimmt. Wer der Normalität entspricht, muß seine Situation nicht eigens definieren. Wenn aber etwas fehlt, muß die Situation definiert, also das Fehlen kategorisiert und bewertet werden. Besonders deutlich regieren Normalitätsvorstellungen den Lebenslauf; sie koordinieren Linien und Phasen des Lebens. Männer wie Frauen planen heute ihr ganzes Leben mit Blick auf Beruf und Familie (***Geissler***/ ***Oechsle*** 1996; ***Keiser*** 1997). Die Erwerbstätigkeit wird erwartet und muß nicht verarbeitet werden; die Nichterwerbstätigkeit aber ist durch ein Fehlen charakterisiert, das kategorisiert und bewertet werden muß.

Als bloße Negation verlangt die Nichterwerbstätigkeit zuerst nach einem Namen, nach einer Kategorisierung. Nur der reiche Erbe kann sich eine Nichterwerbstätigkeit „leisten“; und selbst er sucht sich oft eine andere, mäzenatische oder ehrenamtliche Tätigkeit. Die meisten müssen und wollen allerdings im Beruf arbeiten. Wer nicht arbeiten kann, muß sich als arbeitslos definieren – womit das Fehlen negativ kategorisiert ist. Oder er muß den Bezugspunkt der Definition vom Beruf auf Ausbildung oder Freizeit verlagern und sich als Student oder Aussteiger definieren, wenn er im Rahmen des beruflichen Lebens bleiben will; oder sogar den Rahmen vom beruflichen zum Familienleben wechseln und sich als Hausfrau oder Hausmann definieren – womit das Fehlen positiv kategorisiert ist.

Jenseits der positiven oder negativen Kategorisierung aber kann die Situation positiv als Verzicht oder negativ als Mangel bewertet werden. Ein Verzicht wird freiwillig geleistet, ein Mangel unfreiwillig akzeptiert. Und in beiden Fällen kann die Entscheidung zwischen Erwerbstätigkeit und Nichterwerbstätigkeit durch die Bewertung der beiden konkurrierenden Lebensbereiche Beruf und Familie motiviert sein. Man bewertet die Nichtberufstätigkeit entweder mit Blick auf die Familie positiv als Verzicht oder mit Blick auf den Beruf negativ als Mangel. Wer nicht erwerbstätig ist, kann sich als im Beruf gescheitert sehen oder Erfüllung im Familienleben suchen.

Die Kategorisierung als Arbeitslosigkeit oder Familienarbeit und die Bewertung als Mangel oder Verzicht bilden also ein standardisiertes Repertoire für die Definition der Situation Nichterwerbstätigkeit. Sie bilden die *unabhängige Variable,* also die gewählte Definition der Situation. Zugleich wird hier eine biographische Situation betrachtet. Ein solche Situation bezieht sich auf das eigene Leben und sollte selbstbezügliche Konsequenzen haben. Sie sollte Einschätzungen der Person über sich selber, ihr Glück oder Wohlbefinden, beeinflussen. Als *abhängige Variable* der biographischen Situationsdefinition der Nichterwerbstätigkeit wird deshalb die Zufriedenheit mit ihr untersucht.

### 1.2 Konzepte und Hypothesen

Die *Situation* der Nichterwerbstätigkeit schränkt Chancen im Beruf ein und bietet Chancen in der Familie; sie ist also objektiv durch eine *Opportunitätsbilanz* bestimmt, die sich aus der Differenz zwischen dem Opportunitätsverlust des Erwerbsverzichts und dem Opportunitätsgewinn des Familienlebens ergibt. Weil erwachsene Nichterwerbstätige viel in den Beruf, d.h. in die allgemeine und berufliche Ausbildung und meist auch in frühere berufliche Arbeit, investiert haben, fällt die Opportunitätsbilanz objektiv negativ aus; die Nichterwerbstätigkeit ist insofern eine Deprivation, als Erträge aus Investitionen in Ausbildung und Arbeit – Einkommen, Achtung anderer oder Selbstverwirklichung – nicht realisiert werden. Daraus ergibt sich erstens *die Opportunitätsbilanzhypothese*: Eine positive Bilanz zwischen Verlust und Gewinn an Opportunitäten steigert, eine negative senkt die Zufriedenheit mit dem Beruf. Erwerbstätige sollten mit dem beruflichen Leben zufriedener sein als Nichterwerbstätige; und Nichterwerbstätige sollten mit ihrer Situation um so zufriedener sein, je weniger sie in die berufliche Laufbahn investiert und durch den Erwerbsverzicht verloren haben. Aber die Opportunitätsbilanz legt nur die Situation fest, die nach einer Definition verlangt. Aus dem ***Thomas***-Theorem ergibt sich zweitens *die Situationsdefinitionshypothese*: Eine positive Situationsdefinition – die Kategorie der Familienarbeit und die Bewertung als Verzicht - steigert, eine negative - die Kategorie der Arbeitslosigkeit und die Bewertung als Mangel - senkt die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit.

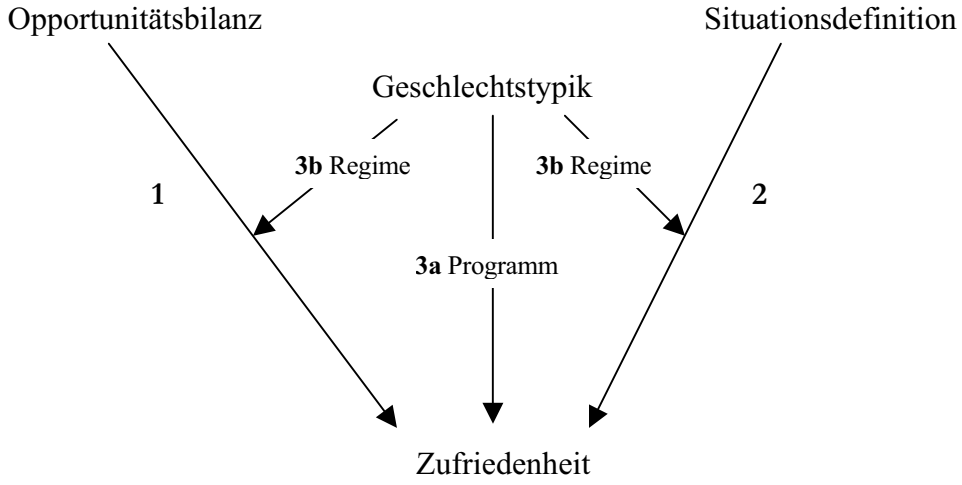
Der Einfluß der Situation wie der Situationsdefinition variiert jedoch mit der *Geschlechtstypik der Lebenspläne*. Weil das berufliche Leben von Frauen hoch gewichtet werden kann, von Männern jedoch hoch gewichtet werden muss (***Bauer*** 2000: 21-36; ***Falk*** 1999: 37-39; ***Hakim*** 2000: 157-168, 254-258), können Frauen die Nichterwerbstätigkeit leichter in ihren Lebensplan einfügen. Daraus ergibt sich die erste Form einer dritten Hypothese, *die Programm-Hypothese der Geschlechtstypik*: Die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit sollte größer sein, wenn sie dem geschlechtstypischen Programm der Lebenspläne entspricht, also bei Frauen größer als bei Männern.

Der Einfluß des *Programms* kann aber durch den Einfluß des *Regimes* der Geschlechtstypik ergänzt oder ersetzt werden, d.h. durch die geschlechtsspezifische Wirkung von Drittvariablen, die mit dem Geschlecht variieren (***Meulemann*** 1995: 456-465). Nichterwerbstätige Frauen können, anders als nichterwerbstätige Männer, aus der Elternschaft einen Opportunitätsgewinn ziehen. Frauen können den Verzicht auf die Erwerbstätigkeit mit ihrem komparativen Kostenvorteil bei der Kindererziehung rechtfertigen. Unter den Nichterwerbstätigen sollte daher die Elternschaft auf die Zufriedenheit bei den Frauen einen positiven Einfluß haben, bei den Männern aber keinen oder sogar einen negativen; das sollte sowohl für die Tatsache der Elternschaft gelten wie für die Situationsdefinition der Nichterwerbstätigkeit als Familienarbeit, d.h. durch die Elternschaft motiviert. Daraus ergibt sich die zweite Form einer dritten Hypothese, *die Regime-Hypothese der Geschlechtstypik:*

Der Einfluß des Geschlechts auf die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit sollte verschwinden, wenn die Elternschaft – als Situation wie als Situationsdefinition - kontrolliert ist: Frauen mit Kindern sollten mit der Nichterwerbstätigkeit zufriedener sein als Frauen ohne Kinder und als Männer; Frauen mit der Situationsdefinition Familienarbeit sollten mit der Nichterwerbstätigkeit zufriedener sein als Frauen mit einer Situationsdefinition Arbeitslosigkeit und als Männer.

Die Opportunitätsbilanz und die Situationsdefinition bestimmen also – entweder ergänzt oder modifiziert durch die Geschlechtstypik der Lebenspläne - die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit. Eine positive Opportunitätsbilanz, eine positive Situationsdefinition und die Übereinstimmung mit dem Programm der Geschlechtstypik steigern die Zufriedenheit. Aber die Elternschaft übt - als die Opportunitätsbilanz bestimmende Tatsache wie als Situationsdefinition Familienarbeit – ihren Einfluss in Abhängigkeit von der Geschlechtstypik der Lebenspläne aus: Sie steigert die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit *nur* bei den Frauen. Diese drei Hypothesen sind in der folgenden Abbildung 1 zusammengefasst. Sie können an zwei unterschiedlichen Zufriedenheitsmaßen in zwei unterschiedlichen Gruppen untersucht werden

**Abbildung 1:** Einflüsse auf die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit: Drei Hypothesen




### 1.3 Analysestrategie, Zielvariable und Stichprobe

Erstens kann man die *Zufriedenheit mit dem beruflichen Leben überhaupt,* die jeden Lebenslauf unabhängig von Umfang und Aktualität der Erwerbstätigkeit resümiert, zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen in der gesamten Gruppe vergleichen. Hier bedeuten Erwerbstätigkeit eine positive und Nichterwerbstätigkeit eine negative Opportunitätsbi-

lanz, und innerhalb der Nichterwerbstätigen kann zwischen Personen mit positiver oder negativer Situationsdefinition unterschieden werden. Durch den Vergleich dieser beiden Gruppen mit den Erwerbstätigen kann die Frage beantwortet werden, ob eine positive Definition den Opportunitätsverlust der Nichterwerbstätigkeit ausgleichen kann.

Innerhalb der Nichterwerbstätigen kann zweitens die *Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit* zwischen Gruppen verglichen werden, deren Opportunitätsbilanz positiv oder negativ ausfällt und die ihre Situation positiv oder negativ definieren. Hier bilden ein hoher oder niedriger früherer beruflicher Status und die Elternschaft oder Kinderlosigkeit die Opportunitätsbilanz; und die negative oder positive Kategorisierung der Nichterwerbstätigkeit aus der Sicht des Berufs- oder Familienlebens, also als Arbeitslosigkeit oder Familienarbeit, bilden die Situationsdefinition.

Untersuchungsgruppe ist eine Kohorte ehemaliger Gymnasiasten, die zwischen dem 16. und 43. Lebensjahr insgesamt dreimal befragt wurden: Zum ersten Mal wurden 1969 im Alter von rund 16 Jahren 3240 Gymnasiasten des 10. Schuljahres in Nordrhein-Westfalen über ihre soziale Herkunft und über ihre schulischen Pläne befragt. Zum zweiten Mal wurden 1985 im Alter von rund 30 Jahren 1989 von ihnen über ihren zwischenzeitlichen beruflichen und familiären Werdegang und über ihre Einstellungen zu Lebenslauf, Politik und Religion in persönlichen Interviews befragt. Zum dritten Mal wurden 1997 im Alter von rund 43 Jahren 1596 von ihnen über weitgehend die gleichen Themen telefonisch befragt. Im 30. und 43. Lebensjahr wurden die Gymnasiasten nach ihrem bisherigen beruflichen und privaten Lebenslauf, nach der Zufriedenheit mit dem Lebenslauf und, falls nicht erwerbstätig, nach der Situationsdefinition der Nichterwerbstätigkeit befragt. Alle Variablen der Untersuchung wurden also zweimal, im 30. und im 43. Lebensjahr erhoben. Die Hypothesen werden also in zwei Lebensphasen überprüft, so daß Veränderungen ihrer Einflüsse im Lebenslauf erkundet werden können.[2]

Im folgenden wird zunächst kurz die Zufriedenheit mit dem beruflichen Leben überhaupt in Abhängigkeit von der Erwerbstätigkeit und der positiven oder negativen Definition der Nichterwerbstätigkeit in der gesamten Kohorte untersucht (Abschnitt 2). Dann wird etwas ausführlicher die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit in Abhängigkeit von Oppor-

---

2 Die Primärbefragung (ZA-Studien-Nr. 600) wurde vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert und an dem von ***René König*** geleiteten Forschungsinstitut für Soziologie der Universität zu Köln durchgeführt. Leiter dieses Projektes waren ***Hans-Joachim Hummell***, ***Michael Klein***, ***Maria Wieken-Mayser*** und ***Rolf Ziegler***. Die erste Wiederbefragung (ZA-Studien-Nr. 1441) wurde am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung unter der Leitung von ***Heiner Meulemann***, ***Hans-Joachim Hummell***, ***Maria Wieken-Mayser*** und ***Rolf Ziegler*** durchgeführt. Projektmitarbeiter war ***Wilhelm Wiese***. Mit der Feldarbeit des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanzierten Projektes war das GETAS-Institut in Bremen betraut. Die zweite Wiederbefragung wurde telefonisch in der Zeit von Dezember 1996 bis Juni 1997 im CATI-Labor des Instituts für angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln durchgeführt und von der DFG finanziert (***Birkelbach*** et al. 2000: Band 1; ***Meulemann*** / ***Birkelbach*** / ***Hellwig*** 2001: 28-31). Wir danken den Datengebern, den Instituten und der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Unterstützung.

tunitätsgewinnen und -verlusten im Berufs- und Familienleben und von positiven oder negativen Situationsdefinitionen untersucht (Abschnitt 3).

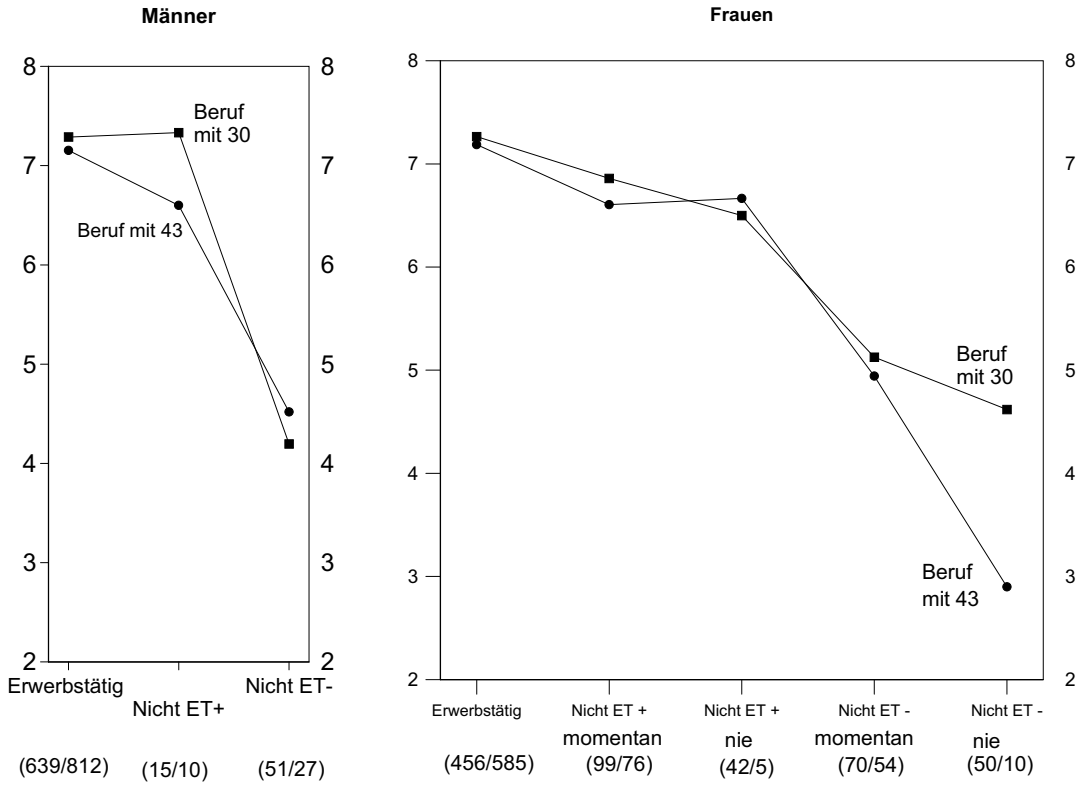
## 2 Ergebnisse: Zufriedenheit mit dem beruflichen Leben überhaupt

Die Zufriedenheit mit dem beruflichen Leben überhaupt wurde durch die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer beruflichen Entwicklung und Ihrem beruflichen Leben?“ auf einer Skala von 0 bis 10 (sehr zufrieden) gemessen. Die Opportunitätsbilanz – also Erwerbstätigkeit oder Nichterwerbstätigkeit – wurde in einem Lebenslaufinventar mit Bezug auf das 30. und 43. Lebensjahr erfasst. Die Definition der Nichterwerbstätigkeit wurde durch eine Frage erhoben, ob man es bedauert, nicht erwerbstätig zu sein – mit der Vorgabe „überhaupt nicht“, die als positive Situationsdefinition klassifiziert wurde, und den Vorgaben „etwas“ und „sehr“, die als negative Situationsdefinition klassifiziert wurden. Da die Einflüsse der Erwerbstätigkeit und der positiven oder negativen Definition der Nichterwerbstätigkeit durch das Geschlecht modifiziert werden können, müssen sie bei Kontrolle des Geschlechts überprüft werden.

### *Kontrolle des Geschlechts*

Für Männer und Frauen getrennt, sind die Mittelwerte der Zufriedenheit mit dem beruflichen Leben überhaupt in diesen drei Gruppen, also für Erwerbstätige, Nichterwerbstätige mit positiver (angezeigt durch „+“) und Nichterwerbstätige mit negativer Situationsdefinition (angezeigt durch „-“), in Abbildung 2 dargestellt. Da bei den Frauen die Tatsache, nie erwerbstätig gewesen zu sein, die Zufriedenheit noch stärker senkt als die Tatsache, nur gegenwärtig nicht erwerbstätig zu sein, sind diese Gruppen bei den Frauen getrennt ausgewiesen.

**Abbildung 2:** Zufriedenheit mit dem beruflichen Leben für erwerbstätige und nichterwerbstätige Männer und Frauen, die ihre Nichterwerbstätigkeit bedauern oder nicht bedauern: Mittelwerte (Stichprobengröße in Klammern)




Sofort springt ins Auge, dass die Mittelwerte zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr übereinstimmen; es gibt keine biographische Entwicklung. Aber es gibt auch keinen Geschlechtseffekt. Weder sind die Frauen mit der Nichterwerbstätigkeit zufriedener als die Männer, noch ist der Effekt der negativen Situationsdefinition bei Frauen schwächer als bei Männern. Es gibt weder ein Programm noch ein Regime geschlechtstypischer Lebenspläne.[3]

3 Man kann den Verdacht hegen, dass eine tatsächlich höhere Zufriedenheit der Männer mit dem beruflichen Leben durch die fehlende Kontrolle von Drittvariablen unterdrückt worden ist. Aber um eine solche positive Korrelation zwischen „Mann“ und Zufriedenheit hervorzurufen, muss eine Kontrollvariable entgegengesetzte Vorzeichen in den bivariaten Korrelationen mit den beiden Ausgangsvariablen „Mann“ und Zufriedenheit aufweisen. Aber viele der denkbaren Kontrollvariablen – insbesondere die Freistellung von Familienarbeit und der Berufserfolg – korrelieren sowohl mit „Mann“ wie mit der Zufriedenheit positiv. Entsprechend ergibt sich kein Geschlechtsunterschied in der beruflichen Lebenszufriedenheit überhaupt, wenn die berufliche Karriere kontrolliert ist (***Meulemann*** 2000). Weiterhin hängt die berufliche Lebenszufriedenheit von Männern wie von Frauen nicht vom Partnerschaftsstatus oder von der Elternschaft ab (***Klug*** / ***Moioli*** 2000: 455). Es gibt keinen Geschlechtseffekt auf die berufliche Lebenszufriedenheit, selbst wenn der berufliche und der private Lebenslauf kontrolliert ist.

In allen Gruppen sind also die Erwerbstätigen und die Nichterwerbstätigen mit positiver Situationsdefinition mit dem beruflichen Leben gleich zufrieden und die Nichterwerbstätigen mit negativer Situationsdefinition deutlich weniger zufrieden. Die positive Situationsdefinition gleicht also die negative Opportunitätsbilanz aus; sie holt die Nichterwerbstätigkeit gleichsam in den Horizont der Normalität zurück. Die Opportunitätsbilanzhypothese wird also widerlegt und die Situationsdefinitionshypothese bestätigt. Die Situationsdefinition kompensiert die Unterschiede der Opportunität. Aber der starke negative Effekt der negativen Situationsdefinition auf die berufliche Lebenszufriedenheit kann sich daraus ergeben haben, dass neben dem Geschlecht weitere Einflüsse nicht kontrolliert wurden, insbesondere die Interpretation der beruflichen Lebensgeschichte.

***Kontrolle des Geschlechts und der Interpretation der beruflichen Lebensgeschichte***

Die ehemaligen Gymnasiasten wurden gefragt, ob sie ihre berufliche Lebensgeschichte positiv als Aufwärts- oder negativ als Abwärtsmobilität interpretieren und zwei entsprechende Variablen gebildet.[4] In der Tat nun korreliert die negative Interpretation der beruflichen Lebensgeschichte mit der negativen Situationsdefinition der Nichterwerbstätigkeit und mit einer geringen beruflichen Lebenszufriedenheit, so dass sie den negativen Zusammenhang der beiden letzten Variablen hervorgerufen haben und ihre Kontrolle ihn verringern kann. Dasselbe gilt mit umgekehrten Vorzeichen für die positive Interpretation der beruflichen Lebensgeschichte. Weiterhin zeigen noch zwei Variablen der positiven Interpretation der beruflichen Lebensgeschichte das Muster bivariater Korrelationen mit der Situationsdefinition und der beruflichen Lebenszufriedenheit, das die Beziehung zwischen den beiden letzten Variablen dem Verdacht einer Scheinkorrelation aussetzt: Die Einschätzung von „Beruf und Arbeit“ als wichtig auf einer 7-Punkte-Skala, und die berufliche Lebenszufriedenheit im 30. Lebensjahr, die in der gleichen Weise wie im 43. Lebensjahr erfragt wurde. Die Regression der Zufriedenheit mit dem beruflichen Leben überhaupt auf Geschlecht, die positive und negative Interpretation der Nichterwerbstätigkeit und die Interpretation der beruflichen Lebensgeschichte ist in Tabelle 3 dargestellt.

4 Die Formulierung lautete: „Wenn Sie Ihr bisheriges Berufsleben überblicken (für nie Erwerbstätige: auf Ihre bisherige Ausbildung zurückblicken) und mit den Vorstellungen vergleichen, die Sie zu Beginn Ihres Berufslebens (Ihrer Ausbildung) hatten, würden Sie sagen: Sie haben mehr erreicht, als Sie sich vorgestellt haben. Sie haben so viel erreicht, wie Sie sich vorgestellt haben. Sie haben weniger erreicht, als Sie sich vorgestellt haben?“

**Tabelle 3:** Regression der Zufriedenheit mit dem beruflichen Leben auf die Erwerbstätigkeit im 30. und 43. Lebensjahr: Mit und ohne Aufgliederung der Nichterwerbstätigkeit (Modelle 1 und 2) sowie mit Kontrolle der Interpretation der beruflichen Lebensgeschichte (Modelle 3a und b mit unstandardisierten bzw. standardisierten Parametern)

| | | *30. Lebensjahr* | | | | *43. Lebensjahr* | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | *Prog* | *(1)* | *(2)* | *(3a)* | *(3b)* | *(1)* | *(2)* | *(3a)* | *(3b)* |
| *Interzept* | | *6.95* | *6.98* | *5.12* | | *7.13* | *7.16* | *5.13* | |
| *Frau* | *?* | *.22* | *.16* | *.14* | *.03* | *.08* | *.03* | *.00* | *.01* |
| *Nichterwerbstätig* | *-* | *-1.56**** | | | | *-1.59**** | | | |
| *Nichterw.: positiv* | *0* | | *-.37* | *.24* | *.03* | | *-.58*** | *-.24* | *-.03* |
| *Nichterw.: negativ* | *-* | | *-2.69**** | *-2.40**** | *-.29* | | *-2.59**** | *-1.74**** | *-.21* |
| *Subjektiver Aufstieg* | *+* | | | *.76**** | *.12* | | | *.60**** | *.14* |
| *Wichtigkeit: Beruf* | *+* | | | *.37**** | *.19* | | | *.37**** | *.22* |
| *Berufszufr. mit 30* | *+* | | | | | | | *.14**** | *.17* |
| *Subjektiver Abstieg* | *-* | | | *-1.92**** | *-.32* | | | *-1.65**** | *-.34* |
| *R-Quadrat* | | *.055* | *.096* | *.26* | | *.069* | *.100* | *.373* | |
| *F* | | *46**** | *55**** | *88**** | | *58**** | *59**** | *132**** | |
| *N* | | *1581* | *1581* | *1503* | | *1590* | *1590* | *1573* | |

** p < .05 ** p < .01 *** p < .001*

Wie alle Modelle zeigen, hat das Geschlecht keinen Effekt. Wie der Vergleich des ersten mit dem zweiten Modell zeigt, verschwindet der Effekt der Nichterwerbstätigkeit scheinbar, wenn die Definition der Situation Nichterwerbstätigkeit kontrolliert ist. Wie das dritte Modell zeigt, bleibt der negative Effekt der negativen Situationsdefinition stark, selbst wenn die Interpretation der beruflichen Lebensgeschichte kontrolliert ist. Kurz, die Regressionsanalyse bestätigt die Widerlegung der Geschlechtstypik- und der Opportunitätsbilanzhypothese und die Bestätigung der Situationsdefinitionshypothese.

## 3 Ergebnisse: Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit

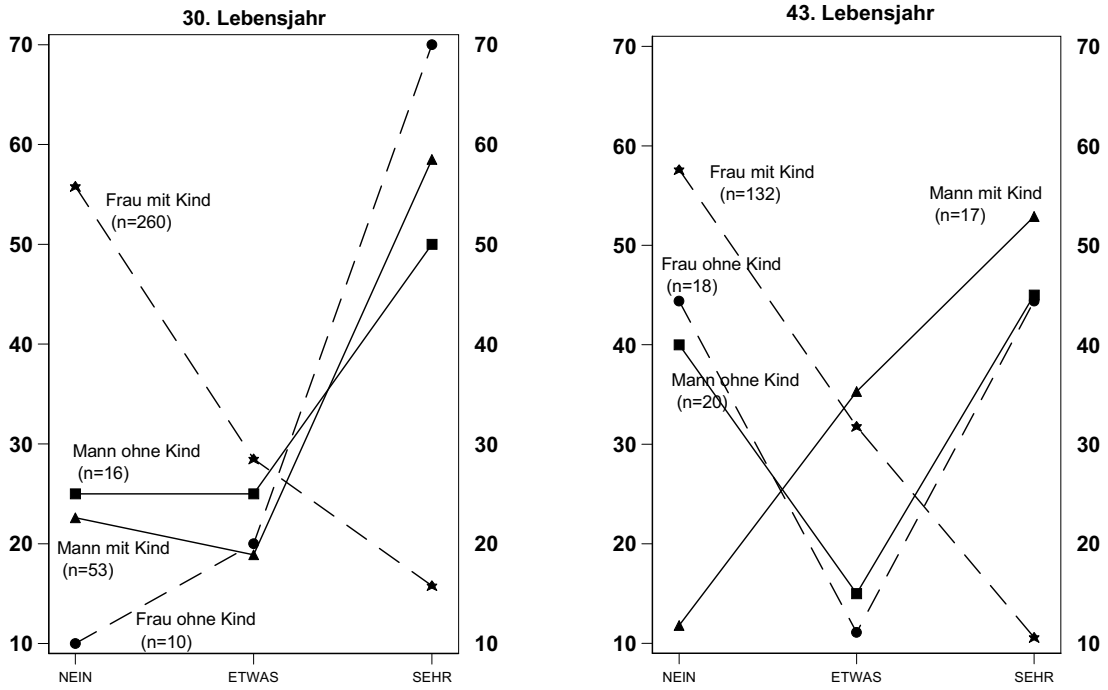
Die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit wurde durch die gleiche Frage erfasst, mit der die Situationsdefinition der Nichterwerbstätigkeit in der ganzen Kohorte erhoben wurde: Wird die Nichterwerbstätigkeit nicht, etwas oder sehr bedauert? Da die konkurrierenden Einflüsse, der Opportunitätsgewinn durch die Familie und die Definition der Situation als Familienarbeit, nur für Frauen vorausgesagt werden, müssen diese beiden mit dem geschlechtsspezifischen Regime verbundenen Interaktionseffekte zuerst einzeln überprüft

werden (Abschnitt 3.1 und 3.2), bevor die relative Stärke der Opportunitätsbilanz und der Situationsdefinitionshypothese eingeschätzt werden kann ( Abschnitt 3.3).

### 3.1 Opportunitätsbilanz: Elternschaft

Die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit bei Männern und Frauen in Abhängigkeit von der Elternschaft ist in Abbildung 4 dargestellt; ein hoher Wert des Nichtbedauerns („Nein“) indiziert eine hohe Zufriedenheit. Wie zunächst die Häufigkeiten zeigen, sind unter den Nichterwerbstätigen im 30. wie im 43. Lebensjahr weit mehr Frauen mit Kind als Männer mit Kind und etwa gleich viel Frauen und Männer ohne Kind; schon die Tatsache der Nichterwerbstätigkeit ist also durch die Geschlechtstypik der Lebenspläne bestimmt (sieh auch ***Roloff*** 1999: 51-53).

**Abbildung 4:** Bedauern der Nichterwerbstätigkeit im 30. und 43. Lebensjahr bei Frauen und Männern nach Elternschaft




Die Reaktion darauf aber ist, wie die Prozentwerte zeigen, weder durch das Geschlecht noch die Elternschaft allein, sondern durch ihre Interaktion beeinflusst. Im 30. Lebensjahr sind Frauen mit Kindern mit der Nichterwerbstätigkeit sehr viel mehr zufrieden als Männer mit oder ohne Kinder und – ganz besonders – Frauen ohne Kinder. Im 43. Lebensjahr findet sich im wesentlichen das Muster des 30. Lebensjahrs wieder. Aber die beiden Gruppen ohne Kind folgen nicht mehr so deutlich dem Muster der Männer mit Kind; vielmehr polarisieren sich Männer wie Frauen tendenziell in Zufriedene und Unzufriedene. Zu beiden Zeitpunkten wird also die Regimehypothese, aber nicht die Programmhypothese geschlechts-

typischer Lebenspläne bestätigt und die Hypothese eines Opportunitätsgewinns (durch die Elternschaft) widerlegt.

Das lässt sich in logistischen Regressionen der Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit auf das Geschlecht allein und zusammen mit der Elternschaft, die in Tabelle 5 dargestellt sind, statistisch sichern.[5] Wiederum stimmen die Ergebnisse zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr weitgehend überein und werden gemeinsam dargestellt.

**Tabelle 5:** Regression des Nichtbedauerns der Nichterwerbstätigkeit im 30. und 43. Lebensjahr auf Geschlecht und Elternschaft

| | *30 Jahre* | | *43 Jahre* | |
|---|---|---|---|---|
| | *(1)* | *(2)* | *(1)* | *(2)* |
| *Frau* | *1.63**** | *-.92* | *1.49*** | *.13* |
| *Kind (für Mann)* | | *-.30* | | *-.80* |
| *Frau * Kind* | | *2.74*** | | *1.89** |
| *Proportionalität p<* | *.11* | *.31* | *.21* | *.00* |
| *Chi-Quadrat* | *38**** | *53**** | *18**** | *24**** |
| *R-Quadrat* | *.107* | *.145* | *.090* | *.119* |
| *N* | | *339* | | *187* |

*$p < .05$ **$p < .01$ ***$p < .001$

Wie der Vergleich der Modelle zeigt, verschwindet der Effekt des Geschlechts, wenn die Elternschaft kontrolliert ist. Bei den Frauen steigert die Elternschaft die Zufriedenheit deutlich, während sie für Männer – wie der Effekt „Kind“ zeigt – einen nicht signifikanten, leicht negativen Effekt hat. Wie der R-Quadrat-Wert zeigt, erfaßt die Gegenüberstellung der Frauen mit Kind zu den übrigen drei Gruppen die Ergebnisse weit besser als die Gegenüberstellung von Frauen und Männern. Die Opportunitätsbilanzhypothese und die Regime-, nicht aber die Programmhypothese der Geschlechtstypik werden also bestätigt – solange die Situationsdefinition noch außer Betracht bleibt.

5 Dabei wird für eine trichotome Zielvariable eine Regression mit zwei Konstanten, aber gleichen Steigungen berechnet (***Andreß*** / ***Hagenaars*** / ***Kühnel*** 1997: 299-326). Die Konstanten sollten die mit der Rangfolge der Zielvariable steigenden Effekte erfassen; aber auf diese ansteigende Basis sollte jede unabhängige Variable in gleicher Weise zusätzlich einwirken. Die erste Annahme wurde in allen folgenden Analysen bestätigt: Die zweite Konstante ist immer größer als das erste. Der Übersichtlichkeit halber werden die Konstanten nicht berichtet. Der Test der zweiten Annahme wird in den Tabellen berichtet; kleine p-Werte bedeuten hier, dass die Nullhypothese proportionaler Effekte nicht gehalten werden kann. In den meisten Fällen kann die Annahme proportionaler Effekte gehalten werden. Deshalb haben wir darauf verzichtet, in den Fällen, wo die Annahme nicht gehalten werden kann, unterschiedliche Regressionskoeffizienten für die Niveaus der Zielvariable zu schätzen oder die Zielvariable auf eine Dichotomie zu reduzieren.

### 3.2 Situationsdefinition: Familienarbeit

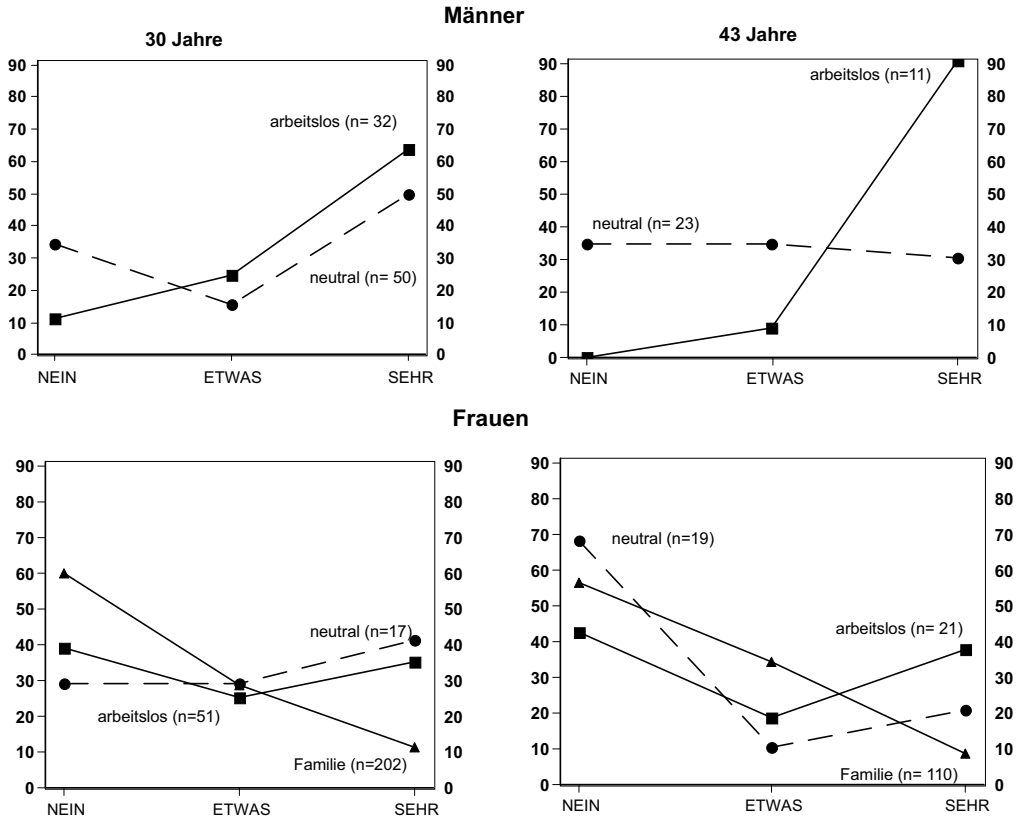
Wie die Situation der Elternschaft, so sollte auch ihre Definition als Familienarbeit die Zufriedenheit in geschlechtstypischer Weise beeinflussen: „Familienarbeit“ sollte die Zufriedenheit besonders bei den Frauen steigern; „Arbeitslosigkeit“ sollte die Zufriedenheit bei beiden Geschlechtern senken. Die Situationsdefinition wurde im Lebenslaufinventar erhoben, in dem die Befragten ihre Lebensgeschichte bis zum Alter von 30 bzw. 43 Jahren in Phasen nach 15 Kategorien aufteilen mussten. Wenn die Phase, die mit dem 30. bzw. 43. Lebensjahr endete, als Arbeitslosigkeit oder als Familienarbeit kategorisiert wurde,[6] wurden zwei entsprechende Kodiervariablen mit einer dritten neutralen Kategorie als Basis gebildet, die überwiegend Ausbildung und Gelegenheitsarbeiten umfasste.

Aber während sich unter den nicht erwerbstätigen Männern noch hinlänglich viele Väter finden, definieren sich die nicht erwerbstätigen Männer so gut wie nie als Hausmänner;[7] ein Mann unter den 30jährigen und drei Männer unter den 43jährigen nicht erwerbstätigen Männern wählen die vorgegebene Kategorie „Hausfrau/Hausmann“; sie mußten notgedrungen der neutralen Kategorie zugeschlagen werden. Durch das Fehlen der Kombination von Mann und Familienarbeit werden die Möglichkeiten der Hypothesenprüfung in zwei Weisen reduziert. *Erstens* lässt sich die Situationsdefinitionshypothese nur teilweise überprüfen: Der Effekt der Familienarbeit, der hier der Hauptgegenstand ist, kann nur für Frauen untersucht werden, während der Effekt der Arbeitslosigkeit, der von untergeordneter Bedeutung ist, weiterhin für beide Geschlechter untersucht werden kann. *Zweitens* können die Programm- und Regimehypothese der Geschlechtstypik zwar nicht mehr für die Familienarbeit, aber immer noch für die Arbeitslosigkeit überprüft werden. Abbildung 6 stellt die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit für Männer dar, die ihre Situation als Arbeitslosigkeit oder neutral definieren, und für Frauen, die ihre Situation als Familienarbeit, Arbeitslosigkeit oder neutral definieren.

6 Familienarbeit umfasst die Vorgaben „Hausfrau/Hausmann: Beruf/Ausbildung aufgehört wegen Heirat“ und „Hausfrau: Beruf aufgehört wegen Mutterschaft“. Analysen mit Dichotomien für jede dieser beiden Angaben hatten nämlich gezeigt, dass die Befragten zwischen ihnen nicht differenzieren, so dass sie zusammengefasst werden konnten.

7 Erziehungsurlaub nehmen 1998 nur 1,9% der Väter (***Koch*** 2000: 592).

**Abbildung 6:** Bedauern der Nichterwerbstätigkeit im 30. und 43. Lebensjahr bei Frauen und Männern nach der kategorialen Situationsdefinition der Nichterwerbstätigkeit als Familienarbeit




***Frauen: Die Situationshypothese, mit Blick auf Familienarbeit und Arbeitslosigkeit***

Bei den Frauen steigert die *Familienarbeit* die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit gegenüber der neutralen Kategorie um rund 30 Prozentpunkte im 30. Lebensjahr, aber senkt die Zufriedenheit um 10 Prozentpunkte im 43. Lebensjahr, so dass die neutrale Kategorie die Zufriedenheit am stärksten fördert. *Arbeitslosigkeit* senkt die Zufriedenheit gegenüber der neutralen Kategorie im 30. Lebensjahr gar nicht, aber etwas im 43. Lebensjahr. Die Situationsdefinitionshypothese wird daher nur in einem von vier Fällen bestätigt, der Familienarbeit im 30. Lebensjahr; die Familienarbeit im 43. Lebensjahr und die Arbeitslosigkeit zu beiden Zeitpunkten haben nur schwache Wirkungen.

Bei den Frauen ergibt sich also eine spezifische Entwicklung im mittleren Lebensalter: Die Familienarbeit verliert die Kraft, den Mangel der Nichterwerbstätigkeit auszugleichen. Mit 30, wenn Ausbildungs- oder berufliche Ziele trotz der Erziehung von Kindern aufrechterhalten werden können, kann die Familienarbeit noch eine befriedigende Definition für die Nichterwerbstätigkeit sein. Mit 43 jedoch, wenn die Kinder der meisten Frauen unserer Stichprobe älter als 10 Jahre sind, müssen nichterwerbstätige Frauen Zufriedenheitschan-

cen jenseits der Familie suchen. Für Frauen gibt es einen „dritten Weg“ jenseits des Berufs und der Familie, also in Ausbildungs- oder Freizeitaktivitäten, in politischen oder in Ehrenämtern; und dieser Weg gewinnt im mittleren Lebensalter an Bedeutung.

***Männer: Die Situationshypothese, mit Blick auf Arbeitslosigkeit***

Bei den Männern senkt die Situationsdefinition Arbeitslosigkeit die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit im Vergleich zur neutralen Kategorie im 30. und im 43. Lebensjahr – allerdings stärker im 43. Lebensjahr. Die Situationsdefinitionshypothese wird bestätigt, und wiederum ergibt sich eine spezifische Entwicklung im mittleren Lebensalter: Der negative Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Zufriedenheit wächst.

***Vergleich zwischen Männern und Frauen: Die Programm- und Regimehypothese der Geschlechtstypik mit Blick auf Arbeitslosigkeit und die neutrale Kategorie***

Die Wirkung des *Programms* der Geschlechtstypik lässt sich einschätzen, indem man das Zufriedenheitsniveau zwischen Männern und Frauen vergleicht, die sich als arbeitslos bzw. neutral definieren. Arbeitslose Männer sind zu beiden Zeitpunkten weniger zufrieden als arbeitslose Frauen, und die Distanz wächst zwischen 30 und 43; Männer mit einer neutralen Definition sind mit 30 etwa so zufrieden wie Frauen mit einer neutralen Definition, aber sehr viel weniger mit 43. Die Geschlechtstypik des Programms wird also für Arbeitslosigkeit und die neutrale Kategorie bestätigt: Arbeitslosigkeit passt nicht in den männlichen Lebensplan – und das im wachsenden Maße; die neutrale Kategorie, der „dritte Weg“ zwischen beruflicher und Familienarbeit passt in das weibliche Programm – und das wiederum in wachsendem Maße.

Die Wirkung des *Regimes* der Geschlechtstypik lässt sich einschätzen, indem man die Zufriedenheitslücke zwischen Arbeitslosigkeit und der neutralen Kategorie zwischen Männern und Frauen vergleicht, also den Interaktionseffekt zwischen Arbeitslosigkeit und Geschlecht betrachtet. Der negative Effekt der Arbeitslosigkeit im Vergleich zur neutralen Kategorie ist für Männer größer – und dieser Effekte wächst zwischen 30 und 43. Daher wird der Regimeeffekt der Geschlechtstypik ebenfalls bestätigt. Der negative Effekt der Arbeitslosigkeit auf die Zufriedenheit gilt entweder nur für Männer (im 30. Lebensjahr) oder ist für Männer sehr viel stärker (im 43. Lebensjahr). Weil Männer der beruflichen Karriere mehr Gewicht beilegen müssen, reduziert die Definition der Nichterwerbstätigkeit als Arbeitslosigkeit die Zufriedenheit für Männer stärker als für Frauen – und das in zunehmendem Maße. Während nichterwerbstätige Frauen nach der von der Elternschaft dominierten Lebensphase Chancen jenseits der beruflichen und Familienarbeit entdecken, können Männer im 43. Lebensjahr die Nichterwerbstätigkeit nicht mehr durch Ausbildung

oder eine andere neutrale Aktivität rechtfertigen und müssen sich dem Misserfolg der fehlenden Erwerbstätigkeit stellen – mit negativen Folgen für die Zufriedenheit.

***Die Situationsdefinition und das Regime der Geschlechtstypik in geschlechtsspezifischen Regressionen***

Die Wirkung der Situationsdefinition lässt sich für beide Zeitpunkte in geschlechtsspezifischen Regressionen statistisch überprüfen, die in Tabelle 7 dargestellt sind. Bei den Männern hat die Arbeitslosigkeit einen negativen Effekt auf die Zufriedenheit zu beiden Zeitpunkten, und dieser Effekt steigt deutlich an, so dass der R-Quadratwert im 43. Lebensjahr auffällig hoch wird. Bei den Frauen senkt die Arbeitslosigkeit die Zufriedenheit nur im 43. Lebensjahr signifikant, während die Familienarbeit die Zufriedenheit im 30. Lebensjahr steigert. Insgesamt wird die Situationsdefinitionshypothese bestätigt – ebenso wie die Differenzierungen im mittleren Lebensalter, die bereits in Abbildung 6 sichtbar waren: der wachsende negative Einfluss der Arbeitslosigkeit bei den Männern und der rückläufige positive Einfluss der Familienarbeit bei den Frauen.

**Tabelle 7:** Geschlechtsspezifische Regressionen des Nichtbedauerns der Nichterwerbstätigkeit im 30. und 43. Lebensjahr auf die kategoriale Situationsdefinition

| | | *30 Jahre* | | *43 Jahre* | |
|---|---|---|---|---|---|
| | *Prog* | *Männer* | *Frauen* | *Männer* | *Frauen* |
| *Arbeitslos* | - | *-.87** | *.37* | *-3.18**** | *-1.24*** |
| *Familienarbeit* | + | | *1.44*** | | *-.25* |
| *Proportinalität p<* | | *.08* | *.17* | *.58* | *.00* |
| *Chi-Quadrat* | | *3** | *19***** | *13***** | *5** |
| *$R^2$* | | *.048* | *.067* | *.303* | *.032* |
| *N* | | *69* | *270* | *37* | *150* |

** p < .1 ** p < .05 *** p < .01 **** p < .001*

Weil die Regressionen geschlechtsspezifisch sind, kann die Wirkung des Programms der Geschlechtstypik nicht überprüft werden. Die Wirkung des Regimes der Geschlechtstypik lässt sich jedoch ablesen – am Vergleich des Effekts der Arbeitslosigkeit zwischen den Geschlechtern. Mit 30 wie 43 ist der negative Effekt der Arbeitslosigkeit für Männer größer als für Frauen, so dass die Regimehypothese der Geschlechtstypik bestätigt wird.

Kurzum, die Ergebnisse der Abbildung 6 werden durch die Regressionen bestätigt: Die Effekte der Situationsdefinition entwickeln sich unterschiedlich in beiden Geschlechtern. Bei den Männern ist die Arbeitslosigkeit ein Makel im 30., und eine Katastrophe im 43.

Lebensjahr; bei den Frauen ist die Familienarbeit im 30., aber nicht mehr im 43. Lebensjahr eine Chance. Für Männer ist der „erste“ Weg unausweichlich, so dass Nichterwerbstätigkeit zwangsläufig zur Arbeitslosigkeit wird; aber Frauen steht im Laufe des Lebens in der Familienarbeit ein „zweiter“ und dann in der „Freizeit-Arbeit“ ein „dritter Weg“ zur Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit offen.

### 3.3 Opportunitätsbilanz und Situationsdefinition: Elternschaft und Familienarbeit

Im letzten Abschnitt wurden die Effekte der Situationsdefinition und des Geschlechts auf die Zufriedenheit geprüft, ohne dass die Opportunitätsbilanz kontrolliert wurde. Weiterhin wurden von den Variablen der Situationsdefinition nur die Kategorien der Nichterwerbstätigkeit, also Familienarbeit, Arbeitslosigkeit und die neutrale Kategorie, betrachtet, und die Bewertungen der Situation außer Acht gelassen. Um die relative Stärke der Opportunitätsbilanz und der Situationsdefinition einzuschätzen, muss eine Regression der Zufriedenheit auf alle diese Variablen berechnet werden.

#### *Opportunitätsbilanz und die evaluative Definition der Situation: Variablen und Hypothesen*

Die *Opportunitätsbilanz* wird durch die entgangenen Gelegenheiten im beruflichen Leben und die gewonnenen Möglichkeiten im Familienleben gemessen. Opportunitäts*verluste* ergeben sich aus den Investitionen in Bildung und Beruf, für die bei Nichterwerbstätigkeit kein Ertrag mehr eingeholt wird. Investitionen in Bildung sind metrisch auf vier Niveaus verschlüsselt worden, je nach den für einen Abschluss erforderlichen Jahren (in Klammern): mittlere Reife (10), Abitur (13), Studium ohne Abschluss (15), Studium mit Abschluss (19). Investitionen in den Beruf sind metrisch nach ***Wegeners*** (1985) MPS-Prestigeskala verschlüsselt worden. Wer gegenwärtig nicht erwerbstätig war, erhielt den Wert des zuletzt ausgeübten Berufs; wer niemals berufstätig war, erhielt den niedrigsten Prestigewert aus unserer Kohorte. – Weil man Gewinne oder Verluste verarbeiten kann, indem man sein Anspruchsniveau hebt oder senkt, sollten die Wirkungen von Gewinnen und Verlusten mit der Zeit zurückgehen. Deshalb wurde die Zeit seit der letzten Beschäftigung bis zum 30. bzw. 43. Lebensjahr zu den Variablen des Opportunitätsgewinns hinzugefügt. Nach der Opportunitätsbilanzhypothese sollte die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit mit dem Ausbildungsniveau und dem Berufsprestige sinken und mit der Zeit seit der letzten Berufstätigkeit steigen.

Der Opportunitäts*gewinn* des Familienlebens ist die Elternschaft, die durch eine Kodiervariable gemessen wurde. Nach der Opportunitätsbilanzhypothese sollte die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit für Eltern höher. Aber nach der Regimehypothese der

Geschlechtstypik sollte das nur für Frauen gelten. Beide diese Hypothesen wurden in Abschnitt 3.1 schon ohne Kontrollen überprüft und bestätigt.

Die Situationsdefinition umfasst nicht nur die bereits eingeführten Kategorisierungen, sondern auch Bewertungen. Während die kategorische Definition der Situation eine Frage von Ja oder Nein ist, sind Bewertungen der Situation eine Frage des Grades. Wie stark sieht der Akteur die Tatsache der Nichterwerbstätigkeit für sich als Mangel? Diese Einschätzung umfasst wiederum zwei Aspekte: die Unfreiwilligkeit des Erwerbsverzichts und die Bewertung der beiden Seiten, zwischen denen gewählt werden musste, also des Berufs und der Familie. Die Unfreiwilligkeit wurde durch eine Frage nach der Absicht des Wiedereinstiegs in den Beruf erhoben, der die Frage nach dem Zeitpunkt folgte, diese Absicht zu realisieren. Wer „ja, werde ich bestimmt tun“ oder „ja, vielleicht“ geantwortet hat und einen Zeitpunkt nennen konnte, wird als in hohem Maße unfreiwillig nichterwerbstätig angesehen und erhält den Wert 3. Wer die Frage nach der Absicht bejaht und keinen Zeitpunkt des Wiedereinstiegs nennt, ist in schwächerem Maße unfreiwillig nichterwerbstätig und erhält den Wert 2. Wer die Absicht verneint, ist freiwillig nichterwerbstätig und erhält den Wert 1. Die Bewertung von Beruf und Familie wurde als Wichtigkeit von „Beruf und Arbeit“ bzw. „eigene Familie mit Kindern“ auf einer Skala von 1 bis 7 (wichtig) erfragt. Nach der Situationsdefinitionshypothese sollte eine negative Definition der Nichterwerbstätigkeit als Arbeitslosigkeit und als unfreiwillig und eine große Wichtigkeit des Berufs die Zufriedenheit senken; und eine positive Definition als Familienarbeit und eine hohe Wichtigkeit der Familie sollte die Zufriedenheit steigern. Aber nach der Regimehypothese der Geschlechtstypik sollte der positive Effekt der Definition Familienarbeit nur für Frauen gelten.

Die Regressionen der Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit für Männer und Frauen im 30 und 43. Lebensjahr sind in Tabelle 8 wiedergegeben. Da Männer mit 30 niemals angaben freiwillig nicht erwerbstätig zu sein, konnte dieser Prädiktor in der entsprechenden Regression nicht eingesetzt werden.

**Tabelle 8:** Geschlechtsspezifische Regressionen des Nichtbedauerns der Nichterwerbstätigkeit im 30. und 43. Lebensjahr auf Opportunitätsbilanz und Situationsdefinition

| | | *30 Jahre* | | *43 Jahre* | |
|---|---|---|---|---|---|
| | *Prog* | *Männer* | *Frauen* | *Männer* | *Frauen* |
| Opportunitätsverlust: Beruf | | | | | |
| *Bildung* | - | *.10* | *.01* | *-.10* | *-.07* |
| *Prestige* | - | *.07* | *.04* | *.12* | *.02* |
| *Zeit* | + | *.38* | *.54* | *-2.22*** | *-.53*** |
| Opportunitätsgewinn: Familie | | | | | |
| *Kind* | *0/+* | *.75* | *.62* | *-1.05* | *.32* |
| Situationsdefinition negativ: Beruf | | | | | |
| *Arbeitslos* | - | *-1.11** | *-.04* | *-4.0**** | *-1.85*** |
| *Unfreiwillig nichterwerbstätig* | - | | *-.60*** | *-1.04* | *-.75**** |
| *Wichtigkeit Beruf* | - | *-1.30***** | *-0.52***** | *-.35* | *-.03* |
| Situationsdefinition positiv: Familie | | | | | |
| *Familienarbeit* | + | | *1.00* | | *-1.13** |
| *Wichtigkeit Elternschaft* | + | *.33** | *.27** | *.29* | *.20* |
| *Proportionalität p<* | | *.13* | *.28* | *.03* | *.03* |
| *Chi-Quadrat* | | *35****** | *63****** | *28****** | *24**** |
| *R-Quadrat (Opportunitätsbilanz)* | | *.056* | *.103* | *.124* | *.044* |
| *R-Quadrat (Situationsdefinition)* | | *.369* | *.166* | *.358* | *.067* |
| *R-Quadrat (Gesamt)* | | *.399* | *.251* | *.561* | *.167* |
| *N* | | *68* | *219* | *34* | *134* |

** p < .1 ** p < .05 *** p < .01 **** p < .001*

***Opportunitätsbilanz und Situationsdefinition im Vergleich***

Die *Opportunitätsbilanz* hat nur geringe Effekte auf die Zufriedenheit. In keiner der vier Stichproben wird die Erwartung bestätigt, dass der früher erworbene Bildungs- oder Berufsstatus die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit senkt. Nur die Zeit seit der letzten Erwerbstätigkeit hat im 43. Lebensjahr bei Männern und Frauen einen signifikanten Einfluss: Sie senkt entgegen der Erwartung die Zufriedenheit. Offenbar „kühlt“ sich der Opportunitätsverlust einer früheren Erwerbstätigkeit nicht „aus“, sondern wird als zunehmend belastend empfunden. Und dies gilt für Männer mehr als für Frauen – ein weiterer Beleg für das Regime der Geschlechtstypik. Weiterhin verliert der Opportunitätsgewinn durch die Elternschaft bei Kontrolle der Situationsdefinition den Effekt auf die Zufriedenheit, der ohne diese Kontrolle (siehe Tabelle 7) recht stark war; die Wirkung des Opportunitätsgewinns Elternschaft wird durch die Situationsdefinition Familienarbeit vermittelt.

Die Effekte der *Situationsdefinition* bleiben allerdings bei Kontrolle der Opportunitätsbilanz unverändert. Die Arbeitslosigkeit behält ihren negativen und anwachsenden Effekt. Der – nur bei den Frauen prüfbare - Effekt der Familienarbeit verliert seine Signifikanz im 30. Lebensjahr und gewinnt Signifikanz im 43. Lebensjahr; aber der Wechsel des Vorzeichen bleibt bestehen. Selbst wenn die Opportunitätsbilanz kontrolliert ist, sind nichterwerbstätige Frauen im 30. Lebensjahr mit der Familienarbeit mehr zufrieden als mit der Arbeitslosigkeit, im 43. Lebensjahr hingegen mit der neutralen Kategorie der „Freizeit-Arbeit" mehr zufrieden als mit der Familienarbeit und der Arbeitslosigkeit. Im 30. Lebensjahr ist die Familienarbeit eine naheliegende und befriedigende Definition für die Nichterwerbstätigkeit, im 43. Lebensjahr hingegen müssen die Frauen ein anderes Selbstverständnis finden, um mit der Situation der Nichterwerbstätigkeit zufrieden zu sein.

***Effekte der evaluativen Situationsdefinition***

Die Variablen der evaluativen Situationsdefinition haben überwiegend die erwarteten Effekte. Aber das Muster der signifikanten und starken Effekte trennt zwischen den Geschlechtern und den Lebensphasen. Die *Unfreiwilligkeit* der Nichterwerbstätigkeit senkt die Zufriedenheit nur bei den Frauen. Das passt zum Regime der Geschlechtstypik: Weil die Nichterwerbstätigkeit für die Frauen eine Option ist, verstärkt die Unfreiwilligkeit den negativen Einfluss auf die Zufriedenheit. Bei den Frauen gewinnt die Kategorisierung des Mangels ihre volle Macht über die Konsequenzen erst dann, wenn sie den persönlichen Wünschen widerspricht; bei den Männern hingegen ist die Nichterwerbstätigkeit – wie schon das Fehlen der Freiwilligkeit im 30. Lebensjahr gezeigt hat – „eigentlich" keine Option, so dass schon die Kategorisierung des Mangels übermächtig ist. Die Option, die Nichterwerbstätigkeit auch als Verzicht zu interpretieren steht nur den Frauen offen – weshalb die Interpretation als Mangel nur bei den Frauen die Zufriedenheit senkt.

Die *Wichtigkeitseinschätzung des Berufs* senkt die Zufriedenheit, aber nur im 30. Lebensjahr signifikant. Umgekehrt steigert die *Wichtigkeitseinschätzung der Elternschaft* die Zufriedenheit, aber wiederum nur im 30. Lebensjahr signifikant. Dieses Muster führt zu zwei Kontrasten. *Erstens* kontrastieren im 30. Lebensjahr die starken negativen Effekte der Wichtigkeit des Berufs mit den relativ schwachen positiven Effekten der Wichtigkeit der Elternschaft. Das Manko der fehlenden Berufstätigkeit mindert die Zufriedenheit viel stärker, als die Anziehungskraft der Familienarbeit sie steigern kann. Am Gewicht beider Seiten bei der Entscheidung im 30. Lebensjahr gemessen, ist die Nichterwerbstätigkeit offenbar eher Mangel (mit Blick auf den Beruf) als Verzicht (zugunsten der Familie). *Zweitens* kontrastiert das Verschwinden des Effekts der Wichtigkeitseinschätzung des Berufs stark mit dem Anwachsen des Effekts der Arbeitslosigkeit zwischen dem 30. und 43. Lebensjahr. Offensichtlich übernimmt im Lebenslauf die kategoriale Situationsdefinition die Macht über die Zufriedenheit von der wertenden Situationsdefinition. Im 30. Lebensjahr,

in dem viele berufliche Entscheidungen noch offen stehen, entscheiden persönliche Wertungen über die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit; im 43. Lebensjahr, in dem die wesentlichen beruflichen Entscheidungen auch in einer durch Bildung privilegierten Kohorte gefallen sind, sind mit der Situation die kategoriale Situationsdefinition und die Zufriedenheit festgelegt. Im Laufe des Lebens werden Erwartungen stärker und Spielräume kleiner.

***Vergleich der erklärten Varianz***

Vergleicht man beide Prädiktorgruppen anhand des R-Quadrat-Wertes, so hat die Situationsdefinition in allen Stichproben mehr Einfluß auf die Zufriedenheit als die Opportunitätsbilanz. Wird die Opportunitätsbilanz um die Situationsdefinition ergänzt, so steigt die erklärte Varianz beträchtlich; wird dagegen die Situationsdefinition um die Opportunitätsbilanz erweitert, so steigt die erklärte Varianz nur schwach. Die *Eigenständigkeitshypothese der Situationsdefinition* wird also sowohl am Einfluß der einzelnen Variablen wie der Gesamtheit der Variablengruppe bestätigt. Die Unterschiede der erklärten Varianz zwischen den Regressionen für Männer und Frauen liefern schließlich einen weiteren Beleg für das Regime der Geschlechtstypik. Die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit läßt sich fast immer bei den Männern besser als bei den Frauen erklären. Weil bei den Männern die Nichterwerbstätigkeit der Geschlechtstypik der Lebensplanung nicht entspricht, ist sie stärker deutungsbedürftig als bei Frauen, deshalb ist die Zufriedenheit der Männer besser voraussagbar. Die Zufriedenheit der Männer ist zudem besonders durch die Situationsdefinition besser voraussagbar als bei den Frauen. Wo ein negatives Faktum besonders stark eine Deutung verlangt, hat die Deutung auch einen besonders starken Einfluß.

## 4. Ausblick: Die Bedeutung der Situationsdefinition

Der Einfluss der Opportunitätsbilanz einerseits, der Situationsdefinition anderseits auf die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit wurde in diesem Aufsatz auf zwei Weisen untersucht.

Erstens wurde *in der gesamten Kohorte* die *Zufriedenheit mit dem beruflichen Lebenslauf überhaupt* in Abhängigkeit von Erwerbstätigkeit oder Nichterwerbstätigkeit einerseits, der positiven oder negativen Bewertung der Nichterwerbstätigkeit anderseits untersucht. Hier liegt zwar die berufliche Zufriedenheit der Erwerbstätigen höher als die aller Nichterwerbstätigen. Aber die Nichterwerbstätigen mit positiver Situationsdefinition sind mit dem beruflichen Leben so zufrieden wie die Erwerbstätigen, und die Nichterwerbstätigen mit negativer Situationsdefinition sehr viel unzufriedener als die Erwerbstätigen. Das gilt auch, wenn die Interpretation der Lebensgeschichte kontrolliert ist. In der gesamten Kohorte

beeinflusst also weniger die *Opportunitätsbilanz* als vielmehr die *Situationsdefinition* die Zufriedenheit mit dem beruflichen Leben überhaupt.

In der Gruppe der *Nichterwerbstätigen* wurde zweitens die *Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit* in Abhängigkeit von Opportunitätsverlusten im Beruf und Opportunitätsgewinnen in der Familie auf der einen Seite, von einer negativen Situationsdefinition aus Sicht des Berufs und einer positiven Situationsdefinition aus Sicht der Familie anderseits untersucht. Hier hatte die Opportunitätsbilanz einen viel schwächeren Effekt als die positive oder negative Situationsdefinition. Das gilt auch wenn das Programm und das Regime der Geschlechtstypik und die evaluative Situationsdefinition kontrolliert ist. Auch in der Gruppe der Nichterwerbstätigen beeinflusst also weniger die *Opportunitätsbilanz* als vielmehr die *Situationsdefinition* die Zufriedenheit mit der Nichterwerbstätigkeit.

In beiden Analysen hatte also die Situation der Nichterwerbstätigkeit ein Doppelgesicht in Abhängigkeit von der Situationsdefinition. Die negative Definition senkte, die positive Definition steigerte die Zufriedenheit mit der Situation. Der starke Einfluss der Situationsdefinition auf die Zufriedenheit kann zwei Gründe haben. *Erstens* kann es sich aus der Verwandtschaft zwischen der Art der Situation und der Art der Folge ergeben haben. Auf der einen Seite ist die Nichterwerbstätigkeit eine biographische Situation, die – im Gegensatz zu zweckspezifischen und kurzfristigen Interaktionen mit anderen Personen – Lebenschancen auf großer Breite und langfristig beeinflusst und von der Person unabhängig vom Urteil anderer definiert werden kann. Auf der anderen Seite kann die Zufriedenheit, auch wenn sie oft mit Blick auf andere eingeschätzt wird, nur von der betroffenen Person beurteilt werden. Eine biographische, also gewichtige, langfristige und selbstbezügliche Situation sollte daher einen deutlichen Einfluss auf ein selbstbezügliches Konzept haben. *Zweitens* ist die Nichterwerbstätigkeit eine Situation, in der etwas fehlt, das üblicherweise erwartet wird. Abweichungen von einer Normalitätsvorstellung verlangen so nachdrücklich eine positive oder negative Definition, dass – pointiert gesagt – die Definition fast die Situation ausmacht. Kurzum, biographischen Situationen kann man nicht ausweichen, und Abweichungen von der Normalität verlangen eine Erklärung. Deshalb vermutlich hat die Definition der Nichterwerbstätigkeit einen so starken Effekt auf die Zufriedenheit.

## Literatur

***Andreß, Hans-Jürgen / Hagenaars, Jacques A. / Kühnel, Steffen,*** 1997. Analyse von Tabellen und kategorialen Daten. Berlin: Springer

***Bauer, Tobias***. Die Familienfalle. Zürich: Ruegger

***Birkelbach, Klaus / Hellwig, Jörg Ott / Hemsing, Werner / Meulemann, Heiner***, 2000. Lebenserfolg und Erfolgsdeutung im frühen Erwachsenenalter. Eine Wiederbefragung ehemaliger Gymnasiasten im 43. Lebensjahr. Band 1: Arbeitsbereicht. Band 2: Ergebnisbericht. Projektbericht an die DFG. Universität zu Köln: Institut für Angewandte Sozialforschung

***Esser, Hartmut***, 1999. Soziologie – Spezielle Grundlagen. Band 1: Situationslogik und Handeln. Frankfurt: Campus

***Falk, Susanne,*** 1999. Die Bedeutung von subjektiven Motiven und Einstellungen für die Erwerbsbeteiligung von Frauen. *Zeitschrift für Frauenforschung* 17: 33-59

***Geissler, Birgit / Oechsle, Mechtild***, 1996. Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Weinheim: Juventa

***Hakim, Catherine,*** 2000. Work-Lifestyle Choices in 21st Century. Preference Theory. Oxford: Oxford University Press

***Hitzler, Ronald***, 1999. Konsequenzen der Situationsdefinition. 289-308 in: ***Hitzler***, ***Ronald*** / ***Reichertz***, ***Jo*** / ***Schröer***, ***Norbert*** (Hg.). *Hermeneutische Wissenssoziologie: Standpunkte zur Theorie der Interpretation*. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz

***Keiser, Sarina***, 1997. Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nur eine Frauenfrage. 235-250 in: ***Böhnisch, Lothar / Lenz, Karl*** (Hg.). Familien. Eine interdisziplinäre Einführung. Weinheim: Juventa

***Klug, Tina / Moioli, Sonja***, 2000. Geschlechtsspezifische Determinanten der privaten und beruflichen Zufriedenheit. 439-484 in: ***Birkelbach*** et al. (Hg.), a.a.O.

***Koch, Angelika***, 2000. Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter? Zum Gesetzentwurf der rot-grünen Bundesregierung. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45: 590-599

***Meulemann, Heiner***, 2000. Lebenszufriedenheit vom Ende der Jugend bis zum mittleren Erwachsenenalter. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und pädagogische Psychologie* 32: 207-217

***Meulemann, Heiner / Birkelbach, Klaus / Hellwig, Jörg-Otto***, 2001. Ankunft im Erwachsenenleben. Lebenserfolg und Erfolgsdeutung in einer Kohorte ehemaliger Gymnasiasten zwischen 16 und 43. Opladen: Leske + Budrich

***Roloff, Juliane,*** 1999. Erwerbsbeteiligung und sozioökonomische Lagen. 51-81 in: ***Roloff, Juliane*** / ***Dorbritz, Jürgen*** (ed.). Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre. Ergebnisse des deutschen Family und Fertility Survey. Opladen: Leske + Budrich

***Thomas, William I***., 1965. Person und Sozialverhalten. Neuwied / Berlin: Luchterhand

***Wegener, Bernd,*** 1985. Gibt es Sozialprestige? *Zeitschrift für Soziologie* 14: 1985: 209 – 235

# Der Wahlsieg der SPD bei der Bundestagswahl 1998: Politikwechsel oder Kanzlerwechsel? Methodische Probleme bei der Separierung der Einflüsse von Kandidatenbewertung und Parteienkompetenz

**von Dieter Ohr und Markus Klein**[1]


## *Zusammenfassung*

*In dem Beitrag werden einige methodische Probleme bei der Analyse politischer Wahlen diskutiert, die fast unvermeidlich auftreten, wenn die Einflussstärken einzelner Wählermotive auf Wahlentscheidung und Wahlausgang voneinander separiert und punktgenau bestimmt werden sollen. Als ein Weg, diese Probleme zu entschärfen und die Sicherheit der substantiellen Deutungen zu erhöhen, wird vorgeschlagen, vermehrt längsschnittlich erhobene Daten heranzuziehen.*

## *Abstract*

*In this article we will discuss some methodological problems which inevitably occur whenever attempts are made to disentangle the relative impacts of the voters' various motives on the individual voting decision and the aggregate result. In order to mitigate these problems as well as to render substantive interpretations more dependable, it is proposed that researchers increasingly draw upon longitudinal data.*


### 1. Wie deutet man den Ausgang der Bundestagswahl 1998?

Es gibt im Kern zwei unterschiedliche Deutungen des Wählerverhaltens bei der letzten Bundestagswahl vom September 1998. Die erste Deutung hebt vor allem darauf ab, dass die Bewertung der beiden Kanzlerkandidaten, ***Helmut Kohl*** und ***Gerhard Schröder***, in der Bevölkerung eine wesentliche Rolle für den Ausgang der Wahl gespielt habe. Dabei unter-

1 Dr. ***Dieter Ohr*** ist Universitätsassistent am Institut für Angewandte Sozialforschung der Universität zu Köln. Dr. ***Markus Klein*** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralarchiv.

scheiden sich Studien, die dieser Deutungsrichtung zuzurechnen sind, sicherlich durch unterschiedliche Akzentuierungen. So wird die Wahl verstanden als eine Abwahl Kohls (***Pappi*** 1999), als ***Schröders*** Sieg (***Brettschneider*** 2000), oder es wird zu zeigen versucht, welchen Attributen der beiden Kandidaten welche Relevanz für die Wahlentscheidung zukam (***Klein*** und ***Ohr*** 2000, 2001). Der Fokus der Analyse und der Interpretation richtet sich bei diesen Studien primär auf die zur Wahl stehenden Kandidaten. Die zweite Deutung stellt demgegenüber den Wunsch nach einem *Politikwechsel* in den Vordergrund, der die Wähler zu ihrem Votum veranlasst habe. Wird die These formuliert, die Wähler hätten bei der Bundestagswahl des Jahres 1998 nicht zuletzt ihrer Präferenz nach einem Politikwechsel Ausdruck verliehen, so lassen sich zwei Varianten unterscheiden. Zum einen kann man annehmen, die Wähler hätten mit ihrer mehrheitlichen Entscheidung wahrgenommene Defizite auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit korrigieren wollen (vgl. etwa ***Eith*** und ***Mielke*** 2000; ***Weßels*** 2000). Zum anderen könnte die Befürwortung eines Politikwechsels auch bedeuten, dass vor allem der SPD im Vergleich zur CDU/CSU eine höhere Kompetenz zugeschrieben wurde, die wichtigen Probleme des Landes zu lösen (***Weßels*** 2000).

Welche Deutung man nun eher für zutreffend halten mag, man wird bei einer angemessenen Würdigung nicht außer Acht lassen, dass ein Wahlergebnis stets eine Vielzahl an Wählermotiven widerspiegelt, die nur selten unabhängig voneinander existieren, sondern in der Regel eng miteinander verflochten sind. Sollen nun die relativen Gewichte der einzelnen Motive bestimmt werden, oder wird für ein einzelnes Motiv punktgenau der Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung oder den Wahlausgang zu isolieren versucht, so ist zu fragen, inwieweit dies unter substantiellem wie methodischem Blickwinkel haltbar ist. Wir wollen im Folgenden am Beispiel der Bundestagswahl 1998 und der Untersuchung von ***Bernhard Weßels*** (2000) einige Probleme diskutieren, die regelmäßig auftreten, wenn versucht wird, Aussagen über *den* Effekt einzelner Determinanten der Wahlentscheidung oder des Wahlausgangs zu treffen.

## 2. Vorgehen und Hauptergebnisse der Analyse von Weßels (2000)

***Bernhard Weßels*** bezieht mit seiner Analyse eine klare Position gegen Deutungen der Bundestagswahl 1998, die diese als vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung hin zu einer immer stärkeren Personalisierung von Wahlkämpfen, medialer Berichterstattung über Politik und Wählerverhalten begriffen haben. Er nimmt an, "... dass weniger Kandidaten als parteibezogene Sachfragen die Wahlentscheidung (und das Wahlergebnis) herbeigeführt haben, oder genereller: der Regierungswechsel kam primär durch das Bedürfnis nach *Politik*- und weniger durch das Bedürfnis nach *Kanzlerwechsel* zustande" (***Weßels*** 2000: 50). Die Bundestagswahl 1998 sei "... aufgrund der Beurteilung der Kompetenz der beiden großen Parteien, wichtige Probleme lösen zu können, entschieden worden" (WZB-Mit-

teilungen 90, 2000: 15). Als Begründung für die so formulierte Politikwechselthese wird angeführt, "... dass Gerechtigkeitsvorstellungen in den 90er Jahren eine zunehmende Bedeutung erlangt ..." (***Weßels*** 2000: 50) hätten. Wertpräferenzen im Hinblick auf soziale Gleichheit und soziale Gerechtigkeit hätten sich verschoben, was wiederum auf ein Bedürfnis nach Politikwechsel hindeuten würde (***Weßels*** 2000: 40).

In der empirischen Analyse stützt sich ***Weßels*** auf die CSES-Nachwahlstudie (forsa-Erhebung)[2] zur Bundestagswahl 1998. Berechnet werden Strukturgleichungsmodelle, um die relativen Effekte von Kandidatenbeurteilungen und Kompetenzbewertungen der Parteien auf die Wahlentscheidung zu ermitteln (vgl. dazu ***Weßels*** 2000, Abbildung 5, S. 50, Tabelle 1, S. 53, Abbildungen 6 und 7, S. 56 und 57). Sodann werden auf der Grundlage einer Regressionsanalyse der Wahlentscheidung auf die in die Strukturgleichungsmodelle einbezogenen Erklärungsvariablen, zusammen mit den Verteilungen der Erklärungsgrößen, Nettoeffekte von Kandidatenbewertung und Parteienkompetenz auf das Wahlergebnis errechnet (vgl. dazu ***Weßels*** 2000, Tabelle 2, S. 59). Für die Analyse wird Parteienkompetenz in eine spezifische und eine generalisierte Komponente unterschieden, ähnlich die Kandidatenorientierungen.[3]

Das Strukturgleichungsmodell mit der besten Datenanpassung weist einen deutlich stärkeren Einfluss der Parteikompetenz gegenüber den Kandidatenorientierungen auf (***Weßels*** 2000: 55). Aus den Ergebnissen folgert ***Weßels***, diese könnten nicht als Bestätigung des in der Wahlforschung geltenden common wisdom angesehen werden, demzufolge es den Wählern bei der Bundestagswahl 1998 primär um einen Kanzlerwechsel ging. Weder lasse sich ablesen, dass ***Gerhard Schröder*** die Wahlentscheidung zugunsten der SPD stärker beeinflusst habe als die Kompetenz der SPD, noch lasse sich dies für ***Helmut Kohl*** feststellen. Es spreche also nichts gegen die Politikwechsel-These (***Weßels*** 2000: 58).

Der zweite Teil der Analyse widmet sich den Nettoeffekten von Kandidatenorientierungen und Parteienkompetenz auf das Wahlergebnis der Bundestagswahl 1998. Dabei zeige sich für das gesamtdeutsche Wahlergebnis, dass die Kandidatenorientierungen der SPD einen Nettovorteil gegenüber der CDU/CSU (SPD vs. CDU/CSU) von etwa 2,6 Prozentpunkten der Stimmen erbracht hätten, die Parteikompetenz hingegen einen Vorteil von 4,6 Prozentpunkten. Es spreche damit weder etwas dafür, dass die Kandidatur ***Schröders*** von größerer Bedeutung für die SPD-Wahl gewesen sei als die Performanz der Partei, noch dass ***Kohl*** der CDU/CSU größeren Schaden zugefügt habe als die Performanz seiner Partei (***Weßels***

2 ZA-Archiv Nr. 3162

3 "Diese Frage soll anhand der Modellvarianten und des jeweiligen Verhältnisses des Gesamteffekts von Parteikompetenz (spezifisch und generalisiert) und Kandidatenorientierungen (spezifische Kandidatenkompetenz, Kandidatenvertrauen, generalisierte Kandidatenorientierung) beantwortet werden" (***Weßels*** 2000: 55).

2000: 60). Für Ostdeutschland konstatiert ***Weßels*** bei der SPD-Wahl, dass der Zugewinn durch Kandidatenorientierungen den Zugewinn durch die Parteikompetenz um etwa einen Prozentpunkt übersteige (***Weßels*** 2000: 60).

Noch etwas pointierter werden die genannten Befunde in den WZB-Mitteilungen interpretiert. Demnach könne "*... das Verhältnis von relativem Stimmenübergewicht durch die Kandidaten- bzw. Parteiorientierungen ... als statistisch relativ zuverlässig angesehen werden. Danach hätte die SPD auch ohne den positiven Kandidatenfaktor durch Schröder einen Stimmenanteil erzielt, der 4,6 Prozentpunkte über dem der CDU/CSU gelegen hätte*" (WZB-Mitteilungen 90, 2000: 15; unsere Hervorhebung).

Wir wollen im Folgenden einige Argumente dafür skizzieren, warum das "Verhältnis von relativem Stimmenübergewicht" durch Kandidat oder Partei alles andere als zuverlässig angesehen werden kann. Des Weiteren soll gezeigt werden, warum mit der punktgenauen Angabe von Nettoveränderungen des Wahlergebnisses der Anschein einer Präzision erweckt wird, der durch die Analyse und die empirischen Ergebnisse in keiner Weise gedeckt ist.

## 3. Anmerkungen zu Vorgehen und Interpretation der Analyse von Weßels (2000)

Unter substantiellem Blickwinkel ist es problematisch, dass ***Weßels*** sein zentrales Konzept des Politikwechsels begrifflich anders bestimmt als er es später in seiner empirischen Analyse umsetzt. Das Bedürfnis vieler Wähler nach einem Politikwechsel wird zunächst mit einer gewachsenen Bedeutung des Wertes "soziale Gerechtigkeit" begründet (***Weßels*** 2000: 40). Die in der empirischen Analyse für die Bewertung der Sachfragenkompetenz der Parteien herangezogenen Sachfragen sind: "Steuerbelastung senken", "Renten sichern", "Kriminalität bekämpfen", "wirksamer Umweltschutz", "Ausländerzuzug regeln" und "Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stärken" (***Weßels*** 2000: 47). In dem Spannungsfeld von sozialer Gerechtigkeit einerseits und Innovation und Modernisierung von Staat und Gesellschaft andererseits, das die SPD-Kampagne charakterisierte, und in dem der Kanzlerkandidat ***Gerhard Schröder*** mit den Begriffen der Innovation und der Fähigkeit zur Modernisierung von Staat und Gesellschaft assoziiert wurde, sind die von ***Weßels*** de facto untersuchten Politikfelder sehr viel stärker der Modernisierung von Staat und Gesellschaft zuzuordnen als der sozialen Gerechtigkeit. Politikwechsel bezieht sich in der Weßelsschen Analyse inhaltlich daher nur zu einem sehr kleinen Teil auf soziale Gerechtigkeitsvorstellungen, viel eher auf Politikfelder, die mit Modernisierung und Innovation verbunden sind. So gesehen, erscheint es besonders problematisch, die so gemessenen Kompetenzbewertungen der SPD – und ihren Einfluss auf die Wahlentscheidung – von deren Kanzlerkandidaten ***Gerhard Schröder*** isoliert betrachten zu wollen.

Unter methodischer Perspektive steht die Analyse von ***Bernhard Weßels*** vor dem *Problem der Separierung von Einflüssen auf die Wahlentscheidung*, die den Bestimmungsgrößen des sozialpsychologischen Modells des Wählerverhaltens zuzurechnen sind: der langfristigen Parteibindung sowie den eher kurz- und mittelfristigen Partei- und Kandidatenorientierungen. Bei der Separierung können verschiedene Aspekte unterschieden werden (***Jagodzinski*** und ***Kühnel*** 1990: 36-38): Das *Multikollinearitätsproblem* besteht darin, dass hohe Korrelationen zwischen den unabhängigen Variablen eine präzise und stabile Schätzung der Effekte erschweren. Multikollinearität dürfte in der Analyse von ***Weßels*** ganz besonders ausgeprägt sein, werden doch gleichzeitig Parteiidentifikation, Skalometerbewertungen für Parteien und für Kandidaten, generelle und spezifische Kompetenzbewertungen für Parteien und Kandidaten sowie Einschätzungen des Kandidatenvertrauens als Determinanten der Wahlentscheidung berücksichtigt. Obwohl die Diagnose von Multikollinearität mit avancierten Methoden erfolgen kann und auch die potentiellen Auswirkungen in der statistischen Literatur gründlich untersucht wurden (***Belsley***, ***Kuh*** und ***Welsch*** 1980; ***Belsley*** 1982), ist das Problem aus statistischer Sicht im Grunde nicht lösbar, will man an der Separierung der Einflüsse von Bestimmungsgrößen der Wahlentscheidung festhalten. Umso wichtiger wird es dann freilich, die bei der versuchten Separierung erzielten Befunde mit der gebotenen Vorsicht zu interpretieren. Das *Problem ungeklärter kausaler Prioritäten* ist immer dann gegeben, wenn die Kausalverhältnisse zwischen den untersuchten Variablen unklar sind. Eine eindeutige Schätzung der relativen Effekte ist somit bereits aus theoretischen Gründen nicht möglich. Zwischen den drei Einflussgrößen des klassischen Ann-Arbor-Modells ist die Richtung der Beziehungen der Theorie zufolge nicht eindeutig bestimmt. So könnte eine positive Wahrnehmung des Kanzlerkandidaten dazu beitragen, dass auch dessen Partei besser eingeschätzt wird, etwa hinsichtlich ihrer Kompetenz. Selbst die eher längerfristig-stabile Parteibindung mag auf lange Sicht durch die kürzerfristigen Bewertungen der Kandidaten und der Sachfragenkompetenz der Parteien Änderungen erfahren. Dieser zweite Teilaspekt des Separierungsproblems ist sicherlich der schwerwiegendste. Vor dem Hintergrund unklarer kausaler Prioritäten ist es praktisch unmöglich, die relativen kausalen Beiträge der drei Determinanten des sozialpsychologischen Erklärungsmodells mittels einer *Querschnittsbefragung* zu ermitteln.[4]

Durch die enge Verflochtenheit der drei Einstellungskomplexe Parteiidentifikation, Kandidaten- und Issueorientierungen wird die Zuweisung von relativen Erklärungsgewichten an einem bestimmten Stichtag mehr oder weniger willkürlich, da man so ausblendet, welche kausalen Einflüsse zwischen den Einstellungskomplexen in der Zeit vor dem Stichtag wirksam waren. In kausaler Perspektive wäre es zwingend, längsschnittliche Daten zu untersuchen.

4 Ein *Problem der Operationalisierung* liegt schließlich dann vor, wenn hohe Korrelationen zwischen den untersuchten Variablen darauf zurückzuführen sind, dass sie letztlich die gleiche theoretische Größe messen.

Will (oder muss) man trotzdem mit einer Querschnittsbefragung vorlieb nehmen, so bleiben im Wesentlichen zwei angemessene Strategien. Erstens kann man darauf verzichten, *den* Effekt etwa der politischen Kandidaten oder der Parteienkompetenz zu ermitteln. Stattdessen würde man sich darauf beschränken, *Bandbreiten* für die interessierenden Effekte anzugeben (vgl. dazu ***Jagodzinski*** und ***Kühnel*** 1990; ***Klein*** und ***Ohr*** 2000). Je nach Fragestellung bieten sich dabei als Effektmaße entweder Regressionskoeffizienten an oder der Zuwachs des Bestimmtheitsmaßes, den die Aufnahme der untersuchten Einflussgröße in ein Regressionsmodell bewirkt. Die *pessimistische Schätzung* des Effekts besteht im geringsten Anstieg von $R^2$ (bzw. $P^2$), der "in irgendeinem der theoretisch plausiblen Modelle erzielt" (1990: 40) wird. Häufig ist das der Effekt, den eine bestimmte Einflussgröße noch hat, wenn sie nach allen anderen potentiell erklärungskräftigen Variablen in das Regressionsmodell eingeführt wird. Die *optimistische Schätzung* des Effekts besteht sodann im größtmöglichen Anstieg von $R^2$ (bzw. $P^2$), den die Hereinnahme der untersuchten Variablen in irgendeinem der theoretisch plausiblen Regressionsmodelle verursacht, wobei man zuvor all diejenigen Variablen "aus dem Modell entfernen darf (aber nicht entfernen muss), deren Einfluss auf die Wahlabsicht nicht ausreichend theoretisch und empirisch gesichert ist" (1990: 40). Die optimistische Schätzung des Effekts einer Variablen wird nicht selten der Anteil erklärter Varianz eines Modells sein, in das ausschließlich die untersuchte Variable eingeht. Man spräche also bei der Berechnung von Bandbreiten nicht mehr davon, dass die Kandidatenbewertungen *x* Prozent der Variation der Wahlentscheidung erklären könnten, sondern zwischen *y* und *z* Prozent, ebenso würde man bei der Parteienkompetenz verfahren. Wenn man sich auf die Ermittlung und Interpretation von Bandbreiten beschränkt, stellt man in Rechnung, dass größere Genauigkeit mit einem Querschnittsdesign nicht erreicht werden kann. Die, häufig recht weit auseinanderliegenden, Bandbreiten[5] sensibilisieren dafür, dass jede Querschnittsbefragung mit einem grundlegenden Defizit an Information behaftet ist: Politische Wahrnehmungen und Bewertungen existieren nicht isoliert voneinander, sondern sind im Denken der Wähler eng untereinander verflochten. Ändert sich eine dieser spezifischen Einstellungen etwa als Folge von Wahlkampfereignissen, so zieht dies Änderungen auch der anderen Einstellungen nach sich. Mit einer Querschnittsstudie lässt sich lediglich das kondensierte Ergebnis dieser Änderungen in der Zeit analysieren, Schlüsse auf die Änderungen selbst bleiben immer mit hohem Risiko behaftet. Wir kommen später noch einmal auf diesen zentralen Punkt zurück.

5 So ermittelten wir beispielsweise, ebenfalls gestützt auf die CSES-Daten, im Rahmen multinomialer Logit-Analysen für den Einfluß, den die Einschätzung der rollenfernen, 'unpolitischen' Eigenschaften der Kanzlerkandidaten ***Kohl*** und ***Schröder*** auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998 ausübte, Veränderungen des Pseudo-Bestimmtheitsmaßes zwischen 1,4 Prozentpunkten (pessimistische Schätzung) und 14,7 Prozentpunkten (optimistische Schätzung) (***Klein*** und ***Ohr*** 2000: 217-219).

Eine zweite Strategie besteht darin, das Wahlverhalten solcher Gruppen genauer in den Blick zu nehmen, bei denen die Kompetenzbewertungen von Partei und Kandidat gerade auseinanderfallen. Besonders wahrscheinlich ist dies bei der Gruppe derjenigen Wähler, die nicht an eine Partei gebunden sind und die etwa ein Drittel der Wählerschaft ausmachen. Unter diesen Wählern waren im August 1998 (EMNID-Umfrage) 26 Prozent, die ***Schröder*** am ehesten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zutrauten, dies aber der SPD ganz absprachen oder ihr zumindest nicht explizit zugestanden (***Brettschneider*** 2000: 131). Hinsichtlich der Wahlentscheidung wollten immerhin 33 Prozent unter den Parteiungebundenen, die ***Schröder*** die höchste Kompetenz bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusprachen, unter den Parteien dabei aber die Union als die kompetenteste ansahen, die SPD wählen. Dieser Anteil betrug sogar 47 Prozent, wenn man keine Partei diesbezüglich als besonders kompetent ansah. Bezogen auf die Gesamtheit der prospektiven SPD-Wähler im August 1998 hielten 12 Prozent ***Gerhard Schröder*** für befähigt, die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen, nicht aber die SPD (***Brettschneider*** 2000: 131).

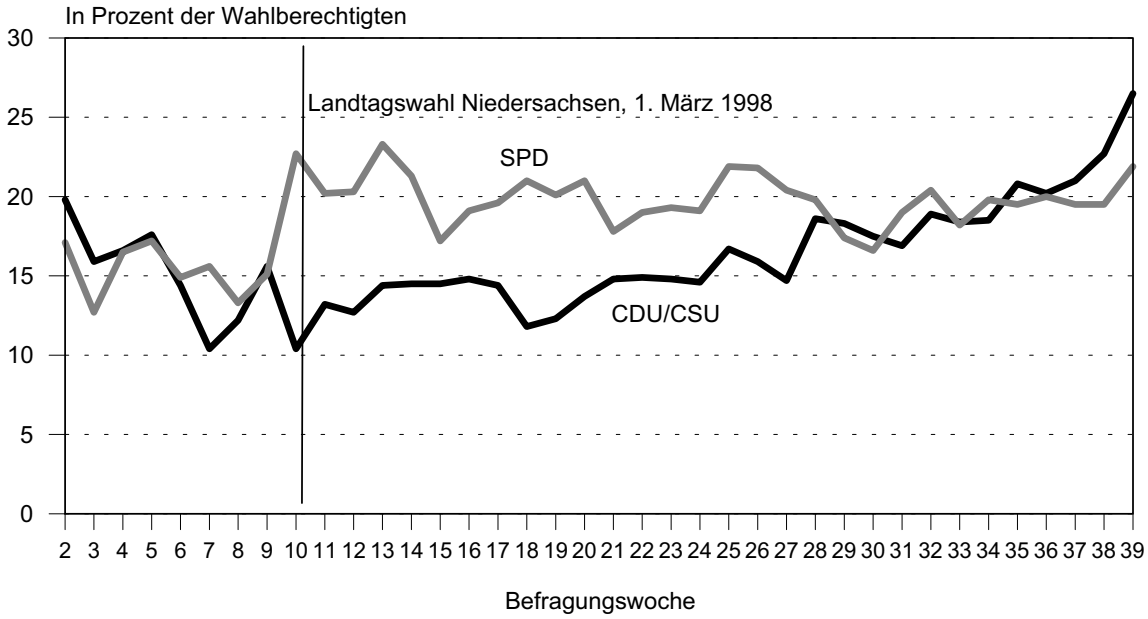
Mit der Berechnung von *Bandbreiten* einerseits, der *Analyse spezieller Teilgruppen* der Wählerschaft andererseits verfügt man über zwei Strategien, die dem Umstand Rechnung tragen, dass eine punktgenaue Ermittlung relativer Erklärungsbeiträge von Parteiidentifikation, Parteikompetenz und Kandidatenbewertung für das gesamte Elektorat nicht möglich ist. Beide Strategien lösen die Kausalproblematik nicht, sie gehen aber angemessen damit um.

Jede Querschnittsuntersuchung kurz vor oder kurz nach einer Wahl ignoriert aber notwendigerweise alle diejenigen Entwicklungen in den Einstellungen der Wähler, die auf das Wahlkampfgeschehen zurückgehen oder auch unabhängig vom Wahlkampf in den Monaten vor der Wahl erfolgen. Eine solche Entwicklung im Wahljahr 1998 war der sogenannte ***Schröder***-*Sog*. Damit ist nicht gemeint, "... dass für die Wahlentscheidung zugunsten der SPD die positiven Orientierungen gegenüber ***Schröder*** ausschlaggebend waren ..." (WZB-Mitteilungen 90, 2000: 14). Eine solche Deutung würde allein auf die relativen Erklärungsgewichte von Kandidat und Parteienkompetenz zum Zeitpunkt der Wahlentscheidung abheben. Genau dies wäre jedoch eine viel zu enge Sicht dieses Effekts, die die dynamische Dimension ausblendet. Unter dem ***Schröder***-Sog ist also nicht (allein) zu verstehen, dass die Bewertung der politischen und persönlichen Qualitäten ***Gerhard Schröders*** die Wahlentscheidung der Wähler stärker bestimmte als etwa die Kompetenzeinschätzungen der Parteien dies zu tun vermochten. Die mindestens ebenso wichtige Deutung unterstellt vielmehr, dass die Einschätzung ***Gerhard Schröders*** unter den Wahlberechtigten maßgeb-

lich die Kompetenzeinschätzung der SPD mitbestimmt hat.[6] Dass Politiker auch die Einschätzung ihrer Partei maßgeblich prägen können, lässt sich, unter anderem, aus Überlegungen zur Informationsökonomie der Wähler ableiten. Eine solche Prägung erfolgte während des Wahljahres 1998 wohl in der Tat, wie die zeitliche Entwicklung der Kompetenzeinschätzungen von SPD und CDU/CSU zeigt (Abbildung 1).

**Abbildung 1:** Problemlösungskompetenz von SPD und CDU/CSU während des Wahljahres 1998 (Tägliche Befragung in den Wochen 2 bis 39 bis einschließlich 25. September; Termin der Bundestagswahl: 27. September 1998)

Welche Partei wird denn Ihrer Meinung nach am besten mit den Problemen in der Bundesrepublik fertig?




Quelle: forsa-Tagesbefragung 1998.

Mit dem Wahlabend der niedersächsischen Landtagswahl vom 1. März 1998 und der sofort vorgenommenen de facto-Nominierung von ***Gerhard Schröder*** als Kanzlerkandidaten der SPD war es für die deutschen Wähler klar, welche SPD am 27. September zur Wahl stand: eine SPD, die im Spannungsfeld zwischen Gerechtigkeit und Innovation (vgl. dazu ***Schmitt-Beck*** 2001) den Akzent auf Innovation setzte. Der niedersächsische Wahlerfolg ***Gerhard Schröders*** und seine Nominierung als Kanzlerkandidat setzte sich umgehend in einer deutlich verbesserten Kompetenzzuschreibung an die sozialdemokratische Partei um.

6 ***Weßels*** spricht selbst den sogenannten ***Schröder***-Sog an, der darauf zurückgehe, "... dass mit der Nominierung Schröders als Kandidat für die Wähler die nötige Stimmigkeit zwischen Partei und Personal hergestellt wurde, ohne die Wahlen nicht zu gewinnen sind" (***Weßels*** 2000: 61).

Wie Abbildung 1 zeigt, erhöht sich der Anteil derjenigen, die die SPD als die Partei mit der größten Problemlösungskompetenz sehen, um gut fünf Prozentpunkte und bleibt, von kleineren Schwankungen abgesehen, bis zum Wahltag auf diesem höheren Niveau. Die Kurve der CDU/CSU steigt in den Wochen vor der Wahl erkennbar an, was dem normalen Wahlzyklus einer Regierungspartei entspricht. Anders als bei früheren Bundestagswahlen konnte die CDU/CSU die SPD aber nicht mehr deutlich überholen. Wenn die Problemlösungskompetenz erwiesenermaßen eine erklärungskräftige Determinante der Wahlentscheidung ist, dann schlägt sich eine deutlich und nachhaltig verbesserte Wahrnehmung dieser Kompetenz für die SPD bei einem Teil der Wähler auch im Wahlergebnis nieder. Dieser Effekt taucht aber in einer querschnittlichen Wahlanalyse, wie in der von ***Weßels*** verwendeten Nachwahlstudie zur Bundestagswahl, überhaupt nicht auf, da dort ja – nolens volens – allein die *Variation zwischen Befragten zu einem bestimmten Zeitpunkt* in das Ergebnis einfließt. In einem Querschnittsdesign werden nur die zum jeweiligen Zeitpunkt vorliegenden Korrelationen zwischen Kandidatenbewertung, Parteienkompetenz und Wahlentscheidung ausgewertet. Selbstverständlich konnte diese offenbar nachhaltige Verschiebung in den Kompetenzbewertungen der beiden großen Parteien nicht ohne Einfluss auf den Ausgang der Bundestagswahl bleiben. Ob die SPD auch ohne diese Verschiebung einen klaren Wahlsieg bei der Bundestagswahl erreicht hätte, bleibt sehr fraglich. Man kann es auch so formulieren: Es gibt nicht den 'reinen' Effekt der Parteienkompetenz einer Partei, der losgelöst vom Kanzlerkandidaten zu betrachten sei, auch wenn die Separierung der jeweiligen Effekte im Querschnitt diese Vorstellung nahe legen mag.

## 4. Schlussfolgerung

Wahlen sind periodisch wiederkehrende Zäsuren im Prozess der politischen Willensbildung, die zu einem bestimmten Stichtag dessen Ergebnis bilanzieren. Mittels querschnittlich angelegter Wahlstudien wird in der Regel versucht, eine Rekonstruktion dieser zeitpunktbezogenen Bilanzierung zu leisten. Die der untersuchten Wahl zeitlich vorgelagerte Dynamik des politischen Geschehens gerät dabei freilich weitgehend aus dem Blick. Dies ist deswegen problematisch, da der dem Wahltermin vorausgehende Wahlkampf naturgemäß darauf ausgerichtet ist, die bei den Wählerinnen und Wählern vorhandenen Bewertungen von Parteien, Kandidaten und Parteienkompetenzen zu beeinflussen. Die sich im Verlauf des Wahlkampfs ergebenden Verschiebungen in den entsprechenden Bewertungen werden durch querschnittliche Studien jedoch nicht erfasst. So könnte etwa eine sich im Laufe des Wahlkampfs verbessernde Beurteilung der Problemlösungskompetenz einer Partei durch die Bevölkerung durchaus wahlentscheidend gewesen sein, auch wenn die Kompetenz in einer querschnittlichen Analyse nicht den stärksten Effekt auf die Wahlentscheidung aufweist. Auch werden die Beziehungen zwischen den verschiedenen Bewertungsobjekten im Rahmen einer querschnittlichen Analyse nur unzureichend abgebildet. So kann die Nominierung eines Politikers zum Spitzenkandidaten seiner Partei deutliche Ver-

änderungen in der Bewertung dieser Partei und deren subjektiv wahrgenommener Problemlösungskompetenz nach sich ziehen, wie bei der Bundestagswahl 1998 geschehen. Im Rahmen querschnittlicher Analysen kann dieser zeitlich vorgelagerte 'Ausstrahlungseffekt' aber nicht dem Kandidateneinfluss zugerechnet werden, so daß dieser systematisch unterschätzt wird.

Über die mit der Dynamik des politischen Prozesses verbundenen Probleme hinaus ist eine Separierung der relativen Effekte von Kandidatenbewertungen und subjektiv wahrgenommenen Parteienkompetenzen auch deshalb schwierig, weil deren kausale Prioritäten theoretisch ungeklärt sind und aufgrund der zwischen beiden Größen bestehenden Korrelationen Multikollinearitätsprobleme existieren, die eine exakte Effektseparierung aus statistischen Gründen erschweren.

Vor dem Hintergrund der eben beschriebenen Probleme sind empirische Analysen des Wählerverhaltens auf der Grundlage von Querschnittsanalysen sicherlich nicht völlig untauglich, sie sind aber mit großer Vorsicht zu interpretieren. Die im vorliegenden Artikel diskutierte Arbeit von ***Bernhard Weßels*** suggeriert hingegen ein Maß an Genauigkeit – nicht zuletzt durch die Angabe exakter Prozentmargen, die die einzelnen Faktoren der Wahlentscheidung angeblich zum SPD-Wahlergebnis beigetragen haben sollen, sowie durch die pointierte Interpretation der Ergebnisse –, das die von ihm präsentierten Analysen aus den verschiedenen hier diskutierten Gründen nicht ansatzweise begründen können.

Als eine Mindestanforderung bei der Interpretation querschnittlicher Wahlanalysen scheint es uns geboten, dass die Entwicklung der verschiedenen Einflussfaktoren in den Monaten vor einer Wahl explizit bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt wird. Wünschenswert wäre des Weiteren, dass Wahlstudien in Zukunft von vornherein als längsschnittliche Studien angelegt werden. Auch längsschnittliche Wahlstudien werden den relativen Einfluss der verschiedenen Faktoren der Wahlentscheidung gewiss nicht mathematisch exakt angeben können. Sie ermöglichen aber eine umfassende und detaillierte Beschreibung des politischen Willensbildungsprozesses im Vorfeld einer Wahl und darüber auch eine realitätsnahe, differenzierte und verlässliche Analyse der Determinanten der Wahlentscheidung.

## Literatur

***Belsley, David A.***, ***Kuh, Edwin*** und ***Welsch, Roy E.***, 1980: Regression Diagnostics: Identifying Influential Data and Sources of Collinearity, New York.

***Belsley, David A.***, 1982: Assessing the Presence of Harmful Collinearity and Other Forms of Weak Data Through a Test for Signal-to-Noise, in: Journal of Econometrics 20, 211-253.

***Brettschneider, Frank***, 2000: Kohls Niederlage? Schröders Sieg! Die Bedeutung der Spitzenkandidaten bei der Bundestagswahl 1998, in: ***Gert Pickel***, ***Dieter Walz*** und ***Wolfram Brunner*** (Hrsg.), Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen, 109-140.

***Eith, Ulrich*** und ***Mielke, Gerd***, 2000: Die soziale Frage als "neue" Konfliktlinie? Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998, in: ***Jan van Deth***, ***Hans Rattinger*** und ***Edeltraud Roller*** (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen, 93-116.

***Jagodzinski, Wolfgang*** und ***Kühnel, Steffen M.***, 1990: Zur Schätzung der relativen Effekte von Issueorientierungen, Kandidatenpräferenz und langfristiger Parteibindung auf die Wahlabsicht, in: ***Karl Schmitt*** (Hrsg.), Wahlen, Parteieliten, politische Einstellungen. Neuere Forschungsergebnisse, Frankfurt am Main, 5-63.

***Klein, Markus*** und ***Ohr, Dieter***, 2000: Gerhard oder Helmut? 'Unpolitische' Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998, in: Politische Vierteljahresschrift 41, 199-224.

***Klein, Markus*** und ***Ohr, Dieter***: Die Wahrnehmung der politischen und persönlichen Eigenschaften von ***Helmut Kohl*** und ***Gerhard Schröder*** und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998, in: ***Hans-Dieter Klingemann*** und ***Max Kaase*** (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden, 91-132.

***Pappi, Franz U.***, 1999: Die Abwahl Kohls. Hauptergebnis der Bundestagswahl 1998?, in: Zeitschrift für Politik 46, 1-29.

***Schmitt-Beck, Rüdiger***, 2001: Ein Sieg der "Kampa"? Politische Symbolik in der Wahlkampagne der SPD und ihre Resonanz in der Wählerschaft, in: ***Hans-Dieter Klingemann*** und ***Max Kaase*** (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden, 133-161.

***Weßels, Bernhard***, 2000: Kanzler- oder Politikwechsel? Bestimmungsgründe des Wahlerfolgs der SPD bei der Bundestagswahl 1998, in: ***Jan van Deth, Hans Rattinger*** und ***Edeltraud Roller*** (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen, 35-65.

WZB-Mitteilungen, Heft 90, Dezember 2000: Personen oder Politik. Warum die SPD die Bundestagswahl 1998 gewann, 12-15.

# Die GESIS im Urteil der Profession: Ergebnisse einer Befragung von Soziologieprofessorinnen und -professoren

**von Gisbert Binder, Markus Klein, Rolf Porst und Matthias Stahl**[1]

Die Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) ist eine Serviceeinrichtung für die Sozialwissenschaften. Eine solche Einrichtung muss sich daran messen lassen, inwieweit ihre Produkte und Dienstleistungen den Bedürfnissen ihrer Zielgruppe gerecht werden. Im Rahmen der Qualitätssicherung der GESIS wurde daher eine Befragung deutschsprachiger Soziologieprofessorinnen und -professoren in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt, die sogenannte *GESIS-Potentialanalyse* (vgl. ausführlich Binder/Klein/Porst/Stahl 2001). In ihrem Rahmen wurde die Nutzung sowie die Bewertung der Produkte und Dienstleistungen der GESIS erfasst. Die Gruppe der Soziologieprofessorinnen und -professoren wurde ausgewählt, da sie zur Kerngruppe der (potentiellen) Nutzer der GESIS gehören und außerdem über eine besondere Expertise zur Beurteilung der Produkte und Dienstleistungen der GESIS verfügen sollten.

### Die Durchführung der Befragung

Die GESIS-Potentialstudie wurde als Gemeinschaftsprojekt der drei GESIS-Institute Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ), Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA) sowie Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) durchgeführt. Die Feldarbeit lag bei ZUMA. Angestrebt war eine Befragung *aller* Soziologieprofessorinnen und -professoren in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Insgesamt konnten vom IZ in den Vorlesungsverzeichnissen (WS 1999/2000) der wissenschaftlichen und sonstigen Hochschulen der drei genannten Ländern 636 Soziologieprofessorinnen und -professoren identifiziert werden. Von diesen wurden in der Zeit vom 9. November bis 14. Dezember 2000 insgesamt 431 telefonisch befragt. Die Ausschöpfungsquote lag damit bei beachtlichen 77,2 Prozent (vgl. zur Feldarbeit ausführlich Schneid/Stiegler 2000, 2001).

---

1 ***Gisbert Binder*** (IZ), ***Markus Klein*** (ZA), ***Rolf Porst*** (ZUMA), ***Matthias Stahl*** (IZ).
Dieser Beitrag wird gleichzeitig auch in den ZUMA-Nachrichten 49 veröffentlicht.

**Der Bekanntheitsgrad der GESIS und ihrer drei Mitgliedsinstitute**

Das erste wichtige Kriterium, an dem sich die GESIS messen lassen muss, ist, ob sie von der Profession überhaupt wahrgenommen wird. Im Rahmen der Befragung wurde daher der Bekanntheitsgrad der GESIS insgesamt sowie seiner drei Mitgliedsinstitute ermittelt. Es zeigt sich, dass die GESIS 86 Prozent der befragten Soziologieprofessorinnen und -professoren bekannt ist. Der Bekanntheitsgrad von IZ und ZA liegt bei jeweils 87 Prozent, während das ZUMA 93 Prozent der Befragten kennen.

**Die Nutzung und Bewertung des IZ**

235 der 431 befragten Soziologieprofessorinnen und –professoren haben das IZ bereits für ihre wissenschaftlichen Arbeiten persönlich genutzt oder haben ihren Mitarbeitern den Auftrag gegeben, die Angebote des IZ für sie zu nutzen. Damit liegt der Anteil der Nutzer bei 55 Prozent aller Befragten. Betrachtet man ausschließlich die Befragten, die das IZ kennen, liegt der Anteil der Nutzer bei 63 Prozent.

Von den 181 persönlichen Nutzern des IZ kennen praktisch alle die Literaturnachweisdatenbank SOLIS. Drei Viertel haben bereits damit gearbeitet. Die Forschungsprojektdatenbank FORIS ist ebenfalls der überwiegenden Mehrheit der persönlichen Nutzer bekannt. SOLIS wird von knapp der Hälfte der Nutzer für ihre wissenschaftliche Arbeit als sehr wichtig oder wichtig eingeschätzt. FORIS wird von ca. 40 Prozent der Nutzer als sehr wichtig oder wichtig angesehen. Nur 5 der 42 Nutzer, die SOLIS für sich persönlich als eher unwichtig oder ganz unwichtig einschätzen, halten diese Datenbank auch für die Sozialwissenschaft insgesamt für unwichtig. Die entsprechenden Werte für FORIS sind sehr ähnlich.

Bei den einzelnen Produkten und Dienstleistungen ist die Nutzung des gedruckten Sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienstes soFid am weitesten verbreitet: Die persönlichen Nutzer des IZ haben zu ca. 40 Prozent schon mit dem soFid gearbeitet. Die Themendokumentationen werden von 34 Prozent der Nutzer in Anspruch genommen.

Jeder dritte Nutzer hat bereits beim IZ eine oder mehrere Recherchen in Auftrag gegeben. Die Möglichkeiten, in den Datenbanken SOLIS und FORIS direkt online bzw. über die CD-ROM WISO III persönlich zu recherchieren, wurden von den Nutzern bislang seltener in Anspruch genommen: 33 Nutzer haben bereits selbst mit der WISO III gearbeitet. 43 Befragte geben an, dass ihre Mitarbeiter die CD-ROM WISO III in ihrem Auftrag benutzen. Diejenigen, die die CD-ROM WISO III persönlich kennen, beurteilen sie überwiegend mit „sehr gut“ oder „gut“.

Die Nutzer kommen nicht nur über Produkte und Dienstleistungen mit dem IZ in Kontakt, sondern in bedeutsamer Weise auch über die jährlich durchgeführte Forschungserhebung bei allen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten im deutschsprachigen Bereich. Die Forschungserhebung ist die mit Abstand am häufigsten genannte „Brücke“ zwischen dem IZ und seinen persönlichen Nutzern. Das Internetangebot der GESIS und die Beschreibung des IZ-Angebots im Prospekt „Produkte und Dienstleistungen“ werden von jeweils 42 Prozent der Nutzer wahrgenommen.

Diejenigen, die das IZ persönlich nutzen, beurteilen die Gesamtleistung des IZ überwiegend positiv: 156 der 169 persönlichen Nutzer, die ein Votum abgaben, wählten die Kategorien „ausgezeichnet“, „sehr gut“ oder „gut. Als „annehmbar“ wurden die Leistungen von lediglich 13 Befragten eingestuft. Keine einzige Person wählte die Kategorie „schlecht“. Die Bereitschaft, die Produkte und Dienstleistungen des IZ an Kollegen/innen weiterzuempfehlen, ist weit verbreitet: 138 Befragte (79 Prozent der Nutzer) würden dies „bestimmt“ oder „wahrscheinlich“ tun. Ein großer Teil der Nutzer (ca. 82 Prozent) wird auch in Zukunft wieder Produkte und Dienstleistungen des IZ in Anspruch nehmen. Etwas mehr als die Hälfte der Nutzer sehen einen „sehr großen“ oder „großen“ Vorteil in der Möglichkeit, das IZ nutzen zu können. Diese Befunde entsprechen weitgehend den Hauptergebnissen der 1997 gemeinsam mit INFRATEST BURKE durchgeführten Befragung zur Zufriedenheit der Mehrfachkunden (TRI:M-Studie).

Die Analyse des Nutzer- und Nutzungspotentials bei den deutschsprachigen Soziologieprofessoren gibt Hinweise auf die relative Bedeutsamkeit von Datenbanken im allgemeinen und von SOLIS und FORIS im besondern unter Berücksichtigung des gesamten Informationsbeschaffungsverhaltens der Befragten. Der Ausbau des Internet-Angebots der GESIS mit der Möglichkeit, vom eigenen PC aus kostenlos in SOLIS und FORIS recherchieren zu können, dürfte zu einer Steigerung der Nutzungsintensität führen. Voraussetzung ist allerdings, dass die potentiellen Nutzer umfassend und aktuell über die Angebote des IZ informiert werden.

**Die Nutzung und Bewertung des ZA**

Ungefähr zwei Drittel der Soziologieprofessorinnen und -professoren, die das ZA kennen, haben seine Leistungen bereits in Anspruch genommen. Von denjenigen Befragten, die das ZA nicht *selbst* nutzen, geben 53 Prozent als Grund der Nicht-Inanspruchnahme an, dass sie nicht empirisch arbeiten. Alle nachfolgenden Zahlen beziehen sich nur noch auf die Personen, die das ZA kennen *und* bereits genutzt haben.

Die bekannteste Dienstleistung des ZA ist der Datenservice (92 Prozent). Es folgen die ZA-Information (90 Prozent), der Datenbestandskatalog (80 Prozent), Workshops und Konferenzen (75 Prozent), das Frühjahrsseminar (72 Prozent), die Methodenberatung

(68 Prozent), das Herbstseminar (65 Prozent) sowie die Spezialbibliothek „Empirische Sozialforschung“ (55 Prozent). Am häufigsten genutzt wird die ZA-Information (72 Prozent), der Datenservice (64 Prozent) sowie der Datenbestandskatalog (55 Prozent). 79 Prozent der Befragten fühlen sich ausreichend über das Dienstleistungsangebot des ZA informiert.

52 Prozent der Befragten haben schon einmal einen Datensatz zur Archivierung an das ZA weitergegeben. 79 Prozent haben außerdem schon einmal in den Datenbeständen des ZA nach einem Datensatz gesucht. Die Suche erfolgte dabei telefonisch (26 Prozent), über das Internet-Angebot des ZA (24 Prozent), über den gedruckten Datenbestandskatalog (22 Prozent), schriftlich (17 Prozent) oder persönlich (16 Prozent). 26 Prozent führten die Recherche über einen Mitarbeiter durch. Unabhängig von der konkret gewählten Recherchemöglichkeit waren die Befragten mit deren Qualität im Durchschnitt sehr zufrieden. 67 Prozent konnten einen für ihr Forschungsthema geeigneten Datensatz finden. 46 Prozent waren mit der Aktualität der vom ZA angebotenen Datensätze zufrieden. Nur 23 Prozent der Befragten geben an, dass das ZA den Nutzern die Recherche in seinen Datenbeständen weiter erleichtern könnte. Genannt werden dabei vor allem erweiterte Zugangs- und Recherchemöglichkeiten im Internet, insbesondere aber die Möglichkeit des Downloads von Datensätzen.

Insgesamt 79 Prozent der Befragten haben schon einmal einen Datensatz über das ZA bezogen, 61 Prozent von ihnen innerhalb der letzten drei Jahre. 21 Prozent der Befragten geben an, bislang keinen Datensatz über das ZA bezogen zu haben. Als Gründe hierfür werden vor allem der fehlenden Bedarf an empirischen Daten im allgemeinen und an Sekundäranalysen im besonderen genannt. Der am häufigsten nachgefragte Datensatz ist der ALLBUS. 73 Prozent der Befragten, die bereits einmal einen Datensatz über das ZA bezogen haben, geben an, es habe sich bei einem dieser Datensätze um den ALLBUS gehandelt. Es folgen die Eurobarometer (40 Prozent), der ISSP (38 Prozent), die Jugendstudien (37 Prozent), der Wohlfahrtssurvey (29 Prozent), das Politbarometer (27 Prozent), der World Values Survey (23 Prozent), die Wahlstudien (21 Prozent) und der European Values Survey (13 Prozent).

84 Prozent der Befragten sind mit der Geschwindigkeit, mit der ihnen die bestellten Daten geliefert wurden zufrieden. 82 Prozent geben an, dass die Auswertung der über das ZA bezogenen Daten problemlos möglich gewesen sei. Genutzt werden die über das ZA bezogenen Daten vor allem für Sekundäranalysen mit eigenen Fragestellungen (85 Prozent), den Einsatz in der Lehre (59 Prozent), die Vorbereitung eigener Forschungsprojekte (55 Prozent), zur Ergänzung eigener Daten in zeitlicher Hinsicht (54 Prozent) sowie zur Ergänzung eigener Daten um einen internationalen Vergleich (36 Prozent).

All diejenigen Befragten, die das ZA kennen und bereits in Anspruch genommen haben, wurden gebeten, ihre Erfahrungen mit dem ZA auf einer fünfstufigen Zufriedenheitsskala summarisch zu bilanzieren. Immerhin 37 Prozent der Befragten wählen dabei mit der „5“ den höchsten Zufriedenheitswert. Weitere 43 Prozent wählen mit der „4“ die zweitbeste Bewertung. Eine nur durchschnittliche Bewertung vergaben mit der „3“ noch 10 Prozent, während die beiden Werte „1“ und „2“, die Unzufriedenheit indizieren, jeweils nur von einem Prozent der Befragten gewählt wurden.

29 Prozent der Befragten gaben an, es gebe Dinge, die das ZA besser machen könnte. Auf Nachfrage nannten diese Personen konkret die folgenden Punkte: Mehr Informationen über die Produkte, Dienstleistungen und Datensätze des ZA, ein besseres Internetangebot sowie die Möglichkeit des Downloads von Datensätzen sowie bessere Recherchemöglichkeiten und Beratung.

78 Prozent der Befragten können keine Leistung nennen, die ihrer Ansicht nach vom ZA noch zusätzlich angeboten werden sollte. Von denjenigen Befragten die dies konnten wurde in erster Linie der Download von Daten über das Internet sowie die verstärkte Berücksichtigung qualitativer Daten genannt. 62 Prozent der Befragten kennen keine anderen Einrichtungen, die vergleichbare Produkte und Dienstleistungen wie das ZA anbieten. Diejenigen Befragten, die solche Einrichtungen kennen, nennen im wesentlichen andere Datenarchive außerhalb von Deutschland.

**Die Nutzung und Bewertung des ZUMA**

ZUMA ist in der deutschsprachigen Profession ein Begriff: 93 Prozent der befragten Professorinnen und Professoren kennen ZUMA. Mehr als die Hälfte (52 Prozent) dieser Personen hat bereits selbst Produkte oder Dienstleistungen von ZUMA in Anspruch genommen, fast die Hälfte (46 Prozent) hat Mitarbeiter beauftragt, ZUMA in ihrem Namen zu nutzen. Auch weisen mehr als die Hälfte der Soziologieprofessorinnen und -professoren, die ZUMA kennen, ihre Studenten auf ZUMA hin.

55 Prozent der Personen, die ZUMA schon in Anspruch genommen haben, haben dies in Form konkreter Beratungsleistungen getan, die meisten davon mehr als einmal. Die Zufriedenheit mit den Leistungen ZUMA’s in diesem Bereich ist sehr hoch (Mittelwert 4,4 auf einer Skala von 1 = „gar nicht zufrieden“ bis 5 = „sehr zufrieden“).

35 Prozent der Personen, die ZUMA schon in Anspruch genommen haben, haben dies in Form von Projektbetreuung getan, die meisten bei mehr als einem ihrer Projekte. Die Zufriedenheit mit der Projektbetreuung bei ZUMA ist ebenfalls sehr hoch (Mittelwert 4,4 auf einer Skala von 1 = „gar nicht zufrieden“ bis 5 = „sehr zufrieden“).

78 Prozent der Personen, die ZUMA schon in Anspruch genommen haben, haben Produkte und Dienstleistungen von ZUMA genutzt. Der weitaus größte Teil davon nennt dabei die ZUMA-Nachrichten, gefolgt von ALLBUS und Datenreport. Am wenigsten bekannt sind die ZUMA-Nachrichten Spezial, sonstige ZUMA-Publikationen und das ZUMA-Informationssystem ZIS.

Der Großteil der Befragten, die bereits mit ZUMA zu tun hatten, werden sich „ganz bestimmt“ (45 Prozent) oder „wahrscheinlich“ (28 Prozent) auch in Zukunft wieder an ZUMA wenden oder ZUMA an Kolleginnen oder Kollegen weiterempfehlen (61 Prozent „ganz bestimmt“, 27 Prozent „wahrscheinlich“).

Die Zufriedenheit mit ZUMA insgesamt ist mit 4,1 auf einer Skala von 1 = „gar nicht zufrieden“ bis 5 = „sehr zufrieden“ recht hoch; dennoch gibt es eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen, die auf systematischere Öffentlichkeitsarbeit und mehr Information über das Leistungsspektrum ZUMA's abzielen. Man würde sich wünschen, dass ZUMA auch mehr im Bereich von Dienstleistungen allgemeiner Art für die Profession anbieten würde, z. B. im Bereich von Workshops oder durch Vermittlung der Erfahrungen ZUMA's in die Profession hinein. Ein gewisses Interesse an mehr Leistungen im Bereich der qualitativen Forschung wird sichtbar, allerdings in einer nicht allzu starken Häufigkeit.

Alternativen zu ZUMA werden von 22 Prozent der Professorinnen und –professoren genannt, die mit ZUMA bereits zu tun hatten, wobei aber etwa die Hälfte davon auf Institute verweisen, die inhaltliche Arbeit verrichten.

Befragte, die ZUMA zwar kennen, aber selbst bisher noch nicht unmittelbar mit ZUMA zu tun hatten, beziehen ihre Kenntnis vor allem aus dem Kollegenkreis. Wer ZUMA nicht in Anspruch nimmt, hat aufgrund seiner Forschungsausrichtung oder ohne dies näher zu spezifizieren keinen Bedarf an ZUMA-Leistungen. Aber auch (allerdings wenige) vorrangig qualitativ arbeitende Wissenschaftler sehen in ZUMA nicht vorrangig eine Anlaufstelle, vermissen dort eine einschlägige Kompetenz.

**Literatur**

***Binder, G.; Klein, M.; Porst, R.; Stahl, M.,*** 2001: Die GESIS-Potentialanalyse. IZ, ZA und ZUMA im Urteil von Soziologieprofessorinnen und –professoren. GESIS-Arbeitsbericht Nr. 2.

***Schneid, M.; Stiegler, A.***, 2000: Pretestbericht Projekt „Potential-Umfrage GESIS“. ZUMA-Projektbericht 03/2000.

***Schneid, M.; Stiegler, A.***, 2001: Feldbericht Projekt „Potential-Umfrage GESIS“. ZUMA-Projektbericht 08/2001. Methoden der Empirischen Sozialforschung.

# CESSDA Expertenseminar 2001

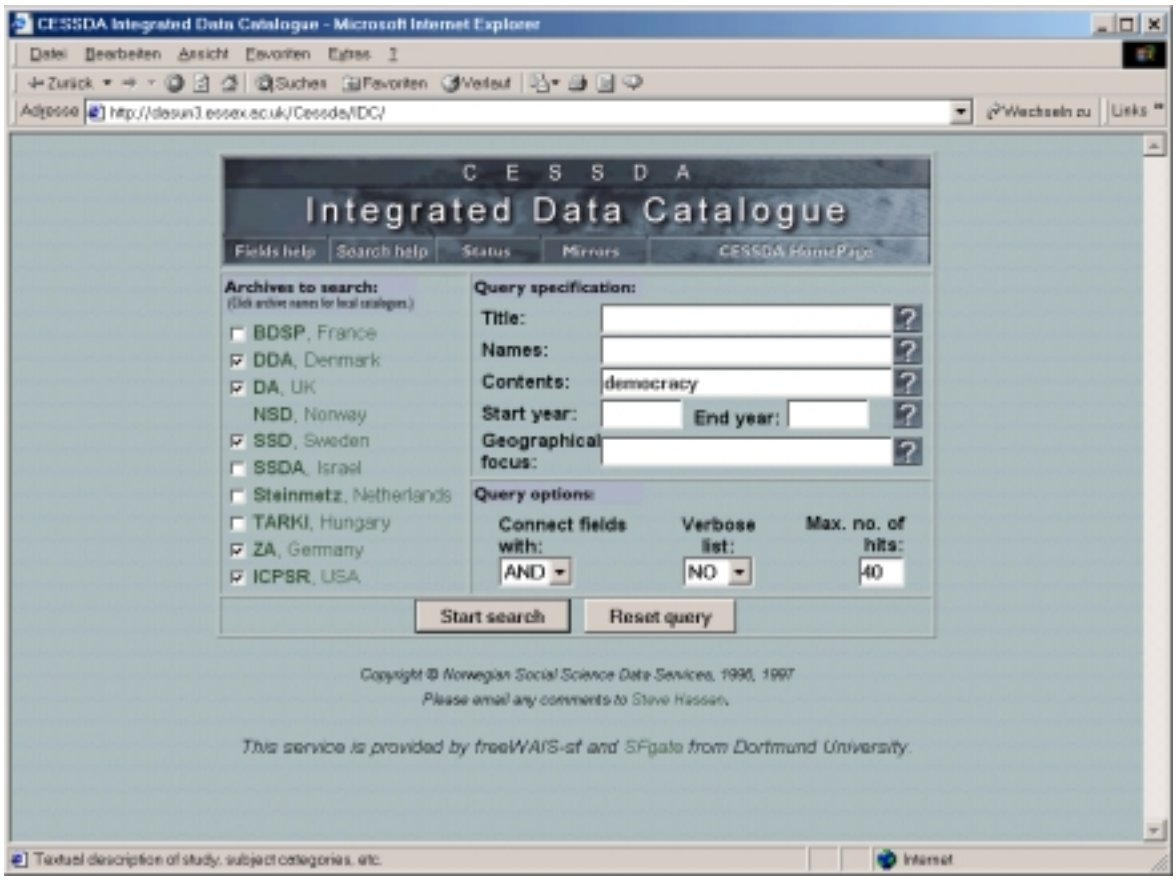
## von Rolf Uher und Meinhard Moschner

Das CESSDA (Council of European Social Science Data Archives) Expertenseminar wurde in diesem Jahr vom britischen Datenarchiv (UK DA) an der Universität von Essex im Rahmen einer Seminarwoche vom 3. bis 6. September organisiert. Als Generalthema lässt sich die Integration von Beschreibungen und Informationen über sozialwissenschaftliche Datensammlungen (Metadaten) nennen, so wie sie in Archiven wie dem unseren aufbewahrt werden. Dabei wurde eine Lösungssuche auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Ansätzen deutlich.

### Integrierte Suche in den Datenbeständen der europäischen Archive
### Der Stand der Dinge: der integrierte Datenkatalog der CESSDA

Der Integrierte Datenkatalog (IDC) ist unter: http://dasun3.essex.ac.uk/Cessda/IDC/ abrufbar. Er wurde Mitte der 90er Jahre implementiert und bietet seitdem eine komfortable Möglichkeit, via Internet in den Datenbestandskatalogen der angeschlossenen Archive zu suchen. Obwohl die Informationen verteilt im Netz, nämlich an den jeweiligen Standorten der Archive angeboten und gepflegt werden, können sie von einer Plattform gemeinsam durchsucht werden. Um dies zu ermöglichen waren unter den beteiligten Archiven schon frühzeitig Vereinbarungen – z.B. über das Format von Studienbeschreibungen oder über die Suchfelder, die dem Benutzer als Optionen angeboten werden sollten – getroffen worden.

**Abbildung 1**: Einstiegsseite des integrierten Datenkatalogs der CESSDA

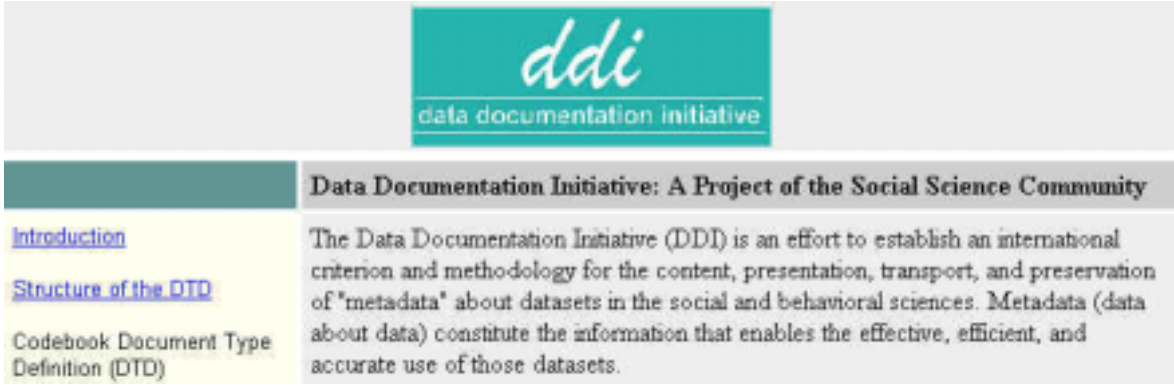



Derzeit sind sieben europäische Archive, das SSDA in Israel und das ICPSR in den USA an dem integrierten Datenkatalog der CESSDA beteiligt. Die derzeit genutzte Recherche-Software ist freeWAIS, die sich zwar als robustes Instrument erwiesen hat, aber nicht mehr dem Stand der technischen Entwicklung entspricht und auch als Software nicht mehr gepflegt und weiterentwickelt wird. Das führte dazu, dass die Aktualität des Angebotes nicht immer gewährleistet ist und sich ein Datenarchiv bereits aus dem gegenwärtigen integrierten Datenkatalog verabschiedet hat. Aus dieser Situationsanalyse ergab sich für die Archive ein Handlungsbedarf, um die inhaltliche und technische Aktualität wieder herzustellen. Gleichzeitig soll auch die geografische Ausdehnung des integrierten Datenkatalogs vorangebracht werden.

**Die Data Documentation Initiative - DDI**

Ebenfalls seit Mitte der 90er Jahre gibt es die Data Documentation Initiative (DDI).
http://www.icpsr.umich.edu/DDI

**Abbildung 2:** Einstiegsseite des DDI




Sie wurde auf Initiative von ***Richard Rockwell***, der zu der Zeit Direktor des ICPSR (Inter University Consortium for Political and Social Research, University of Michigan) war, ins Leben gerufen. Die Standard-Dokumentationsformate wie z.B. das OSIRIS-Format, waren in erster Linie auf die Erstellung von gedruckten Codebüchern zu Cross-Section Studien ausgerichtet. Die Erfordernisse von international vergleichenden Studien oder Längsschnittuntersuchungen konnten nur mit partiellen Erweiterungen der existierenden Formate durchgeführt werden. Zudem waren andere Publikationsformate wie z.B. die Veröffentlichung im Internet oder auf mobilen Datenträgern ebenfalls nur mit Zusatzaufwand zu bewerkstelligen.

Die DDI Arbeitsgruppe sollte nun für die Dokumentation sozialwissenschaftlicher Daten ein homogenes Format entwickeln, das sowohl den inhaltlichen Anforderungen komplexer Datenstrukturen als auch den technischen Anforderungen der Veröffentlichung von Dokumenten auf unterschiedlichen Plattformen gerecht werden sollte. Das letztendlich ausgewählte Dokumentationsformat beruht auf XML (eXtended Mark-up Language), einer modifizierten Version der SGML (Structured Generalized Markus Language – ISO 8879 von 1986). Inzwischen ist eine erste Version des DDI verfügbar, die zwar noch nicht allen Anforderungen an die Beschreibung komplexer Datenstrukturen gerecht wird, die aber als Dokumentations- und Austauschformat bereits einsetzbar ist.

**DDI und IDC**

In dieser Situation wurde auf dem CESSDA-DDI Workshop die zukünftige Entwicklung des integrierten Datenkatalogs IDC diskutiert. Bereits das Expertenseminar 2000 in Tampere, Finnland, hatte gezeigt, dass das DDI Format in einigen Archiven bereits als Standard angewendet wird und die meisten anderen ihre Dokumentationen auf dieses Format umstellen werden. Im Zentralarchiv gibt es dazu ebenfalls ein Projekt, das in einer der nächsten Ausgaben der ZA Information vorgestellt wird.

Die geplante Umstellung des integrierten Datenkatalogs der CESSDA soll jedoch nicht nur eine einfache Übersetzung auf eine andere technische Ebene, vom ASCII- in das XML-Format, sondern ein erster Schritt auf dem Weg zu einem CESSDA Internet Portal sein, in dem weitere Entwicklungen, wie z.B. die Online-Analyse oder auch das interaktive Herunterladen von Daten, vorausschauend berücksichtigt werden.

Das Instrumentarium, das am ehesten geeignet ist, diese Funktionen sowohl auf der Nutzerseite als auch auf der Server-Seite zu bedienen, ist NESSTAR. NESSTAR benutzt das DDI als Dokumentationsformat und ist auf die verschiedenen Funktionen der Suche, der Online-Analyse und des Datendownloads bereits ausgerichtet. Um aber den Anforderungen des neuen integrierten Datenkatalogs der CESSDA und auch der weiteren Planungen gerecht zu werden, wurden auf dem Workshop eine Reihe von Anforderungen formuliert, die in NESSTAR noch berücksichtigt werden müssten:

- Die weiteren Themen, die im Rahmen des IDC diskutiert wurden, waren: Welche Elemente des DDI werden als verbindliche und welche als empfohlene Elemente definiert, um eine weitgehende Vergleichbarkeit der Studienbeschreibungen in den beteiligten Archiven zu erreichen?
- Für welche der Elemente in den Studienbeschreibungen soll ein kontrolliertes Vokabular eingesetzt bzw. entwickelt werden?
- Wie soll mit dem Problem der Mehrsprachigkeit umgegangen werden?
- Wie kann Redundanz in den Suchergebnissen vermieden werden, wenn in mehreren Archiven der gleiche Datensatz vorgehalten wird?
- Welche sich daraus ergebenden archiv-politischen Probleme müssen auf der Ebene des CESSDA Business Meetings gelöst werden?

Die Umstellung des IDC auf die neue Plattform und in die neue Umgebung wird sicher noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Perspektive ist etwa ein Jahr, in dem sowohl die technische Umsetzung als auch die Lösung noch anstehender Probleme bewältigt werden muss.

**Grenzüberschreitende Integration aus der Sicht der Datenanbieter**

Zwei Aspekte der grenzüberschreitenden Integration des Angebots der sozialwissenschaftlichen Datenarchive wurden im Rahmen der Seminarwoche beim UK-Data Archive auch für einen breiteren Kreis von "Datenanbietern" behandelt: Im "**LIMBER Evaluation Workshop**" (3.9.) ging es um Lösungsansätze für das Problem der Mehrsprachigkeit der Dokumentation, und am Folgetag um die softwareseitige Einrichtung verteilter NESSTAR Server unter dem Thema "**Implementing NESSTAR: Setting up a server and publishing data**".

**Sprachübergreifende sozialwissenschaftliche Datendokumentation**

Das Akronym LIMBER steht für *Language Independent Metadata Browsing of European Resources*. Ziel des von der Europäischen Kommission finanzierten Projekts war die Entwicklung eines mehrsprachigen Thesaurus zur Indizierung sozialwissenschaftlicher Datenbasen sowie von Werkzeugen für dessen konkreten Einsatz. Der Workshop ermöglichte der internationalen Teilnehmerrunde einen kritischen Einblick in den zur Zeit englisch-, französisch-, spanisch- und deutschsprachigen *European Language Social Science Thesaurus* (ELSST), hervorgegangen aus dem HASSET Thesaurus des britischen Datenarchivs. Vorgestellt wurden auch technische Möglichkeiten der Thesaurusverwaltung und Ansätze (teil)automatisierter Indizierung. Deutlich wurde, dass die Evaluation sowohl des Methodenvokabulars als auch der Konsistenz des thematischen Vokabulars - z.B. in seiner Tiefenstruktur und seiner Übersetzung - sowie die Bestimmung der in der jeweiligen Sprache gebräuchlichen bzw.präferierten Bezeichnung (preferred term) noch nicht als abgeschlossen gelten kann. Noch nicht geklärt sind auch die Fragen nach dem notwendigen Konkretisierungsgrad der Begriffshierarchie für eine Indizierung auf Studien- oder auf Fragen- bzw. Variablenebene oder die Institutionalisierung der Thesauruspflege und seiner Weiterentwicklung mit dem Wandel im Bereich gesellschaftlich relevanter Themen. Ein Vorschlag ist auch die Möglichkeit lokaler Erweiterungen des "Kernthesaurus" z.B. nach Forschungs- bzw. Datenschwerpunkten.

**Vernetzung und Standardisierung des Datenangebots**

Während des NESSTAR Workshops konnten sich Abgesandte aus der Datenarchivwelt, aber auch anderer "Datenanbieter" wie der International Labour Organization (ILO), von der weitgehend problemlosen Installation eines NESSTAR Server-Netzwerks überzeugen. Die zur Publikation von Daten und zugehöriger Dokumentation über den NESSTAR Explorer hilfreiche bzw. erforderliche Software wurde im Rahmen des ebenfalls von der Europäischen Kommission finanzierten NESSTAR-Projekts entwickelt. Die Umwandlung eines z.B. in SPSS dokumentierten Datensatzes erfolgt mit Hilfe von XML-Konvertierungs- und Editier-Tools (*Data Builder, XML Generator)*. Die hiermit nach dem DDI-Standard (Data Type Definition) erstellte XML-Metadatenstruktur kann vom Datenanbieter um weitere DDI-Dokumentationselemente, von der Ebene der Studienbeschreibung bis zum Fragetext, erweitert und anschließend über den *NESSTAR Publisher* geprüft und auf dem NESSTAR Server publiziert werden. Vorgestellt wurde auch ein frei figurierbares RDF (Resource Description Framework) basiertes System der Zugangskontrolle, das auch Differenzierung nach Nutzer(gruppen) und Datensatz(gruppen) ermöglicht. Dieses ist eine wichtige Voraussetzung für die künftige Online-Haltung von Daten. Geplant ist eine Weiterentwicklung und Integration der vorgestellten XML-Tools zum Import und zur Aufbereitung der Metadaten.. Ein von Datenanbietern vielseitig einzusetzendes Tool für die Pro-

duktion und Verwaltung umfangreicher Metadaten nach dem komplexen, künftig in Teilbereichen noch zu erweiternden DDI-Schema ist noch nicht in Sicht.

**Weitere Links zum Thema**

Weitere Informationen zu den Workshops in Essex, zu LIMBER und NESSTAR finden sich über das Webangebot des englischen Datenarchivs unter:
http://www.data-archive.ac.uk/home/UKDAWorkshops.asp

Eine detailliertere Darstellung des LIMBER-Projekts von Ken Miller und Brian Matthews aus dem Journal of Digital Information (Volume 1 Issue 8 Themes: Information discovery 2001-02-05) ist im Internet zugänglich:
http://jodi.ecs.soton.ac.uk/Articles/v01/i08/Miller/

Zu NESSTAR siehe auch ZA-Information 48, Seite 152-153 und die NESSTAR Homepage mit ausführlichen Beschreibungen der Anbieter- und Benutzer-Tools, Projektberichten, Artikeln, Anwendungsbeispielen und Download-Möglichkeiten:
http://www.nesstar.org

**Abbildung 3:** Einstiegsseite NESSTAR

# ZHSF-Herbstseminar 2002
# Methoden der Historischen Sozialforschung

Das Herbstseminar bietet eine Einführung / Fortbildung in die wissenschaftstheoretischen, methodologischen, forschungstechnischen und statistischen Grundlagen der Historischen Sozialforschung und ihrer EDV-Anwendung. Dabei sind zur Teilnahme sowohl Personen angesprochen, die noch keine Vorkenntnisse in der Historischen Sozialforschung besitzen (Interessenten für die Basismodule) als auch jene, welche bereits über gute Vorkenntnisse – insbesondere zu den Methoden der deskriptiven Statistik – verfügen und weiterführende Kenntnisse zu den grundlegenden Methoden der multivariaten Statistik erlangen wollen (Aufbaumodule).

Das ZHSF-Herbstseminar 2002 ist modular strukturiert, d.h. es besteht aus in sich geschlossenen Lehreinheiten, die thematisch aufeinander abgestimmt sind. Das Lehrangebot teilt sich auf in drei Basismodule und in zwei Aufbaumodule. In den Basismodulen werden die Grundlagen der Methodik Historischer Sozialforschung (allgemeine und angewandte Forschungsstrategie, Informations- und Datenbankmanagement und deskriptive Statistik) vermittelt. Sie können ohne besondere Vorkenntnisse besucht werden. Die Aufbaumodule befassen sich mit der Anwendung der multiplen Regression und verwandten Methoden. Die Teilnahme an den Aufbaumodulen setzt Vorkenntnisse im Bereich der uni- und bivariaten Statistik voraus. Veranstaltungsort ist die Universität zu Köln. Im Rahmen des ZHSF-Pilotprojektes 'Virtuelles Herbstseminar' wurde eine virtuelle Lernumgebung für die Basismodule entwickelt und erprobt, so dass das Basismodul I in virtueller Form angeboten werden kann. Während virtuell die "Theorie" dominiert, erfolgt in Köln weitgehend die „praktische" Umsetzung in Form von computergestützten Übungen.

**ZHSF-Herbstseminar 2002: Basismodule**

- **Basismodul I:** „Allgemeine und angewandte Forschungsstrategie“ (Eröffnungsveranstaltung: 4.-5. Mai; virtuelles Basismodul I: Mai bis August 2002);
- **Basismodul II:** „Informations- und Datenbankmanagement“ (Vor Ort; 24.8.– 28.8.2002);
- **Basismodul III:** „Deskriptive Statistik“ (Vor Ort; 28.8. – 1.9.2002).

Leitung: Prof. Dr. ***Wilhelm H. Schröder*** (ZA/ZHSF)

Die Teilnehmer können zwischen folgenden Teilnahmevarianten wählen:
Basismodule I, II und III (seitens des Veranstalters *nachdrücklich empfohlen*).

Basismodul I und II
Basismodul I und III
Basismodul I (als Propädeutikum / Repetitorium)

Das *virtuelle Basismodul I*, das *für alle Teilnehmer obligatorisch* ist, beginnt mit einer praktischen Wochenendeinführung am 4. und 5. Mai 2002 vor Ort in Köln, daran schließt sich bis August 2002 die virtuelle Phase an. In diesem Zeitrahmen können die verfügbaren Materialien von den Teilnehmern – nach individuellen Möglichkeiten und individuellem Bedarf – orts- und zeitvariabel genutzt werden. Das Basismodul I wird über den Kölner Universitätsserver angeboten und von wissenschaftlichen Dozenten und Tutoren (via Telefon, E-Mail etc.) betreut. Auf dem Server werden Vorlesungsmanuskripte, Einführungen, Literaturausschnitte, Glossare, Internetportale etc. für das betreute Selbststudium angeboten.

Das Basismodul I *Allgemeine und angewandte Forschungsstrategie* bietet folgende Themen / Übungen: Wissenschaftlicher Standort; Theorie / Hypothesenbildung / Begriffsbildung; Operationalisierung / Indikatorenbildung; Methodenauswahl; Quellenrecherche / -auswahl / -verarbeitung; Primär- und Sekundäranalyse; Historische Fachinformatik; Qualitative Datenverarbeitung (Propädeutikum zu "Informations- und Datenmanagement"); Quantitative Datenverarbeitung (Propädeutikum zu "Deskriptive Statistik"); Kollektive Biographik als Beispiel für eine angewandte Forschungsstrategie.

Das Basismodul II *Informations- und Datenbankmanagement* bietet folgende Themen und Übungen: Qualitative Datenverarbeitung; Datenbankentwurf, relationelles Datenmodell, Entity-Relationship-Modell, Datenerfassung; Anwendung des Datenbankmanagementsystems ACCESS.

Das Basismodul III *Deskriptive Statistik* bietet folgende Themen / Übungen: Uni- und bivariate Häufigkeitsverteilungen; Maßzahlen zur Beschreibung univariater Verteilungen; Korrelation, lineare Einfachregression; Varianzanalyse; Stichprobenverfahren; Drittvariablenkontrolle in der Tabellenanalyse; Anwendung des Statistikanalysepakets SPSS.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Prof. Dr. ***Wilhelm H. Schröder***,
Zentrum für Historische Sozialforschung (ZA/ZHSF), Liliencronstr. 6, 50931 Köln,
Tel.: +49 (0)221- 47694 35, E-mail: Schroeder@za.uni-koeln.de

**ZHSF-Herbstseminar 2002: Aufbaumodule**

- **Aufbaumodul I:** „Allgemeines Lineares Regressionsmodell / Submodelle“ (25. – 30.8.02) und

- **Aufbaumodul II:** „Analyse diskreter abhängiger Merkmale“ (1. – 6.9.02):

Leitung: ***Jürgen Sensch,*** Dipl.-Soz. (ZA-ZHSF)

Das Aufbaumodul I „Allgemeines Lineares Regressionsmodell / Submodelle“ geht ausführlich auf die Themen der Regressionsanalyse ein. Folgende Themen werden im einzelnen behandelt: Multiple Regressionsanalyse; Überblick zur Inferenzstatistik; statistische Tests im Rahmen der Regressionsanalyse; einfache und mehrfache Varianzanalyse; Regressionsanalyse mit Dummy-Variablen; Kovarianzanalyse; Identifikation und Behandlung von Modellverstößen. Die Methoden werden exemplarisch anhand eines Datensatzes aus der Historischen Wahlforschung behandelt. In den Übungen findet das Statistikprogrammpaket SPSS Anwendung. Die Teilnahme setzt Grundkenntnisse der Deskriptivstatistik und der bivariaten Korrelations- und Regressionsanalyse voraus. Ein Vorbereitungsskript (***Sensch, J.***, 2000: Einführung in die statistische Datenanalyse: Arbeitsmaterialien. Köln: ZA) wird bei Anmeldung zugesendet.

Im anschließenden Aufbaumodul II wird die Analyse kategorialer abhängiger Merkmale behandelt. Die mehrdimensionale Tabellenanalyse dient als Einstieg in die Thematik. Die Analyse diskreter Daten wird anschließend auf individuelle Untersuchungseinheiten erweitert. Ausgangspunkt bildet das lineare Wahrscheinlichkeitsmodell und die logistische Regression mit einer dichotomen abhängigen Variablen. Die Modellbildung wird schließlich weitergeführt für mehrkategoriale nominale und ordinale abhängige Merkmale. Auch in diesem Modul werden die Methoden exemplarisch anhand von Beispielen aus der empirischen Wahlforschung erläutert. In den Übungen kommt das Statistikprogramm SPSS zur Anwendung. Die Teilnahme am zweiten Aufbaumodul setzt Kenntnisse der multiplen Regressionsanalyse und der Regression mit Dummy-Variablen voraus.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

***Jürgen Sensch,*** Dipl.-Soz.
Zentrum für Historische Sozialforschung (ZA/ZHSF), Liliencronstr. 6,
50931 Köln, Tel.: +49 (0)221- 47694 38, E-mail: Sensch@za.uni-koeln.de

**Gebühren**:

- *Basismodule:* EURO 90,- / DM 180,- für alle Basismodule (Studenten und arbeitslose Teilnehmer: EURO 45,- / DM 90,-); EURO 35,- / DM 70,- je Einzelmodul (Studenten und arbeitslose Teilnehmer: EURO 17,50 / DM 35,- ).
- *Aufbaumodule:* EURO 100,- / DM 200,- für beide Module inkl. Kursmaterialien; (Studenten und arbeitslose Teilnehmer: EURO 60,- / DM 120,- ); EURO 65,- / DM 130,- je Einzelmodul inkl. Kursmaterialien; (Studenten und arbeitslose Teilnehmer: EURO 45,- bzw. DM 90,- ).

**Anmeldung:**
Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung,
Abteilung Zentrum für Historische Sozialforschung,
Liliencronstr. 6, 50931 Köln
Tel.: 0221-47694-34; Fax: 0221/47694-55;
E-mail: ZHSF@za.uni-koeln.de).
**WWW-Info.:** http://www.gesis.org/ZA/

**Anmeldeschluss:** 30. Juli 2002.

# Scaling and Cluster Analysis
# 31st Spring Seminar at the Zentralarchiv
# 18 February - 8 March 2002

The spring seminar is a training course for social scientists interested in advanced techniques of data analysis and in the application of these techniques to data. The seminar covers three modules of one week each, to some extent based upon one another.

For news and updates concerning the spring seminar, please refer to the following web-pages: www.gesis.org/events.

Due to the fact that the ZA spring seminar is booked out already we would like to draw your attention to other postgraduate programmes in data reduction techniques for social scientists (see the following paragraph on the ICPSR summer program).

Furthermore, try the following web pages which inform about the Essex Summer School in Social Science Data Analysis: www.essex.ac.uk/methods/

Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Universität zu Köln
Bachemer Str. 40, D-50931 Köln.

Tel.: +49-221-4769433 Secretariat ***Friederika Priemer*** e-mail: priemer@za.uni-koeln.de
or tel.: +49-221-4769445 ***Maria Rohlinger*** e-mail: maria.rohlinger@za.uni-koeln.de
Facsimile: +49-221-4769444

**Topics and Course Descriptions:**

**Modern Multidimensional Scaling, 18 – 22 February, 2002**
**Dr. *Patrick Groenen* and *Frank Busing*, Leiden University**

Multidimensional scaling is a widely used technique to display dissimilarities between objects graphically. Many types of data are suited to be displayed by this technique. In this course, we present a unified approach that handles many variants of multidimensional scaling models known in the literature. The material will be presented on a practical and theo-

retical level, interesting for both the practitioner and experts who want to be updated on modern developments of multidimensional scaling. A prerequisite for this course is an elementary knowledge of statistics. Much attention will be given to practical usage of multidimensional scaling in exercises using the PROXSCAL program in SPSS.

**Cluster Analysis, February 25 - March 1, 2002**
**Prof. Dr. *Johann Bacher* / *Knut Wenzig*, Universität Erlangen-Nürnberg**

The course gives a survey of available cluster algorithms (like hierarchical cluster analysis and k-means-cluster analysis) and of new developments on cluster analysis (like probabilistic clustering or latent class models, mixture models, statistical tests for dendrograms and cluster solutions). Throughout the course life style data are used with the following underlying questions: Is cluster analysis able to identify life styles? Which assumptions must be met? Which variables are necessary?

Beside SPSS other software packages (like ALMO, CLUSTAN, LATENT GOLD) are used.

The following topics will be discussed: hierarchical cluster analysis, k-means clustering, probabilistic clustering, mixture models, latent class models, mood test, cophenentic correlation, rand index, proximities measures, imputation, re-identification and matching using clustering techniques, etc.

**Correspondence Analysis, 4 - 8 March, 2002**
**Prof. *Michael Greenacre*, Universitat Pompeu Fabra/Barcelona and *Antonietta Curci*, Università di Bari**

This course is a complete introduction to correspondence analysis and its use as a method of data visualization in the context of the social sciences. The accent is towards applications of the technique, but the basic concepts and theory are also dealt with. By the end of the course students will be able to recognize in which situations correspondence analysis is useful, to apply the method using appropriate software, to interpret the results and make valid conclusions about the structure of the data analyzed.

The practical classes in the afternoons comprise: pen and paper exercises, computer laboratory, applications to social science data, analysis and discussions of participants' data sets.

Participants are encouraged to bring along their own data for analysis during the course. These can be crosstabulations or original categorical data at the individual level. Paper copies of crosstabulations can be brought (or typed in text files), but it is more convenient if individual-level data are brought in an SPSS file.

**31st ZA Spring Seminar: "Scaling and Cluster Analysis"**
**18 February - 08 March 2002 in Cologne**

**Timetable of the 1st week: „Modern Multidimensional Scaling"**
**Dr. *Patrick J. F. Groenen* and *Frank Busing*, Leiden University**

| | **Monday 18-02-02** | **Tuesday 19-02-02** | **Wednesday 20-02-02** | **Thursday 21-02-02** | **Friday 22-02-02** |
|---|---|---|---|---|---|
| **9.00 – 12.30** | Opening address by Professor Dr. ***Wolfgang Jagodzinski***<br><br>Introduction to MDS<br><br>Diagnostics in MDS<br><br>Ordinal MDS | The majorization algorithm for metric MDS<br><br>Transformations in MDS<br><br>Pitfalls in MDS<br><br>Constrained MDS | Other loss functions<br><br>Classical scaling<br><br>Three-way MDS<br><br>Clustering and MDS<br><br>Facet theory and MDS | Unfolding models<br><br>Nonmetric unfolding<br><br>Solutions for the degeneracy problem | Models for asymmetry<br><br>State of the art MDS models<br><br>History of MDS<br><br>Overview of this week |
| | Break | | | | |
| **15.00 – 18.00**<br><br>**18.00**<br><br>**19.00** | PC Pool<br><br>Introduction PROXSCAL<br><br>Exercises for metric and ordinal MDS<br><br>Reception | PC Pool<br><br>Exercises on Transformations<br>External variables<br>Fixed coordinates<br>Constant dissimilarities | PC Pool<br><br>Exercises on Three-way MDS<br>Local minima,<br>Unidimensional scaling<br>Classical scaling<br><br>Dinner together at a Restaurant | PC Pool<br><br>Unfolding<br>PROXSCAL<br>ALSCAL<br>Penalty approach<br>CatPCA | |

**31st ZA Spring Seminar: "Scaling and Cluster Analysis"**
**18 February - 08 March 2002 in Cologne**

**Timetable of the 2nd week: „Cluster Analysis"**
**Prof. Dr. *Johann Bacher* and *Knut Wenzig*, Universität Erlangen-Nürnberg**

| | **Monday 25-02-02** | **Tuesday 26-02-02** | **Wednesday 27-02-02** | **Thursday 28-02-02** | **Friday 01-03-02** |
|---|---|---|---|---|---|
| **9.00 – 12.30** | Overlook: aim of cluster analysis, techniques to perform a cluster analysis, available procedures in SPSS, fields of application<br><br>Basic algorithms I: hierarchical cluster analysis (CLUSTER in SPSS)<br><br>Application of hierarchical cluster analysis: clustering variables | Comparisons of hierarchical cluster analysis with other methods<br><br>Further applications, new developments in hierarchical cluster analysis and alternative software (ALMO, CLUSTAN)<br><br>Basic algorithms II: k-means cluster analysis (QUICK CLUSTER in SPSS) | Application of k-means cluster analysis: clustering cases, identification of different life style types<br><br>Selecting and weighting variables | Variables with mixed measurement levels<br><br>Modifications and alternative software (ALMO, Latent Gold, CLUSTAN) | Probabilistic cluster analysis<br><br>Software for probabilistic cluster analysis (ALMO, Latent Gold, CLUSTAN) |
| | Break | | | | |
| **15.00 – 18.00**<br>**18.00**<br>**19.00** | PC Pool<br><br>Reception | PC Pool | 14.00-15.00<br><br>***Erwin Rose***: Functions and services of the ZA<br><br>PC Pool<br><br>Dinner together at a Restaurant | PC Pool | |

**31st ZA Spring Seminar: "Scaling and Cluster Analysis"**
**18 February - 08 March 2002 in Cologne**

**Timetable of the 3rd week: „Correspondence Analysis"**
**Professor *Michael Greenacre*, Universitat Pompeu Fabra, Barcelona and *Antonietta Curci*, University of Bari**

| | **Monday 04-03-02** | **Tuesday 05-03-02** | **Wednesday 06-03-02** | **Thursday 07-03-02** | **Friday 08-03-02** |
|---|---|---|---|---|---|
| **9.00 – 12.30** | Basic Concepts: profile, mass, chi-square distance, inertia, dimension reduction.<br><br>Principal components analysis, principal and standard coordinates, singular value decomposition. | Simple Correspondence Analysis: one-dimensional displays, two-dimensional maps, asymmetric and symmetric maps.<br><br>Biplot, canonical correlation, interpretation. | Diagnostics for Correspondence Analysis: contributions to inertia, absolute and relative contributions.<br><br>Correlations, influence, supplementary points. | Multiple Correspondence Analysis: homogeneity analysis, dual scaling.<br><br>Joint correspondence analysis, interpretation. | Related Topics: correspondence analysis and cluster analysis, issues of statistical inference.<br><br>Analysis of square tables, coding of data, analysis of stacked matrices, interactions. |
| | Break | | | | |
| **15.00 – 18.00**<br><br>**18.00**<br><br>**19.00** | PC Pool<br><br>Reception | PC Pool | 14.00-15.00<br><br>***Ekkehard Mochmann***: Infrastructures for the Social Sciences<br><br>PC Pool<br><br>Dinner together at a Restaurant | PC Pool | |

# Weiterbildung in statistischer Datenanalyse beim ICPSR Summer Program 2002

Im Rahmen der deutschen Mitgliedschaft im Inter-University-Consortium for Political and Social Research (ICPSR) koordiniert das Zentralarchiv die Anmeldung für das jährlich im Juli/August stattfindende 'Summer Program' in Ann Arbor, Michigan, USA. Das achtwöchige Ausbildungsprogramm (kann u.U. auch in zwei vierwöchige terms aufgeteilt werden) besteht aus einer Reihe von Kursen, die nach den Vorkenntnissen in Mathematik, Statistik und Methoden der empirischen Sozialforschung in unterschiedliche Schwierigkeitsstufen ('tracks') eingeteilt sind.
Das Lehrprogramm sieht Vorlesungen und 'Workshops' vor. In diesen Workshops wird der theoretisch/statistische Lehrstoff direkt - im Sinne des learning by doing - mit der Datenauswertung verbunden. Übungsdaten, die gängigen Datenanalysepakete (SPSS, SAS, STATA etc.) sowie spezialisierte Einzelprogramme stehen zur Verfügung. Folgende Workshops, darunter auch sehr spezielle Themen, werden angeboten (Auswahl):

**First Term**
Mathematical Models: Game Theory; Quantitative Historical Analysis; Introduction to Statistics and Data Analysis I; Introduction to Regression Analysis; Regression Analysis; Advanced Multivariate Statistical Methods; Maximum Likelihood Estimation for Generalized Linear Models; Quantitative Analysis of Crime and Criminal Justice; Event History Analysis; Bayesian Methods for the Social and Behavioral Sciences
**Second Term**
Time Series Analysis; Scaling and Dimensional Analysis; Mathematical Models: Rational Choice; Introduction to Statistics and Data Analysis II; Categorical Data Analysis; "LISREL" Models: General Structural Equations; Advanced Analysis of Variance: Experimental Design; Simultaneous Equation Models; Regression Analysis

Das Programm ist umfangreicher als hier dargestellt. Das ICPSR veröffentlicht das gesamte Ausbildungsangebot auf seinen web-pages. Wenngleich sich unsere Darlegung auf das diesjährige 'Summer Program' bezieht, kann im allgemeinen davon ausgegangen werden, daß sich an der Grundstruktur des Angebotes im kommenden Jahr wenig ändert. Die Programmübersicht für das Jahr 2002 wird in der Regel im März verfügbar gemacht. Die Anmeldung erfolgt bis Ende April. Über Möglichkeiten der Finanzierung eines Aufenthaltes in Ann Arbor sollten sich Interessenten bereits zum Ende dieses Jahres orientieren. Ansprechpartner im Zentralarchiv ist, auch für Hinweise auf Förderhilfen:

***Maria Rohlinger,*** Telefon: 0221 / 4 76 94 - 45, Sekr. -33
e-mail: rohlinger@za.uni-koeln.de
'Summer Program' im World Wide Web: http://www.icpsr.umich.edu

# Announcements from the ZA-EUROLAB
# EU Research Grants In Comparative Social Research Available

## by Ingvill C. Mochmann

Within the 5th framework programme of the EU under the section "*Access to Research Infrastructures action of the Improving Human Potential Programme*", ZA-EUROLAB invites researchers to apply for participation for a period up to three months.

The Central Archive (ZA) offers access to its databases, participation in training seminars and workshops, as well as experience exchange in data analysis and data management. ZA-EUROLAB was established at the Central Archive to carry out the visiting programme and to provide access to the services and databases of the Central Archive.

### Access provided

ZA provides access to major comparative collections such as the Eurobarometer surveys, the Central and Eastern Eurobarometer, the International Social Survey Programme (ISSP) and the ICORE (International Committee for Research into Elections and Representative Democracy) collection of election studies to national parliaments in Europe. Moreover, the collections include the Civic Culture Study, the Political Action Surveys, the USIA (United States Information Agency) Studies and the World Values Survey. In addition, ZA holds the political manifestos provided by the "Comparative Manifestos Project" presenting the programmatic profiles of political parties in 20 countries from 1945-1988. Altogether, there are some 4000 data sets and collections available for secondary analysis. Furthermore, access to ZA-EUROLAB is provided for participation in training seminars and training in data management and archiving.

### Eligibility

User(s) from the Member States of the European Union and the Associated States may apply for participation. The Associated States are: Bulgaria, the Czech Republic, the Republic of Cyprus, Estonia, Hungary, Iceland, Israel, Latvia, Liechtenstein, Lithuania, Norway, Poland, Romania, Slovakia and Slovenia. Subject to its final conclusion, the Associa-

tion Agreement with the Swiss Confederation is expected to enter into force on the 01.01.2001. The User(s) must be both citizens of any of the above countries and work at an institution in an EU Member State or Associated State, but outside Germany.

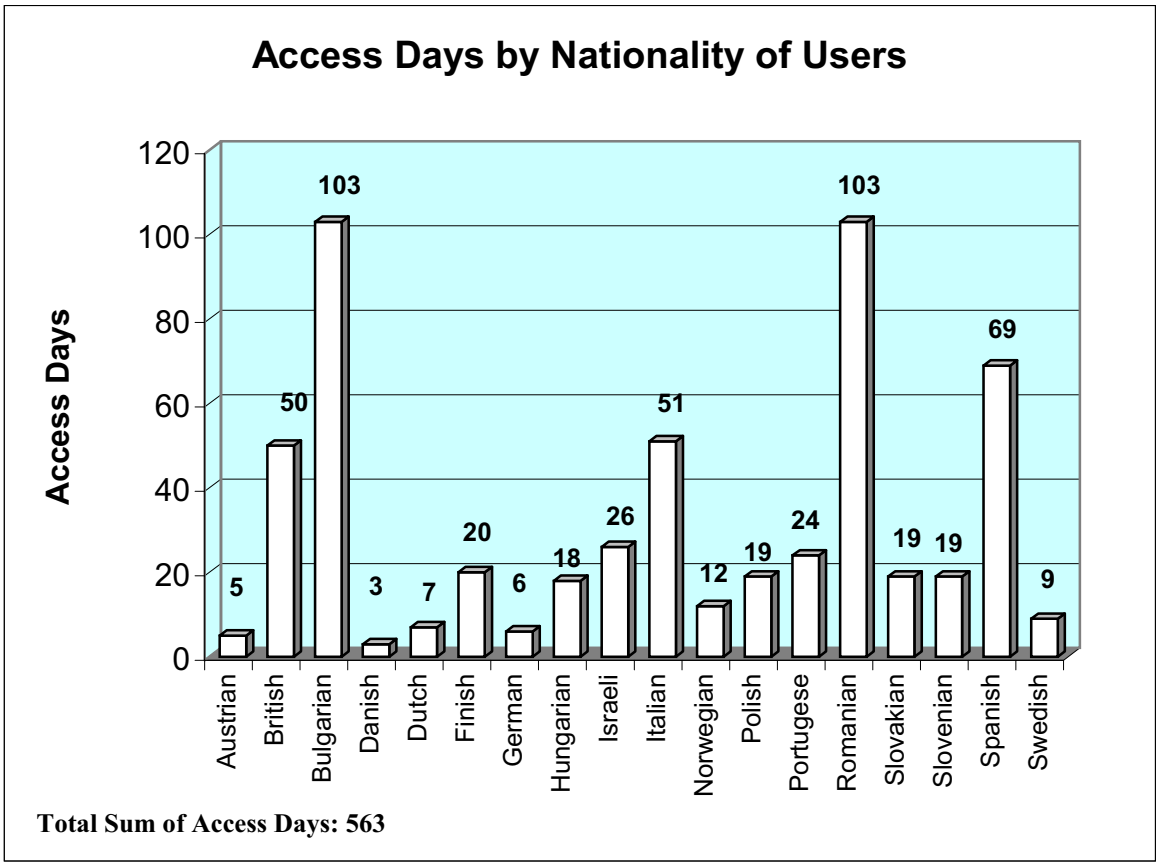
**Financial support**

Both individual researchers and research groups may apply for support. The fund covers up to EURO 500 in travel cost, accommodation and a per diem of approx. EURO 23. Visiting scholars must be entitled to publish the results of their work at the ZA-EUROLAB in the open literature. An international board will select applications on the basis of scientific merit through an independent peer review procedure.

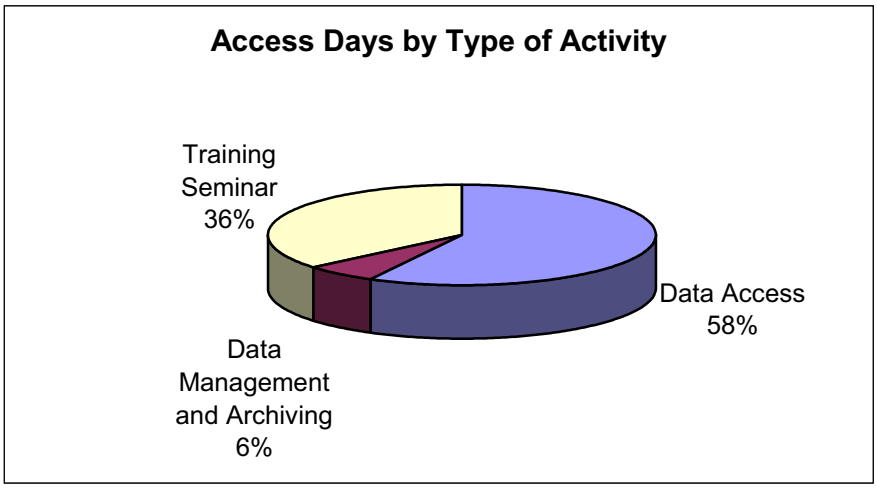
An application form, guidelines, and further information can be found at:
http://www.gesis.org/eurolab
A few bursaries are still available for 2002. If you want to apply, please contact:
***Ekkehard Mochmann***
Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln
Bachemer Str. 40, D – 50931 Köln, Germany
E-mail: mochmann@za.uni-koeln.de
Fax: +49-221-47694-77

**Summary Activity Report From the ZA-EUROLAB**

During 2001 44 researchers worked at the ZA-EUROLAB for altogether 563 access days - this is more than 50% of the access days the ZA has to offer to external users within the fifth framework programme. As can be seen from Figure 1 Romanian and Bulgarian researchers are on the lead with 103 access days each, followed by researchers from the Southern European countries, Spain and Italy. Altogether, the ZA-EUROLAB hosted researchers from 18 different nations during the past year.




More than half of the access days provided were used for data access and 41% for participation in training seminars (Figure 2). In particular, young researchers from Eastern Europe participated in the spring seminar 2001. Finally, 7% of the access days provided under the programme were used for training in data management and archiving.



**Annual User Meeting**

The first ZA-EUROLAB User Meeting within the ongoing fifth framework programme took place on October 29th 2001. Users presently working in the ZA-EUROLAB presented their research work and preliminary results. Firstly, Antal Örkény from the ELTE-UNESCO Minority Studies Department, Institute of Sociology, Budapest in Hungary presented his research on the topic "How nations perceive themselves in nineteen countries. The stock of knowledge of national identity in international comparison and in time comparison."

Thereafter, ***Yantsislav Yanakiev***, Institute for Advanced Defence Research, Sofia, Bulgaria presented a draft version of a paper he had written during his two months stay at the ZA-EUROLAB. The topic was "Public opinion and the development of the common European security and defence policy: A comparative analysis of West and East European public attitudes (1990-2000)". The paper will probably be published in the next ZA-Information.

A presentation by ***Hershbinder Mann***, Department of Government, University of Essex, UK on "Voters, parties and left-right shifts in Western Europe: Some first results from Britain and Norway" followed.

The final presentation was given by ***Svetlana Stamenova***, Institute of Sociology, Bulgarian Academy of Sciences, Sofia, Bulgaria on her research work: "Peculiarities of political culture of the Balkans. Examining the Balkan region in a comparative perspective."

After the presentations a discussion with ZA staff members took place and continued over lunch. All Users emphasised how grateful they were to access the ZA-EUROLAB and that their research stay would not have been possible without the support from the European Union.

# Erweiterungen im Datenangebot des Zentralarchivs

Diese Aufstellung gibt eine Auswahl der Neuzugänge wieder. Neben der Archivnummer und dem Studientitel sind die Primärforscher bzw. die Erhebungsinstitute und das Erhebungsjahr aufgeführt. Weitere Details zu den einzelnen Datensätzen sind auf Anfrage in Form von Studienbeschreibungen erhältlich.
Über das Internet ist der *Datenbestandskatalog* mit sämtlichen Studienbeschreibungen recherchierbar.

3204 Eurobarometer 52.0 (European Parliament Elections, the Single European Currency, and Financial Services)
3205 Eurobarometer 52.1 (Modern Biotechnology, Quality of Life, and Consumers' Access to Justice)
3296 Eurobarometer 53 (Racism, Information Society, General Services, and Food Labelling)
3386 Eurobarometer 54.0 (The Euro, Financial Services, and Information Communication Technologies)
3387 Eurobarometer 54.1 (Building Europe and the European Union, The European Parliament, Public Safety, and Defence Policy)
3389 Eurobarometer 54LAN - Special Survey on Languages
3145 Flash Eurobarometer 65 (Consumer Information)
3191 Flash Eurobarometer 68 (EOS Managers 15)
3192 Flash Eurobarometer 69 (Dialogue with Citizens)
3193 Flash Eurobarometer 70 (EOS Managers 16)
3194 Flash Eurobarometer 71 (Town twinning Mayors/Responsibles)
3279 Flash Eurobarometer 72 (EOS Managers 17 - The Single Market)
3280 Flash Eurobarometer 73 (Dialogue with Citizens)
3281 Flash Eurobarometer 74 (EOS Managers 18 - Dialogue with Business)
3282 Flash Eurobarometer 75 (Signpost Service)
3283 Flash Eurobarometer 76 (Euro Introduction Attitudes, Step 1 - Euro Members)
3284 Flash Eurobarometer 76 (Euro Introduction Attitudes, Step 1 - Non-Euro Members)
3285 Flash Eurobarometer 77 (AIDS)
3487 Flash Eurobarometer 78 (Multimedia Internet Services: Special Enterprises)
3488 Flash Eurobarometer 79 (Multimedia Internet Services: Special ‚Mayors' - Local Authorities)
3489 Flash Eurobarometer 80 (Multimedia Internet Services: General Practitioners)

3286 Flash Eurobarometer 81 (EOS Managers 20 - Small and Medium Enterprises and the Euro)
3287 Flash Eurobarometer 82/A (Euro Introduction Attitudes, Step 2 - Euro Members)
3288 Flash Eurobarometer 82/A (Euro Introduction Attitudes, Step 2 - Non-Euro Members)
3490 Flash Eurobarometer 82/B (Euro Introduction Attitudes, Step 3 - Euro Members)
3491 Flash Eurobarometer 82/B (Euro Introduction Attitudes, Step 3 - Non-Euro Members)
3492 Flash Eurobarometer 82/C (Euro Introduction Attitudes, Step 4 - Euro Members)
3493 Flash Eurobarometer 82/C (Euro Introduction Attitudes, Step 4 - Non-Euro Members)
3498 Flash Eurobarometer 83 (Entrepreneurship)
3499 Flash Eurobarometer 84 (The Single Market - Special Target: Enterprises)
3501 Flash Eurobarometer 85 (Common Agricultural Policy Attitudes)
3503 Flash Eurobarometer 87 (Small and Medium Enterprises and the Euro)
3504 Flash Eurobarometer 88 (Internet and the General Public)
**Europäische Kommission, Brüssel**

3188 Mannheimer Scheidungsstudie 1996
**Lehrstuhl für Soziologie und Wissenschaftslehre, Universität Mannheim; Infratest Burke, München**

3214 Rangliste der deutschen Universitäten 1999
**DER SPIEGEL, Hamburg; EMNID, Bielefeld**

3220 Deutschland Richtung geben
3221 Deutschland nach dem Regierungswechsel
3222 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland
3223 Die ‘Berliner Republik’
3224 Wirtschaftsstandort Deutschland 2000
3383 Deutschland und die Globalisierung
3384 Deutschland im Wandel
3385 Banken-Image
**Bundesverband deutscher Banken, Berlin; Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS), Mannheim**

3475 Volksabstimmung in Berlin und Brandenburg 1996
3238 Europawahl 1999
3261 Politbarometer West 1999 (Kumulierter Datensatz)
3262 Politbarometer Ost 1999 (Kumulierter Datensatz)
3435 Landtagswahl in Schleswig Holstein 2000
3436 Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2000

3381 Landtagswahl in Baden-Württemberg 2001
3382 Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2001
**Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim**

3263 Studentischer Drogenkonsum
**Büro für Suchtprävention der Hamburgischen Landesstelle gegen die Suchtgefahren**

3264 Alters-Survey
**Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (FALL), Institut für Soziologie, Freie Universität Berlin**

3277 Umweltbewusstsein in Deutschland 1998
**Institut für Soziologie, Universität Rostock; GFM-GETAS, Hamburg**

3278 Umweltbewusstsein in Deutschland 2000
***U. Kuckartz*, FB Erziehungswissenschaften, Philipps-Universität Marburg; EMNID, Bielefeld**

3380 Forsa-Bus 1991
3300 Forsa-Bus 1992
3289 Forsa-Bus 1999
3486 Forsa-Bus 2000
**Forsa, Berlin**

3298 DJI-Jugendsurvey 1997
3371 DJI-Ausländersurvey - Jugendliche
3372 DJI-Ausländersurvey - Kinder
**Deutsches Jugendinstitut, München**

3348 IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975-1997 - Regionalfile
**Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg**

3349 Reiseanalyse 1998
**Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen, Hamburg; GFM-GETAS Hamburg**

3350 Freiwilligensurvey 1999
**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn; Infratest Burke, München**

3367 Ausländer in Deutschland 1999
**MARPLAN, Offenbach**

3374 Leipziger Gründerstudie
**Institut für Soziologie, Universität München; Institut für Soziologie, Universität Leipzig**

3378 Lebensstile, Wohnbedürfnisse und Mobilitätsbereitschaft
***A. Spellerberg*, Wissenschaftszentrum Berlin; *F.Böltken*, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn; GFM-GETAS, Hamburg**

3391 Bürgerumfrage Halle 1993
3392 Bürgerumfrage Halle 1994
3393 Bürgerumfrage Halle und Saalkreis 1995
3394 Bürgerumfrage Halle 1997
3395 Bürgerumfrage Halle 1999
**Institut für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg**

3398 Wohlfahrtssurvey 1998
**Wissenschaftszentrum Berlin; ZUMA, Mannheim; Infratest München**

3505 AIDS im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik Deutschland 1999
3428 AIDS im öffentlichen Bewusstsein der Bundesrepublik Deutschland 2000
**Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln; Forsa, Berlin**

3429 Kölner Lokalstudie zum politischen Informationsverhalten:
Landtagswahl in NRW 1995
**Institut für angewandte Sozialforschung, Universität zu Köln**

3442 Außenrepräsentanz von Museen
***G. Wersig*, FB Politik- und Kommunikationswissenschaft, Freie Universität Berlin**

3443 Studentische Erwerbstätigkeit und Teilzeitstudium
**Ch. Becker, FB Wirtschaftswissenschaften, Universität/GH Essen**

3444 Erlebnisgesellschaft in Chemnitz
**Lehrstuhl für Soziologie II, Technische Universität Chemnitz-Zwickau**

3445 Pflege im sozialen Wandel
3446 Ältere Menschen in Offenburg
3447 Pflegekulturelle Orientierungen
**Freiburger Institut für angewandte Soziawissenschaft**

3453 Jugendumfrage 1994
3454 Jugendumfrage 1995
3455 Jugendumfrage 1999 – Baden-Württemberg
3456 Jugendumfrage 1999 – Sachsen
**Institut für Marktforschung, Leipzig**

3457 Veränderungen in sozialen Beziehungen seit der ‚Wende' (Leipzig und Dresden) – Sample 1 (1. Welle) 1992

3458 Veränderungen in sozialen Beziehungen seit der ‚Wende' (Leipzig und Dresden) – Sample 1 (2. Welle) 1993

3459 Veränderungen in sozialen Beziehungen seit der ‚Wende' (Leipzig und Dresden) – Sample 1 (3. Welle) 1994

3460 Veränderungen in sozialen Beziehungen seit der ‚Wende' (Leipzig und Dresden) – Sample 2 (1. Welle) 1993

3461 Veränderungen in sozialen Beziehungen seit der ‚Wende' (Leipzig und Dresden) – Sample 2 (2. Welle) 1994
***B. Völker*, Universität Utrecht; P. Kropp, Universität Leipzig**

3462 Duisburger Bürgerumfrage (Frühjahr 1997)

3463 Duisburger Bürgerumfrage (Herbst 1997)

3464 Duisburger Bürgerumfrage (Frühjahr 1998)

3465 Duisburger Bürgerumfrage (Herbst 1998)

3466 Duisburger Bürgerumfrage (Frühjahr 1999)

3467 Duisburger Bürgerumfrage (Herbst 1999)

3468 Duisburger Bürgerumfrage (Frühjahr 2000)

3469 Duisburger Bürgerumfrage (Herbst 2000)
**Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten, Duisburg**

3470 Gebrauch psychoaktiver Substanzen bei Erwachsenen in Deutschland 1997
**Institut für Therapieforschung, München; GFM-GETAS, Hamburg**

3471 Indikatoren für die Wohlfahrtspositionen von Haushalten
***G. Lipsmeier*, Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld**

3472 Das Ausländerbild in den Thüringer Tageszeitungen 1995 - 1999
***G. Ruhrmann*, Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena**

3473 Frauenleben (Berufe im weiblichen Lebenslauf und sozialer Wandel)
**Sonderforschungsbereich 186, Universität Bremen**

3476 Politische Einstellungen in Berlin (November 1960)

3477 Politische Einstellungen in Berlin (Mai-Juni 1961)

3478 Politische Einstellungen in Berlin (Juni 1962)

3479 Politische Einstellungen in Berlin (Dezember 1962)

3480 Politische Einstellungen in Berlin (Januar 1963)

3481 Politische Einstellungen in Berlin
(Kumulierter Datensatz: November 1960 - Januar 1963)
**EMNID, Bielefeld**

# Die Benutzungs- und Gebührenordnung des ZA

Neue Angebotsformen auf CD und im Internet und die Umstellung auf den Euro waren Anlass die Nutzungs- und Gebührenordnung zu überarbeiten.

Dabei wurde insbesondere Wert auf eine weitere Vereinfachung der Regelungen und stärkere Transparenz der Gebühren gelegt.
Die neuen Regelungen treten am 1.1.2002 in Kraft

## Die ZA Benutzungsordnung

### 1. Einleitung

Das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) ist eine Serviceeinrichtung für die Sozialforschung. Neben weiteren Infrastrukturaufgaben archiviert das ZA wissenschaftliche Daten und Dokumentenbestände, insbesondere aus der Umfrageforschung, und stellt sie für die weitere Nutzung bereit.

Der Archivbestand umfaßt die Originaldaten und -unterlagen des Datengebers sowie das weitere Material des ZA, das durch die standardisierte Dokumentation und Aufbereitung entsteht (z. B. Codebuch, bereinigte Datensätze u.ä.).
Die Daten und Dokumente werden ausschließlich auf Grundlage dieser Benutzungsordnung bereitgestellt.

Nutzer mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands werden im Rahmen des internationalen Archivabkommens gebeten, Anfragen zu Datenmaterialien zunächst an ihr Heimatarchiv zu richten.

### 2. Allgemeine Zugangsvoraussetzungen

Soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet stellt das ZA Daten und Dokumente nur für wissenschaftliche Auswertungen durch die akademische Forschung und Lehre zur Verfügung. Institute oder Personen außerhalb der akademischen Forschung und Lehre können eine Bereitstellung schriftlich beantragen.

Der Bezug von Daten und Dokumenten erfolgt im Rahmen von Zugangskategorien (siehe Punkt 3.). Zugangsbeschränkungen werden durch den jeweiligen Datengeber festgelegt.

Unabhängig von den Zugangsbeschränkungen zur Nutzung der Daten und Dokumente ist die Einsicht in die Dokumente für jedermann freigegeben, soweit nichts anderes bestimmt ist.

**3. Zugangskategorien**

Der Bereitstellung der Daten und Dokumente wird durch folgende Zugangskategorien geregelt. Sie sind auch jeweils im Datenbestandskatalog vermerkt.

**Kategorie 0:** Daten und Dokumente sind für jedermann freigegeben.

**Kategorie A:** Daten und Dokumente sind für die akademische Forschung und Lehre freigegeben.

**Kategorie B:** Daten und Dokumente sind für die akademische Forschung und Lehre freigegeben, wenn die Ergebnisse nicht veröffentlicht werden.
Sollte eine Veröffentlichung oder eine weitergehende Verarbeitung der Ergebnisse geplant sein, ist eine Genehmigung über das ZA einzuholen.

**Kategorie C:** Daten und Dokumente sind für die akademische Forschung und Lehre nur nach schriftlicher Genehmigung des Datengebers zugänglich. Das ZA holt dazu schriftlich die Genehmigung unter Angabe des Benutzers und des Auswertungszweckes ein.

**4. Anforderung und Bereitstellung des Materials**

Für die Bestellung von Materialien aus dem Archivbestand werden Formulare bereitgestellt, in die alle für die Auftragsbearbeitung erforderlichen Angaben eingetragen werden können.
Das Material wird nur für den Zweck bereitgestellt, der dem ZA bzw. dem Datengeber mitgeteilt wurde.
Eine Weitergabe des Materials an Dritte ist nicht gestattet.

**5. Beendigung des Vorhabens**

Der Benutzer verpflichtet sich, die Beendigung des Vorhabens, für das Material aus dem ZA verwendet wurde, anzuzeigen.
Zur Verhinderung missbräuchlicher Nutzung sind die Daten bei Beendigung des Vorhabens zu löschen bzw. der Datenträger unbrauchbar zu machen.
Sofern eine weitere Verwendung beabsichtigt wird, verpflichtet sich der Benutzer beim ZA eine neue Benutzungserlaubnis zu beantragen.

**6. Zitierpflicht, Belegexemplar**

Der Benutzer verpflichtet sich, alle benutzten Unterlagen den wissenschaftlichen Gepflogenheiten entsprechend zu zitieren und dem Zentralarchiv von seiner Publikation zwei Belegexemplare zu übereignen.

**7. Benutzungsgebühren**

Die Gebühren für die Bereitstellung von Daten und Dokumenten aus dem ZA sind in einer Gebührenordnung geregelt.

**8. Schlussbestimmung**

Die Änderungen der Benutzungsordnung und der Gebührenordnung treten am 1.1 2002 in Kraft.

## Die ZA - Gebührenordnung

**Die Gebührenordnung geht von drei Prinzipien aus**

**1. Prinzip der Bereitstellungsgebühr**

Berechnungsgrundlage ist der bei der Bereitstellung der verschiedenen Produkte bzw. Dienstleistungen jeweils anfallende Arbeitsaufwand und eventuell anfallende Lizenzgebühren. So kann die Bereitstellung mehrer Dateien auf CD-ROM relativ weniger kosten, als die Zusammenstellung einzelner Dateien auf Diskette.

Bei den Gebühren für die Bereitstellung wird der Status des Benutzers gemäß der ZA Benutzungsordnung berücksichtigt.
Personen und Institute, die dem Zentralarchiv Umfragematerial zur Verfügung gestellt haben, können auf dieses Material jederzeit kostenlos zurückgreifen.
Datengeber können kostenlos weiteres Archivmaterial in etwa gleichem Umfang erhalten, sofern die Benutzungsordnung dem nicht entgegensteht.

Gebührenfrei sind Beratungsleistungen und Recherchen sofern sie einen gewissen Umfang nicht überschreiten oder nicht Bestandteil sonstiger, umfangreicherer Leistungen sind.

**2. Prinzip der Zumutbarkeit:**

Je nach Status und Finanzierungsmöglichkeiten der Benutzer werden auf Nachweis festgesetzte Abschläge gewährt.

**3. Vorrang der Versorgung:**

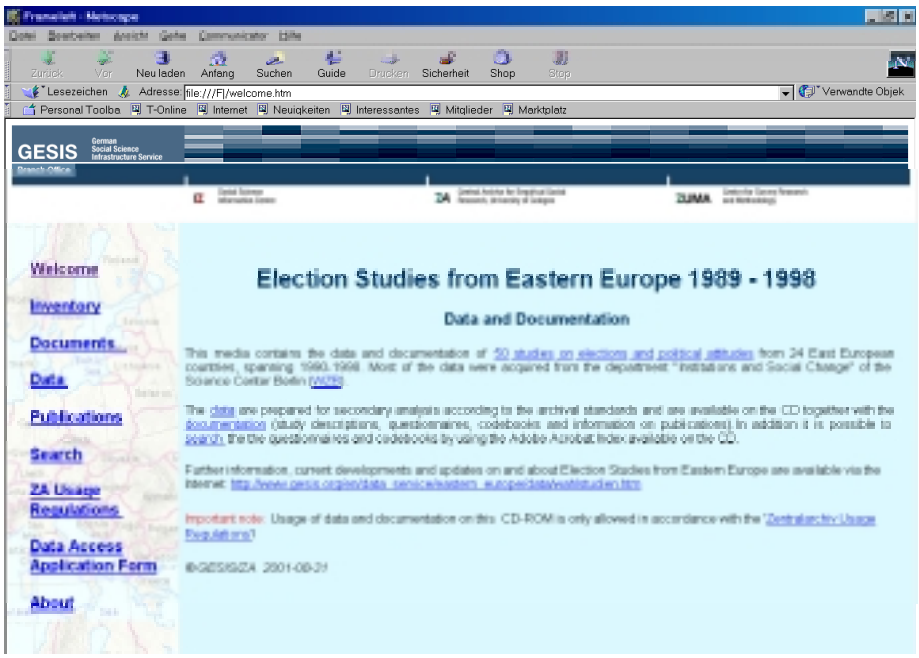
Die Gebührenstruktur soll stets so angemessen sein, daß jederzeit die Versorgung der Benutzer mit Materialien und Diensten für die Sozialforschung gewährleistet ist.

| **Struktur der Gebühren im Regelfall** | | **Status des Benutzers**: | | |
|---|---|---|---|---|
| | | Akademische Forschung und Lehre | Nicht akademische Nutzer | Studenten |
| | bisher | **ab 1.1.2002 in EURO** | | |
| **Standardversion** CD-ROM mit Daten und Dokumentation | DM 50,-- | 25 EURO | 50 EURO | 25 EURO |
| **Mehrwertversion** CD-ROM mit zusätzlichen Tools (z. B. JD-System, Codebook-Explorer etc.) | DM 100,-- | 50 EURO | 100 EURO | 50 EURO |
| **Einzelanfertigung nach Nutzerwünschen** auf Disketten, CD-ROM oder elektronische Bereitstellung kosten je Lieferung (von Daten bzw. Codebuch): | | | | |
| bis 5 Dateien (kleinere Einzeldateien oder ca. 2 Studien mit je 2 Dateien) | Basisgebühr: | 30 EURO | 60 EURO | 15 EURO |
| 6- 10 Dateien ( z.B. 5 Studien a 2 Dateien) | | 50 EURO | 100 EURO | 20 EURO |
| 11 – 20 Dateien | | 75 EURO | 150 EURO | 30 EURO |
| 21 – 30 Dateien | | 100 EURO | 200 EURO | 40 EURO |
| 31 – 40 Dateien | | 125 EURO | 250 EURO | 50 EURO |
| **Gedruckte / gebundene Codebücher** | | | | |
| Bis 100 Seiten | | Bis 100 Seiten 10 EURO | | |
| Bis 250 Seiten | DM 25 | Bis 200 Seiten 20 EURO | | |
| Bis 500 Seiten | DM 50 | Bis 300 Seiten 30 EURO | | |
| Bis 750 Seiten | DM 75 | Bis 400 Seiten 40 EURO usw. | | |
| **Zusätzliche zu den Gebühren fallen Kosten für Versand, Nachnahme o.ä. an.** | | | | |

# Election Studies from Eastern Europe 1989 - 1998: Data and Documentation

The CD-ROM contains the data and documentation of 50 studies on elections and political attitudes from 24 East European countries, spanning 1989-1998. The data are prepared for secondary analysis according to the archival standards and are available with the documentation (study descriptions, questionnaires, codebooks and information on publications). In addition it is possible to search the questionnaires and codebooks by using the Adobe Acrobat Index available on the CD.

The CD-ROM is designed to provide the community with a comprehensive product which is a source of readily understandable and accessible data and background information on election studies from Eastern Europe.



The interface is designed in HTML format and it allows the user to browse the study descriptions, codebooks and questionnaires just with a mouse click. With the exception of the study descriptions (they are in HTML format) all documents are in PDF format and can be viewed and printed with the Adobe Acrobat Reader included in the CD-ROM. The data are in SPSS-portable format and ready-made for further analyses.

The CD-ROM is available at the GESIS Branch Office Berlin and at the ZA Cologne for a price of 50 DM. For ordering, please contact:
***Brigitte Hausstein***, Schiffbauerdamm 19, 10117 Berlin
E-mail: hausstein@berlin.iz-soz.de · Phone: (030) 30874249
or: brislinger@za.uni-koeln.de · Phone: (0221) 4769467

# The East European Data Archives Mailing List

Since 1st November 2001 the GESIS Branch Office Berlin, Dept. Central Archive has been maintaining this mailing list to foster the dissemination of news concerning data archives and archive initiatives in Eastern Europe and to discuss general problems of data archives. It is moderated mailing list intended for a highly interested audience. The contributors to the news list reciprocally inform on their activities, new projects and initiatives in the field of data archiving. We also appreciate information on promotional opportunities, grants, guest scientists, foreign exchanges (plans and reports), networks, project planning; employment opportunities, event info, etc. All potential messages must have first be approved by the list moderator. The language is English.

To **subscribe** to the list, send an email to:
oearchive@berlin.iz-soz.de
with just "Subscribe" (no quotes) in the subject.

Please direct inquiries and suggestions to: hausstein@berlin.iz-soz.de

# ZUMA-/ZA-Workshop

## Eine Einführung in Datenmanagement und Datenrecodierung

**Leitung: *Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik* (ZUMA) und *Franz Bauske* (ZA)**
**Termin**: **26.-27.06.2002**

Anhand eines konkreten Datensatzes soll demonstriert werden, wie die Daten vom Fragebogen bis zum analysefähigen Datensatz zu bearbeiten sind über die Schritte: Codeplanerstellung, (Vercodung,) Datenerfassung, Datensatzerstellung, Recodierung von Daten zu analysefähigen Variablen. Der Schwerpunkt liegt auf der Recodierung von Daten, die am konkreten Datensatz nicht nur demonstriert werden soll, sondern auch geübt werden kann. Die Handhabung geschieht mit den Programmen WORD und SPSS.

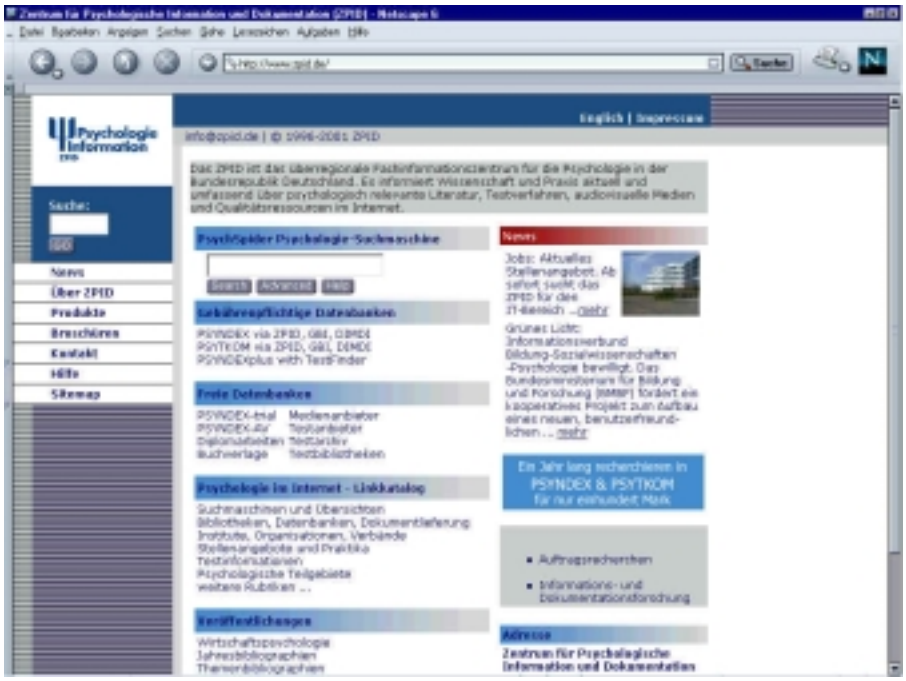
Interessenten werden gebeten, sich bis zum 03.05.2002 beim ZUMA-Tagungssekretariat (workshop@zuma-mannheim.de, Tel: 0621-1246-221) anzumelden. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 begrenzt. Für die Teilnahme wird ein Beitrag von € 60,- erhoben. Der Workshop wird von ***Jürgen H. P. Hoffmeyer-Zlotnik*** (ZUMA) und ***Franz Bauske*** (ZA) geleitet.

# ALLBUS 2000-CAPI: Dokumentation in Buchform

In der zweiten Dezemberhälfte hoffen wir, allen am ALLBUS 2000-CAPI (CAPI - Computer Aided Personal Interviewing) Interessierten auch eine Datendokumentation in Buchform anbieten zu können. Schwerpunkte des ALLBUS 2000-CAPI sind:
DÆEinstellungen zu Familie, Ehe und Partnerschaft; DÇWichtigkeit von Berufsaspekten; DÈPolitische Einstellungen; DÉAbweichendes Verhalten und Sanktion; DÊEinstellungen zur deutschen Vereinigung; DËEinstellungen zu ethnischen Gruppen und Migration; DÌNationalstolz DÍEinstellungen zur sozialen Ungleichheit; DÎSonstiges; DÏALLBUS-Demographie; DÐDaten zum Interview; DÑUmwelt (ISSP); DÒSoziale Gerechtigkeit (ISSP).
Ingesamt werden 842 Variablen dokumentiert. Ergänzend zu deren Darstellung ist neben der ausführlichen Einleitung der ZUMA-Methodenbericht und ein ausführliches Sach- und Stichwortregister in das Buch integriert. Der Preis des ca. 650 Seiten starken Werks wird zum Auslieferungszeitpunkt bei 75 DM liegen. Die Preise nach Euro-Umstellung werden zur Zeit noch festgelegt und können nach erfolgter Umstellung im ZA erfragt werden.

***Michael Terwey***, Tel.: 0221/4 76 94 – 22 , e-mail: terwey@za.uni-koeln.de

# Neuer Internet-Auftritt des Zentrums für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID), Universität Trier




Ab sofort erscheint das Web-Portal des ZPID (http://www.zpid.de/) in neuem Gewand. Unser neues Layout soll unser Angebot auf einen Blick darstellen und direkt zugänglich machen.

Das Web-Portal bietet direkten Zugang zu den Datenbanken PSYNDEX und PSYTKOM, zur Psychologie-Suchmaschine PsychSpider sowie zum Link-Katalog "Psychologie im Internet", der nach Qualitätsaspekten ausgewählte Psychologie-Ressourcen beinhaltet und laufend ausgebaut wird.

Das Angebot versteht sich als Wegweiser zu unterschiedlichsten Quellen im Bereich der Psychologie. Die Informationen reichen von Literatur, Testverfahren, Multimedia, Internet-Links bis hin zu diversen Adressverzeichnissen.

Neue Rubriken wie "News" mit aktuellen Nachrichten aus dem und für das Fachgebiet Psychologie runden unser Angebot ab.

# Qualitätsstandards für Online-Befragungen als Broschüre erschienen

Ab sofort stehen die "Standards zur Qualitätssicherung für Online-Befragungen" nicht nur im Internet unter www.adm-ev.de als Download zur Verfügung, sondern sie sind auch als zweisprachige Broschüre über die Geschäftsstelle des ADM (ADM e.V., Langer Weg 18, 60489 Frankfurt a.M., Telefon: 069 - 97 84 31 36, Telefax: 069 - 97 84 31 37) kostenlos erhältlich.

Die "Standards zur Qualitätssicherung für Online-Befragungen" wurden von ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V., ASI Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V., BVM Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V. und D.G.O.F. Deutsche Gesellschaft für Online Forschung e.V. gemeinsam entwickelt.

Online-Befragungen zu Zwecken der Markt- und Sozialforschung unterliegen den selben allgemein anerkannten wissenschaftlich-methodischen Anforderungen wie Befragungen, die mittels persönlich-mündlicher, schriftlicher oder telefonischer Interviews durchgeführt werden. Diese Anforderungen sind dokumentiert in den "Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung", die von den Verbänden bereits im Jahr 1999 herausgegeben wurden.

Die "Standards zur Qualitätssicherung für Online-Befragungen" konkretisieren die allgemeinen Qualitätsstandards der Markt- und Sozialforschung im Hinblick auf Online-Befragungen als einer spezifischen Technik der Datenerhebung. Sie dokumentieren die relevanten Qualitätskriterien, die es bei der Durchführung von Online-Befragungen zu beachten gilt. Damit ermöglichen sie es den Auftraggebern, die Qualität verschiedener Forschungsangebote zu vergleichen.

# Buchhinweise

## *Götz Rohwer* und *Ulrich Pötter:*

## Grundzüge der sozialwissenschaftlichen Statistik

## Grundlagentexte Soziologie. Juventa, Weinheim und München 2001

## ISBN: 3 7799 1470 0. 383 Seiten. Preis: DM 49,80

**Ein Buchhinweis von *Jörg Blasius***

Das Thema des Buches sind Begriffsbildungen und Methoden der Statistik, die in der empirischen Sozialforschung verwendet werden. Das Schwergewicht liegt auf einer sehr systematischen Darstellung und Diskussion der Grundbegriffe, die Behandlung von einzelnen Rechentechniken bleibt im Hintergrund. Das Buch kann in mehrere Teile gegliedert werden. Im ersten werden die als "zeitlos" konzipierten Grundbegriffe vorgestellt; aus hier erläuterten Begriffen wie "statistische Variable" und "statistische Verteilung" werden nachfolgend alle übrigen "statistischen Begriffsbilder" abgeleitet. In einem sehr ausführlichen Teil werden die Elemente der Regressionsrechnung diskutiert, daran anschließend folgt die Darstellung von Zustandsverläufen. Des weiteren gibt es ausführliche Kapitel zu der Gewinnung von "statistischen Daten" durch Stichproben und mit Hilfe von Auswahlverfahren sowie "Grundgedanken der Stichprobentheorie".

Die Autoren wenden sich "... in erster Linie an Studenten und (das Buch) kann insoweit als Begleittext zum Studium verstanden werden" (S. 6), es sollte jedoch auch für die Leser interessant sein, die "schon eine Einführung in die Statistik" mitgemacht haben und "noch einmal darüber nachdenken möchten" (S. 6). Dem zweiten Punkt stimme ich uneingeschränkt zu; das Buch ist sehr interessant geschrieben und gibt auch dem fortgeschrittenen Anwender neue Einblicke in die Materie. Es ist zu spüren, dass den Autoren Statistik sehr viel Spaß macht und dass sie über ein sehr großes Hintergrundwissen verfügen. Die Darstellung ist von Anfang bis zum Ende äußerst systematisch aufgebaut, aus den grundlegenden Annahmen werden auch komplizierte Sachverhalte abgeleitet. Das Problem ist, dass auch sehr einfache Techniken, wie die Berechnung von Mittelwerten und Varianzen relativ kompliziert erscheinen, da sie mit Hilfe von griechischen Symbolen und im Rahmen des allgemeinen Ansatzes dargestellt werden – also nach der Einführung in die Begrifflichkeit auf S. 74ff. Ich habe es noch nicht ausprobiert, aber ich bin mir nicht sicher, ob ich Studen-

ten der Sozialwissenschaften im Grundstudium diese Begriffe erläutern kann, bevor ich ihnen eine einfache Berechnung vorstelle. Kein Problem dürfte eine derartige Einführung bei Studenten der Naturwissenschaften machen, da sollte der Umgang mit einer derartigen Begrifflichkeit selbstverständlich sein. Auch sollten jene Studenten keine Probleme mit dem Buch haben, die Spaß an Symbolik, Zahlen und Begriffen haben und ein grundlegendes Verständnis der Statistik erlangen möchten - leider sind diese in den Sozialwissenschaften in der absoluten Minderheit.

Schön ist auch, dass die Autoren sehr viele Beispiele, insbesondere aus dem sozioökonomischen Panel, geben und die Ergebnisse ausführlich interpretieren. Leider wird in dem Buch nicht gerechnet, die Technik des Ausrechnens eines Mittelwertes oder einer Varianz muss sich auf anderem Weg angeeignet werden. Wenn die grundlegenden Techniken aber vorhanden sind, dann sollte dieses Buch eine ideale Ergänzung sein. Es ist äußerst kompetent geschrieben, es hat eine Vielzahl von sozialwissenschaftlichen Beispielen, es muss "lediglich" die Bereitschaft bestehen, sich auf "Statistik" und "Symbole" einlassen zu wollen.

## *Robert W. Weinbach* und *Richard M.Grinnell*:
## Statistik für soziale Berufe. 4. Auflage.
## Übersetzt und bearbeitet von *Godenzi, Alberto*; *Stadler, Roger*.
## Neuwied: Luchterhand-Verlag 2000.
## (Studienbücher für soziale Berufe)

Der Titel verweist umfassend und prägnant auf die Perspektive, aus der die statistischen Inhalte dargestellt werden. Orientiert an häufig gestellten Fragen, die sich während des Forschungsvorgehens ergeben, werden statistische Schwerpunkte praxisnah erläutert. Im Vordergrund steht dabei, den Leser für relevante Kriterien und mögliche Fallstricke zu sensibilisieren. So ist es als anwendungsorientiertes Einsteigerbuch an Empiriker gerichtet, die Statistik als Mittel zum Zweck im Praxiszusammenhang verstehen und sich nicht in die Tiefen mathematischer Formelhaftigkeit verlieren möchten.

Eine ergänzende CD-Rom begleitet den Verstehens- und Anwendungsprozess. Auf diese Weise hat der Anwender die Möglichkeit, seine statistischen Kenntnisse zu überprüfen und fehlendes Wissen zu identifizieren. Flexibel und gleichzeitig effizient können somit indivi-

duelle Schwerpunkte der Rezeption gesetzt werden, die am persönlichen Wissenstand des Einzelnen orientiert werden können.

In einem einleitenden Kapitel werden die Basics sozialwissenschaftlicher Forschung dargestellt, Konzeptualisierung, Operationalisierung, Klärung grundlegender Begriffe wie Reliabilität, Validität, Definition von Skalenniveaus. Das zweite Kapitel widmet sich den einfachen Häufigkeitsteilungen und den Möglichkeiten der grafischen Darstellung von Daten. Wenn sich das dritte Kapitel mit der zentralen Tendenz und Dispersion und der Auswahl der adäquaten Maße zur Darstellung dieser Werte beschäftigt, dann ist es folgerichtig, dass das nachfolgende vierte Kapitel sich um die Normalverteilung kümmert. Im fünften Kapitel wird eine Einführung in das Testen von Hypothesen gegeben. Wahrscheinlichkeitskonzepte werden dargestellt, das Testen von Hypothesen erläutert. Im sechsten Abschnitt werden Stichprobenverteilung und der Vergleich von Stichproben mit der Population erläutert. Das Schätzen von Parametern wird dargestellt. Das Kapitel 7 hilft bei der Auswahl statistischer Tests und die nachfolgenden Kapitel 8 bis 12 stellen Korrelation, Regression, Kreuztabellen, T-Test und Varianzanalyse sowie nicht parametrische Tests vor.

Kaum zu glauben, aber in diesem gut 250 Seiten starken Buch fehlen Formeln fast gänzlich. Die ersten Formeln, die ja so typisch – und für Anfänger häufig abschreckend – in Statistikbüchern sind, erscheinen erst auf Seite 171. Es ist ein Statistikbuch, das (zunächst) ohne jede Formel auskommt. Statt dessen haben die Autoren es mehr auf das intuitive Verständnis von Statistik abgesehen. Sie erläutern die Grundlagen des Forschungsprozesses und der statistischen Analyse verbal. Dabei sind sie nicht ausufernd, sondern hinreichend präzise und klar in ihren Darstellungen. Das Abrechnen des Algorithmus übernimmt heutzutage ohnehin der Rechner. Wichtiger ist das Verständnis dessen, was die Algorithmen voraussetzen.

Die dem Buch beigefügte CD, die von ***Roger Stadler*** in Zusammenarbeit mit ***Susanne Scheinwiller*** erstellt worden ist, enthält ein rechnergestütztes Lernprogramm und ermöglicht die Überprüfung statistischer Kenntnisse. Multiple Choice Fragen werden interaktiv beantwortet. Das sofortige Feedback bildet eine hervorragende Basis für ein effizientes Selbststudium. Weiterhin ist der gesamte Text des gedruckten Buches enthalten. Hyperlinks erlauben ein schnelles Erforschen des Textes. Die Formelsammlung ist leicht zu bedienen. Eigene Analysemöglichkeiten bieten die enthaltenen ISSP-Datensätze.

Das Buch vermittelt Lust auf das Verstehen der Grundlagen von Statistik und gibt am Ende einen kurzen Ausblick auf multivariate Verfahren. Es ist für Studenten und in den Sozialwissenschaften praktisch Tätige ohne Vorkenntnisse geeignet.